

Wiener Stadt-Bibliothek.

57291 F





So weit es auf uns ankommt, wollen wir im Interesse Wiens weiter arbeiten. Die Verwaltungsreform, die schon in den nächsten Wochen in Angriff genommen werden soll, wird ein mächtiger Schritt nach Vorwärts sein, die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung in großen und kleinen Dingen zur Geltung zu bringen. Wir wissen wohl, daß unsere Zeit nicht darnach ist, daß die Menschen ruhig urteilen. Aber wir erachten es als einen Beweis auch des Vertrauens zur sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung, daß die Massen des Volkes hungernd und frierend allen Provokationen zum Trotz, die eine schmale Oberschicht durch aufdringlichen Luxus begeht, Ruhe bewahren. Die Massen sind klüger als die Demagogen meinen, die sie zu verleiten suchen. Im Unbesonnenheiten nützen nur der Reaktion, die ihre alte Herrschaft wieder aufzurichten sucht, deren Segen wir im Kriege erfahren haben.

Wir Sozialdemokraten wollen weiter unsere Pflicht erfüllen unbekümmert um die Schmeichelei, Spott und Verleumdung. Wir hoffen, daß das neue Jahr bessere Tage für das Volk von Wien bringen wird, und daß es uns unter ihrer Führung gelingen wird, ersprießliche Arbeit im Sinne des sozialdemokratischen Kommunalprogrammes zu leisten.

Bgm. Reumann entgegnete in längerer Rede, in der er zunächst für die Wünsche dankte, die herzlich erwiderte und dann fortfuhr: Der Rückblick auf unsere bisherige kurze Verwaltungstätigkeit im Rathaus zeigt, daß wir getan haben, was unter den widrigen Verhältnissen zu leisten möglich war. Das alte Jahr hat mit der Kohlenbesorgnis abgeschlossen, das Neujahr beginnt mit ihr. Die Befürchtungen, die wir leider stets hegen müssen, sind von den Tatsachen übertroffen worden. Gestern sind nur 2 Waggon Kohle eingelaufen und wenn wir auch hoffen dürfen, daß die Produktion nach den Feiertagen wieder steigen wird, so sind doch einschneidende Maßnahmen leider unerlässlich geworden. Eine Drosselung des Straßenbahnverkehrs wird sich in den nächsten Tagen wohl kaum vermeiden lassen. Auch die Einstellung des Sonn- und Feiertagsverkehrs muß in Erwägung gezogen werden. Dagegen soll der Wochentagsverkehr, wenn auch mit längeren Intervallen, solange als möglich aufrecht bleiben. Die Abschaltung einzelner industrieller Betriebe trifft uns überaus hart. Die Produktion, deren Wiederaufbau wir leisten sollen, wird dadurch gehemmt und gefährdet. Wir, die wir jede Stunde zur Arbeit nützen sollen, sehen arbeitslose Stunden sich mehren. Menschen, die gerne schaffen möchten, werden wieder zu Feiern gezwungen sein. Unsere völlige Abhängigkeit vom Ausland, die wird durch Ausnutzung unserer eigenen Handkräfte zu verringern an Werke sind, setzt sich darin leider sehr deutlich.

Das alte Jahr hat der Bevölkerung Tarifveränderungen der etatlichen Unternehmungen gebracht. Wir haben stets gegen Tarifier-

änderungen angekämpft. Aber es handelt sich heute nicht wie damals um fiskalische Maßnahmen, deren Ertragssätze dazu bestimmt waren, in den Stadtkassensäckeln zu fließen und den Besitzenden höhere Steuern zu ersparen. Heute sind die Tarifveränderungen unumgänglich, um die passiv gewordenen Unternehmungen lebensfähig zu erhalten. Man hat uns im Gemeinderate vorgeschlagen, wir sollen die Betriebe verpacken oder verkaufen. Das wäre meiner Ansicht nach ein schwerer Schaden für die Bevölkerung Wiens, den abzuwenden wir alle Kraft anstrengen werden. Die große Aufgabe einer Wohnungsaufnahme, wie sie noch niemals durchgeführt worden ist, haben wir mit raschem Zugriff gelöst. Gerade die vielumstrittene Zusammensetzung der Kommissionen hat den Erfolg dieser großen Aktion stark gefördert.

Die Schulreform ist vor allem der Arbeiterschaft seit jeher am Herzen gelegen. Unsere Maßnahmen zeigen, daß wir auf dem besten Wege sind, die Erneuerung des Erziehungs- und Schulwesens in Fluß zu bringen. Während der kurzen Zeit unseres Wirkens haben wir uns auch viel mit der Volkspflege beschäftigt. Der Verwaltung der Heilanstalten und der Versorgungsanstalten haben wir uns mit Liebe gewidmet. Die Unterernährung der Kinder ist außerordentlich groß und auch den alten Leuten fehlt es selbst an den Wenigen, das zum Leben unerlässlich ist. Hier helfend einzugreifen ist oberste Pflicht einer sozialdemokratischen Stadtverwaltung. Wir müssen alles daran setzen die Kinder zu kräftigen und den Lebensabend der erwerbsunfähig gewordenen Menschen zu verschönern.

Wahrhaft großzügig ist die Hilfe, welche uns das gesamte Ausland gewährt. Man hat uns vorgeworfen, daß die sozialdemokratische Verwaltung im Ausland kein Vertrauen besitzt. Das Gegenteil ist richtig. Mit großer Freude sehen wir, wie ein Land nach dem andern sich in Hilfsbereitschaft für unsere Kinder zur Verfügung stellt. Tausende und Abertausende ungeschulter jungen Opfer des Krieges wird durch die Kinderaktionen der Weg zur Kraftigung fürs Leben gebahnt. Die Gemeinde ist unermüdet tätig alle diese Bestrebungen zusammenzufassen und immer neue Hilfsmöglichkeiten zu suchen.

Die Ordnung der Gemeindefinanzen hat uns auch das Vertrauen jener Kreise gebracht, deren Kredit wir zum Wiederaufbau unbedingt brauchen. So hoffen wir zu erlangen, was notwendig ist, um Wien zu einer Stadt der schaffenden Arbeit zu machen.

Den drängenden Ansprüchen der Zeit zu genügen, ist die Verwaltungsreform, die ich kürzlich angekündigt habe unerlässlich geworden. Das Zusammenwirken von freigesetzten Vertretern der Bevölkerung und von Beamten soll frischen Geist in die Verwaltung bringen. Aus den Amtsstuben soll der Aktenstaub verschwinden. Eine Vereinfachung der Geschäftsführung, die Anpassung des Amtverkehrs an die Bedürfnisse der Bevölkerung ist unser Ziel. Es ist nicht

mit einem Sekunde zu erweichen. Wir gehen aber mit größtem Eifer an diese Arbeit unter Mitwirkung der Opposition, wenn sie mitwirken will, oder ohne sie. Im heurigen Jahre soll die Stellung Wiens im Staate neu geregelt werden. Wird Wien ein Teil von Niederösterreich bleiben oder ein selbstständiges Glied der Republik werden? Die Frage hängt mit der industriellen Entwicklung und der Lebensmittelversorgung der Stadt innig zusammen und darf nicht leichtfertig entschieden werden. Eingehende Studien sind im Gange.

So öffnet sich ein reiches Feld der Tätigkeit im neuen Jahre. Raus haben sich die Vertreter der Arbeiterklasse, Jahrzente lang von der Teilnahme an jeder öffentlichen Verwaltung ausgeschlossen, in ihre neuen Aufgaben eingelebt. Ich freue mich besonders, daß in den Bezirksvertretungen neues, reges Leben erwacht ist. Ich danke allen gewählten Funktionären für ihre bisherige Arbeit und bitte sie, auch im kommenden Jahre ihre ganze Kraft in den schweren Dienst der Stadt zu stellen.

Beschaffung von Autoreifen für die Gemeinde Wien. Eine Wiener Lokalkorrespondenz berichtet kürzlich über eine angebliche Beteiligung der Gemeinde an einem Schiebergeschäfte mit Autoreifen. Zur Aufklärung teilt hierzu der Magistrat folgendes mit: Um den großen Bedarf von Bereifungen für Sanitäts-, Feuerwehr- und Dienstkraftwagen zu sichern, war der Magistrat mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit der Beschaffung auf dem Wiener Markte gezwungen, unter anderem auch mit der zu einem ähnlichen Handel gewerberechtigten Firma Fratelli Goldenberg, welche in Mailand Geschäftsbeziehungen hat, in Verbindung zu treten, um Bereifungen aus Italien zu erlangen. Der Magistrat sprach hierfür ein Akkreditiv für die Firma und eine Anzahlung an, die aber vom Finanzreferenten der Gemeinde Wien, StR. Breitner, abgelehnt wurde. Es wurden sodann die Unterhandlungen in dem Sinne weiter geführt, daß die Firma Reifen auf eigene Kosten und Gefahr vor allem aber ohne Inanspruchnahme ausländischer Valuta einführen sollte; die Gemeinde Wien behielt sich vor, passende Ware auf Grund der vorzuliegenden Originalfaktura erst in Wien anzukaufen. Den Bemühungen der Firma gelang es tatsächlich die Einfuhr eines Teiles der Ware. Inzwischen hatte aber die Gemeinde durch die Intervention der italienischen Mission schon Reifen in größerer Menge unter günstigeren Bedingungen erhalten und sah sich der Magistrat, als die Firma später Reifen anbot, veranlaßt in Hinblick auf den eigenen Vorrat und die größeren Kosten der angebotenen Ware nur einen kleinen Teil der Sendung für sich in Anspruch zu nehmen. Bezüglich der restlichen Sendung glaubte sich der Magistrat insofern gegen etwaigen Schleißhandel gesichert zu sehen, als der Verkauf der Ware durchsine der Autoreifeneinfuhrgesellschaft angelegte Firma am Wiener Platze vorgenommen werden sollte. Die betreffende Stelle des Magistrates hat es hierbei allerdings verabsäumt, für die Uebertragung der Ware die

staatsamtliche Zustimmungen erwirken. Wie übrigens nachträglich mit wurde, sind die Reifen mit Rücksicht auf die hohen Bestenungskosten mit nicht allzu großen Nutzen verkauft und damit dem Wiener Verkehrsleben zugeführt worden. Es soll ausdrücklich festgestellt werden, daß die Auswahl aus der eingetroffenen Sendung, die Festsetzung der Preise, die Freigabe des Restes, ebenso die Uebertragung der Ausfuhrbewilligung, ausschließlich und allein auf Grund des freien Ermessens der Magistratsabteilung erfolgte und daran freigesählte Vertreter, insbesondere der in den Bericht der Korrespondenz genannte StR. Breitner in keiner Weise mitgewirkt hat.

Ankunft der Wien Kinder in Mailand. Am Bgm. Reumann ist heute früh vom Syndikus Caldara in Mailand ein Telegramm folgenden Inhaltes eingetroffen: Ueberall festlich empfangen, sind Ihre Kinder in bestem Zustande in Mailand angekommen. Sagen Sie ihren Familien, daß sie sicheres Vertrauen haben können, auf das Herz und die Gesinnung des italienischen Volkes.

Die argentinische Hilfe für Wien. Bereits Ende August des Vorjahres wurde Bgm. Reumann bei dem argentinischen Gesandten Dr. Perez vorgestellt, um von ihm eine Intervention bei seiner Regierung zwecks Hilfe für die notleidende Bevölkerung Wiens zu erbitten. Der Gesandte versicherte, alles zu veranlassen, damit die argentinische Regierung zur Linderung der Not in Wien eingreife. In einem Schreiben vom 10. Oktober an den Gesandten hatte Bgm. Reumann nach eingehender Schilderung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung und der großen Not die konkrete Forderung nach einem langfristigen Darlehen von der argentinischen Regierung erhoben und um Uebermittlung dieses Schreibens an die argentinische Regierung eventuell auch an das argentinische Parlament gebeten. Es muß hervorgehoben werden, daß der argentinische Gesandte mit dem größten Eifer in der warmherzigsten Weise dem Ansuchen des Bürgermeisters die Wege ebnete und der Erfolg seiner Initiative zuzuschreiben ist. Die argentinische Regierung hat nun der Nationalversammlung eine Botschaft folgenden Inhaltes übermittelt: Die Telegramme der argentinischen Gesandtschaft in Wien bestätigen in prägnanter Weise die katastrophale Lage der Stadt Wien. Es wäre unbegreiflich vor einem solchen Unglück indifferent zu bleiben. Argentinien muß seine Teil zur Linderung solcher Leiden beitragen. Die Aktion der öffentlichen Wohltätigkeit, zu langsam in ihrer Entwicklung führte sich als ungenügend erweisen. Deshalb fordert die Regierung von der Nationalversammlung die sofortige Sanktionierung eines Gesetzes, welches sie autorisiert, eine Summe von 5 Millionen Pesos zwecks Ankauf von Lebensmitteln und Kleidungsstücken für die Stadt Wien zu investieren. Diese Lebensmittel und Kleidungsstücke sollen durch Schiffe der argentinischen Kriegsmarine transportiert

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 2. Jänner 1920, Nr. 1.

Bohnen für Mindestbemittelte. In der 127. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch 1/8 kg Bohnen pro Person des Haushaltes zum Preise von K 2.- gegen Abtrennung des Buchstabens L in den Geschäften und Ständen der Großschlächtereier an folgenden Tagen: Samstag, den 3. Jänner A - F, Montag, den 5. Jänner G - K, Mittwoch, den 7. Jänner L - R und Freitag, den 9. Jänner S - Z. Außerdem wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine stattfinden, die in den Ständen: XIV., Meiselstraße und Zollernspergasse rayoniert sind. Abgetrennt wird der durch die Nummer 1 gekennzeichnete Wochenabschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von K 1.- abgegeben. Die Abgabegabe sind dieselben wie für Bohnen. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird für jede Person 1/8 kg Vestenthaler Suppenmasse, und zwar an die ersteren zum Preise von K 6.80 pro kg, an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 2. Jänner 1920, Nr. 2.

Die zollfreie Abfertigung der Liebesgabensendungen. Bgm. Renner hat sich für die zollfreie Abfertigung der Liebesgabensendungen, die aus dem Auslande in Wien einlangen, verwendet und hat nunmehr vom Staatsamt für Finanzen die Mitteilung erhalten, dass das Wiener Hauptzollamt zur zollfreien Abfertigung der an die Gemeinde Wien bzw. den Magistrat gerichteten aus dem Auslande einlangenden Liebesgabensendungen ermächtigt wurde. Eine generelle Verfügung bezüglich der von Privaten an Privatpersonen versendeten Liebesgaben kann aus prinzipiellen Gründen nicht getroffen werden, vielmehr muss sich das Staatsamt vorbehalten, je nach der Lage des Falles das Vorhandensein der gesetzlichen Grundlage zu prüfen.

Vortrag über die Untergrundbahnen. Der städtische Baurat Ing. Dr. Musil hielt vor einigen Tagen im technischen Museum einen Vortrag über Untergrundbahnen, in dem er unter anderem ausführte, dass die Entwürfe für die Wiener Untergrundbahnen trotz der augenblicklichen Ungunst der Zeiten weiter gefördert werden, da sie schon im Hinblick auf die fortwährenden Ausgestaltungen der Kanäle und sonstigen Leitungen im Erdkörper zur Reife gebracht werden müssen, um Rücksicht auf den späteren Bau nehmen zu können. Zahlreiche Lichtbilder unterstützten mit einem Vortrag, bei dem zum Vergleiche die grossen Städte des Auslandes vorgeführt und der innige Zusammenhang zwischen der Wohn- und Verkehrsfrage dargetan wurde. Besonders die durch Schnellbahnen erschlossenen Gartensiedlungen am Rande grosser englischer und amerikanischer Städte mit ihren Familienhäusern des Mittelstandes erweckten lebhaftes Interesse, zeigen sie doch, in welcher Richtung auch andernorts die Verbesserung der Wohnverhältnisse angestrebt werden sollte.

Sühneverhandlungen. Die Sühneverhandlungen finden bei den Gemeindevermittlungsbütern 1, 6, 20 am 7., 14., 21. und 28., der Bezirke 9 und 14 am 14. und 28. und des 21. Bezirkes am 7., 14., 20. und 27. Jänner vormittags statt.

Werkleiterstelle. In dem städtischen Steinbruch am Exelberg gelangt die Stelle eines Werkleiters zur Besetzung. Mit dieser Stelle ist ein Jahresgehalt von 7.200 K und eine Naturalwohnung verbunden. Bewerber müssen Deutsch-Österreicher sein und haben den Beweis zu erbringen, dass sie die erforderlichen technischen und administrativen Kenntnisse besitzen und bereits in einem Schotterbruche die Stelle eines Werkleiters bekleidet haben. Gesuche sind bei der Magistrats-Bauabteilung XI, VIII., Schlesingerplatz 5, III. Stock, bis spätestens 31. Jänner zu überreichen.

Erste österreichische Sparkasse. In abgelaufenem Monat Dezember 1919 wurden im Spar- und Scheckverkehre von 8.901 Parteien K 30,210.836 eingelegt, an 11.368 Parteien K 33,003.933 rückgezahlt und es belief sich der Gesamteinlagenstand am 31. Dezember 1919 auf K 674,946.069. Hypothekendarlehen wurden K 1,109.168 zugezählt, dagegen K 2,816.902 rückgezahlt, so dass sich der Stand der Hypothekendarlehen am 31. Dezember auf K 315,155.454 stellte. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich am 31. Dezember auf K 17,235.149; 60 jährige Pfandbriefe waren K 17,993.800.- im Umlaufe. Wechsel wurden K 7,039.600 eskontiert, dagegen K 1,725.700.- einkassiert. Der Besitz an Wechsela und Schatzscheinen betrug am 31. Dezember K 42,691.300.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.  
Wien, 2. Jänner 1920. - Abendausgabe.

Die Lage der Elektrizitätswerke. Die Kohlenbelieferung der städtischen Elektrizitätswerke ist auch am gestrigen und heutigen Tage eine ganz unzulängliche gewesen. Infolgedessen muss mit der Abschaltung der Betriebe noch weiter fortgefahren und den nächsten Sonntag über der Strassenbahnverkehr gänzlich eingestellt werden. Am Montag wird die Strassenbahn im derzeitigen Umfange wieder verkehren. Es wird von den Kohleneinkäufen bei den Elekt. Werken abhängen, ob noch weitergehende Einschränkungsmaßnahmen durchgeführt werden müssen.

Am Montag 10 Uhr Vormittags findet eine ausserordentliche Sitzung des Stadtrates statt, in welcher ein eingehender Bericht über die derzeitige Lage in der Kohlenversorgung erstattet wird.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mische  
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 3. Jänner 1920. Nr. 3.

Margarineabgabe. Vom 4. bis 10. Jänner werden bei den städtischen Margarine-(Butter) Abgabestellen pro Person 12. dkg Margarine zum Preise von 7.60 K gegen Abtrennung des H. Abschnittes Nr 173 und der beiden Abschnitte Nr 173 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten die Fettquote in Schweinefett zum Preise von 10.08 K bei der Verschleißstelle ihrer Organisation.

Das historische Museum der Stadt Wien im Rathaus ist noch Sonntag, den 4. und Dienstag, den 6. Jänner für den allgemeinen Besuch offen. Wegen Kohlenmangel bleibt es dann bis zum Eintritt der wärmeren Jahreszeit geschlossen.

Schweizer Neujahrswünsche für Wien. In Erwiderung einer Neujahrdepesche des Gemeinderatspräsidenten an die Präsidenten der drei grossen schweizerischen Kinderhilfskomitees kam heute ein Telegramm aus Zürich. Der Obmann des Züricher Komitees Wilhelm Bierbaum wünscht darin, dass das neue Jahr für Wien ein besseres werde als das abgelaufene.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 3. Jänner 1920. Nr. 4.

Die Kinderfahrten ins Ausland. VB. Winter erstattete im Stadtrate einen ausführlichen Bericht über die ausländische Hilfsaktion für die Wiener Kinder. Er führte darin aus, dass ausser den 16.700 Kindern, die durch die Intervention des städtischen Jugendamtes ins Ausland geschickt wurden, im Laufe der vergangenen Herbstes auch 4000 tschechische Kinder nach Südslavien gebracht worden sind. Auch diese Kinder sind guterholt nach Wien zurückgekehrt. Wenn in der Ausreiseaktion ab und zu eine kleine Stockung eintrete, so sei dies darauf zurückzuführen, dass man vom Staatsamte nicht so viel Züge bekommen könne, als notwendig seien. Italien habe daher eine beispielgende Tat damit gesetzt, dass es unsere Kinder mit eigenen Zügen abhole. Es sandte bereits zwei mit allem Komfort ausgestattete Züge. Diese bestanden durchwegs aus Waggonen zweiter Klasse, auch war ein Spitalwagen beigegeben, ferner waren Abteile zur Absonderung bedenklich erkrankter Kinder eingerichtet. Begleitet wurden die Züge von vier Aerzten, zehn Krankenpflegerinnen und Sanitätspersonal. Wie weit die Fürsorge der Italiener ging, habe man daraus ersehen können, dass sogar für den Fall eines Brandes (durch die Beistellung von Feuerwehrlenten vorgesorgt war. Zur Verköstigung der Kinder während der Fahrt wurde eine eigene Küche mitgeführt, so dass auch für das leibliche Wohl der Kleinen in ausreichender Weise gesorgt war. Dass die Züge vom Bürgermeister von Mailand selbst eingeholt wurden, solle besonders anerkannt werden. Die Schweiz und Schweden stellten unseren Kindern tadellos eingerichtete Züge von der Grenze ab zur Verfügung, wofür wir ebenfalls zu wärmsten Dank verpflichtet sind. VB. Winter reflektierte sodann auf die Beschwerden, die deshalb erhoben werden, weil Kinder oft zwei- und dreimal ins Ausland geschickt werden. Angesichts der grossen Not sei dies eine beklagenswerte Erscheinung, für die aber nicht wir, sondern

die Gebenden verantwortlich seien. Viele Schweizer und schwedische Pflegeeltern bestünden darauf, dass ihnen immer wieder dieselben Kinder, die sie lieb gewonnen haben, gesendet werden. Die Schweiz habe, um zu verhindern, dass eben immer wieder dieselben Kinder hinauskommen, ein Gesetz erlassen, wonach ein Kind nur einmal im Jahre in die Schweiz kommen dürfe. Es sei denn, dass dessen Gesundheitszustand einen zweiten Aufenthalt notwendig mache. Desgleichen wollen die schwedischen Pflegeeltern immer wieder dieselben Kinder bei sich sehen. Erst vor einigen Tagen habe eine Abgeordnete des schwedischen Roten Kreuzes verlangt, dass die Kinder die in Schweden waren, wieder hinauskommen müssten. Er habe in diesem Falle nichts anderes machen können, als zustimmen müssen. Er habe jedoch gleichzeitig dahin gewirkt, dass für jedes Kind, das schon einmal draussen war, noch zwei oder drei Kinder, die der Auslandshilfe noch nicht teilhaftig geworden seien, mitgenommen werden würden. VB. Winter sprach zum Schlusse allen Statuten, dies sich an dem Hilfswerke beteiligen, den herzlichsten und wärmsten Dank der Gemeindeverwaltung aus.

Aus dem Rathaus. Der Stadtrat hält in der kommenden Woche ausser der schon angekündigten ausserordentlichen Sitzung am Montag noch am Mittwoch und Donnerstag Vormittags Sitzungen ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag Nachmittags 4 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Die Frauenhilfsaktion der Gemeinde. Während des Krieges haben die Vertreterinnen der grossen Frauenorganisationen unter der Führung der Gemeinde Wien eine lebhafteste Fürsorgetätigkeit entfaltet. Die Frauenhilfsaktion im Kriege war der Mittelpunkt aller Hilfs- und Fürsorgeaktionen. Nach dem Zusammenbruch haben die einzelnen Bezirkskomitees wohl weiter gearbeitet, aber die Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse hat die innere Organisation der Komitees gelockert und eine Rekonstruktion notwendig gemacht. Diese ist wohl auf Grund der bei den letzten Gemeinderatswahlen erzielten Wahlergebnisse erfolgt, jedoch können auch jene Frauen, die keiner politischen Richtung angehören und bisher mitgearbeitet haben oder nun mitarbeiten wollen, in die Komitees als gleichberechtigte Mitarbeiterinnen aufgenommen werden. Es wurde vom Bürgermeister eine neue Leitung der gesamten Aktion berufen, der die Vertreterinnen aller grosser Frauenorganisationen angehören und die nun die gesamte Fürsorgetätigkeit übernehmen, die wesentlich durch die Hilfstätigkeit des Auslandes ermöglicht wird. Es sollen nun alle Liebesgaben, die Wien vom Ausland erhält und die nicht von vornherein für eine bestimmte Organisation oder für private Personen einlangen, durch die neuen Bezirkskomitees verteilt werden. Da diesen Komitees nun Frauen aller Parteirichtungen angehören, ein Wunsch, den alle Missionen geäussert haben, und alle Interessen, auch die des Mittelstandes ihre Vertretung finden, wird es hoffentlich gelingen, das Fürsorgewerk des Auslandes durch die inländische Mitarbeit auf das Wärmste zu unterstützen und in gerechtester Weise durchzuführen. Die neuen Bezirkskomitees werden wieder in den Amtshäusern der 21 Bezirke antieren. Tag und Stunde sind in den Amtshäusern ersichtlich. Der neue Vollzugsausschuss besteht aus folgenden Frauen: Vorsitzende Marianne Hainisch, Stellvertreterinnen Amalie Seidl, Josefine Kurzbauer, Mitglieder Rudolfine Fleischner, Emmy Freundlich, Fanny Freund-Markus, Käthe Königstetter, Amalie Pölzer, Elvira Rott, Dr. Alma Seltz, Merta Sprung, Marie Vejwoda, Gabriele Walter und Rosa Wien.

Abfahrt von 400 Wiener Kindern nach Schweden. Der warmherzigen Fürsorge und unermüdelichen Hilfsbereitschaft der Schweden und der aufopfernden Tätigkeit der Frau Aloise Leithner ist es zu danken, dass heute mittags wieder ein Zug mit 400 Wiener Kindern vom Westbahnhofe die Fahrt nach Schweden angetreten

hat. Am Bahnhofs hatten sich eingefunden der schwedische Gesandte Ewerlöf, Statthalter Roos als Delegierter des schwedischen Roten Kreuzes und der Vorsitzende des Vereines der Schweden in Wien Konsul Olofson. Vizebürgermeister Winter dankte im Namen der Stadt Wien besonders dem Statthalter Roos für sein Entgegenkommen und seine Unterstützung und gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass er in dem Statthalter vielmehr den Menschen als die Amtsperson durch seine Tätigkeit im Interesse der erholungsbedürftigen Wiener Kinder kennen gelernt habe. VB. Winter überreichte den Damen und Herren aus Schweden, ersteren einen Blumenstrauß, letzteren ein Album der Stadt Wien als Andenken. Der Zug steht unter der Führung des Oberleutnant Struwe und wird von einem Arzt und 25 Begleitpersonen begleitet. An der Küste werden die Kinder von den Schweden übernommen und am Lande bei den Pflegeeltern untergebracht werden, um dort mehrere Wochen zu verbleiben.

Erweiterung des Stellwagenverkehrs. Ab Dienstag werden die Wagen der Kraftstellwagenlinie Bürgertheater - Schottentor einerseits über die Landstrasse Hauptstrasse bis zur Rochuskirche, andererseits über die Währingerstrasse bis zur Volksoper weitergeführt. Die Rückfahrt von der Volksoper zur Stadt erfolgt über die Bleichergasse, Nussdorferstrasse und Währingerstrasse.

Wahlgüter. Ab Mittwoch 1/4 kg Weizenmehl, 12 dkg Margarine und soweit noch nicht ausgegeben 1/2 kg Kartoffel auf jeden Abschnitt bis einschliesslich I. Senat die laufenden Artikel.

W i e n e r   R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

Wien, Samstag, den 3. Jänner 1920. Abendausgabe.

---

Zu der Notiz „Schweizer Neujahrswünsche für Wien“ in der heutigen Ausgabe Nr 3 folgt nachstehend der Wortlaut des Telegrammes: „Beim Beginn des neuen Jahres lassen wir Ereignisse des abgelaufenen Jahres an uns vorüberziehen und danken dem Schicksal, das uns durch die Opferfreudigkeit unserer Bevölkerung gestattete, dem lieben Wiener K. im Masse unserer bescheidenen Kräfte zu helfen. Möge das neue Jahr der Stadt Wien bessere Zeiten bringen, möge vor allen Dingen der zukünftigen Generation Oesterreichs Sonne und Glück beschieden sein. Wir benützen den Anlass gern, um unserer Freude über das reibungslose und glückliche Zusammenarbeiten zwischen Zürich und Wien Ausdruck zu geben verbunden mit der Hoffnung, dass auch fernerhin, solange es noch bedürftige Kinder gibt, unsere Arbeit segensreich sein möge. Züricher Hilfskomitee Bierbaum Präsident.“

-----

werden. Die Uebermittlung dieser Sachen sollen nicht den Charakter eines Geschenkes tragen, um nicht das Oesterreichische Volk zu verletzen. Es wird der Oesterreichischen Regierung freigestellt, die erwähnte Summe zinsfrei zurückzuerstatten und zwar zu einer Zeit wann sie Gelegenheit hat, dies bequem zu tun. Der Vorschlag, mit dem die Regierung Argentiniens ihre Hilfe anbietet ist besonders rühmend hervorzuheben. Kein Almosen, ein Darlehen soll abgeboten werden mit Rückzahlungserleichterungen, wie sie nicht großmütiger gedacht werden können. Das die Kr. Oesterreichische Nationalversammlung die Botschaft beschließen wird, daran kann nicht gezweifelt werden und es darf schon in der nächsten Zeit eine diesbezügliche Mitteilung der argentinischen Regierung erwartet werden. Die ganze Summe wird zum Ankauf von Bedarfsartikeln für die Bevölkerung verwendet werden. Hervorzuheben ist, daß die Journalisten von Buenos-Aires eine öffentliche Subskription zur Ergänzung der Aktion der argentinischen Regierung einleiteten, deren Ergebnis gleichfalls ein ansehnliches sein dürfte.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1. Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 5. Jänner 1920, Nr. 6.

**Die Kohlennot.** Die heutige Stadtratssitzung wurde von Bgm. Reumann mit der Mitteilung eröffnet, daß sie zum Zwecke der Berichterstattung über die Kohlenfrage einberufen worden sei.

Zunächst ergriff Direktor Karel das Wort und gab einen eingehenden Bericht über die Verhältnisse in den städtischen Elektrizitätswerken. Seit mehr als 4 Monaten fristen die Werke ihren Betrieb tuchtsächlich von Tag zu Tag. In dieser Zeit haben die Kohlenvorräte in Maxima höchstens einen Vorrat von 4 bis 5 Tagen erreicht. Zumeist war er aber weit geringer. Einmal sind die Vorräte vollständig aufgebraucht worden. Aus diesem Grunde mussten zum Beispiel die Strassenbahnen im Monat September durch eine Woche vollständig eingestellt werden. Ferner musste damals zur Maschinnahme der Abschaltung der Kraftmaschinen geschritten werden. Aus Nordwestböhmen sollten wir fürdertätlich 92 Waggon Kohle erhalten. Wir haben aber nur 15½ Waggon im November und 10½ Waggon im Dezember täglich erhalten. Eine gewisse Zeit lebten wir ausschliesslich aus den Staatszufuhren aus Oberschlesien und aus unserem eigenen Bergbau in Zillingdorf beziehungsweise Ebenfurth. In den aller letzten Tagen waren die Kohleneingänge besonders schlecht gewesen. Wir hatten nurmehr 3 Tage Vorrat. Das Staatsamt hat uns vor Weihnachten mitgeteilt, es werde trachten die Vorräte auf 5 Tage hinaufzubringen. Diese Bemühungen waren aber erfolglos. Nun haben wir am 30. und 31. Dezember fast gar keine Kohle bekommen, so dass unser Vorrat auf ungefähr 140 Rechnungswaggons gesunken ist. Es ist also uns nichts anderes übrig geblieben, als die Abschaltung der Grossbetriebe vorzunehmen, solange bis das Gleichgewicht wieder hergestellt sein wird. Den Strassenbahnbetrieb haben wir aus Rücksicht für das Publikum nicht eingestellt und weil auch der finanzielle Verlust für die Gemeinde zu gross ist. Nachdem aber die Kohlenvorräte am 2. d. M. auf 90 Waggon herabgesunken waren, ist uns nichts anderes übrig geblieben, als die Strassenbahnen einen Tage einzustellen und mit der Abschaltung der industriellen Betriebe fortzufahren. Die Abschaltung der industriellen Betriebe hat am 2. Jänner eine Kohlenersparnis von 17 Waggon ergeben. Am Samstag war diese Ersparnis auf 25 Waggon gestiegen. Unser Kohlenbedarf war vor der Abschaltung 105 Waggon. Von diesen 105 Waggon sind 20 Waggon für den eigenen Betrieb, ungefähr 20 Waggon für Strassenbahnen, 25 Waggon für die Beleuchtung und 40 Waggon für die Lieferung mit elektrischer Kraft der Industrien und der Gewerbe bestimmt. Wir würden also, wenn diese Abschaltung längere Zeit bestehen bleiben würde, die Hälfte der Kohle, die für den Verbrauch der Industrie notwendig ist, ersparen. Wir wissen heute natürlich nicht, ob wir mit diesen Sparmassnahmen das Ansehen finden werden. Es sind zwar am gestrigen Tage etwas mehr Kohlen eingelaufen als zu den Feiertagen,

aber da wir nicht wissen, ob diese Zuschüsse anhaltend sein werden, fehlt uns natürlich jedes Kalkül. Das Elektrizitätswerk konnte daher nur empfehlen, dass die Strassenbahn am morgigen Feiertage fährt und dass, wenn die Belieferung weiter in dieser Masse anhält, wieder langsam mit der Einschaltung der industriellen Betriebe begonnen werden kann. Die Abschaltung der industriellen Betriebe bedeutet nämlich eine verheerende Massnahme und wir müssen trachten dieselbe so rasch als möglich zu beseitigen. Wir mussten so weit gehen, dass alle Betriebe einschliesslich der mit 20 Kilowattstunden ausgeschaltet wurden.

Direktor Karel berichtete sodann über die weiteren Massnahmen der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke, um die Kohlenversorgung für die Werke besser zu gestalten. Diese Massnahmen beziehen sich hauptsächlich auf die Auferschung neuer Kohlenfelder in Deutschösterreich und die Erschliessung von Wasserkraften.

Direktor Menzel von den Gaswerken berichtete über die Versorgung des

Unternehmens mit Gas, dass der Verbrauch des Gaswerkes im Jahre 1918 618.000 Tonne betrug. Im Jahre 1919 waren es nur mehr 373.000 Tonne. Die Zufuhren betrugen im Jahre 1918 547.000 Tonne, im Jahre 1919 355.000 Tonne. Der Rückgang betrug also im Jahre 1919 mehr als 40% gegen das Jahr 1918. Analog sind die Zahlen der Gaserzeugung, die gleichfalls auf die Hälfte gesunken ist. Der Vorrat des Gaswerkes betrug Anfang des Jahres 1919 50.000 Tonne, heuer 13.500 Tonne. Direktor Menzel stellte fest, dass die Belieferung von 1100 Tonne fürdertätig, vertragsgässig festgesetzt ist, durch die Tschechoslowakei nie zur Gänze eingehalten wurde und dass auch diese Menge nicht genügen würde, um das Gaswerk dauernd betriebsfähig zu erhalten. *Die Hälfte des Gaswerkes ist seitliche Kohlen im eigenen Lande zu erhalten. Es ist notwendig, die Hälfte des Gaswerkes in dem eigenen Lande zu erhalten. Es ist notwendig, die Hälfte des Gaswerkes in dem eigenen Lande zu erhalten.* Direktor Spängler bemerkte, dass die Einstellung des Strassenbahnverkehrs am Sonntage eine Ersparnis von ungefähr 14 Waggon Kohle bringe und gab zu bedenken, dass die Einstellung an Feiertage schwere Schädigungen für das Erwerbsleben bringen würde, nachdem morgen ein grosser Teil der Betriebe arbeite.

Magistratsrat Dr. Pastenbauer besprach die Versorgung Wiens mit Hausbrandkohle. Im Oktober betrug die Anlieferung noch 10%, im November 15%, im Dezember aber nur mehr 6,8% des Bedarfes. Die Versuche, die Kohle durch Holz zu ersetzen, gelangen nur zum Teil, nachdem die Zufuhren von Holz in der letzten Zeit wieder nachgelassen haben.

Obermagistratsrat Dr. Müller erklärte, dass von Mittwoch angefangen der Verkehr auf den Bahnen genau denselben Umfang wie vor dem 21. Dezember aufgenommen werden wird.

Bgm. Reumann stellte als erster Redner in der Debatte fest, dass sich der Stadtrat heute darüber schlüssig werden müsse, ob morgen der Strassenbahnverkehr aufrecht erhalten werden soll. Er stehe auf dem Standpunkt, dass die Strassenbahn unbedingt verkehren müsse, nachdem die Einstellung des Verkehrs eine unerträgliche Belastung der Bevölkerung bedeute. Hierbei komme erst in zweiter Linie der finanzielle Schaden, den die Gemeinde erleide, in Betracht. Hauptsache sei die durch die jetzige schlechte Wetter und durch die grosse Ausdehnung des Gemeindegebietes bedingte schwere Belästigung der Bevölkerung. Bgm. Reumann verlied der Hoffnung Ausdruck, dass die kommenden Verhandlungen des Staatskanzlers in Prag eine Erleichterung der schweren Situation herbei führen werden. Er werde auch am dem Staatskanzler Dr. Renner herantreten, dass bei den Verhandlungen in Prag als Vertreter der Gemeinde Wien Direktor Menzel und Magistratsrat Dr. Pastenbauer beigezogen werden.

StR. Kokrdra erklärte, dass alle Anstrengungen, welche unternommen werden, um Oesterreich in der Kohlenversorgung unabhängig zu machen, unbedingt notwendig sind, doch glaube er, dass aus der Tschechoslowakei doch immerhin noch mehr Kohle zu erhalten sei, da der Schleichhandel noch jetzt noch bedeutende Menge Kohle aus der Tschechoslowakei erhalte. StR. Kokrdra gab fernerhin die Anregung, dass die Holzversorgung für den kommenden Winter bereits jetzt in Beratung gezogen werden solle und dass zur Erleichterung der Holzbringung die Holzstelle aus dem Rathause verlegt und eine gemeinnützige Gesellschaft gegründet werde, welche bei jedem bürokratischen Einschlage, die Holzversorgung in der schnellsten Form durchführe.

StR. Weigl (Soz. Dem.) betonte, dass seiner Meinung nach alles daran gesetzt werden müsse, den Strassenbahnbetrieb aufrecht zu erhalten, insbesondere an Wochentagen, an Sonntagen sei es früher möglich den Betrieb einzustellen. Eine weitere Drosselung des Betriebes sei nach der Ansicht des Redners unmöglich.

StR. Dr. Kiebbök (Chr. Soz.) richtete verschiedene Anfragen technischer Natur an den Direktor der städtischen Elektrizitätswerke.

StR. Schmid (Chr. Soz.) bezeichnete die Gesamtangelegenheit als überaus trist. Erfreulich sei es, dass sich Neufeld und Ebenfurth als fürliche Helfer für die Gemeinde herausgestellt haben. Redner äusserte die Meinung, dass Staatskanzler Dr. Renner in Prag vor allem dafür eintreten müsse, dass die mit uns geschlossenen Verträge die Priorität geniessen. Was die Strassenbahn angeht, so sei Redner der Meinung, dass diese solange aufrecht erhalten werden müsse, als es möglich sei. Allerdings sei er sich aber darüber noch nicht im

Klaren, was dringender notwendig sei, den Strassenbahnbetrieb oder den Betrieb der industriellen Etablissements fortführen zu können.

StR. Vaugoin (Chr. Soz.) anerkannte die Bemühungen des Direktors Karel um die Versorgung der städtischen Elektrizitätswerke mit Brennmaterial. In dieser Richtung werde es hoffentlich in den nächsten Jahren besser werden. Trotzes sei dagegen, die Lage des Gaswerkes. In dieser Beziehung sei vielleicht noch die Reise Dr. Renners nach Prag abzuwarten, dann aber müsste auch bezüglich des Gaswerkes zu energischen Massnahmen geschritten werden.

Bgm. Reumann erstattete einen Holzbericht, aus dem die Schwierigkeiten ersichtlich sind, welche einer geordneten Versorgung Wiens mit Holz entgegenstehen. Darnach betrage die Zahl der Küchenbrände rund 520.000, die Zahl der Zimmerbrände 440.000. Würde man nur die geringe Quote von 7 kg Steinkohle für den Bedarf zugrunde legen und den Brennwert des Holzes mit einem Drittel annehmen (Küchen- und Zimmerbrand je 20 kg Holz), so ergebe sich ein Wochenbedarf von 200 Millionen kg Holz, das sind bei einem durchschnittlichen Gewicht von 400 kg pro Raummeter 50.000 Raummeter pro Woche, oder 8000 Raummeter pro Tag. Zur Verarbeitung des Holzes im Walde werden für 2 Raummeter pro Tag im allgemeinen 2 Arbeiter beschäftigt; es müssten daher 8000 Arbeiter täglich im Walde beschäftigt werden, um den Bedarf zu erzeugen. Zur Verführung des Holzes aus dem Walde wäre, da ein ländliches Fuhrwerk nur 3 Raummeter fast, 2700 Fuhrwerke täglich notwendig. Zur Verladung der 8000 Raummeter würden täglich 400 Eisenbahnwagen benötigt. Das Holz wird zu 90% metrisch, zu 10% mit der Hand verkleinert. Ein Motor leistet durchschnittlich 16 Raummeter im Tage, ein Arbeiter 2 Raummeter. Würde also das Holz mechanisch verkleinert, so würden für die 8000 Raummeter pro Tag 500 mechanische Schneidmaschinen benötigt werden, während zum Schneiden des Holzes mit der Hand 4000 Arbeiter tätig sein müssten. Bei einer Erhöhung der Quote würden sich diese Zahlen verhältnismässig erhöhen. In Bezug auf die Holzaufbringung sei von der Gemeinde Wien zweifellos alles vorgekehrt worden, was möglich sei. Ebenso seien heuer schon die Vorbereitungen für das nächste Jahr getroffen worden, da eine rationelle Erzeugung im nächsten Jahre nur möglich sei, wenn die Verarbeiter dazu bereits ein Jahr früher geleistet werden seien. Er könne mit gutem Gewissen behaupten, dass in dieser Richtung nie überhaupt bezüglich der Holzbringung das Menschennögliche vorgekehrt worden sei.

VB. Hess erwähnte, dass seiner Meinung nach insbesondere jene Gründe, welche es bis nun hintanhalteten, dass wir vom Auslande nicht jene Unterstützung finden, die notwendig sei, in Wegfall kommen. Dies sei natürlich vor allem Sache der Reichsregierung. Des weiteren trat Redner dafür ein, dass beim Holzgeschäfte der Holzhandel nicht gänzlich ausgeschaltet werde. StR. Sirotek (Tscheche) wies darauf hin, dass die Kohlennot nicht allein bei uns, sondern in allen Ländern herrsche. Sie sei daher eine Frage, die nur international gelöst werden könne. Er meinte, es wäre vielleicht gut, wenn man überhaupt mehr Verständigung als bisher mit den angrenzenden Staaten sowohl in dieser Frage als auch in anderen Fragen pflegen wolle. Ebenso könne er nur anraten, dass nicht bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit der Anschluss an Deutschland in den Vordergrund gestellt werde.

StR. Kürber (Chr. Soz.) bemängelte die Arbeiten der Holzstelle im Rathaus und wünschte, daß das Amt mit grösserer Energie arbeite.

Es wurde dann beschlossene morgen Dienstag den Strassenbahnverkehr aufrecht zu erhalten und den Staatskanzler Dr. Renner zu ersuchen, dass den Verhandlungen in Prag zwei Vertreter der Gemeinde Wien beigezogen werden. Als diese Vertreter wurden Magistratsrat Dr. Pastenbauer und Direktor Menzel bestimmt.

W i e n , 6. J a n n e r 1920.

Wiener Kinder nach Italien, Montag Abends sind in Wien neuerdings 2 Mailänder leere Züge für Kinder eingetroffen. Sie waren geführt vom Sanitätschef von Mailand Dr. Grassi, der diesmal begleitet war vom Stadtrat Cesare Marangoni, der das Fürsorgeamt Mailands leitet und dem St. R. Gino Boriosi. Ausserdem waren noch der Präsident des Institutes Santa corona Gregorio Hoftri, sowie Dr. Vigilio <sup>Ferrari/</sup> ~~Hoftri~~ mitgekommen. Ebenso sind Vertreter von Genua, Alessandria, Cagnano, Codognia und Busto Arrizio erschienen. In allen diesen Orten werden Kinder von den 900 Kindern, die mit diesen 2 Zügen nach Italien geführt werden sollen, untergebracht. Ausserdem ist gestern in Wien als Vertreter des Komites in Mantua Herr <sup>erschienen/</sup> ~~Salsaterra~~, um mit dem Bürgermeister und dem städt. Jugendamt wegen Zusammenstellung eines Kinderzuges nach Mantua Fühlung zu nehmen, wohin 400 Kinder kommen sollen. Die italienischen Gäste erschienen heute Vormittags im Rathause und wurden von Bgm. Reumann und Vicebgm. Winter empfangen und durch die Räume des Rathauses geleitet. Sie sind eifrig damit beschäftigt, bei der Auswahl der Kinder mitzuwirken. In der italienischen Abordnung befinden sich diesmal 6 Aerzte. Dr. Grassi erzählte, dass die Reise der Wiener Kinder nach Mailand vollkommen glatt verlaufen ist und dass die grosse Uebermüdung der Kinder, die die Reise mit sich gebracht, wie verflogen erschien, als sie die ersten Orangenbäume auf dem Bahnhofs stehen sahen. Von den 450 Kindern die nach Mailand fahren befindet sich nur mehr ein Kind in Mailand als Gast des Bürgermeisters und eines als Gast des Stadtrates, alle anderen Kinder sind an die italienische Riviera gebracht worden, wo sie in den städt. Heimen Mailands verpflegt werden. Hunderte von den Kindern haben den Aerzten Briefe mit nach Wien gegeben und diese werden sie den Eltern zustellen lassen; sie haben sich auch angeboten, Briefe von den Eltern an die Kinder wieder mit nach Italien zu nehmen. Solche Briefe sind im städt. Jugendamt, II. Augartenpalais persönlich abzugeben.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 7. Jänner 1920, Nr. 7.

Die Wohnungsanforderungen in der ersten Dezemberwoche. Von 1. bis 7. Dezember wurden in Wien 651 Wohnungen und 177 Einzelwohnräume angefordert. Darunter befanden sich 3 Spielrwohnungen. Die angeforderten Wohnungen bestehen aus 1240 Zimmern, 385 Kabinetten, 648 Küchen, 274 Vorzimmern, 112 Dienerzimmern und 94 Badezimmern. Der Anforderungsbescheid tritt in der genannten Woche bei 152 Wohnungen und 61 Einzelwohnräumen in Kraft. 15 von diesen Einzelräumen befinden sich in 2 Hotels. Die Wohnungen, bei denen die Anforderung in Rechtskraft erwachsen ist, umfassen 264 Zimmer, 106 Kabinette, 148 Küchen, 47 Vorzimmer, 19 Dienerzimmer und 19 Badezimmer.

-----

## 2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 7. Jänner 1920, Nr. 8.

Die Bankverbindung der Gemeinde Wien. Der Stadtrat hat heute beschlossen, für das Jahr 1920 die Länderbank in unveränderter Weise mit der Besorgung der Bankgeschäfte der Kommune Wien zu betrauen.

-----

Von der Strassenbahn. Aus Anlass eines Referates über verschiedene Strassenbahnwünsche der Gemeinde Mauer regte StR. Josef Müller (chr. soz.) in der heutigen Sitzung des Stadtrates an, es mögen in Zukunft die Strassenbahnwagen, welche nach Betriebschluss eingezogen werden, Fahrgäste aufnehmen können. Jetzt geschehe es wiederholt, dass solche Wagen leer zu den Remisen zurückfahren. Dadurch entgingen der Gemeinde nicht geringe Mehreinnahmen. Das Publikum würde gewiss sehr gerne die Nachgebühr bezahlen. Bgm. Reumann erklärte, dass er diese Anregung auch schon gegeben habe. Der Referent StR. Weigl bemerkte im Schlussworte, es wundere ihn, dass diese Frage noch nicht gelöst sei, da er schon vor Wochen den Auftrag an die Direktion der Strassenbahn habe gelangen lassen, dass von den zur Einziehung kommenden Wagen Fahrgäste aufzunehmen seien. Er werde sich nochmals mit der Direktion der Strassenbahnen ins Einvernehmen setzen.

-----

Hotel- und Gasthausverpachtung. Der Betrieb des Caathöfes, der Gast- und Kaffeewirtschaft in Rodau, Liesingerstrasse 18 (vorm. Simader) wird zum 1. Februar 1920 im Wege einer öffentlichen Ausschreibung verpachtet. Die Konzession umfasst alle Berechtigungen des § 16 der Gewerbeordnung ausser Ausschank von Kunst- und Halbweinen. Die Pachtdauer wird vorläufig mit 2 Jahren festgesetzt. Der Pächter hat eine Kaution von 15.000 Kronen zu erlegen. Die ausführlichen Bedingungen liegen samt dem Verzeichnis des Inventars bei dem Bürgermeisteramt Rodau, der Genossenschaft der Gast- und Schankgewerbetreibenden in Liesing, der Gewerbevereinsgesellschaft der Gastwirte in Wien, der Direktionskanzlei der städtischen Strassenbahnen in Wien und der Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung der städtischen Strassenbahnen in Wien, VI., Rahlgasse 3, zur allgemeinen Einsicht auf. Bei letzterer können auch die Gebäudeplätze eingesehen werden. Zum Zwecke der Vergebung wird eine allgemeine öffentliche Offertverhandlung für Samstag, den 17. Jänner 1920 anberaumt, die im Sitzungssaale der Direktion der städtischen Strassenbahnen in Wien, IV., Favoritenstrasse 11, um 10 Uhr vormittags abgehalten wird. Die Angebote sind stempelfrei an die Direktion in verschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Zur Offertverhandlung für die Verpachtung der Gastwirtschaft in Rodau, Liesingerstrasse 18“ zu richten und müssen bis zum 16. Jänner 1920 bei der Direktionskanzlei eintreffen oder spätestens vor Eröffnung der Offertverhandlung der Kommission übergeben werden. Der Bewerber muss die gewerberechtliche Eignung zum selbständigen Betrieb des Gast- und Schankgewerbes besitzen. Weiters hat er ein Vadium von 10 % der Kaution, d. s. 1500 K bei der Hauptkasse der städtischen Strassenbahnen in Wien, VI., Rahlgasse 3, bis 16. Jänner 1920 oder bei der Offertverhandlung selbst zu erlegen. Weitere Auskünfte erteilt die Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung der städtischen Strassenbahnen.

-----

Haustorsperre. StR. Iser (Soz. Dem.) berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates über den vom Gemeinderate Jenschick gestellten Antrag, betreffend die Verlegung der Haustorsperre von 8 auf 9 Uhr. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Beibehaltung der Sparmassnahmen beantragte der Referent im Einvernehmen mit dem Magistrat den Antrag abzulehnen. StR. Dr. Grün (Soz. Dem.) machte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, dass in vielen Häusern die Haustore zwar um 8 Uhr abends gesperrt werden, aber die Beleuchtung bis 9 Uhr und  $\frac{1}{2}$  10 Uhr abends weiter funktioniere. Der Referent bemerkte, dass er von dieser Mitteilung den zuständigen Ueberwachungsstellen Kenntnis geben werde. Der Referentenantrag wurde angenommen.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

Wien, 1. Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 8. Jänner 1920, Nr. 9.

Die Errichtung einer Sanitätsstation in XXI. Bezirk. StR. Dr. Grün (Soz. Dem.) berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates über den seinerzeit von VB. Hess gestellten Antrag und über seine eigene Anregung auf Errichtung einer Sanitätsstation in XXI. Bezirk, sowie seiner wiederholten Anträge die Vermehrung der Spitalsbetten für Tuberkulose betreffend.

Die Errichtung dieser Station sei im Anschlusse an das zu schaffende Zita-Spital in XXI. Bezirke ins Auge gefasst gewesen. Da sich jedoch die Errichtung dieses Spitals verzögere, so habe man die Sanitätsstation mit dem Ambulatorium gemeinsam errichten wollen. Allein auch dieses Projekt sei als nicht zweckmäßig erkannt worden. Es sei daher mit der Errichtung der Sanitätsstation noch eine Zeit lang zu warten. VB. Hess pflichtete den Ausführungen des Referenten bei und gab die Anregung, die Sanitätsstation gegebenenfalls in der Kagraner Kaserne, die vor zwei oder drei Jahren schon für Spitalzwecke bestimmt worden sei, zu errichten. Natürlich sei aber auch das Zukunftsamt, weil die Kaserne vorläufig für Wehrzwecke in Anspruch genommen werde. Sollte jedoch die Wohnungsverhältnisse, und eine Evakuierung der Kaserne möglich sein, so würde er der Errichtung der Sanitätsstation in der Kagraner Kaserne das Wort sprechen. Der Referent stimmt dem Vredner zu und erklärt: Was die Spitalsbetten für Tuberkulose betrifft, so sei es glücklich, dass das Staatsamt für Volksgesundheit die „Spinneria am Kreuz“ mit 600 Spitalsbetten für Tuberkulose eröffnet habe, wo allerdings noch nicht alle Betten zur Verfügung stehen. Er hoffe, dass damit ein Teil zur Linderung der Bettnot geleistet sei.

Einführung von Revisoren in Zivilkleidern. VB. Emerling erstattete in der heutigen Stadtratsitzung einen Bericht über die Anstellung von Revisoren in Zivilkleidern bei der Strassenbahn. Der Referent führte aus, dass zu den als Kriegsfolgen auftretenden Uebelständen die ausserordentliche Zunahme der sogenannten „Schwarzfahrer“ gehöre, welche die Hinterziehung des Fahrgeldes fast professionell betreiben. Die Bekämpfung der „Schwarzfahrer“ mit dem bisherigen Mitteln erweise sich als unzureichend. Auch die im Zuge befindliche Vermehrung der uniformierten Revisoren wird nicht zur Abschaffung der oft mit grösster Spitzfindigkeit betriebenen Fahrpreisunterziehung führen. Andererseits wird auch durch nachlässiges bzw. mangelhaftes Einkassieren einzelner Schaffner des Schwarzfahrers Versuch geleistet, so dass ein ansehnlicher Entgang der Fahrpreiscinnahmen entsteht. Die Bekämpfung dieser Uebelstände wird nun derart in Angriff genommen werden, dass auch 20 Revisoren in Zivilkleidern, die unerkannt auf den Wagen fahren und bei den Haltestellen Beobachtungen machen werden, eingeführt werden sollen.

StR. Rummelhardt (chr. soz.) nahm gegen diese Anstellung der Zivil-Revisoren Stellung und begründete dies mit technischen Schwierigkeiten, welcher der Dienstausübung der Kontrollorgane entgegen stehen werden. Ausserdem hielt er es der Gemeinde Wien für unwürdig ein derartiges Spitzelwesen einzuführen.

StR. Weigl (Soz. Dem.) teilte mit, dass die Anstellung der Zivilrevisoren in Einvernehmen und auf Wunsch der Bediensteten vorgenommen wird, weil diese sich auf diese Weise gegen das Ueberhandnehmen des „Schwarzfahrens“ selbst Schutz schaffen wollen.

StR. Tändler (Soz. Dem.) glaubt, dass schon dadurch, dass das Publikum weiss, dass solche Zivilrevisoren ihren Dienst ausüben, eine grosse Zahl von „Schwarzfahrern“ beseitigt werden dürfte. „Schwarzfahrer und Schmeißler“ müssen mit den Mitteln bekämpft werden, die wirken. Es ist keineswegs notwendig dass Kontrollorgane uniformiert sind; es gibt auch eine grosse Anzahl von Beamten, die keine Uniform tragen, deren Dienst aber doch

StR. Vangoia (chr. soz.) regt an, dass die Wagen gleichzeitig von 2 Revisoren kontrolliert werden sollten und dass die Strafen für erwiesene Schwarzfahrer bedeutend höher angesetzt werden soll.

StR. Körber (chr. soz.) ist der Ansicht, dass auch nichtuniformierte Revisoren bei der jetzt so häufigen Wagenüberfüllung keinen besonderen Erfolg bringen werden.

StR. Rummelhardt (chr. soz.) gab hierauf noch die Anregung, dass wie in Budapest auch in Wien die Anordnung erfolgen solle, dass die Fahrgäste vorne einsteigen und rückwärts absteigen sollten. Hiegegen führte StR. Schmid (chr. soz.) verschiedene Bedenken an, die bereits seinerzeit zur Ablehnung dieser Anregung geführt haben.

In seinem Schlussworte betonte VB. Emerling, dass der Verlust, den die „Schwarzfahrer“ der Gemeinde Wien verursachen, in die Millionen gehe, und dass durch diesen Verlust auch die Einführung nichtuniformierter Revisoren gerechtfertigt erscheine.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag <sup>der</sup> Berichterstatters angenommen.

## Günstige Ergebnisse der Heberwach-<sup>ung</sup> der Brennstoffgebarung in städtischen Haushalten.

In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Binder (Soz. Dem.) über die Tätigkeit der Organe, die mit der Heberwachung der Brennstoffgebarung in städtischen Haushalten betraut wurden. Im November v. J. hat der Stadtrat die Bestellung von 8 derartigen Aufsichtsergane genehmigt. Die Tätigkeit dieser Organe brachte sehr wertvolle Ergebnisse. Es wurde ein übermässiger Brennstoffverbrauch seitens der Inhaber von Naturalwohnungen festgestellt, ferner wurde erhoben, dass Unklarheiten im Verbrauch der in den städtischen Gebäuden untergebrachten Kriegs- und Auspfeiseküchen bestehen, dass die erlassenen Sparmassnahmen nicht genau eingehalten werden, dass häufig überheizte Räume angetroffen werden, und dass verschiedene Nachlässigkeiten der mit der Wartung und Bedienung der Heizanlagen betrauten Personen bestehen. Alle diese Uebelstände wurden teils von den Aufsichtsorganen selbst beseitigt, teils wurde ihre Beseitigung durch die zuständigen Dienststellen veranlasst. Das finanzielle Ergebnis dieser Massnahmen, das sich natürlich nur schätzungsgemäss feststellen lässt, ist ein überaus günstiges. Nachdem der Brennstoffbedarf der städtischen Haushalte nach den bereits überhohen Preisen des Veranschlagtes mit 24 Millionen Kronen angesetzt ist und nach der bescheidenen Annahme, dass durch die Revisionen um 10 von 100 weniger Brennstoff gebraucht wird, bedeutet dies eine Ersparnis von rund 2 1/2 Millionen Kronen. Dieser wertvollen Aktivpost steht nur die kleine Ausgabe der Diensteszulagen für die Kontrollorgane gegenüber.

Die Lokale für die Sektionen der Volkszählung in Wien. StR. Breitner (Soz. Dem.) berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über die Bestimmung von Lokalen für die in heurigen Jahre gemäss dem Beschlusse der Nationalversammlung durchzuführende Volkszählung. Es wird die Zentralsektion in der Konstituitionsratszentrale im Rathaus untergebracht, die Bezirkssektionen werden in den Schulen bzw. Amtshäusern untergebracht werden.

Für die Wiener Kinder. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete VB. Winter über die Hilfsaktion für die Wiener Kinder. Darnach wurde am 2. Jänner ein Zug mit 700 Kindern nach Meran geschickt. Am Tage darauf ging ein Zug nach Schweden ab. Heute vormittags sei ein Zug nach Norwegen abgegangen, der von norwegischen Werkmeisterbund ins Werk gesetzt wurde. Mit diesem Zug sind 500 Kinder abgegangen.

Am Samstag kamen 600 Kinder nach Triest. Insgesamt sind bisher in Triest 2000 Plätze aufgebracht worden. Die grösste Hilfsbereitschaft in Italien wurde uns bisher aus dem Friaul zuteil. Jenes Gebiet, das durch den Krieg am meisten gelitten hat. In Friaul werden insgesamt 600 Kinder aufgenommen worden. Am Sonntag gehen zwei Züge nach Mailand ab. Ein Zug mit 450 Kindern geht nach Mailand ab. An Liebesgabenzüge sind neuerdings aus Schweden ein Zug mit 39 Waggons und zwei Züge von amerikanischen

Rotes Kreuz mit 60 Waggons hier eingetroffen. Unter den letzteren sind 20 Waggons mit Kleidern und Schuhen für die Wiener Bevölkerung und zwei Waggons mit Medikamenten.

Die ersten Wiener Kinder nach Norwegen. Der erste allgemeine österreichische Werkmeister- und Industrieunterverband in Wien hat sich durch seinen Präsidenten Jakobi an die norwegischen Kollegen mit der Bitte gewandt, die Not der Wiener Kinder lindern zu helfen. Dieser Hilferuf hat in Norwegen warme Aufnahme und rasche Erfüllung gefunden, so dass bereits heute mittag der erste Wiener Kinderzug, zusammengestellt vom Werkmeisterverband und vom städtischen Jugendamt, mit 525 Kindern nach Norwegen abgehen konnte. Zur Abfahrt des Zuges hatten sich am Westbahnhof der norwegische Konsul Eronskjeld, die Delegierte des norwegischen Rotes Kreuzes Fräulein Barnea und VB. Winter eingefunden. Der Zug steht unter der Führung des norwegischen Landwirtes Knudsen, für dessen tatkräftige Mitarbeit an dem Hilfswerke besonders zu danken ist. Die ärztliche Aufsicht über den Zug obliegt dem Wiener Arzt Dr. Marek. VB. Winter dankte den Herren aus Norwegen im Namen der Stadt Wien und seiner Bewohner für ihre tatkräftige Hilfe und hat, den norwegischen Pflegerinnen die herzlichsten Grüsse und den besten Dank der Stadt Wien für ihre Aufopferung überbringen zu wollen. Auch Präsident Jakobi dankte in bewegten Worten den Norwegern für ihre Hilfsbereitschaft. Die ausreichende Verpflegung der Kinder im Zuge wurde zum Teil von Jugendamt beigestellt, zum Teil besteht sie aus norwegischen Liebesgaben. In Berlin und Leipzig werden die Kinder mit warmen Essen bewirtet werden. In Sassenitz werden die Norweger dem Zug überlassen, um ihnen an seinem Bestimmungsort Christiania, wo er Sonntag früh eintrifft, zu führen. Die Kinder werden 3 Monate in Norwegen bleiben.

Wiener Kinder in Reggio Emilia. Die italienische Mission in Wien teilt über Brauchen des Bürgermeisters von Reggio Emilia mit, dass 100 Wiener Kinder dort angekommen sind. Postalisch wird ein Verzeichnis für die den Familien zukommenden Mitteilungen übermittelt werden.

Kartoffelabgabe. Heute bzw. die nächstfolgenden Tage gelangen auf den Märkten und in den Markthallen der Bezirke 1, 2, 20 und 21 leicht angeferene polnische Kartoffel zum Preise von K 3.60 per kg gegen Abtrennung der Abschnitte „H“ und „J“ und für jene Parteien, welche die Abschnitte „D“ und „E“ sowie „F“ und „G“ noch nicht eingelöst haben, auch für diese Abschnitte der Kartoffelkarte und zwar für jeden Abschnitt 1/2 kg zur Ausgabe. Diese Kartoffeln sind auch von den bei Konsumentenregulationen (Konsumentenvereinen) rayonierten Kunden gegen Abtrennung der entsprechenden Kartoffelabschnitte zu beziehen. Ausserdem werden in 3. Bezirk gegen „F“ und „G“ und in 13. Bezirke gegen „H“ und „J“ holländische Kartoffeln zum Preise von K 5.10 per kg bei den Bezirksabgabestellen, und zwar für jeden Abschnitt 1/2 kg abgegeben.

WIENER HAUSKORRESPONDENZ

---

Wien, am 9. Jänner 1920.      Abendausgabe

---

Rückkehr der Wiener Kinder aus der Schweiz

---

Die am 5. November 1919, in die Schweiz Abgereisten Wiener Kinder, kommen Freitag den 9. Jänner 2 Uhr nachm. in Wien Westbahnhof an.

---

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 9. Jänner 1920, Nr. 10.

## Ausgabe von Familien-Fürsorgeblättern der internationalen Hilfsaktionen

Der Hauptdelegierte des internationalen Roten Kreuzes erlässt für Wien behufs einheitlicher Regelung und Evidenzhaltung des Bezuges von Gaben und Zuwendungen sowie der Unterbringung von Kindern in auswärtigen Ländern werden mit Zustimmung des Bürgermeisters an den unten angegebenen Tagen bei den Brotkommissionen Familien-Fürsorgeblätter unter nachstehenden Bedingungen aufgenommen und ausgegeben. Anspruch auf den Erhalt eines Familien Fürsorgeblattes können Haushaltungsvorstände nur dann erheben, wenn 1.) in deren Haushalte Kinder unter 16 Jahren, das sind solche, welche seit 1. Jänner 1902 geboren wurden, wohnen und verköstigt werden, gleichviel ob diese Kinder eheliche, uneheliche, Adoptiv- oder Pflegekinder sind; 2.) das Jahreseinkommen des Haushaltungsvorstandes einschliesslich des Einkommens aller Familienmitglieder, welche zum gemeinsamen Haushalte beitragen, insgesamt 20.000 Kronen nicht erreicht. Die Erhebung des Anspruches ist gleichzeitig die wahrheitsgetreue Erklärung, daß das Gesamteinkommen der Familie unter diesem Betrage ist. Die Aufnahme und Ausgabe der Familien-Fürsorgeblätter erfolgt bei der zuständigen Brotkommission gegen Vorlage des polizeilichen Meldesettels, dem amtlichen Einkaufscheines und der Altersnachweise der Kinder für Haushalte mit den Anfangsbuchstaben des Familiennamens A - G am 13. Jänner, H - L am 14. Jänner, M - S am 15. Jänner und Sch, St, T - Z am 16. Jänner in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr mittags und 2 bis 5 Uhr nachmittags. Mit 17. Jänner wird die Ausgabe ausnahmslos geschlossen. Es müssen daher die Haushaltungsvorstände, welche zum Erhalte eines Familien-Fürsorgeblattes berechtigt sind, und ein solches begehren wollen, unbedingt die für die Ausgabe vorgeschriebene Zeit einhalten. Jede Aenderung der Bezugsberechtigung, sowie jeder Zuwachs oder Abfall ist unter Vorweisung des Familien-Fürsorgeblattes bei der zuständigen Brotkommission behufs Richtigstellung zur Anzeige zu bringen. Jede unrichtige Angabe und jeder Mißbrauch des Fürsorgeblattes werden, wenn nicht die strafrechtliche Ahndung einzusetzen hat, mit dem Verluste jeder Begünstigung bestraft.

**Kartoffelabgabe.** Die in einzelnen Veröffentlichungen enthaltene Mitteilung von der Abgabe von Kartoffeln im 2. bzw. 3. Bezirk wird dahin richtig gestellt, daß diese Bezirke bei der diesmaligen Abgabe nicht in Betracht kommen, sondern nur der 8. Bezirk gegen Abtrennung der Abschnitte „F“ und „G“ und im XIII. Bezirk gegen Abtrennung der Abschnitte „H“ und „J“.

**Die Kinderzüge nach Italien.** Die in einzelnen Blättern erschienenen Meldungen, dass die Kinderzüge nach Italien Sonntag vormittag Wien verlassen, sind dahin richtig zu stellen, dass zwei Züge, einer des städtischen Jugendamtes und einer des Vereines der Kinderfreunde, Samstag um 9 Uhr 40 Minuten abends vom Südbahnhof abgehen und dass der Kinderzug nach Triest um 5 Uhr 20 Minuten nachmittags den Südbahnhof verlässt. Sonntag vormittags geht kein Kinderzug von Wien ab.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 9. Jänner 1920, Nr. 11.

Professor Dr. Lammasch +. Bürgermeister Reumann hat an die Witwe des verstorbenen ehemaligen österreichischen Ministerpräsidenten Dr. Heinrich Lam-

masch folgendes Beileidschreiben gerichtet: Das Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls hat in weiten Kreisen der Wiener Bevölkerung die tiefste Teilnahme hervorgerufen. Die Wiener verehren in den verblichenen einen gemeinsamen Gelehrten von internationaler Wertschätzung, einen der bedeutendsten Verkämpfer für den Völkerfrieden und einen Menschenfreund, der in seinem ganzen Denken und Fühlen geleitet wurde von der Liebe zu seiner Heimat und seinen Mitbürgern. Die Stadt Wien wird diesen seltenen Mann und sein Wirken niemals vergessen und sein Andenken stets in Ehren halten. Ich bitte Sie, verehrte gnädige Frau, den Ausdruck der aufrichtigsten Teilnahme, deren ich Sie im Namen der Stadt zu versichern mir erlaube, empfangen zu wollen.

**Schwedische Liebesgaben.** In den letzten Tagen sind in Wien wieder 89 Waggon mit schwedischen Liebesgaben angekommen. Sie wurden überbracht von der Gemahlin des Statthalters in Linköping, Ostgotland, der Gräfin Alies Rolle und Frau Grill sowie von Frau Schirer von Waldheim. Der Zug enthält 4 Waggon Kondensmilch, 5 Waggon gesalzene Fische, je einen Waggon Keks, Margarine, Roggenmehl, Lebertran und Cornedbeef und je 2 Waggon Reis, und Kartoffelmehl. Ausserdem sind noch ein Waggon mit Kleidern und 8 Waggon mit verschiedenen Nahrung- und Hilfsmitteln angekommen, die von der schwedischen Organisation „Redda barnen“ gesammelt wurden. Fünf Waggon des Zuges sind von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern beigegeben worden. Sie enthalten je einen Waggon Speck und Heringe, 2 Waggon Mehl und einen Waggon Verschiedenes. Diese Sendung ist für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Oesterreichs bestimmt. Mit dem Zuge ist auch eine Sammlung von schwedischen Postangestellten und eine für die Diakonissenanstalten bestimmte Sammlung Liebesgaben mitgekommen. Die schwedischen Damen und Herren haben die Absicht, einen Kinderzug nach Schweden mitzunehmen, der 500 Kinder dorthin bringen soll.

**Triest für Wien.** Mittwoch abend trafen in Wien Major Dr. Romby als Vertreter der italienischen Regierung und als Vertreter der Triester Sozialdemokraten Rupert ein, um einen Kinderzug abzuholen. Triest hat bisher 2000 Kostplätze aufgebracht und 170.000 Lire in Bargeld gesammelt. Bemerkenswert ist, dass das durch den Krieg am meisten in Mitleidenschaft gezogene Friaul, sich der Wiener Kinder in grösster Masse annimmt. Dort wurden bisher 500 Kostplätze angemeldet. Auch Kleider und Geldsammlungen wurden eingeleitet. Ancorano wird für besonders erholungsbedürftige Kinder zur Verfügung gestellt werden und die Triester Krankenkasse hat nicht nur die Verpflegung der Wiener Kinder übernommen, sie hat auch 10.000 Lire gespendet. Die Jugendlichen, die ursprünglich in Ancorano untergebracht werden sollten, werden nunmehr in Hotels und Pensionen von Grado und Portorose aufgenommen werden. Für die Jugendlichen, die in Kolonien zusammengefasst werden, wird das Triester Komitee nach einer Abmachung mit den Hotels täglich für ihre Pension bezahlen. Es ist die beste Aussicht gegeben, dass sich die Kinder und die tuberkulosegefährdeten Jugendlichen bestens erholen werden. Der erste Zug nach Triest geht Samstag nachmittags ab.

**Für die Wiener Kinder.** Das Landestheater in Darmstadt hat in Dezember eine Aufführung von Ansgrubers „G'wissenswurm“ zu Gunsten der notleidenden Wiener Kinder veranstaltet, deren Ergebnis sich auf 2000 Mark stellt, die bereits der Stadt Wien überwiesen wurden. Nach einer Mitteilung des „Öffentlichen Anzeigers“ in Kreuznach wird von den dortigen Bewohnern für die Stadt Wien Geld gesammelt und haben sich auch bereits 30 Familien bereit erklärt, Wiener Kinder im Alter von 4 bis 16 Jahren aufzunehmen.

WIENER GEMEINDERAT  
Sitzung, von 9. Jänner 1920

**Wegen Aufnahme von Wiener Kindern in Köln.** Nach einer Mitteilung der österreichischen Generalkonsulate in Köln haben auf Grund der Anträge von Zeitungen bereits über 200 Anmeldungen wegen Aufnahme von Wiener Kindern stattgefunden.

Das Generalkonsulat in Hamburg hat eine grosszügige Hilfsaktion für die Stadt Wien eingeleitet. Ein Arbeitsausschuss, der sich rasch gebildet hat, erliess einen Aufruf an die Bevölkerung, der von den hervorragenden Kreisen unterzeichnet ist. Es sind Wohlthatigkeitsveranstaltungen und Bierzelsammlungen geplant. Auch werden zahlreiche Privatpersonen Wiener Kinder aufnehmen. Die Bevölkerung Hamburgs hat mit grösstem Eifer ihre Bereitschaft gezeigt, die Aktion tatkräftig zu unterstützen.

Der Hilfsausschuss zur Unterbringung und Verpflegung Wiener Kinder in Plauen im Vogtlande, ist bereit, 200 Kinder auf sechs bis sieben Monate aufzunehmen.

Der österreichische Hilfsverein Leipzig beabsichtigt, 200 Wiener schulpflichtige Kinder in Leipziger Familien kostenlos für drei Monate unterzubringen.

Der Stadtrat Ansbach teilt mit, dass sich Bürger der Stadt bereit erklärt haben, eine grössere Anzahl Kinder auf sechs bis sieben Wochen zum Zwecke der Erholung auf ihre Kosten bei sich aufzunehmen und zu verpflegen.

Die Stadt Kaufbeuren hat mitgeteilt, dass in dortigen Familien 46 Wiener Kinder auf längere Zeit aufgenommen werden.

Der Bürgermeister von Friedrichshafen a.B. wird dafür sorgen, dass zunächst einmal 25 Kinder auf die Dauer eines halben Jahres bei Familien unentgeltlich untergebracht werden.

Zufolge Mitteilung des Herrn Franz Kopera haben sich in Iserlohn 24 Familien bereit erklärt, Wiener Kinder für einige Monate aufzunehmen.

Der Jugendfürsorgeverband in Fürth teilt mit, dass er in der Lage ist, notleidende Kinder bei Familien unterzubringen.

Der Stadtrat Penzberg teilt mit, dass sich die Stadt dem deutschen Hilfswerke für Wien angeschlossen hat.

Direktor Hans Wagnussen in Hadersleben, teilt mit, dass vorläufig gute Heime für 200 Kinder in Nordschleswig zur Verfügung stehen und dass er als Stadtverordneter von Marstrand beauftragt sei, eine Gold- bzw. Lebensmittelsammlung durchzuführen.

Die Arbeiter der Dachziegelei Monwissen (Holland) haben last Depesche am 26. Dezember zu Gunsten der Wiener Kinder gearbeitet.

Der Geschäftsführer der „Liga für Völkerbund Posen“ teilt mit, dass die Liga in einer Versammlung im November eine Resolution des Inhaltes einstimmig angenommen, an den Obersten-Rat in Paris eine Adresse zu übersenden, worin um Hilfe für Wien gebeten wird.

Mehr als 50 Landwirte der Gemeinde Kilb, Bezirk Melk, haben sich bereit erklärt, dürftige Wiener Kinder bis zu Ostern bei sich aufzunehmen. Kilb ist die erste Gemeinde in Niederösterreich, die die Aufnahme Wiener Kinder in Aussicht nimmt.

Das Pfarramt in Gerasdorf gibt bekannt, dass 50 Landwirte dem Beispiele der Gemeinde Stopfenreuths (Beteiligung von Wiener Kindern mit Lebensmitteln) zu folgen bereit sind.

Zufolge Mitteilung der österreichischen Gesandtschaft in Berlin hat sich über Veranlassung der Gesandtschaft durch die Berliner Gesellschaft für staatsbürgerliche Erziehung ein Ausschuss zur Unterbringung österreichischer Kinder in Deutschland gebildet, dem bereits 160 Anmeldungen wegen Uebernahme von Kindern seitens Familien in Berlin und anderen Orten vorliegen.

Zufolge telegrafischer Mitteilung des Oberbürgermeisters von Berlin ist gestern abends ein Liebesgahenzug für Wien von Berlin abgegangen, der voraussichtlich morgen abends in Wien eintreffen wird.

Der Kreis-Lehrer-Rat in Köln teilt mit, dass auf seine Anregung an sämtlichen Schulen Kölns, von der Volksschule bis zur Universität, zu Gunsten der Wiener Kinder Geldsammlungen eingeleitet worden sind und dass eine Aktion wegen Aufnahme von Wiener Kindern in Köln im Zuge ist.

Aufgabe des Generalkonsulates in Hamburg wegen Wiener Kindern in Köln, 200 aus Hannover vor.  
Die österreichische Gesandtschaft in Berlin teilt mit, dass am 6. d. M. ein Hilfszug mit ungefähr 35 Wagnen von Berlin nach Wien abgegangen ist, der von vier Delegierten des österreichischen Hilfswerkes begleitet sein wird.

Gespendet haben:

Die Stadt Köln zur Beschaffung notwendiger Lebensmittel 100.000 Mark.

Die Direktion der Filiale „Union“ Aktiengesellschaft für See- und Flussversicherung in Stettin zur Verteilung von Lebensmitteln in den Kindergärten der Gemeinde Wien 16.800 Kronen.

Ein schwedischer Kontrakt einer Wiener Firma für notleidende Kinder deutschösterreichischer Nationalität 14.120 Kronen.

Die Firma Vassalli & Co., Mailand zu Gunsten notleidender Kinder Wiens 12.000 Kronen.

Der sächsische Geschäftsträger in Wien anlässlich des Weihnachtsfestes aus einer in Dresden stattfindenden Sammlung zur Unterstützung notleidender Wiener 12.000 Kronen.

Emanuel Collalto (Früher Fürst Collalto et San Salvatore) wie im Vorjahre, für die Armen Wiens mit besonderer Berücksichtigung des XIX. Bezirkes 10.000 Kronen.

Bankhaus Schmidt & Lorenzen als Weihnachtsspende für notleidende Wiener Kinder einen Scheck per 5000 Kronen.

Friedrich Lux in Ludwigshafen a.Rh. für Weihnachtsgaben an Notleidende 5000 Kronen.

Die Firma H. L. Dienst & Co. in Elberfeld für Kinder 5000 Kronen.

Der Berliner Lehrer-Gesangsverein zur Linderung der Not der Stadt Wien 3.643 Kronen.

Restaurateur Franz Hübner (Kursalon) für die Armen der Stadt Wien 3000 K.

Legat der am 3. September 1919 verstorbenen Frau Karoline Schnurer für die Armen des VII. Bezirkes in Betrage von 2.036.-Kronen.

Die Dresdner Liedertafel für die notleidenden Deutschösterreicher 2000 M.

Die Bürgermeisterversammlung in Godesberg zur Linderung der Not der Wiener Bevölkerung 2000 Mark.

Friedrich Deri, Hausbesitzer, für Arme des VII. Bezirkes 2000 Kronen.

Die Wiener Sterilisierungsgesellschaft St. Marx, für arme Schulkinder des III. und IX. Bezirkes 2000 Kronen.

Die Arbeiter der Schuhfabrik Diamant in Berlin für hungernde Arbeitskinder 1.230 Kronen.

Die Redaktion des Neuen Wiener Tablettes für notleidende Kinder Wiens 1.033 Kronen.

Nachen Hofstättler für Arme des VII. Bezirkes 1000 Kronen.

G. Krull in Friedland, Regierungsbezirk Breslau für die Hilfsaktion zu Gunsten der Deutschen Oesterreichs 1000 Kronen.

W. Kusznier in Wien, für das städtische Kindererholungsheim in Grinzing als Weihnachtsspende K 1000.-.

Legat des verstorbenen Arnold Adony, für die Armen des IV. Bezirkes K 1000 Weiteres Legat des Genannten für die Armen des V. Bezirkes K 1000.-.

Arthur Neuburg in Berlin für die Notleidenden Wiens K 1000.-.

Die Firma Theodor Hildebrand & Sohn in Berlin zur Hilfe Wiens K 1000.-.

Direktor Stuhlfeld und die Mitglieder des Stadttheaters in Würzburg für die hungernden Kinder ihrer Volksgenossen Mark 550.-.

Der Arbeitersauschuss und der Beamtenauschuss der deutschen Elektrizitätswerke zu Aachen zu Gunsten der notleidenden Deutschösterreicher Mark 753.-.

Legat der am 15. Oktober 1916 verstorbenen Hausbesitzerin Frau Rosina Macht für die Armen des VII. Bezirkes K 644.-.

Gustav Böhm in München für die Wiener notleidende Bevölkerung K 500.-.

Der ehemalige österreichische Hauptmann Oswald Elsner für arme Kinder Wien K 400.-. Die allgemeine Beamtenvereinigung Honschau für die schwerleidenden Bundesgenossen K 324.- Die Firma Heim & Keller in Nürnberg für arme Kinder K 200.-. Das Kuratorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes Wiens für die Armen der Stadt Wien K 200.-.

Die Familie des geheimen Kommerzienrates Adolf Pochwadt in Berlin-Schöneberg für arme Kinder zu Weihnachten Mark 150.-.

Der Magistrat Falkenburg (Pommern) für die notleidenden Kinder Wiens vorläufig Mark 100.-.

Anton Bauknecht in Elberfeld für eine dürftige christliche Wiener Familie Mark 100.-. Alfred Berthold in Rosswein (Sachsen) zur Linderung der Not der Wiener deutschen Bevölkerung K 100.-.

Die Firma M. Esterlus, zur Weihnachtsbescherung für die Kinder der Kinderpflegeanstalt der Stadt Wien, V., Siebenbrunnengasse K 100.-.

G. Bruikmann in Erden K 71.42.- Josef Rudolf Wolf in Berlin für die Notleidenden Mark 50.-.

Die Bevölkerung von Königsberg für die Bevölkerung Wiens drei Waggon Wirtschaftsverband der deutschen Fischereiereien für die Stadt Wien drei Waggon Seefische.

Als „Schwabenspende“ aus Stuttgart zwei Waggon Lebensmittel.

Stadtrat Kaufbeuren zwei Waggon Lebensmittel.

Der Magistrat Danzig ein Waggon Poluschken und 1 Waggon Suppenmehl.

Die Firma Alois Gabriel in Buchs, als Ergebnis einer Sammlung zu Gunsten der Ärmsten, verlassenen Kinder und deren Mütter in Wiener Spitälern 10 Kisten mit Kleidern, Wäsche und Lebensmitteln.

Gustav Franke, Hotelier in Eisenach für ein Kinderheim oder Krankenhaus in Wien 1 Kiste mit Lebensmitteln.

Der Lehrer Lehrke in Köln und die Schüler seiner Klasse 7 Pakete Liebesgaben.- Die Schüler der Volksschule in Arbesbach für Wiener Kinder Lebensmittel.

Die Gäste des Erholungsheimes „Alte Luiseruhe“ in Königsfeld in Baden für wirklich Hunger Leidende in Wien 32 Pfund Haferflocken.

Die am 16. Juni 1919 verstorbene Advokatenwitwe Franziska Meissner letztwillig ein von Christian Griepankerl gemaltes Bild ihres Gatten Dr. Leopold Meissner für die städtischen Sammlungen. Dr. Meissner war Bürgermeister-Stellvertreter und Ehrenbürger von Währing und der erste Vorkämpfer für die Vereinigung der Vororte in Wien.

Der Bürgerbund in Detroit (Michigan) als Sammlungsergebnis „Zum Besten der Kriegswitwen und Waisen in alten Vaterlande“ per 72.470 Kronen.

Die Firma Felten & Guilleaume Karlsruher Aktiengesellschaft in Köln für die Hilfsaktion für Wien 20.000 Kronen.

Siegfried Zelenko, Direktor Stellvertreter der Stadttheater in Hamburg und Altona, Lebensmittel, die von dem Ertragnisse per mehr als 10.000 Mark einer in Hamburg durchgeführten Sammlung für die hungernden Kinder Wiens angekauft wurden. Die Lebensmittel sind über die Sammelstelle München auf dem Wege nach Wien.

Der „Aacher Anzeiger“ als Sammelstelle für hungernde und frierende Kinder Oesterreichs vorläufig 6500 Mark und 1000 K.

Der Schöffe in Berlin-Grünwald, Marnisch, als Ergebnis von Sammlungen in der Vorortegemeinde zum Ankauf von Hülsenfrüchten 6000 Mark, weiters 3 Tonnen Dörrgemüse und Einzelpakete.

Die österreichischen und reichsdeutschen Mitglieder des Stadttheaters in Luzern als Ertragnis eines Cabarettabends für die Wiener Kinder 6257 K.

Der Fussballklub Gerlikon-Seebach durch das Generalkonsulat in Zürich zu Gunsten armer Wiener Kinder 2900 K.

Landestheater Darmstadt als Ertragnis einer zu Gunsten der notleidenden Kinder Wiens veranstalteten Aufführung von Anzenberger's „G'wissenswurm“ 2000 Mark.

Josef Kother in Wien für die von ihm vertretenen Droguengrosshandlung Julius Grossmann in Hamburg zu Gunsten der notleidenden Kinder Wiens 2000 K.

Julius Bauer in Kaufbeuren zu Gunsten des Hilfswerkes für Wien 1000 K.

Der Gemeinderat Rdingen (Antebezirk Schwetzingen) als Ergebnis einer freiwilligen Geldsammlung bei den Einwohnern für die notleidenden Wiener

Kinder 907 Mark.

Julie Baldinger in Meilen (Schweiz) als Weihnachtsspende für arme Wiener Kinder 500 Kronen.

Der Kaufmann Berthold Figdor, anlässlich seiner Eheschliessung für die Armen Wien 400 Kronen.

Helene Fisch in Berlin-Friedenau für die deutsche Hilfsaktion zu Gunsten der Wiener Bevölkerung 300 Kronen.

Herr Ohst in Düren zu Gunsten der notleidenden Kinder in Wien einen Kupen der VII. österreichischen Kriegsanleihe per 275 K.

Oberlehrer Walter Beusenmann in Gerlikon als Ergebnis einer Tellersammlung für arme Wiener Kinder 100 Kronen.

Barbara Riets in Lucarno für arme Kinder 100 Kronen.

Anonym aus Luxemburg für arme Kinder 5 Kupons des Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1908.

Friedrich Felle in Rädolfzell am Bodensee für arme hungernde Kinder Wiens als kleine Weihnachtsgabe 20 K.

Die Krankenschwester Anna Maria Pohle in Charlottenburg zur Stillung der Not für arme Wiener Kinder K 20.-.

Das amerikanische Rote Kreuz für das Spital der Stadt Wien 300 Decken, 800 Leintücher, 100 Polsterüberzüge, 100 Handtücher, 26 Hemden, 200 Polster, 170 Ohrenschilder und 100 Fussüberzüge.

Marta Kunze in Gissenbrugge bei Glasow zur Linderung der Not hungernder Kinder Wiens eine Kiste mit Lebensmitteln.

Josef Walkenspühl in Rottenschwil (Aargau)(Schweiz) das Ergebnis einer Sammlung von Kartoffeln und Äpfeln.

Die Schweizer Fürsorgestelle III., für die Zöglinge des VI. und VII. städtischen Waisenhauses 1000 kg Äpfel.

Johann Gerber und Tochter in Columbus (Ohio) für die Ärmsten Kleider, Wäsche und Lebensmittel.

Anna Zerbs und Therese Tasler in Nebraska (Omaha) namens der Tautonia-loge die für Hilfsbedürftigsten 4 Lebensmittelpakete.

Die Penzinger Koksabrik, den Zöglingen des VI. und VII. städtischen Waisenhauses 20 kg Zuckerln.

Auf eine Anfrage des GR. Banik (See-Don) betreffend die Missetände in den Betrieben des Pferdefleischhauers Halal in Meidling, bringt der Bürgermeister folgenden Magistratsbericht zur Kenntnis: Der in der Anfrage bezogene Artikel der Arbeiterzeitung verarbeitet das Ergebnis zweier Amtshandlungen in dem genannten Betriebe, die am 27. November und 16. Dezember v.J. dort auf Grund von Anzeigen über die Herstellung genussunfähiger Würste vorgenommen werden sind. Auf Grund des Ergebnisses der ersten Revision ist vom Bezirksamt Meidling die Anzeige an die Staatsanwaltschaft wegen Übertretung des Lebensmittelgesetzes gegen Halal erstattet worden. Gleichzeitig ist das Bezirksamt am 16. v.M. an die Sperrung des Betriebes geschritten, bei welcher unter einem die zweite Revision vorgenommen wurde. Auch auf Grund des Ergebnisses dieser zweiten Revision hat das Bezirksamt Meidling eine zweite Anzeige gegen Halal bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Gegen die verfügte vorläufige Betriebssperre hat Halal Einspruch erhoben und um deren Aufhebung mit der Begründung ersucht, dass er sonst sofort seine 10 Arbeiter entlassen müsste, diese dann der Arbeitslosenunterstützung zur Last fallen und er überdies die von ihm mit Würstzeug zu beliefernden Anwesenheiten nicht mehr versorgen könnte. Überdies haben die Arbeiter des Betriebes in einer schriftlichen Erklärung ebenfalls die Aufhebung der Betriebssperre verlangt. Das Bezirksamt hat sodann da eine einwandfreie Weiterführung des Betriebes durch strenge Revisionen tunlich erschaen, die Betriebssperre wieder aufgehoben. Da die Anzeigen an die Staatsanwaltschaft gegen Halal wegen wiederholter Übertretung des Lebensmittelgesetzes erstattet sind, kann in dieser Angelegenheit vom Magistrats nichts weiter insbesondere aber nicht die abnormale Sperrung des Betriebes verfügt werden, denn nach den bestehenden Gesetzen ist die Gewerbebehörde zur Verhängung einer Betriebssperre wegen Übertretung des Lebensmittelgesetzes

es überhaupt nicht gerechtfertigt eine solche Betriebssperre könnte vielmehr ausschließlich und allein nur das Strafgericht vertigen. Abgesehen hiervon wäre nach einer Vernehmung des Volksernährungsamtes betreffend die polizeiliche Sperrung von Betrieben in Wien auch noch das Kriegsernährungsamt berufen, das aber eine bezügliche Vertigung im Falle Halal nicht getroffen hat.



Was weiter den bei der vorläufigen Beantwortung dieser Interpellation in der letzten Sitzung von mir erwähnten Fall des Selchereibetriebes Stöhr anlangt, so teile ich mit, dass auch gegen den Inhaber dieses Betriebes die Anzeige beim Strafgerichte anhängig ist. In diesem Falle hat die Betriebs-sperre mangels einer gesetzlichen Grundlage überhaupt nicht das Bezirksamt, sondern das Polizeikommissariat vorgenommen, aber auch dieses hat dann die Sperre mit der Begründung aufgehoben, dass es nach Sicherung des Beweismaterials für die Strafgerichtsanzeige sich nicht mehr für eine weitere Betriebs-sperre zuständig hält. Schliesslich erwähne ich noch, dass der Magistrat im Einvernehmen mit der Veterinärinspektion diese und andere Fälle der Verwendung von Hautteilen zur Wurstherstellung zum Anlass genommen hat, um in der strittigen Frage, ob unter welchen Bedingungen solche Hautteile zum angegebenen Zweck verwendet werden dürfen, eine grundsätzliche Entscheidung der hiesu berufenen staatlichen Zentralstellen herbeizuführen.

Auf eine Anfrage des GR. Dr. Glasauer (chr. soz.) betreffend die Errichtung eines Verkaufstandes der Grossschlächtereier in der Altgasse in Hietzing erwidert der Bürgermeister: Bekanntlich ist der erste Wiener Konsumverein als Rayonierungsstelle für frisches Schweinefleisch anerkannt worden; es haben sich daher wie bei allen Filialen dieses Vereines auch der Filiale Altgasse Vereinsmitglieder rayonieren lassen. In der Folge sind nun über die Frage der Einstellung von Fleischschleher- und Fleischhauergehilfen in den einzelnen Filialen des Konsumvereines Differenzen entstanden, die so bereinigt wurden, dass der genannte Verein die Belieferung seiner Mitglieder mit frischem Schweinefleisch an die jeder Vereinsfiliale nächstgelegene Verkaufsstelle der Grossschlächtereier übertragen müsste. Die der Vereinsfiliale Altgasse nächstgelegenen Verkaufsstellen der Grossschlächtereier sind nun von jener sehr weit entfernt, so dass die Verbraucher grosse Wege hätten zurücklegen müssen, um ihr Schweinefleisch beziehen zu können, was tatsächlich in vielen Fällen zum Verzicht auf das Fleisch geführt hätte. Die Grossschlächtereier hat sich unter diesen Umständen veranlasst gesehen, beim Bezirksamt 13 ein Gesuch um Aufstellung des in der Anfrage erwähnten Verkaufstandes zu überreichen. Die Bezirksvertretung Hietzing hat dieses Gesuch befürwortet. Daraufhin hat die Grossschlächtereier ein Projekt für die Aufstellung eines Verkaufstandes in der Altgasse mit einem Kostenaufwand von 130.000 K beim Bezirksamte 13 überreicht. Bei der Bauverhandlung ist von keiner Seite ein Bedenken gegen die Aufstellung des Standes erhoben worden. Das Bezirksamt betont, dass weder in öffentlich-rechtlicher noch in privatrechtlicher Hinsicht ein Hindernis gegen die Errichtung nicht besteht. Ex officio wurde gegen die Errichtung der Verkaufshütte vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates keine Einwendung erhoben.

Aus der letzten Sitzung  
Auf eine Interpellation des GR. Dr. Glasauer (chr. soz.) betreffend die hiesigen Herstellungen in Hause XIII., Penzingerstrasse 72, teilt der Bürgermeister mit: Es ist richtig, dass in dem genannten, für die Strassenbahn angekauften Hause zu errichtende Werkstättenküche Arbeiten durchgeführt werden. Die Direktion der Strassenbahnen ist auf Grund des Stadtratsbeschlusses vom 26. November 1919 hiezu ermächtigt. Es handelt sich vorwiegend um Verputz- und kleinere Abtragungsarbeiten, zu deren Vornahme daher ein verantwortlicher Baumeister nicht bestellt werden muss. Überdies sind die Kosten der in Betracht kommenden Arbeiten ausserordentlich gering. Die mir 30.000 K veranschlagte Instandsetzung der Schaufflächen des Gebäudes wird im Frühjahr an einen gewerbeberechtigten Unternehmer vergeben werden. Die zur Herstellung der Werkstättenküche sonst noch erforderlichen Arbeiten sind bereits zum grössten Teil an Unternehmer vergeben. Die Behauptung, dass Arbeiten im Eigenbetriebe der Gemeinde viel teurer zu stehen kommen, ist nicht richtig, da die Gemeinde sich die erforderlichen Baustoffe zumeist unter günstigeren Bedingungen beschaffen kann als ein Privatunternehmer und sich hierdurch und wegen Entfalles des Unternehmergewinnes auch bei sonst gleichen Arbeitslöhnen Minderkosten ergeben. Es war übrigens auch schon bisher häufig der Fall,

dass Arbeiten, zu deren Durchführung die Bestellung gewerbeberechtigter Unternehmer nach dem Gesetze nicht erforderlich war, im Eigenbetriebe dann durchgeführt wurden, wenn es sich für die Gemeinde als vorteilhaft erwies. Bereits unter meinem Vorgänger Dr. Weiskirchner sind solche Arbeiten im Eigenbetriebe der Gemeinde vorgenommen worden.  
Schriftführer GR. Jorde (Soz. Dem.) verliest den Einlauf.

GR. Angeli (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister die massgebenden Behörden ersuchen wolle, dass die Lastauto nur langsam und vorsichtig durch die Silber- und Iglaseogasse fahren oder dass ihr Verkehr auf andere Strassen abgelenkt wird, wo keine Wasserleitungsrohre liegen.

Bgm. Reumann: Der Magistrat hat schon eine Reihe dringlicher Zuschriften an die Polizeidirektion betreffend die Ueberwachung der Fahrgeschwindigkeit gerichtet. Die Polizeidirektion hat auch wiederholt geantwortet, dass sie die nötigen Weisungen werde ergehen lassen, doch scheint diese Ueberwachung bei den derzeitigen Verhältnissen schwer durchführbar zu sein. Auch von der vorliegenden Beschwerde wurde die Polizeidirektion in Kenntnis gesetzt und ersucht, die in Betracht kommenden Firmen unverzüglich zur Einhaltung der Fahrvorschriften anzuhalten. Bezüglich der Frage der Ablenkung des Lastkraftwagenverkehrs aus den genannten Gassen wurde die Verhandlung bereits eingeleitet.

GR. Angeli (chr. soz.) sagt in einer Anfrage, dass sicheren Nachrichten zufolge das Cornedbeef in Graz pro Kilogramm 38.50 K kostet, während es in Wien mit K 84.- bezahlt wird. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister Erhebungen pflegen lassen wolle, wieso es möglich ist, dass sich bei ein und demselben Artikel eine solche Preisdifferenz ergeben kann.

Bgm. Reumann: Diese Anfrage fällt wohl nicht in den Wirkungskreis der Gemeinde, da das Cornedbeef in Wien in die staatliche Bewirtschaftung einge-zogen wurde und die Preise von Volksernährungsamt nach Anhörung der amtlichen Uebernahmestelle für Vieh und Fleisch bestimmt werden. Ich werde die Anfrage jedenfalls dem Volksernährungsamte mit dem Ersuchen um Aufklärung übermitteln. Dem füge ich aber schon jetzt bei, dass nach einem Berichte der Vertreter des Magistrates in der erwähnten Stelle die Preise für Cornedbeef in Wien nach den vom Volksernährungsamte überprüften reinen Gestehungskosten, vermehrt mit den üblichen Zuschlag für die Verschleisser dieses Lebensmittel, bestimmt werden und die Gestehungskosten infolge der Entwertung unserer Valuta während der letzten Wochen, denen die Ankäufe des Cornedbeefs vorgenommen worden sind, enorm hoch sind. Wenn in Graz oder sonst wo derzeit Cornedbeef wesentlich billiger als in Wien verkauft werden sollte, so ist dies wohl darauf zurückzuführen, dass diese Gemeinden allen Anscheine nach noch über alte Bestände verfügen und diese erst jetzt zu den damaligen höheren Werte der Valuta auch billiger absetzen können; solche im Frühjahr und Frühsommer angekaufte alte Bestände sind auch in Wien noch vor zwei Monaten zu wesentlich geringeren Preisen in Verkehr gesetzt worden.

GR. Angeli (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist im Interesse der Wiener-Bewölkerung beim Ernährungsamte dahin zu wirken, dass eine Verbesserung des Brotes sobald als möglich erfolgt und darauf aufmerksam zu machen, dass mit dem gegenwärtigen Brote die arme Bevölkerung, die nicht in der Lage ist, sich im Wege des Schleichhandels Lebensmittel zu beschaffen, zu Grunde gehen muss.

Bgm. Reumann: Der Magistrat berichtet hierüber: Es ist richtig, dass in der letzten Zeit das Brot durch erhöhten Maiszusatz wesentlich verschlechtert wurde und dass das Maismehl überdies zum Teile von nicht ganz einwandfreier Beschaffenheit war. Der Magistrat, der hinsichtlich der Bereitstellung der für die Aufrechterhaltung der Brotversorgung notwendigen Mehle in ununterbrochenen Verkehr mit dem Staatsamte für Volksernährung und mit der Kriegsernährungsdeanstat steht, muss feststellen, dass das Ernährungsamt infolge des völligen Mangels an Mehlreserven nur über die jeweiligen Tageseinkäufe an Ge-

treide und Mehl verfügt. So kam es, dass bei dem schlechten Einlaufe an Edeltreide Mais und Weismehl in einem Ausmasse zur Broterzeugung herangezogen wurde, das zeitweise sogar 60 % der Brotmischung überstieg. Das Volksernährungsamt wendet seine besondere Aufmerksamkeit der Zusammenstellung einer bei künftigen Brotmischung zu, vermag aber den derzeit ungunstigen und unsicheren Ankünften eine Verbesserung der Brotmischung sehr häufig nicht durchzusetzen. Nach den letzten im Ernährungsamt eingeholten Mitteilungen steht zu erwarten, dass das Brot schon in der nächsten Zeit von besserer Qualität sein wird. Es ist dies tatsächlich schon jetzt der Fall, da das Maismehl in geringeren Ausmasse zur Broterzeugung zugewiesen wird. Ich mache jedoch darauf aufmerksam, dass das auch nur vorübergehend sein wird, denn bis jetzt sind die Zuschüsse an Edelmehl noch nicht so durchgeführt, dass die Qualität des Brotes dauernd eine Besserung erfahren wird.

GR. Johann Witzmann (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass in letzter Zeit wiederholt Beobachtungen von Benachteiligungen der Parteien bei den städtischen Brückenwagen gemacht wurden und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, die Wagenmeister auf diesen Umstand aufmerksam zu machen und sie beauftragen zu lassen, durch strenge Beaufsichtigung dieser Benachteiligung unmöglich zu machen.

Bgm. Reumann: Die angeführten Vorgänge sind tatsächlich vorgekommen. Die bei den städtischen Wagen in Verwendung stehenden Wagenmeister beobachten genau ihre Dienstvorschrift, nach der sie für die richtige Ermittlung des Gewichtes verantwortlich sind. Nichtsdestoweniger hat die Marktsamtsdirektion die vorliegende Anfrage zum Anlass genommen, um die genannten Organe neuerlich auf die genaueste Einhaltung ihrer dienstlichen Verpflichtungen aufmerksam zu machen. Ich werde diese Organe durch den Magistrat überdies noch anweisen lassen, dass sie von nun an gegen Personen, die sich betrügerischer Handlungen schuldig machen, in vorgeschriebener Weise die Anzeige bei den Strafgerichten zu erstatten haben.

GR. Marie Wilsch (chr. soz.) weist in einer Anfrage darauf hin, dass jene Personen, die in der Freudenau wohnen, nur Fahrt auf der Strassenbahn Erkennungskarten haben, wodurch sie für eine Fahrt eine Krone bezahlen, und dass Personen, die in der Freudenau ständig beschäftigt sind, diese Erkennungskarten nicht bekommen. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass alle jene Personen, die in einwandfreier Weise die tägliche, nicht mit den Rennen zusammenhängende berufliche Tätigkeit in der Freudenau nachweisen, ebenso Erkennungskarten erhalten wie die Bewohner der Freudenau.

Bgm. Reumann: Diese Anfrage beinhaltet einen Antrag, den ich der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuführen werde.

GR. Machat (Tscheche) interpelliert wegen des schleppenden Ganges und der Verzögerung in den Amtshandlungen bezüglich der Errichtung tschechischer Schulklokale und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, in kürzester Zeit kommissionelle Amtshandlungen anzuordnen, die Zentralschulkommission einzu-berufen und in allen Bezirken die Hinschreibung aller tschechischen Schulkinder anordnen zu wollen, damit der regelmässige Unterricht der tschechischen Kinder in kürzester Zeit beginnen kann.

Bgm. Reumann: Die Erhebungskommissionen sind in allen Bezirken eingesetzt und führen die ihnen obliegenden Aufgaben durch. Wegen Zusammensetzung und Einberufung der Zentralkommission wird vom Staatsamte für Unterricht das Erforderliche veranlasst. Die Verzeichnung der tschechischen Schulkinder erfolgt im Zuge der Tätigkeit der Bezirkserhebungskommissionen.

GR. Sirotek (Tscheche) interpelliert wegen der Verteilung der Liebesgaben aus dem Auslande in Wien.

Bgm. Reumann: Die Verteilung der schwedischen Liebesgaben erfolgt nicht durch die Gemeinde, sondern durch ein eigenes Komitee und steht der Gemeinde auf der näheren Modalitäten bei der Verteilung kein direkter Einfluss zu. Ich werde aber nicht ermangeln, mit dem internationalen Komitee des Rotes Kreuz-

des das Einvernehmen darüber zu pflegen, ob der in Beschwerde gezeigte Vorgang auf Nichtigkeit beruht. Im übrigen kann ich mitteilen, dass in Hinblick die Verteilung nur mehr durch die neukonstituierten Frauenausschüsse stattfinden soll und die Verhandlungen mit den ausländischen Missionen in dieser Hinsicht im Zuge sind.

GR. Gröbner (Soz.-Dem.) fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, die nötigen Wasserregeln einzuleiten, um den fortwährend steigenden Preisen des Holzes im freien Handel Einhalt zu tun und Preise festzusetzen, über die nicht hinausgegangen werden darf.

Der Bürgermeister erwidert, dass der derzeit festgesetzte Preis für städtisches Holz 80 bis 90 h betrage. Dieses Brennholz werde von den Lagerplätzen der Gemeinde und durch die Genossenschaft der Holz- und Kohlenhändler an die Bevölkerung abgegeben und zwar seien in der letzten Woche 2,230.800 kg Brennholz von den städtischen Holzlagerplätzen und 1,637.521 kg an die rayonierten Verbraucher von den Grossholzhändlern abgegeben worden. Es werde also eine ganz bedeutende Menge Brennholz zu billigen Preisen der Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Die hohen Preise von K 2.60 bis K 2.80 für das kg beträgt grösstenteils ausländisches Brennholz. So seien in der Vorwoche 792 Waggon Brennholz eingelangt und davon stammten 227 Waggon teils aus der Tschechoslowakei, teils aus Jugoslawien. Eine Festsetzung von Preisen für dieses Holz sei nicht tunlich, weil mit diesen Zufuhren unbedingt gerechnet werden müsste. Die Preise seien in den meisten Fällen deshalb so hoch, weil die Bahnfracht und die Differenz zwischen den einzelnen Währungen sehr hoch seien. Bezüglich des Schleichhandelsholzes würde eine Festsetzung von Preisen keine Wirkung haben.

GR. Preyer (chr.-soz.) verweist in einer Anfrage darauf, dass infolge der Witterung die Benützung des Wienerwaldholzes gegenwärtig wegen der Kälte eine grosse Kalamität bedeute. Die Reichspost habe nun in einem Artikel in der Nummer vom 4. Jänner darauf hingewiesen, dass auf den Schlägen der Stifte Geras und Altenburg 600 Waggon Trockenholz liegen. Waggonmangel könne keine Entschuldigung sein, da es die Schleichhändler noch immer verstehen, ihr Holz mit der Bahn zu verfrachten. Der Interpellant stellt deshalb an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt sei, die nötigen Verfügungen zur raschesten Abtransportierung dieses Holzes zu treffen.

Der Bürgermeister erwidert, dass bis Ende 1919 auf den Schlägen der bei dem Stifte insgesamt 26.900 Raummeter Holz geschlagen worden. Von dieser Menge seien bis Ende 1919 14.800 Raummeter bereits abgeführt und die Abfuhr des restlichen Holzes gestalte sich darum schwieriger, weil die Gemeinde Wien unter der Konkurrenz von anderen Holzhändlern zu leiden hatte, denn die Händler zahlen jeden Preis für die Abfuhr. Die Abfuhr sei aber seit Mitte Dezember 1919 beschleunigt worden und haben sich die Frachtkosten durch Zuschlagung von Prämien verpflichtet das Holz raschestest abzuführen, sodass es möglich ist das Holz bis Jänner 1920 nach Wien zu bringen.

GR. Waldsam (chr.-soz.) fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass die Finanzwachbeamten ohne Rangklasse, sowie die der XI. und X. Rangklasse davon verständigt werden, dass sie, so wie bisher als Finanzwachangestellte in Uniform die Begünstigung der freien Fahrt auf der Strassenbahn haben.

Bgm. Reumann: Ich werde die Anfrage als Antrag behandeln und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zu führen.

GR. Dr. Grün (soz.-dem.) stellt folgende Anfrage an den Bürgermeister: Gelegentlich einer Besprechung der Bezirks-Frauen-Ausschüsse mit den Vertreterinnen der englischen Mission zwecks Förderung und Unterstützung der Säuglings- und Kleinkinder-Fürsorge hat sich ergeben, dass die Grundlagen zu einer geregelten Fürsorge in obgenannter Hinsicht deshalb nicht lückenlos vorhanden sind, weil verschiedene mit einander in Verbindung stehende Vereine und Behörden daran beteiligt sind. Es wäre daher dringend notwendig, dieser Zerfahrenheit ein Ende zu machen und ein Forum zu schaffen, bei dem alle diese Bestrebungen vereinigt werden. Als solche Stelle kommt wohl nur das städtische Gesundheitsamt in Be-

tracht. Ich frage daher an, ist der Herr Bürgermeister geneigt, dieser Zersplitterung ein Ende zu machen und zu diesem Zwecke, das städtische Gesundheitsamt zu beauftragen, geeignete Vorschläge über die Vereinheitlichung aller Bestrebungen auf dem Gebiete der Säuglings- und Kleinkinder-Fürsorge und über eine zweckentsprechende Organisation derselben zu erstatten?

Bgm. Reumann: Der Herr Ober-Stadt-Physikus berichtet hierüber, die in der Interpellation erwähnte Zersplitterung der Tätigkeit auf dem Gebiete der Säuglings- und Kleinkinder-Fürsorge besteht tatsächlich. Eine Zusammenfassung aller daran beteiligten Faktoren zu gemeinsamer zielbewusster Arbeit wäre daher dringend notwendig. Das städtische Gesundheitsamt hat diesbezüglich bereits Vorbesprechungen abgehalten und wird darüber weitere Vorschläge erstatten.

GR. Dr. Odehnal (chr.-soz.) fragt, ob dem Bürgermeister die höchst bedauerlichen Zustände in der Strassensäuberung bekannt sind und was er vorzuziehen wolle, um dem Mangel an der Strassensäuberung abzuwehren.

Bgm. Reumann: Der Stadtbau-Direktor berichtet: Die Säuberung der Verkehrswege begegnete bei den letzten Schneefällen grosse Schwierigkeiten. Die Strassen, in denen Gleise der Strassenbahn liegen, konnten mit motorischen Schneepflügen gereinigt werden. In den übrigen Strassen würden zur Reinigung der Fahrbahnen Schneepflüge mit Pferdebespannung verwendet. Gleichzeitig wurden mit den verfügbaren Arbeitskräften die Strassenübergänge und Gehsteige vor den öffentlichen Anlagen gesäubert. Wenn dies nicht immer mit den wünschenswerten Erfolge geschehen konnte, ist dies auch die unzulängliche Anzahl der erhältlichen Arbeitskräfte zurückzuführen. Heute sind z. B. ausser den 2333 Männern des ständigen Personales noch 547 Aushelferinnen und 2218 Schneeschaufler in Verwendung. Trotz aller Bemühungen war es nicht möglich, Arbeitslose in einer grösseren Zahl zur Schneeabseitung heranzuziehen, ja es ist bisher nicht einmal gelungen, die volle Zahl des ständig in Verwendung bei der Gemeinde bestellten Strassenreinigungspersonales zu erreichen. Wegen 500 Stellen können aus Mangel an Bewerbern trotz aller Versuche bei der Arbeitsnachweisstelle nicht besetzt werden. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Beschaffung von Arbeitskräften während des Kriegs leichter gewesen ist. Da hat man sich an die Militärbehörden gewendet und die haben Mannschaften zur Reinigung der Strassen geschickt. Das kann ich jetzt nicht tun. Weiters fehlt es an Pflaster als Beborstungsmaterial für die Walzen der Kehrschienen. Ersatz durch eine Art Reisstroh aus Jugoslawien wurde leider bisher ohne Erfolg angesprochen. Die Strassenreinigung wird, solange nicht auf dem maschinellen Betrieb im Grossen übergegangen werden kann, was weder während des Krieges noch jetzt unmittelbar nach dem Kriege möglich ist, eine Aufgabe sein, die nur mit Handarbeit gelöst werden muss, so dass der Stand der Reinigung im wesentlichen immer von der Zahl der erreichbaren Arbeitskräfte abhängig ist. Kommen nun Verhältnisse hinzu, wie sie im heurigen Winter seit einiger Zeit typisch sind, dann ist die Strassenreinigung ausserordentlich erschwert. So sehr also der Zustand der Strassen bedauerlich ist, so muss doch zugegeben werden, dass bei den vorhandenen Verhältnissen eben nur mögliches geleistet werden kann. Eine Besserung wird eintreten, wenn die heute herrschenden hohen Temperaturen noch einige Tage anhalten, denn es ist dann möglich, die Strassen durch Waschung rein zu machen, als dies durch Kehrung überhaupt möglich ist. Für morgen sind bereits Vorkehrungen getroffen, dass solche Waschungen durchgeführt werden.

GR. Dr. Bannenberg (Soz.-Dem.) stellt folgende Anfrage: Im laufenden Jahre soll über die Stellung Wiens in der Republik die Entscheidung fallen. Wir stehen vor der Frage, ob Wien weiter ein Teil des Landes Niederösterreich bleiben, ob es im Rahmen des Landes Niederösterreich eine selbständigere Stellung erhalten, oder so wie die Länder ein eigenes Glied des Bundesstaates werden soll. Es braucht nicht näher begründet zu werden, dass es sich hier um eine schicksalsschwere Frage handelt. Nun ist in der Staatsregierung ein eigener Staatssekretär, Professor Mayr, mit der Aufgabe betraut worden, die Verfassungsreform vorzubereiten. Aus Zeitungsberichten geht hervor, dass der Staatssekretär die Landesregierungen besucht und dass in offiziellen Konferenzen bereits die Grundzüge der neuen Verfassung erörtert wurde. In Linz und in Salzburg haben solche Sitzungen bereits stattgefunden. Der Landesrat von Tirol hat einen eigenen Entwurf ausarbeiten lassen und verhandelt mit den anderen Landesregierungen, um sie für seinen Entwurf zu gewinnen. Am 18. Dezember wurde in Tiroler Landtage berichtet, dass eine Länderkonferenz nach Salzburg einberufen wurde und dass der Staatssekretär für die Verfassungsreform zugesagt habe, bei dieser Konferenz zu erscheinen und über die Absichten der Regierung zu berichten. Es berührt höchst merkwürdig, dass die Regierung oder wenigstens der Staatssekretär Professor Mayr, Wien ganz zu übersehen scheint. Wenn die Regierung den Weg eingeschlagen hat, mit den Ländern über die Verfassungsreform zu verhandeln, bevor die der Nationalversammlung eine Vorlage unterbreitet, dann hat sie selbstverständlich die Pflicht vor allem auch mit der Stadt Wien in Verhandlungen zu treten. Wien bildet der Einwohnerzahl nach ein Drittel der ganzen Republik, seiner Steuerkraft nach hat es eine noch wichtigere Stellung. Ohne dass die Stadt Wien befragt wird und Gelegenheit bekommt, in die Verhandlungen gebührend einzugreifen, darf die Verfassung nicht zustande kommen. Da bisher in der Öffentlichkeit über Verhandlungen der Staatsregierung mit der Stadt Wien in der Verfassungsfrage nichts bekannt geworden ist, richten die an den Herrn Bürgermeister folgende Fragen: 1.) Haben Verhandlungen der Stadt Wien mit der Regierung über die Verfassungsfrage bereits stattgefunden und ist bejahenden Falls der Bürgermeister bereit, dem Gemeinderat hierüber Bericht zu erstatten? 2.) Ist der Bürgermeister, sofern bisher keine Verhandlungen stattgefunden haben, bereit, dem Staatskanzler mitzuteilen, dass die Stadt Wien den Anspruch erhebt, bei der Vorberatung der Verfassungsvorlage von der Regierung ebenso behandelt zu werden wie die Landesregierungen?

Bgm. Reumann: Über die Verfassungsfrage haben bisher keine Verhandlungen mit der Regierung seitens der Stadt Wien stattgefunden. Ich habe aber darauf gedrungen, ehestens Verhandlungen anzubereiten, und habe auch am Mittwoch dem Staatskanzler die Dringlichkeit der Erörterung der Verfassungsfrage neuerlich vorgeführt. Für die Stadt Wien gibt es in der Verfassungsfrage zwei wichtige Postulate: Die Erreichung der vollen Autonomie, dann die Wahrung der durch die Grösse und Steuerkraft der Stadt Wien erworbenen Vertretungsrechte. Von diesen Gesichtspunkten wird die Majorität des Gemeinderates entschieden den Versuch bekämpfen, eine Länderkammer zu errichten, in der die Vertretung der Interessen der städtischen Bevölkerung nullifiziert werden würde. Der Magistrat hat bereits anfangs Dezember den Auftrag erhalten, die finanzielle Wirkung der künftigen Stellung Wiens zu prüfen und alle notwendigen Vorarbeiten hierfür zu treffen. Der Magistrat wird auch die Möglichkeit einer Ausdehnung des Gemeindegebietes prüfen. Ich werde nicht verabsäumen, das Ergebnis der betreffenden Vorarbeiten den Mitgliedern des Gemeinderates, die zu den Verhandlungen berufen werden, zur Verfügung zu stellen. Im Übrigen werde ich den Wunsch des Antragstellers berücksichtigend, entsprechend handeln.

VB. Horn führt in einem Antrage aus: Nach Zeitungenachrichten soll die tschechoslowakische Republik auf den möglichst schnellen Bau eines Donau-Oder-Kanales mit gleichzeitiger Verbindung desselben zur Elbe den grössten Wert legen und hierfür bereits die Pläne vorbereitet haben. Dieser Donau-Oder-Kanal soll jedoch nicht bei Wien, wie seinerzeit geplant war, in den Donaustrom münden, sondern nach Pressburg geführt werden. In Pressburg soll bereits an der Erweiterung der bestehenden Hafenanlagen gearbeitet werden. Es wird daher beantragt auf die Staatsregierung einzuwirken, dass sie ungesäumt mit den tschechoslowakischen Staatsführung des Donau-Oder-Kanales nach Wien in Verhandlung treten möge, wobei der tschechoslowakischen Republik ein Freiländegebiet in dem in Wien anliegenden Hafen angeboten werden könnte. Sollte die tschechoslowakische Regierung von ihren Absichten nicht abzubringen sein, dann solle mindestens durchgesetzt werden, dass im Interesse des Verkehrs Oesterreich einen Zweigkanal von einem geeigneten Punkte des tschechoslowakischen Kanals nach Wien erhalte.

GR. Angeli (chr.-soz.) beantragt, dass die Gemeinde die ihr gehörigen Teile des verwüsteten Wienerwaldes, die in nächster Nähe der Stadt gelegen sind, für Zwecke der Kleingärtnererei überlässt, und mit den Privatwaldbesitzern in Verhandlung trete, um diese zu bewegen, ebenfalls die verwüsteten Teile des Wiener Waldes für den genannten Zweck abzutreten.

GR. Karasek (chr.-soz.) beantragt dann bei den landwirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinde stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen gleich wie allen im Kollektivvertrag stehenden Arbeitern, den gleichen einmaligen Anschaffungsbeitrag zu bewilligen, ferner jenen Arbeitern und Arbeiterinnen der Leopoldau, welche die Deputate, die ihnen laut Kollektivvertrag zustehen, nicht in Natura beziehen, denselben Anschaffungsbeitrag wie allen städtischen Bediensteten, die in Lohnschemata eingereiht sind, zu gewähren und jenen Arbeiterinnen, die wegen Mangel an Arbeit vor den Feiertagen auf kurze Zeit aussetzen mussten, den gleichen Anschaffungsbeitrag, wie den nach dem Kollektivvertrag behandelten Arbeitern zuzubilligen.

GR. Johann Witzmann (Soz.-Dem.) stellt folgenden Antrag: Das bestehende Verbot, Ski auf der Strassenbahn zu befördern, trifft in einer Zeit, da dieser Sport längst aufgehört hat, ein Privilegium der Besitzenden zu sein, besonders die den Skisport betreffende Jugend des Arbeiter und Mittelstandes, da diese nicht in der Lage ist, die hohen Kosten einer Eisenbahnfahrt ins Gebirge auf sich zu nehmen und bei Ausübung ihre Körper und Geist belebendes Sportes auf die Wiener Umgebung angewiesen ist. Bei der räumlichen Ausdehnung der Stadt ist diese aber nur nach langen, ermüdenden Märschen zu erreichen, weshalb beantragt wird, das Verbot, Ski auf der Strassenbahn zu befördern, aufzuheben.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Winter berichtet über die Gewährung eines Kredites von 40.000 K für die Durchführung der Kinderzüge nach Süddeutschland. Die Einhebung eines Elternbeitrages bis zu 100 K für das Kind soll genehmigt werden, doch dürfen dadurch Kinder leistungsunfähiger Familien nicht von der Teilnahme ausgeschlossen werden. Der Referent betont ferner, dass er erst vor zwei Tagen den strengen Auftrag an die Bezirksjugendämter habe hinausgehen lassen, dass sie kein Kind zurückweisen dürfen, dessen Eltern diesen Betrag nicht zahlen können. Er habe weiters diese Jugendämter angewiesen, auch jenen Eltern zu helfen, welche aus Schamgefühl oder aus anderen Gründen die Unmöglichkeit der Zahlung dieses Betrages nicht eingestehen wollen. In Elternbriefen an ihn sei vorgeschlagen worden, den Betrag in Raten zahlen zu können, was ebenfalls einen wünschenswerten Ausweg bedeute. Durch das Eingreifen des proletarischen Oberitaliens sei es nun möglich auch die allerärmsten Kinder, welche nicht einmal mehr über Kleider oder Schuhe verfügen, reisen zu las-

sen; jedem Zug sei nämlich ein Waggon mit Kleidern und Schuhen beigegeben, und diese Ärmsten der Kinder werden nach der Abfahrt in den Waggon bereits frisch angezogen. Eine Schwierigkeit bei den anderen Transporten bildet der Mangel an Waggons, in denen die Kinder transportiert werden könnten und an Kohle, diesbezüglich fin<sup>dot</sup> jedoch bereits morgen in Verkehrsamt eine Konferenz statt. VB. Winter schloss: Es ist jetzt in diesen ganzen Auslandsaktionen ein gewisser Schwung gekommen und ich hoffe, dass wir diese harte Zeit wirklich überwinden werden. Wir sind auf dem besten Wege dazu und es bedarf nurmehr einer letzten grossen Kraftanstrengung aller unser Bürger und Bürgerinnen und ich bin sicher, dass wir auch diese Zeit bald überwunden haben werden.

GRin Walter (chr.-soz.) gibt ihrer Freude darüber Ausdruck, dass so viele Kinder die Fürsorge des Auslandes geniessen. So dankenswert diese Hilfe sei, dürfe man doch nicht übersehen, dass diese Kinder, die sich im Auslande wochenlang und monatelang erholen, hier den regelmässigen Unterricht versäumen und den normalen Unterricht nach ihrer Rückkehr nicht mehr folgen können. Es sei deshalb im Interesse dieser Kinder, wie auch im Interesse der Eltern, dafür zu sorgen, dass ein entsprechender Nachhilfeunterricht eingeleitet werde. Die 20 und 30 Kinder, die heute aus einzelnen Klassen oft ins Ausland kommen, müssten nach ihrer Rückkehr zusammengefasst werden, um das nachholen zu können, was sie versäumt haben. Die Rednerin stellt schliesslich den Antrag, es seien in diesem Sinne entsprechende Massnahmen zur Einleitung eines Nachhilfeunterrichtes zu treffen. (Beifall bei allen Parteien).

GRin Wieloch (chr.-soz.) erklärt dem Danke an das Ausland sei noch ein besonderer Dank dafür anzuschliessen, dass man im Auslande unsere Kinder als wirkliche Freunde aufnehme. Weiters betont sie, dass man nicht immer sagen solle, die Landbevölkerung stehe interessellos den Hilfsaktionen für die Kinder gegenüber. Man dürfe nicht vergessen, dass tausende und tausende von Kinder in den Sommermonaten bei ihren Verwandten Erholung auf dem Lande finden und dass viele Familien, wenn nicht das Rückverbote bestünde, sich heute noch ganz gut mit vielem vom flachen Lande aus versorgen könnten, so dass sie Hilfsaktionen des Auslandes nicht in Anspruch nehmen brauchten. Rednerin fordert, dass beiden Hilfsaktionen für die Jugend auch der jugendlichen Arbeiter, der Lehrlingen und Lehrmädchen aber auch der Mittelschüler gedacht werde, besondere Hilfe aber solle jenen Kindern zuteil werden, bei denen ein solcher Gesundheitszustand festgestellt wird, dass eine Reise ins Ausland gar nicht anzuraten ist. Diese Kinder und auch die Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre müssten alle erfasst werden. Dazu sei natürlich viel Geld notwendig, doch man solle endlich nur jene heranziehen, die durch ihren Wucher an dem Marke des Volkes gesogen haben. Das Geld, das sie durch ihre Ausbeutung erworben haben, muss wieder der Allgemeinheit zugute kommen. (Rufe: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Schliesslich müsse man auch jener breiten Schichten der Bevölkerung gedenken, welche zwischen arm und reich stehen, des früheren Mittelstandes, dieser Leute, welche ihr letztes Opfer um sich von früh bis spät plagen, um ihre Kinder zu ernähren, damit sie nicht dem Staate zur Last fallen. Die Rednerin ersucht, man möge die fremden Hilfsaktionen noch einmal ersuchen, dass sie sich dieses Standes annehmen, und dass auch der Mittelstand für seine Kinder Zubussen erhalte. Die Jugendfürsorge sei zu einem der schwersten und verantwortungsvollsten Referate geworden, sie dürfe unter keinen Umständen parteipolitisch ausgenutzt werden.

GR. Schwarz-Hiller (Demokrat): Wir müssen mit den Kindertransporten in einer Beziehung vorsichtig sein. Durch die Lektüre der Süddeutschen Blätter habe ich bemerkt, dass in einer Reihe von Gegenden in der Preace gegen die Aufnahme von Wiener Kindern Stimmung gemacht wird. Nicht aus Gründen der Feindschaft, aber dort sahen die Leute: Uns geht es selbst sehr schlecht. Ich werde dem Herrn VB. Winter diese Blätter vorzeigen und überlasse es seinem Takte zu überlegen, ob es nicht besser wäre, manche vielleicht gut gemeinte Offerte nicht anzunehmen. Ich habe schon das letzte Mal angedeutet, man möge Versorge treffen, dass nicht das eine oder andere Kind öfters, andere Kinder aber gar nicht an diesen Aktionen teilnehmen können. Es müsste nach dieser Richtung hin eine Kontrolle eingeführt werden. In der Frage des Unterrichtes schliesse ich mich der Ansicht der Kollegin Walter an. Hingegen bin ich gegen die Hinaufsetzung der Altersgrenze. Es fällt mir nicht bei, dass Jugendliche, die das 17. oder 18. Lebensjahr erreicht haben, nicht ebensoviele der Hilfe bedürftig wären, wie die Kinder, aber wenn Kinder hinauskommen, werden sie in einer Familie untergebracht und unterstehen einer Aufsicht, die erfahrungsgemäss ausreichend ist. Anders steht die Frage, wenn Jugendliche, besonders Mädchen, die das 14. Lebensjahr überschritten haben, auf 2 bis drei Monate hinausgehen und einer ausreichenden Kontrolle nicht unterliegen. Da gibt es aber ein anderes Mittel. Bringen wir diese Jugendlichen bei uns im Lande unter, gemeinsam in Anstalten, wo ein bis zwei Aufsichtsorgane genügen. Was die Schlussworte des VB. Winters betrifft, will auch ich der Hoffnung Ausdruck geben, dass wir möglichst bald aus diesen argen Verhältnissen herauskommen, und sehr glücklich wäre ich, wenn diese Kindertransporte endlich aufhören würden, denn das würde bedeuten, dass wir unser Haus wieder ohne fremde Hilfe bestellen können. Zum Schlusse spricht sich der Redner in Hinblick auf die Ausführungen der GR. Wieloch über die Vermögensabgabe gegen die Verquickung der in Verhandlung stehenden Angelegenheiten mit solchen, die damit gar nichts zu tun haben, aus.

GRin Dr. Alice Furtmüller (soz.-Dem.) erblickt in der Einhebung des Beitrages von Eltern, denen die Leistung einer solchen möglich ist, einen Schritt zur Selbständigkeit. Sie pflichtet als Lehrerin, und als Mutter den Ausführungen der Gemeinderätin Walter bei und betont, dass die schwerste Zeit für die Kinder die Zeit der Schuljahre sei. Der Bezirksschulrat trägt sich mit dem Gedanken, einen Nachhilfeunterricht zu schaffen. Rednerin wundert es, dass von jener Seite zuerst der Hinweis auf das Inland ergangen sei, der es am leichtesten möglich wäre, auf die Bauern einzuwirken, da mit Milch und Honig reichlicher fliessen. Sei weist auch darauf hin, dass die vermögenden Leute nicht in der Zahl der abzuschließenden zu suchen seien und sagt, dass Reichtum keine konfessionelle Angelegenheit sei. Die Fürsorgeaktionen für die Kinder sind eine schwierige, heikle und harte Angelegenheit und Rednerin glaubt aus dem Herzen aller zu sprechen, wenn sie sagt, dass die Gemeinde in Vize-Bürgermeister Winter einen Mann gefunden hat, der den richtigen Sinn für dieses grosse Werk hat. Ihm brauche man keine keine Parteilichkeit vorwerfen, wenn man in Betracht zieht, dass auf der Gegenseite z.B. nur Kinder für die Aktion in Betracht kommen, die der Katechet aufnimmt und bei denen bestätigt ist, dass die Eltern einer katholischen Organisation angehören. Auf protestantischer Seite werden ähnliche Vorgänge eingehalten. Wenn Kinder öfter ins Ausland geschickt werden, so geschieht dies auf ausdrücklichen Wunsch der Pflegeeltern. Auf die Ausführungen des GR. Dr. Schwarz-Hiller eingehend wäre es auch logischer die kleinen Kinder im Lande zu behalten und die grösseren fortzuschicken. Besonderer Dank müsse auch der italienischen Parteigenossen für ihr Entgegenkommen ausgesprochen werden, die am wenigsten von einer Seite angegriffen werden sollen, die nichts gegen den Krieg getan hat, die aber die tapfersten Bekämpfer des Krieges waren.

GR. Hawerka (chr.-soz.) erklärt, wenn es das grosse Werk für die Kinder gelte, dürfe es keine Parteiunterschiede geben. Er begrüesse darum den Antrag und seine Partei werden auch dafür stimmen. Der Redner erinnert daran, dass er seinerzeit angeregt habe, die Hilfsaktion für die Kinder im engsten Einvernehmen mit den Schulen vorzunehmen, dadurch wäre es verhindert worden, dass Kinder wiederholt ins Ausland gesendet werden. Leider seien bis jetzt <sup>in</sup> den Schulen auch viel zu wenig Plätze dem Auslande zur Verfügung gestellt worden. Er tritt dafür ein, dass die Altersgrenze hinaufgesetzt werde und nicht wie dies jetzt der Fall sei durch ein Alter von 12 Jahren gesetzt werde. Dies bedeute, dass ein grosser Teil der Bürgerschüler und Schülerinnen heute von der Aktion ausgeschlossen sei und gerade diese Jugend im Alter von 12 bis 14 Jahren habe unter den Verhältnissen des Krieges am allermeisten gelitten, denn diese Jugend habe ihre Entwicklung durchgemacht unter diesem Durchhalten dass eigentlich nichts anderes war, als eine Organisation des Hungers.

GRin Gärtner (chr.-soz.) ersucht den Referenten dahin zu wirken, dass hilfsbedürftigen für jene Kinder, die nicht ins Ausland kommen können, eine Kleideraktion eingeleitet werde, denn es sei traurig, dass Kinder jetzt in der ärgsten Winterszeit halb bekleidet sich in den Strassen bewegen müssen. Sie ersucht auch den Referenten, den strengsten Auftrag zu geben, dass Kinder unter keinen Umständen ein zweitesmal ins Ausland entsendet werden, und dass zu diesem Behufe genaue Statistiken in den Schulen geführt werden. Bezüglich der einheimischen Bauernschaft betont die Rednerin, dass man dieser Unrecht tue. Die Aktionen der Bauernschaft wiesen bisher zwar nicht einen grossen Umfang auf wie jener des Auslandes, aber die Bauernschaft hat schon in den verflochtenen Bahnen Kinder aufgenommen und wird es wieder tun, allerdings wünscht sie halbwegs geartete Kinder, damit die Unarten, die sich vielfach die Wiener Kinder während des Krieges beim Anstellen u.s.w. angeeignet haben, auf das Land hinausgetragen werden.

Vize-Bgm. Winter verweist in seinem Schlusswortedarauf, dass er und seine Partei nichts gegen den Antrag der GRin Walter einzuwenden hätten, doch renne er offene Türen ein, denn der Bezirksschulrat habe sich bereits damit beschäftigt, einen Nachhilfeunterricht einzuleiten, und die italienischen Sozialdemokraten haben schon ihre erste Hilfsaktion mit der Forderung verbunden, die Stadt Wien möge den Kindern nach Italien deutsche Lehrer mitgeben. Bezüglich der Bauernschaft erklärt der Referent, er gebe zu, dass es Bauern gegeben habe, die Kinder aufgenommen haben, und die ihre Verwandtschaft in Wien nicht verleugnen. Wenn aber gesagt wurde, dass das Weltgewissen erwache, so wünsche er, dass das Gewissen auch bei den Bewohnern des flachen Landes erwachen möge. Redner richtet an die Christlichsozialen die Aufforderung, sie mögen ihre politische Verwandtschaft zu der niederösterreichischen Bauernpartei zu dazu benützen, dieser zu sagen, dass auch die niederösterreichische Bauernschaft vor ihrem eigenen Gewissen und vor dem Gewissen der Welt eine Pflicht für das Wiener Kind zu erfüllen haben. Wien ist heute verarmt, weil es seine letzten Schmucksachen auf das Land hinausgetragen hat um sie gegen Brot und Kartoffel einzutauschen, aber die Bauernschaft möge doch bedenken, dass die Zeit wieder kommen wird, wo Wien wieder der grosse Markt sein wird, und dass nicht dauernd Fehde sein kann zwischen Wien und der Bauernschaft. (Rufe bei den Christlichsozialen: Ändern Sie Ihre Politik, dann wird es gleich anders sein!)

Was die Anregungen des GR. Schwarz-Hiller betreffend die Schaffung von Heimen betrifft, so dürfte er nicht wissen, wie schwer solche Anstalten ins Leben zu rufen sind und wie schwer es ist, Lebensmittel, Kohle, Fürsorge in Form von u-s-w. aufzubringen. Auf diesem Wege würden wir wohl kaum zu einem Resultate kommen. Der richtigste Weg ist wohl der, denn die Triester Sozialdemokraten eingeschlagen haben. Der Jugendlichen wird nur dann zur Hilfe geeilt werden können, wenn sich ausser Triest auch das übrige Ausland entschliesst, die Altersgrenze hinaufzusetzen. Wenn von der Heranziehung der Geldwucherer zu Leistungen für die Kinder gesprochen wurde, so kann ich dem nur beipflichten. Es ist fast beschämend, welche grosse Geschenke uns das Ausland macht. Rechnet man einen Pfllegetag mit 4 Franken, so kommen bei 20.000 Kindern seit Oktober 300 Millionen zusammen. Ein Kind würde nach unserer Währung 15.000 K für drei Monate kosten. Eine Drittel Milliarde hat das Ausland bisher durch die Aufnahme von Kindern aufgebracht, nicht eingerechnet, dass die Kinder vielfach vom Kopf bis zum Fuss neu ausgerüstet wurden, dass die Schweiz die Reisekosten durch Sammelgelder gedeckt hat. Wenn im Laufe des Jahres die in Aussicht genommenen 60.000 Kinder ins Ausland gebracht werden, so werden wir dem Auslande eine Milliarde schulden. Aus diesen Betrachtungen ist es mehr als Recht, wenn das inländische Kapital herangezogen wird. Die Stimmen, die in Süddeutschland gegen die Aufnahme von Kindern vielleicht laut werden, stehen der aufopfernden Tätigkeit und Hilfsbereitschaft dieser Länder gegenüber. Es wird aber gut sein, Fühlung mit den Leuten in Süddeutschland zu nehmen. Der Vorwurf der Parteilichkeit kann mich nicht treffen, es kann nur gelten, die Kinder aus der Not, ihrem Elend und Gefahr zu erretten, ohne Unterschied ihres Geschlechtes, ihrer Nation und ihrer Konfession. Es darf kein leidendes Kind geben, dem die Hilfe zuteil wird, denn nur so werden wir unsere Pflicht erfüllen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten <sup>einstimmig</sup> angenommen, der Antrag der GRin Walter wegen Schaffung eines Nachhilfeunterrichtes für jene Kinder, die an dem Schulunterricht während des Jahres nicht teilnehmen können, genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

Vize-Bgm. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

StR. Dr. Winter (Soz.Dem.) legt den Bericht über das Ergebnis der städtischen Kranken- und Unfallfürsorge im Jahre 1918 vor, und betont, dass ein sehr wesentliches Erfordernis für die Krankenversicherung notwendig wurde, welches insbesondere auf die Unterernährung der Bevölkerung im Winter zurückzuführen ist. Auch die Unfallversicherung musste wesentlich erweitert werden. Er bittet den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

GR. Grünwald (Soz.Dem.): Wir sehen eine fortschreitende Verschlechterung des Gesundheitszustandes der städtischen Bediensteten unter den Einwirkungen des Krieges. Das Prozentverhältnis der Erkrankten hat im Jahre 1916 noch 31%, 1917 bereits 50% und 1918 schon 61% betragen. Es ist sicher zu erwarten, dass sich die Nachwirkungen des Krieges, die Not der Gegenwart dadurch bemerkbar machen werden, dass der Gesundheitszustand der Bediensteten noch schlechter werden wird. Wir müssen an Reformen hinsichtlich des Versicherungswesens der Bediensteten denken. Wir sind prinzipielle Gegner der Betriebskrankenkassen,

wo die Versicherung ein Geschäft in sich ist. Wir müssen die Krankenversicherung auf eine Grundlage stellen, die den Bedürfnissen der Bediensteten mehr entspricht. Das gilt noch mehr bezüglich der Unfallversicherung. Der Abgang der Unfallrentner ist nicht so gross als ihr Zuwachs, wodurch die Kosten immer grösser werden. Wenn wir die Unfallversicherung als ein Geschäft in sich betrachten und die Kosten der Betriebsunfälle aus Gemeindegeldern decken, so verletzen wir den Grundgedanken, den wir in Kapitaldeckungsverfahren in Oesterreich praktisch zur Durchführung gebracht haben, und gehen zum Kapitalanlageverfahren über. Es wird nötig sein, dass sich der Stadtrat damit beschäftigt, ob und inwieweit die Versicherung der städtischen Bediensteten sowohl bezüglich der Kranken als auch der Unfallversicherung bei einem allgemeinen Versicherungsinstitut durchzuführen ist. Unbedingt müssen wir uns dagegen aussprechen, dass sowohl die Kranken als auch die Unfallversicherung ein Geschäft in sich der Gemeinde sei, so dass gar nicht zum Ausdruck kommt, inwieweit wir durch alle diese Versicherungszweige belastet sind.

Redner stellt schliesslich den Antrag: Der Stadtrat wird beauftragt, im Einvernehmen mit den zuständigen Organisationen der Bediensteten die Durchführung der gesetzgemässen Kranken- und Unfallversicherung der Bediensteten bei dem hiezu bestehenden allgemeinen Versicherungsinstituten in Erwägung zu ziehen. Sollte sich diese Durchführung der Versicherung als unzweckmässig erweisen, so ist die Gründung eines eigenen selbständigen Versicherungsinstitutes für das gesamte Versicherungswesen der Bediensteten in die Wege zu leiten.

Nach dem Schlussworte des Referenten, der sich für die Annahme des Antrages Grünwald ausspricht, wird der Referentenantrag angenommen, der Antrag Grünwald dem Stadtrate zugewiesen.

25. Dr. Sohn (Soz. Dem.) legt den Bericht über den Stand der Wohnungsaufnahme und die ersten Schritte zur Aufarbeitung des Materials vor. Er führt hierbei aus, die Wohnungsaufnahme ist eine wiederholte Beschleunigung der Stadt- und Gemeinderäte bekannt. Diese Aktion war eine der größten statistischen und wohnungspolitischen Aktionen, welche die Gemeinde Wien überhaupt je vorgenommen hat. Es ist dieser Versuch unter Durchführung des Laienelements vorgenommen worden und dieser Versuch ist gelungen. Für die Aktion war die Statistik als Vermittler gewählt, sondern man rechnete nur ungefähr mit 4 Wochen. Tatsächlich hat die Aktion aus 21 Tage Gebrauch. Die Wohnungsaufnahme ist so rascher Zeit zu beenden, ist nur dadurch gelungen, dass wir die Zahl der gewöhnlichen Kommissionen vermindert haben und die gewisse Vereinfachungen vorgenommen haben, durch welche der Vorgang bei der Wohnungsaufnahme sich bedeutend schneller abwickeln konnte. In der erwähnten Zeit sind im ganzen 43 740 Objekte in Wien abgegangen worden mit einer Gesamtzahl von 540 000 Wohnungen. Abgenommen haben nur die oberen Wohnungen, wobei nach dem Gebrauch sehr viele entfallen sind und die unteren Wohnungen. In der 1. einer besonderen Aktion vorbehalten. Die wir je in dieser Zeit haben, alle diese Dinge wieder besprochen wurden zu unterziehen, welche von 1. von und danach in Beziehung gebracht werden sind. Wir haben den Bescheid getroffen eine Kommission einzusetzen, die unter Leitung der vereinsfähigen Ausschüsse, die Executive an dieser Frage zu entscheiden werden soll. Diese Kommission hat bisher noch nicht zusammengetreten, doch hoffe ich, dass die Kommission der gewöhnlichen Kommissionen früher wird. Was den Bescheid der Wohnungskommissionierung betrifft, so wurden von den Kommissionen der Anforderung gestellt empfinden, dass die ganze Wohnungsaufnahme nicht rasch. In der diese Wohnungskommissionen viele sehr wichtige statistische nicht erteilen können, weil die je nach dem Stand der Sache Mittel haben, um in die Richtung dieser Vereinfachung einzugehen und auch juristisch nicht zusammengefasst werden. Es ist zu bedauern, dass die Zahl der wirklich Angehörigen der Wohnungsaufnahme von den Kommissionen die angefordert wurden, nicht rasch. In der diese Wohnungskommissionen viele sehr wichtige statistische nicht erteilen können, weil die je nach dem Stand der Sache Mittel haben, um in die Richtung dieser Vereinfachung einzugehen und auch juristisch nicht zusammengefasst werden.

und noch etwas zu tun ist, was von den Kommissionen nicht werden können sind. Die Wohnungsaufnahme ist eine wiederholte Beschleunigung der Stadt- und Gemeinderäte bekannt. Diese Aktion war eine der größten statistischen und wohnungspolitischen Aktionen, welche die Gemeinde Wien überhaupt je vorgenommen hat. Es ist dieser Versuch unter Durchführung des Laienelements vorgenommen worden und dieser Versuch ist gelungen. Für die Aktion war die Statistik als Vermittler gewählt, sondern man rechnete nur ungefähr mit 4 Wochen. Tatsächlich hat die Aktion aus 21 Tage Gebrauch. Die Wohnungsaufnahme ist so rascher Zeit zu beenden, ist nur dadurch gelungen, dass wir die Zahl der gewöhnlichen Kommissionen vermindert haben und die gewisse Vereinfachungen vorgenommen haben, durch welche der Vorgang bei der Wohnungsaufnahme sich bedeutend schneller abwickeln konnte. In der erwähnten Zeit sind im ganzen 43 740 Objekte in Wien abgegangen worden mit einer Gesamtzahl von 540 000 Wohnungen. Abgenommen haben nur die oberen Wohnungen, wobei nach dem Gebrauch sehr viele entfallen sind und die unteren Wohnungen. In der 1. einer besonderen Aktion vorbehalten. Die wir je in dieser Zeit haben, alle diese Dinge wieder besprochen wurden zu unterziehen, welche von 1. von und danach in Beziehung gebracht werden sind. Wir haben den Bescheid getroffen eine Kommission einzusetzen, die unter Leitung der vereinsfähigen Ausschüsse, die Executive an dieser Frage zu entscheiden werden soll. Diese Kommission hat bisher noch nicht zusammengetreten, doch hoffe ich, dass die Kommission der gewöhnlichen Kommissionen früher wird. Was den Bescheid der Wohnungskommissionierung betrifft, so wurden von den Kommissionen der Anforderung gestellt empfinden, dass die ganze Wohnungsaufnahme nicht rasch. In der diese Wohnungskommissionen viele sehr wichtige statistische nicht erteilen können, weil die je nach dem Stand der Sache Mittel haben, um in die Richtung dieser Vereinfachung einzugehen und auch juristisch nicht zusammengefasst werden.

eingesetzt haben. Dr. Leubnick (Soz. Dem.) führt aus, die Aktion war eine wiederholte Beschleunigung der Stadt- und Gemeinderäte bekannt. Diese Aktion war eine der größten statistischen und wohnungspolitischen Aktionen, welche die Gemeinde Wien überhaupt je vorgenommen hat. Es ist dieser Versuch unter Durchführung des Laienelements vorgenommen worden und dieser Versuch ist gelungen. Für die Aktion war die Statistik als Vermittler gewählt, sondern man rechnete nur ungefähr mit 4 Wochen. Tatsächlich hat die Aktion aus 21 Tage Gebrauch. Die Wohnungsaufnahme ist so rascher Zeit zu beenden, ist nur dadurch gelungen, dass wir die Zahl der gewöhnlichen Kommissionen vermindert haben und die gewisse Vereinfachungen vorgenommen haben, durch welche der Vorgang bei der Wohnungsaufnahme sich bedeutend schneller abwickeln konnte. In der erwähnten Zeit sind im ganzen 43 740 Objekte in Wien abgegangen worden mit einer Gesamtzahl von 540 000 Wohnungen. Abgenommen haben nur die oberen Wohnungen, wobei nach dem Gebrauch sehr viele entfallen sind und die unteren Wohnungen. In der 1. einer besonderen Aktion vorbehalten. Die wir je in dieser Zeit haben, alle diese Dinge wieder besprochen wurden zu unterziehen, welche von 1. von und danach in Beziehung gebracht werden sind. Wir haben den Bescheid getroffen eine Kommission einzusetzen, die unter Leitung der vereinsfähigen Ausschüsse, die Executive an dieser Frage zu entscheiden werden soll. Diese Kommission hat bisher noch nicht zusammengetreten, doch hoffe ich, dass die Kommission der gewöhnlichen Kommissionen früher wird. Was den Bescheid der Wohnungskommissionierung betrifft, so wurden von den Kommissionen der Anforderung gestellt empfinden, dass die ganze Wohnungsaufnahme nicht rasch. In der diese Wohnungskommissionen viele sehr wichtige statistische nicht erteilen können, weil die je nach dem Stand der Sache Mittel haben, um in die Richtung dieser Vereinfachung einzugehen und auch juristisch nicht zusammengefasst werden.

haben sich bei der Durchführung der Aktion abgelehnt, so schätzten sich die Kommissionen die der Herr Referent einseitig auf die Bevölkerung, die sich bei ihm wieder in Gasse steht, sondern selbst nach die Gründe, er hat es diplomatisch vermeiden, die Kommissionen zu nennen, verwendet hat, darauf zu schließen, dass eine Verhältnismäßig geringe Anzahl von Beschwerden eingeleitet ist. Die Kommissionen sind nicht zusammengefasst worden, weil die Bevölkerung gewohnt hat, dass die Kommissionen nicht zusammengefasst werden. In der diese Wohnungskommissionen viele sehr wichtige statistische nicht erteilen können, weil die je nach dem Stand der Sache Mittel haben, um in die Richtung dieser Vereinfachung einzugehen und auch juristisch nicht zusammengefasst werden.

und auf Grund der Fortschritt der Entwicklung ...  
Forderungen anfordert. Viel schwerwiegender sind die Forderungen, welche  
die gegen die Wohnungszuweisung gemacht werden können. Wenn diese  
Zuweisung nicht vernünftig sachlich und gerecht geschahdt wird  
ist der ganze Aufwand verpöht. Es herrscht auf dem Gebiete der  
Wohnungszuweisung bis zum heutigen Tage eine Anarchie (DR. WOLFF  
Projektionswirtschaft). Es ist ein Irrtum, wenn man meint, dass  
es sich um die Unterbringung von Obdachlosen handelt. In wesentl-  
ich handelt es sich um Wohnungsuchende, die nicht obdachlos sind,  
sondern aus irgendwelchen Gründen eine bessere oder größere Woh-  
nung haben wollen. Es müsste eine Liste der Wohnungsuchenden vor-  
handen sein und es müssten magistratische Organe gegen die unbilli-  
gen Erhebungen pflegen, um sich von der Exze Berechtigung und Notwendig-  
keit dieser Wohnungsuche zu überzeugen und darnach müsste  
in der Liste eine Rangfolge aufgestellt werden. So geschieht es  
aber nicht. Es besteht einerseits das Wohnungswesen ungenügend in der  
Schuldfrage und andererseits machen sich in den Behörden Elemente  
breit, welche ganz willkürliche Wohnungen zuweisen, die nicht  
ermittelt worden sind. Auf diesen Gebiete betätigen sich gerade  
die Arbeiterräte. Wir müssen nachdrücklich verlangen, dass auf  
diesen Gebiete ein Licht Ordnung geschaffen wird und dass diejeni-  
gen Wohnungen, welche ermittelt worden sind aufzufüllen sind, bei  
einem planmäßigen Vorgehen durch Behördliche Organe auf Grund der  
Wohnungsuche zugewiesen werden.

Und nun zur Frage der Arbeiterräte. Es ist durchaus un-  
richtig, dass wir eine Agitation dagegen treiben, dass Arbeit-  
er in die Kommissionen kommen. Wir haben entgegen gesetzt  
den Einwand, dass es Arbeiter ihrer Partei sind. Es stehen wir  
auf dem demokratischen Standpunkt, und wie die Sache ausge-  
fallen sind so gelten sie. Wir hätten gar nicht dagegen ge-  
habt, wenn Arbeiterräte ihrer Partei mit befangenen Werten  
wären, selbstverständlich im Rahmen des Notwendigen und Ver-  
pflichtigen. Aber dasjenige, was wir uns wehren mussten ist  
das die Arbeiterräte als solche heraus, eine Organisati-  
on, welche doch den Zweck hat, die Gesellschaft umzustossen,  
auf der Wege der politischen Gewalt die zu durchbrechen und  
eine rein proletarische Gesellschaftsordnung aufzustellen. Das  
war ein großer Fehler von Ihnen, mehr war eine Torheit, die un-  
verzeihlich ist und wir konnten auch nur dann in den Gemein-  
deausschüssen, als wir uns überredeten, dass sie sich be-  
euhern die Sache möglichst stark. Was unsere Staat retten  
kann ist eine ehrlich wirkliche Demokratie und ich und meine  
Parteilgenossen geben sich der Hoffnung hin, dass sie sich im

Art ... solchen Seitenfragen hüten und sich mit uns über  
den Boden der wirklichen Demokratie stellen werden.  
DR. KOTTER (Christlicher) erklärt, dass die Wohnungsaufnahme  
am 11. Dezember hätte beendet werden sollen, was aber nicht  
möglich war und weshalb am 12. Dezember im Gemeinderat ein  
weiterer Kredit hätte angesprochen werden sollen. Das Referat  
wurde aber weder an diesem Tage noch in den folgenden Sitzun-  
gen erledigt. Erst heute soll es erledigt werden. Man muss  
sich gegen eine solche Herwürdige Praxis wenden. Es geht nicht  
an, dass die Vorlagen Mittwoch und Donnerstag in "Admitta"  
durchgepeitscht werden und dann Freitag bei der Tagesordnung der  
Gemeinderatssitzung kommen. Wenn die Vorlagen in sozialdemo-  
kratischem Kinde besprochen werden, so brauchen die christlichen  
zialen Gemeinderäte überhaupt nicht mehr kommen. Man spricht  
gegen die Verschleuderung der Steuergelder durch die Wohnungs-  
aufnahmekommissionen und sagt, dass durch die Exze Arbeiten  
nichts zutage gefördert werden sei. Man sollte bei der Aufnah-  
me auch die Dienstwohnung berücksichtigen müssen, und man hätte  
daran gefassten, dass im Kriegsministerium, Landesverteidigungs-  
ministerium und Korpskommando 2000 Räume noch immer besprochen  
werden und dass die Kriegsgemeinschaft 200 Zimmer bespro-  
chen. Auch ist aus der durch die Kommissionen zutage ge-  
führten Statistik nicht zu ersehen, wieviele Hundstreuende  
von Menschen Wohnungen in Wien besetzt haben, die keine Wiener  
sind. Es wäre auch notwendig gewesen, dass die Lebens- und Ein-  
kommenverhältnisse der Wohnungsinhaber aufgezogen werden um  
den die ganze Wohnungsaufnahme habe kein Resultat gezeitigt.

DR. DR. TROJAN (Radikaler) erklärt, dass er gegen  
eine Wohnungsaufnahme prinzipiell nicht nur nichts einzuwen-  
den hat, sondern dass er schon lange nach während des Krieges da-  
für eingetreten ist. In einem geordneten Staate müsse aber  
das Gesetz beachtet werden, was aber durch die Wohnungs-  
aufnahme nicht geschehen sei. In Staatsgrundgesetze hei-  
es ausdrücklich, dass Hausrecht ist unverletzt. Dieses Woh-  
nungsrecht haben wir in größtmöglicher Weise verletzt. Es ist  
nicht gleichgültig, wenn wir durch Verordnungen des Staatsgrund-  
gesetzes außer Kraft setzen will. Sie hätten ja in der National-  
versammlung eine Änderung des Gesetzes durchführen können,  
dann hätte sich kein Staatsbürger dagegen auflehnen können,  
aber wenn wir auf dieses Wege weiter fortarbeiten, wird es  
schon vor den Gerichten auch in höchsten Kreisen erwidert,  
die Leute drängen suchen wir dass eben auch Ihre Vertreter  
die sie übertragen dürfen, was die Wohnungsaufnahme heißt es  
belagert. Ich schreibe Ihnen genug zugegeben, dass sie sich überre-

stehend tätig und nicht vollziehen haben, aber ich werde mich nicht  
wals das beugen, dass Fragen allgemeiner Natur wenn kein  
politisch behandelt werden.

Bezüglich der Sache hätte die Bestimmung von Wohnungszuwei-  
chung eine herartige Revolution der Bevölkerung auch gemacht we-  
den könne. Zu dem zu Tage geförderten statistischen Material  
möchte ich bezweifeln, dass man soarrige private Volkszählung  
auch nicht ohne Gefahr vornehmen kann, wie sich niemand zu  
lassen will. Ich lege Wert darauf, dass die Ungeordnetheit des  
ganzen Vorgehens festgestellt wird. Wenn sie trotz aller Protes-  
te und Argumentationen die Bevölkerung diese Sache nicht erpart  
haben, so wird gefragt werden, warum die ganze Gemeindeführung  
nicht so stark ist, um den Skandal mit den Angehörigen zu be-  
seitigen. Darüber hat noch nie jemand etwas erzählt. Es hat eben  
nicht gleichen Recht gegen alle gegeben. Sie können alles dar-  
tun, wenn Sie die Wahrheit haben. Als Jurist und Staatsbürger  
bitte ich Sie, in gesetzlichen Formen das Recht soll man achten  
zu allen Zeiten.

DR. WOLFF bringt hierzu die Verhandlung ab und schließt  
die Sitzung ab.

Die Methodisten Bischöfe beim Bürgermeister. Der Herr Wenzel er-  
scheint im Laufe des heutigen Tages die in Wien weilenden Metho-  
disten Bischöfe und unter ihnen in einer Zahl drei Viertel hundert.  
Erreichte in Anwesenheit des Vizebürgermeisters Dornitz und  
Winter die Vorlage wurde einer eingehenden Betrachtung

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

28. Jahrgang, Wien, Samstag, den 10. Jänner 1920, Nr. 12.

**Für die Mindestbemittelten.** In der 128. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufsscheine für Wohlfahrtsfleisch 1/8 kg Kartoffel-trockenprodukte pro Person des Haushaltes zum Preise von K 1.50 gegen Ab-trennung des Abschnittes „M“ in den Geschäften der Großschlächtereien an folgenden Tagen: Dienstag, den 15. Jänner A - F, Donnerstag, den 15. Jän-ner von G - K, Samstag, den 17. Jänner von L - R und Montag, den 19. Jänner von S - Z. Außerdem wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufsscheine stattfinden, die in den Ständen XX., Hannovergasse und Innstraße reyoniert sind. Abgetrennt wird der durch die Nummer 1 gekennzeichnete Wochenabschnitt des rosafarbenen Einkaufsscheines. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von K 1.-- abgegeben werden. Die Abgabetermine sind dieselben wie für Kartoffel-trockenprodukte.

An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird für jede Person 1/8 kg Bohnen, und zwar an die ersteren zum Preise von K 16.-- pro kg, an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

**Margarineabgabe.** Vom 11. bis 17. Jänner werden in den städtischen Margarine- (Butter-) Abgabestellen pro Person 12 dkg Margarine zum Preise von K 7.68 gegen Abtrennung des „E“ Abschnittes Nr. 174 und der beiden Abschnitte Nr. 174 für nichtreyniertes Fett der Fettkarte abgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten die Fettquote in Schweinefett zum Preise von K 10.08 für 12 dkg gegen Abtrennung der gleichen Fettkartenabschnitte. Bei der Ver-schleissstelle ihrer Konsumentenorganisation.

**Petroleumpreiserhöhung.** Der Preis des Petroleums im Detailverkauf wird ab 12. Jänner auf K 5.20 pro Liter erhöht.

**Die Straßenbahn am morgigen Sonntag.** Am morgigen Sonntag wird der Straßen-bahnverkehr in beschränktem Umfange, wie an den früheren Sonntagen, aufrecht erhalten.

**Kartoffelabgabe.** Sonntag bis Mittwoch werden im I. Bezirke holländische Kartoffeln zum Preise von K 5.10 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „K“ der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe.

28. Jahrgang, Wien, Samstag, den 10. Jänner 1920, Nr. 13.

**Die Durchführung der Volkszählung.** In den nächsten Tagen wird mit der Zu-stellung der Drucksorten (Zählpapiere) für die nach dem Stande vom 31. Jänner durchzuführende Volkszählung und zwar der Hausbogen, Wohnungsbogen und Zähl-blätter an die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter begonnen werden, da nach der Vollzugsanweisung für die Durchführung der Volkszählung die Hausbesitzer bereits am 30. Jänner den Wohnungsbogen und die Zählblätter für je-den zu zählenden Wohnungseinsassen den Wohnungsinhabern zu übergeben haben. Aus Sparsamkeitsgründen sowie um eine rasche und richtige Verteilung der Drucksorten zu ermöglichen, werden die Hauseigentümer oder deren Stellver-treter ersucht, schon jetzt ihrerseits die Zahl der Wohnparteien sowie der Hausbewohner festzustellen und beim Erscheinen der Zustellorgane diesen dann über Befragen die Zahl der Wohnparteien und die ermittelte Zahl der Hausinsassen bekanntzugeben, so dass gleich die richtige erforderliche Zahl von Wohnungs-bogen in Zählblättern für alle Personen ausgefolgt werden kann. Eine Kund-machung über die Durchführung der Volkszählung und über die der Bevölkerung zufallenden Obliegenheiten wird in den nächsten Tagen angeschlagen und in den Häusern verteilt werden.

**Ein Brief aus Mantua hat sich als Komiten geholt, dass die Herren Renato Salvatore, Advokat Cino Maffei und Don Scolari angehören. Das Komitee will 450 Wiener Kinder teils in Familien, teils in Kolonien unterbringen und hat als Ueberbringer dieser Hilfsbotschaft Herrn Salvatore nach Wien entsandt. Ein Sonderzug ist von Mantua bereits unterwegs nach Wien. Er wird in den ersten Tagen der Woche Wiener Kinder nach Mantua bringen. Herr Salvatore, der mit VB. Winter und einer provisorischen Abordnung einige Wiener Kinderspitäler besichtigte, hat für diese einen Betrag von 10.000 K gespendet.**

**Mailands Hilfe für die Wiener Kinder.** Wie bekannt, befindet sich seit eini-gen Tagen eine zweite Abordnung der Mailänder Gemeindevertretung in Wien, der sich die übrigen italienischen Städte angeschlossen haben, die Wiener Kinder in ihren Heimen und bei Familien aufzunehmen beabsichtigen. Die Oberleitung der ganzen Hilfsaktion des sozialdemokratischen Kommunens liegt in den Händen des Mailänder Stadtrates Marangoni, der der Leiter des Wohlfahrts-referates der Stadt Mailand ist. Die Kinder des ersten Zuges, der nach Mailand abgegangen ist, sind bis auf zwei Ausnahmen in Heime gekommen, eines hat der Bürgermeister von Mailand und eines ein Mailänder Stadtrat aufgenom-men. An die Leiter der Institute, in denen Wiener Kinder untergebracht sind, hat Stadtrat Marangoni ein Schreiben gerichtet, das charakteristisch ist für den Geist, mit dem Mailand die Wiener Kinder aufnimmt. In dem Schreiben heisst es: „Ich bin der von Ihnen geleiteten Anstalt dankbar, dass Sie mit der Gemeinde Mailand arbeiten wollen, um die Not der unterernährten Wiener Kinder zu lindern, umso dankbarer, als ich aus Erfahrung die liebevolle Fürsorge, die den Kindern zuteil wird, kenne. Indem ich Ihnen im Namen der Mailänder Stadtverwaltung diese Zufriedenheit bekanntgebe, erlaube ich mir Ihnen auch mitzuteilen, dass es die Gemeinde Mailand auf sich genommen hat, gegen-über der Gemeinde Wien die moralische Verantwortung für alle uns übergebenen Kinder zu tragen, gleichgiltig, wo sie in Italien verpflegt werden. Zu diesem Zwecke wird die Gemeinde Mailand eigene Organe bestimmen, die über alles zu berichten haben werden, was mit der Fürsorge für die Wiener Kinder in Ver-bindung steht. Es wird ferner beim Jugendfürsorgeamt der Stadt Mailand ein Büro eingerichtet, das die Aufgabe haben wird, die Korrespondenz der Ihr in Schutze anvertrauten stehenden Kinder ihren Angehörigen zu übermitteln und diesen auf ihre Anfragen Nachrichten über die einzelnen Kinder zukommen zu lassen. Ich weiss aus Erfahrung, dass es überflüssig ist, Ihre Anstalt auf die ausserordentlichen Verhältnisse aufmerksam zu machen, in denen sich unsere kleinen Gäste befinden, sowie auf die Notwendigkeit, um den hohen Zweck, den sich die Gemeinde gesetzt hat, zu erreichen - dass diesen Kindern dieselbe Fürsorge von moralischen, erzieherischen und sanitären Standpunkte zuteil wird, die die Mailänder Kinder bisher genossen haben. Falls die Gäste Ihrer Anstalt mit italienischen Kindern in Berührung kommen sollten, wird es ein sehr lobenswertes Werk sein, Ihren Gästen wie Ihren anderen Kindern Gefühle der allgemeinen Brüderlichkeit und der allgemeinen Achtung zu empfehlen. Das wird das beste Mittel sein, um nicht nur vom physischen sondern auch vom moralischen Standpunkte höhere Zwecke zu erzielen als die der einfachen Wohltätigkeit.“ Man kann den Stadtrat Marangoni für die vornehme Gesinnung, die aus diesen Zeilen spricht, nur von ganzem Herzen dankbar sein. Die nächsten zwei Kinderzüge bringen 600 Kinder nach Mailand, weitere zwei Züge sind in Vorbereitung.

**Sitzungen im Rathaus.** Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche Mittwoch, Donnerstag und Freitag vormittag zu Sitzungen zusammen. - Der Gemeindevorstand hält Dienstag und Freitag nachmittags 3 Uhr eine Geschäftsitzung ab.

**„Zewerba“.** Ab Mittwoch, den 14. Jänner 3/8 kg Hehl, 12 dkg Margarine. Dieselbe langt trotz unserer Bemühungen voraussichtlich erst Donnerstag ein, daher Bezug erst am Freitag möglich. Kartoffel auf Bechstein „K“ 1 kg, ferner auf Ziffer 20 des Einkaufsscheines 1/4 kg Parmasäse (dix. Sorten). - Sendt die laufenden Artikel.

**Unterstützung der Arbeiter-, Angestellten- und Schülervereinigungen durch die Gemeinde.** In der Gemeinderatssitzung vom 11. Juni v.J. wurde der Beschluss gefasst, 10% der Lustbarkeitsabgabe dem Zwecke zu widmen, Arbeitern, An-gestellten und Schülern den Besuch von Theater- und Musikaufführungen zu ermöglichen. Unter Zuziehung von Fachleuten wurde ein Komitee zur Durchfüh-rung dieser Angelegenheit eingesetzt und für dieses zufolge Gemeinderats-

meten Beträge vor, deren Gesamthöhe sich nach dem jeweiligen Ertrag der Lustbarkeitsabgabe richtet. Hierbei dürfen nur solche Veranstaltungen mit Zuwendungen bedacht werden, die ausgesprochen künstlerischen Charakter haben und für welche die Gewähr besteht, dass die Verteilung der Karten an Arbeit-ler, Angestellte oder Schüler tatsächlich vorgenommen wird. Billettantenver-anstaltungen sind von den Zuwendungen ausgeschlossen, desgleichen kostales zugängliche Veranstaltungen und in der Regel auch eigene Veranstaltungen der Gemeinde Wien. Alle Ankündigungen von Veranstaltungen, denen Zuwendungen der Gemeinde zugute kommen, müssen den deutlich sichtbaren Vermerk tragen „Mit Unterstützung der Gemeinde Wien“. Die Kassegeschäfte des Komitees führt das Präsidialbüro der Stadt Wien, Neues Rathaus. Dahin sind auch alle Ansuchen um Zuwendungen zu richten, wobei eine eingehende Darstellung des Programmes zu geben ist.

**Genossenschaft der Land- und Stadtlöhnerfuhrwerker.** Die Generalversammlung der genannten Genossenschaft hat in ihrer am 9. ds. stattgefundenen Sitzung be-schlossen folgende Richtpreise festzusetzen: Für Monatswagen 10.000 K, für ganztägige Wagenbeistellung 550 K, für den Vormittag 250 K und für den Nach-mittag 350 K. Die Versammlung befasste sich auch mit der Zusammenlegung der Genossenschaften der Fiaker, Einspänner und Land- und Stadtlöhnerfuhrwerker, und der Vorsteher der Genossenschaft Aust betonte die Vorteile, die in der Vereinigung des Personentransportgewerbes liegen. Die Vertreter der Fiaker sprachen sich gegen die Zusammenlegung aus. Der Antrag auf Zusammenlegung der drei Genossenschaften wurden gegen die Stimmen der Fiakervereinerung zum Beschluss erhoben.

**Ausgabe von Familien-Fürsorgeblättern.** Der Magistrat gibt bekannt, dass die für die Ausgabe der Familien-Fürsorgeblätter der Internationalen Hilfsaktio-nen für Wien im allgemeinen kundgemachten Anststunden der Brotkommissionen mit Rücksicht auf den Schuldienat nicht gleichmässig eingehalten werden kön-nen. Die Ausgabe wird daher an den kundgemachten Tagen in den bisherigen Anststunden der einzelnen Brotkommissionen, welche am Kommissionsgebäude ver-laubt sind, erfolgen.

**Der Bürgermeister von Bologna an Bürgermeister Reumann.** Bürgermeister von So-la von Bologna hat an Bgm. Reumann folgendes Schreiben gerichtet: Die von un-serer Mission aufgenommenen Kinder sind glücklich angekommen und wurden/ten auf den Bahnhof gekommenen Arbeiterorganisationen festlich empfangen. Sie er-freuen sich guter Gesundheit und sind Gegenstand lebenswürdigen und eifrigen Befindes seitens ihrer Lehrerinnen, denen sie mit Freude ihre Gefühle respekt-voller Dankbarkeit zum Ausdruck bringen. Unsererseits schulden wir Ihnen, fer-ner dem Kollegen Max Winter und den Genossen unseren tiefgefühlten Dank für die Lebenswürdigkeit, die unserer Mission zu teil wurde, indem man ihre Auf-gabe erleichterte; wir wünschen lebhaft Sie bald persönlich in Bologna zu sehen um Ihnen selbst den Ausdruck unserer brüderlichen Solidarität zu erneuern. Ganz besonders erfreut haben mich die mir gesendeten Photographien, welche ich als kostbare und teure Erinnerung bewahre.

**Für das notleidende Wien.** Das österreichische Konsulat in Breslau teil-t, dass die Breslauer Theaterleitungen in Jänner an drei aufeinander fol-genden Sonntag-Nachmittagen Wohltätigkeitsvorstellungen unter der Devise „Für die hungernden Wiener Kinder“ veranstalten. Besonderes Verdienst an Zustandekommen dieser Veranstaltung hat Kommerzialrat Franz Schmiedelbauer. Der „Mainzer Anzeiger“ gibt bekannt, dass er eine Geschäftsstelle für Dar-lungen für das notleidende Oesterreich vornehmlich aber für die Wiener Kin-der errichtet hat, in der bisher rund 13.000 Mark und 3500 Erzen eingelaufen sind.

**Preiserhöhung für frisches Schweinefleisch.** Vom 12. Jänner angefangen be-trägt der Detailverkaufspreis für das Fleisch von Schweinen, die in Wege der städtischen Schweinebezugsanstalt in Terratz gesteckt wurden 90 K für ein Kilo-gramm. Schweineinnereien kosten von diesem Tage an I 40.--, rohe Zungen K 50.-- und gepökelte Zungen K 55.-- pro Kilogramm. Der Preis für Köpfe (24 K für ein kg) bleibt unverändert.

**Denstjubiläum.** Vor einigen Tagen beging die Oberinspektoren des städtischen Veterinärantes Dr. Josef Sammler, Leiter der Veterinäruntersuchungsstelle im XVI. Bezirke, Franz Jordan, Leiter des Zentralpferdgeschlechtsamtes und Robert von Rosenzweig, zugeweiht der Veterinärrechts-Inspektion, das 35-jährige Dienstjubiläum. Aus diesem Anlass wurden diese Beamten von Direktor des Veterinär-

Rechtsaus-sicht: Dr. Sammler, Dr. Jordan, Dr. Rosenzweig. Das Komitee wird die Verteilung der Karte...

Wien am 10. Jänner 1920. Abendausgabe.

Der Magistrat ersucht höflichst um Aufnahme folgender Mitteilung  
Zur Ausgabe der internationalen Familienfürsorgeblätter. Zur  
 aufklärenden Kenntnis/<sup>nahme</sup>wird mitgeteilt, dass auf den Erhalt eines  
 solchen Fürsorgeblattes nur ein Haushaltungsvorstand Anspruch er-  
 heben kann, in dessen Haushalt Kinder unter 18 Jahren (gleich-  
 gültig ob es eheliche oder uneheliche, Adoptiv- oder Pflegekin-  
 der sind) wohnen und verköstigt werden, wobei sein Jahresein-  
 kommen einschliesslich des Einkommens aller Familienmitglieder,  
 die zum gemeinsamen Haushalte beitragen, insgesamt 20.000 K  
 nicht erreichen darf. Haushalte, in denen sich solche Kinder  
 nicht befinden, sind von dem Erhalt eines Fürsorgeblattes un-  
 bedingt ausgeschlossen, da sich diese Fürsorgeaktion nur auf  
 Familien mit Kindern unter 18 Jahren bei einem <sup>Gesamtjahreseinkommen</sup>  
 unter 20.000 Kronen erstreckt.

Wiener Kinder ins Ausland. In drei Zügen haben heute abend un-  
 gefähr 1200 Wiener Kinder Wien verlassen, um in Italien Auf-  
 nahme und Erholung zu finden. Das Bezirksjugendamt Brigittenau  
 hat einen Zug mit 555 Kindern nach Mailand zusammengestellt,  
 der Verein Kinderfreunde sandte 300 Kinder nach Triest und  
 die Stadtverwaltung von Mailand hat ungefähr 300 Kinder mit  
 einem eigenen Zuge abgeholt. Die Führung des Zuges hat der  
 Mailänder Stadtrat Marangoni über und werden die Kinder in den  
 Heimen der Stadt bei Familien von Mailand Aufnahme finden. Zur  
 Abfahrt der Züge hatte sich VB. Winter auf dem Südbahnhofe ein-  
 gefunden. - Morgen um 6 Uhr abends geht der erste Kinderzug  
 nach München vom Westbahnhofs ab. - Die Bewohner der bayrisch-  
 schwäbischen Stadt Kaufbeuren haben sich zur Aufnahme von 50  
 Wiener Kindern bereit erklärt. Diese Kinder werden am Montag  
 mit denselben Begleitern, die von Kaufbeuren einen Waggon Le-  
 bensmittel nach Wien gebracht haben, mitgenommen werden.



## WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, 12. Dezember 1920. - Abendausgabe.

Kinderzüge nach der Schweiz und München. Nachdem am Samstag 300 Kinder nach Mailand und 600 nach Triest abgegangen sind haben am Sonntag 1200 Kinder in 2 gleichmässigen Zügen Wien verlassen, um auf einige Zeit in der Schweiz und Bayern Aufenthalt zu finden. Der Schweizer Zug wurde von Vicebgm. Winter namens der Stadt Wien, von Sektionschef Dr. Kamp namens der Staatsbehörden und namens der Unsa Union der Post- und Telegraphenbediensteten von Nationalrat Zelenka verabschiedet. Zur Verabschiedung des Münchener Zuges fand sich Konsul Dr. Vivenot auf dem Westbahnhof ein, Vicebgm. Winter richtete an ihn und 3 Münchener Herren, die den Zug eingeholt hatten, eine Ansprache, in welcher er der Ueberzeugung Ausdruck verlieh, dass die Münchner Hilfeleistung den brüderlichen Gefühlen entspringe, die das stammesverwandte Bayern für Wien und Oesterreich hege. Konsul Dr. v. Vivenot erwiderte, es dass er sich glücklich schätze den Dank der Stadt Wien an seine Regierung weiterleiten zu können. Er versicherte, dass menschliche Hilfsbereitschaft der Antrieb dazu war, die Wiener Kinder aus ihrem schweren Elend zu helfen.

Die Berliner Liebesgaben. Gestern erschien im Rathause die Abordnung, die den Berliner Liebesgabenzug nach Wien gebracht hat, u. zw. Mag. Rat Prerauer, der eigentliche Führer und Ueberbringer der Geschenke; dann die Herren von der Lehmanns-Verwaltung Schulze und Schmidbauer, für die kaufmännischen Angestellten vom Reichsverwaltungsamte Herr Jedryczkowski und im Namen der Stadt Königsberg Frau Stadtrat Harpf Bgm. Reumann, dem die Abordnung von Vicebgm. Winter vorgestellt wurde, begrüßte die Herren auf das herzlichste und erwiderte insbesondere die freundschaftlichen Grüsse, die Oberbgm. Wermuth ihm persönlich namens der Stadt Berlin entbieten liess.

Der Ueberbringer eines Liebesgabenzuges gestorben. Gestern Früh starb im städt. Krankenhaus in Lainz Herr Alexander Ohmatelik, der am 2. Jänner einige Waggons mit Liebesgaben aus Stuttgart nach Wien gebracht hat. Er war schon auf der Reise in Salzburg von einem Schüttelfrost befallen worden, er hatte sich eine Grippe geholt, liess sich aber nicht bewegen die Reise in Salzburg oder Linz zu unterbrechen, sondern bracht den Zug nach Wien, wo er sich wieder nicht sofort ernster Behandlung unterzog sondern die übernommene Pflicht zu Ende führen wollte. Er nahm bei seiner in Wien li-

benden Mutter Aufenthalt, musste dort zu Bett gebracht werden, schonte sich aber wieder nicht, sondern gieng noch ins Lagerhaus, um bei der Ausladung der Waggons zugegen zu sein, bis er ihn dann aber so niederwarf, dass er nicht mehr weiterkonnte. Erst am Freitag drang die Kunde von der Erkrankung ins Rathaus und nun wurde sofort die Verfügung getroffen, dass ihm die beste Pflege im städt. Krankenhaus werde. Oberphysikus Dr. Böhm traf selbst die nötigen Anordnungen, die aber leider schon zu spät kamen. Ueber Anordnung des Bgm. Meistere wird das Begräbnis Ohmateliks, der verheiratet ist und dessen Frau in Stuttgart lebt, auf Kosten der Gemeinde Wien erfolge. Vicebgm. Winter machte der Familie einen Besuch und stellte ihr namens des Bgm. das Beileid der Stadt ab.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 12. Jänner 1920, Nr. 14.

Passau für Wien. Die Bewohner der alten Donau- und Innstadt betrachten es als ihre Stammespflicht, ihrem Wiener Brudervolk zu helfen. Ihre Hilfeleistung erstreckt sich auf die Unterbringung von Wiener Kindern in Passau und Umgebung und auf die Sammlung von Lebensmitteln. In kurzer Zeit werden zwei Kinderzüge nach der bayrischen Grenzstadt abgehen. Ausserdem ist ein Waggon mit Lebensmitteln von Passau in Wien eingelangt. Das Hilfswerk ist auf die Initiative des Wiener Staatsbahnrates Dr. Heinrich Wanke zurückzuführen.

-----

Kartoffelabgabe. Dienstag bis Freitag werden im II. bis V. Bezirke  $\frac{1}{2}$  kg holländische Kartoffeln per Kopf zum Preise von K 5.10 für das kg gegen Abtrennung des Abschnittes „K“ der Kartoffelkarte abgegeben.

-----

Das amerikanische Rote Kreuz für Wien. Das amerikanische Rote Kreuz hat 2 Züge mit verschiedenen Hilfs- und Lebensmitteln nach Wien gesendet. Der erste Zug ist bereits angekommen, die Züge bringen 30 Waggon Hemden, 20 Waggon Kleider und Schuhe, 5 Waggon Lebensmittel, 2 Waggon Spitalwäsche, 2 Waggon Verbandszeug und 1 Waggon Medicinen. Diese Gaben werden von den Amerikanern, die den Zug geführt haben, entsprechend verteilt werden.

-----

Filigrader Stiftung. Am 1. Februar gelangen die Zinsen der Georg und Anna Filigrader'schen Stiftung zur Verteilung. Anspruch auf Beteiligung haben nur Bürger von Wien, die infolge von Unglücksfällen in momentaner Notlage gekommen sind. Bürger der ehemaligen Vorstadt Leingrube haben den Vorzug. Gesuche sind bis längstens 20. Februar in der Kanzlei des Bezirksausschusses Mariahilf, VI., Amerlinggasse 6 einzubringen.

-----

Änderung der Führung der Ring- und Kailinien aus Anlass der Fertigstellung der Aspernbrücke. Der Stadtrat fasste in der letzten Sitzung nach dem Berichte und Antrage des StP. Weigl (Soz.Dem.) folgenden Beschluss: Mit der Eröffnung der Aspernbrücke für den Strassenbahnverkehr hat folgende Änderung der Linienführung zu erfolgen. Die Ring-Rundwagen haben von der Praterstrasse über die Aspernbrückengasse - Aspernbrücke - Ring - Kai - und Ferdinandsbrücke, die Kairundwagen von der Praterstrasse über die Ferdinandsbrücke, Kai - Ring - Aspernbrücke zur Praterstrasse zu verkehren.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 13. Jänner 1920, Nr. 15.

Spende für die Poliklinik. Der Wiener Kaufmann, der unlängst durch die Gemeinde Wien eine Viertelmillion Kronen als Ergebnis einer Sammlung unter seinen Geschäftsfreunden an fünf Wiener Kinderspitäler verteilen liess, hat neuerlich eine Spende von K 45.000 der allgemeinen Poliklinik und je 20.000 K dem Vereine „Gute Herzen“ und dem Erholungsstättenfond des Arbeitervereines „Kinderfreunde“ zugewendet.

Ausgabe der internationalen Familien-Fürsorgeblätter. Heute begann bei den zuständigen Brotkommissionen die Ausgabe der internationalen Familien-Fürsorgeblätter. Anspruch auf ein solches Blatt hat nur ein Haushaltungsvorstand, in dessen Haushalt Kinder bis zum 18. Lebensjahre (eheliche, uneheliche, Adoptiv- oder Pflegekinder) wohnen und verköstigt werden, wobei das Jahresgesamteinkommen 20.000 Kronen nicht erreichen darf. Mit 17. Jänner wird die Ausgabe ausnahmslos geschlossen.

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Samstag werden in den Bezirken VI bis XII  $\frac{1}{2}$  kg holländische Kartoffeln zum Preise von K 5.10 per kg gegen Abtrennung des Abschnittes „K“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

Ersichtlichmachung der Preise für Holz und Kohle. Das Marktamt hat die Wahrnehmung gemacht, dass die Holz- und Kohlenkleinhändler der ihnen gesetzlich obliegenden Pflichten zur Preisanschreibung vielfach nicht nachkommen. Es werden daher diese Händler neuerdings aufmerksam gemacht, die jeweiligen Preise per 1 kg alle in ihrem Geschäfte zum Verkaufe gelangenden Brennmaterialien an einer von der Strasse aus deutlich sichtbaren Stelle anzuschreiben. Gegen Händler, die diese behördlichen Vorschriften auch weiterhin missachten, wird unnachsichtlich mit der Strafanzeige vorgegangen werden.

Leipzig nimmt Wiener Kinder auf. Der Hilfsausschuss zu Leipzig hat mitgeteilt, dass er 200 schulpflichtige Wiener Kinder auf die Dauer von 3 Monaten bei Leipziger Familien unterbringen wird.

WIENER GEMEINDERAT  
Sitzung von 13. Jänner 1920.

Bgm. Reumann macht folgende Mitteilungen: Das österreichische Konsulat in Stuttgart gibt bekannt, dass sich über Anregung des deutschösterreichischen Hilfsvereines in Stuttgart ein Komitee zur Unterbringung notleidender Wiener Kinder deutscher Nationalität in Württemberg gebildet hat, dem bereits über 500 Kostplätze für 6 Monate zur Verfügung stehen. Der Transport werde sehr bald stattfinden können. Der „Charitas-Verband“ in Wien, dessen Schwesternorganisation in Stuttgart die Leitung der Aktion obliegt, ist beauftragt, wegen Durchführung der Aktion das Nötige vorzunehmen.

Laut Mitteilung des österreichischen Konsulates in Breslau werden die Theaterleitungen Breslau's in diesen Monate an drei aufeinanderfolgenden Sonntagsnachmittagen Wohltätigkeitsvorstellungen für die hungernden Wiener Kinder veranstalten.

Nach einer Mitteilung der Kanzlei der Hessischen Volkskammer wurde ein Dringlichkeitsantrag wegen Durchführung einer Hilfsaktion für die österreichischen Kinder von der Volkskammer der Republik Hessen in der Sitzung vom 10. Dezember 1919 einstimmig genehmigt.

An Spenden sind eingelangt: Von der Stadt Berlin 18 Waggons mit Lebensmitteln.

Als erste Rate der Sammlung Aachener Bürger

für notleidende Wiener Kinder 20.850.-Mark.

Vom „Mainzer Anzeiger“, der für die Notleidenden in Oesterreich und vornehmlich für die Kinder Wiens in seiner Redaktion eine Sammelstelle errichtet hat, vorläufig 13.000 Mark und 3.500 Kronen.

Weiters haben gespendet: Konsul Gottlieb Kraus, Wien, anlässlich der Ziviltrauung seiner Tochter für Arme 10.000 K.

Die Feist-Sektellerei-Aktiengesellschaft in Frankfurt am Main für arme Kinder Wiens 2000 K.

Die Verlagefirma Osterheld & Co. in Berlin infolge Verzichtes auf den Fünftelbetrag für die am 28. Dezember 1919 in den Kammerspielen des Deutschen Volkstheaters stattgehabten Aufführung des Stückes „Femina“ zu Gunsten der hungernden Kinder Wiens 880 Kronen.

Die Angestellten der Devisenabteilung der Reichsbank als Ergebnis einer Sammlung für die notleidenden Kinder 367 K.

Ein Spender, der ungenannt bleiben will, für Arme des XIII. Bezirkes 2000 K. Major Gustav Heden in Leipzig für das notleidende Wien K 100.-

Die erste Bürgerschule in Blankenburg-Harz für die dürftigen Wiener Kinder K 100.-

Frau Klara Scherz, Wien, anlässlich ihrer Eheschliessung, für die Armen K 100.-

Marco Bloch in Badego (Baden) für die Armen K 50.-

L. Birkenfelder in Konstanz, für das hungernde Wiener Kind K 50.-

Karl Strübin, Buchhändler in Zug (Schweiz), für notleidende Wiener Kinder Kronen 10.-

Otto Strakosch, Schuhfabrikant, Wien, für arme Kinder der Schule XIV., Dädlergasse 9, 60 Paar Schuhe.

Gemeinderat Markgrafneusiedl, als Ergebnis einer Sammlung für die Schule VI., Sonnenhofgasse 3, woselbst der aus Markgrafneusiedl stammende Lehrer Schöner wirkt, Lebensmittel (153 kg Brotmehl, 137 kg Kochemehl, 6 kg Hülsenfrüchte, 25 Laib Brot und 275 kg Kartoffeln.)

GR. Huber (chr. soz.) verliest den Einlauf.

GR. Entner (Deutschnational) stellt folgende Anfrage: Nachdem laut Zeitungsberichten die Liebesgabensendungen aus dem Auslande an den Grenzstationen wegen Verzollung unnötiger Weise zurückgehalten werden, stellt der Gefertigte an den Herrn Bürgermeister die Anfrage, ob er nicht gewillt ist bei den betreffenden Staatsbehörden dahin zu wirken, dass die Liebesgabensendungen überhaupt zollfrei passieren und die Zollabfertigung nicht an der Grenze, sondern in Wien stattfindet, wodurch eine Gewähr für raschere Erledigung der Formalitäten gegeben ist.

Bgm. Reumann: Ich habe bereits am 15. Dezember v.J. beim Staatsamt der Finanzen um die zollfreie Abfertigung der Liebesgabensendungen angesucht. Das Staatsamt der Finanzen hat mir mit der Zuschrift vom 24. Dezember 1919 mitgeteilt, dass es über dieses mein Ansuchen die zollfreie Abfertigung der an die Gemeinde Wien bzw. den Wiener Magistrat gerichteten, aus dem Auslande einlangenden Liebesgabensendungen, und zwar beim Wiener Hauptzollamt angeordnet habe. Den Absichten des Antragstellers ist somit ohnehin bereits entsprochen. Nach den mir zugekommenen Nachrichten findet eine Zollabfertigung an der Grenze auch tatsächlich nicht statt.

GR. Dr. Glasauer (chr. soz.) interpelliert wegen der schlechten Beschaffenheit der in Tiefparterre im Jubiläumsspital untergebrachten Nähstube, wo 17 Personen mit Näharbeiten beschäftigt werden und fragt, ob der Bürgermeister die Verlegung der Nähstube in einen anderen den sanitären Anforderungen entsprechenden Raum veranlassen wolle.

Bgm. Reumann: Der Magistrat berichtet: Es war ursprünglich beabsichtigt, die Wäsche des Spitals in der Nähstube des benachbarten Versorgungshauses auswaschen zu lassen. Es zeigte sich aber, dass es notwendig sei, eine Nähstube im Spital selbst einzurichten. Mangel eines besser geeigneten Raumes wurde sie in Tiefparterre untergebracht. Eine Besserung der Nähstubeverhältnisse wird erst durch den beabsichtigten Bau eines Magazins und Werkstattgebäude zu erzielen sein. Bis dahin muss sich die Nähstube mit den jetzigen Räumlichkeiten behelfen, die durch Anlage eines Lichtgrabens etc. besser benützlich gemacht werden wird.

Dr. GR. Schwarz-Hiller (Demokrat) richtet im Hinblick auf die bevorstehende Volkszählung an den Bürgermeister die Anfrage, ob er alles vorgekehrt hat, damit das Privatleben, insbesondere das Geheimnis des Familienlebens der Bewohner dieser Stadt gegen mündliche und böswillige offizielle und nichtoffizielle Neugier entsprechend geschützt werde.

Bgm. Reumann: Verliest einen Magistratsbericht den zufolge nach der Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Inneres der Wohnungsinhaber ausdrücklich verpflichtet ist, den Wohnungsbogen und für jede zu zählende Person ein Zählblatt auszufüllen und den Wohnungsbogen mit den Zählblättern dem Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter zu übergeben, der dann den Hausbogen auszufüllen hat. Die Hausbogen werden von Gemeindeorganen eingesammelt und von den Bezirkszählaktionen überprüft werden. Auch bei einer Volkszählung im Jahre 1910 mussten die Anzeigesettel den Hausbesitzern übergeben werden und es hat sich auch damals in einzelnen Bevölkerungskreisen eine Strömung gegen die Übergabe an den Hausbesitzer geltend gemacht und eine Beunruhigung wegen der Wahrung des Geheimnisses des Privat- und Familienlebens gezeigt. Es wurde damals in Einvernehmen mit dem Ministerium des Inneren vom Magistrat der Ausweg getroffen, in Wege der Veröffentlichung in den Tagesblättern die Bevölkerung zu verständigen, dass es in diskreten Fällen zulässig sei, die Anzeigesettel - stattden Hausbesitzer - direkt der Zählaktion zu übergeben. Diese Verfügung hat sich als zweckmässig erwiesen, und liess alle Klagen verstummen. Der Magistrat beabsichtigt vom Staatsamte des Inneren die Zustimmung zur Einhaltung des gleichen Vorganges auch für die bevorstehende Volkszählung einzuholen und nach deren Einlagen die Bevölkerung durch die Tagesblätter entsprechend zu verständigen. Die Organe der Zählaktionen sind als Gemeindeorgane ohnedies zur Wahrung des Amtsgeheimnisses verpflichtet. Es wird also für Schutz gegen mündliche und böswillige, offizielle und nichtoffizielle Neugierde gesorgt sein. Uebrigens können diesmal in den Zählblättern Fragen nach Verwandtschaftsgrad, Glaubensbekenntnis und Umgangssprache nicht vor.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) fragt, ob es dem Bürgermeister bekannt sei, dass eine Reihe von Wiener Geschäftleuten den Verkauf von Waren an Inländer an die Bedingung der Zahlung in fremder Valuta knüpfen und was er im Falle der Richtigkeit dieser Annahme zum Schutze der Wiener Bevölkerung zu tun gedenkt.

Bgm. Reumann: Ich habe mich in dieser Angelegenheit sofort mit dem Staatsamt für Finanzen in Verbindung gesetzt und in Erfahrung gebracht, dass die Sache dort bereits anhängig ist und ihr die notwendige besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

GR. Schmid (chr.-soz.) richtet an den Bürgermeister folgende Anfrage:  
In der sogenannten Krinsky-Kaserne III., Baugasse 37, die der Gemeinde Wien gehört, wurden dem Arbeiterratfahrverein Landstrasse und der Ortsgruppe Landstrasse des Arbeiterrates „Kinderfreunde“ Räumlichkeiten zur Pflege des Radfahrens bezw. zur Errichtung eines Kinderheimes, wie es heisst kostenlos überlassen. Die Bevölkerung der unliegenden Häuser beobachtet ansehnliche bauliche Veränderungen im Innern des Gebäudes, die offenbar ohne Erlaubnis der Gemeinde Wien erfolgten. Was die Landstrasser Bevölkerung aber vor allem aufregt ist die Beobachtung, dass die genannten Vereine in der Krinskykaserne wiederholt Feste veranstalten, bei denen an nichts gespart wird. So fand am 26. Dezember 1919 ein Radfahrerball statt, dessen Plakat den Vermerk trägt: „Für Speise und Getränke ist bestens gesorgt.“ Am 11. Jänner veranstaltete der Arbeiterrate „Kinderfreunde“ einen „Bauernkirch“ wiederum mit der Ankündigung, dass mit Speisen und Getränke bestens gesorgt sei, u. s. w. Diese Feste verlaufen sehr geräuschvoll, dauern bis Mitternacht und werden unter Aufwand einer auffallend starken Beleuchtung gefeiert. Ist der Bürgermeister bereit, die von der Landstrasser Bevölkerung scharf gerügten Verhältnisse einer unparteiischen Untersuchung unterziehen zu lassen, und die festgestellten Uebelstände und Ueberschüsse sofort abzustellen.

Bgm. Reumann erwidert: Der Magistrat berichtet hierüber: Die Einmietungen in der Krinskykaserne sind noch von der Militärverwaltung erfolgt und die Gemeinde hat sie vorbehaltlich einer Regelung derselben übernommen. Die bezügliche Vorlage wird demnächst den Stadtrat beschäftigen. Von eigenmächtigen baulichen Veränderungen ist nichts bekannt. Von der angeblichen Nichterhaltung der Lichtsparsamnahmen ist der Verwaltung Mitteilung gemacht worden, und diese hat sofort, die zur Kontrolle berufene Amstelle hiervon verständigt. Es wird also ein Missbrauch, wenn er vollkommen sollte, abgestellt werden.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) weist darauf hin, dass in den Bezirksteilen Handelskai, Freudenau, Schiffmühl und Winterhafen, in denen ungefähr 3000 Personen wohnen, keine Hebamme zur eventuellen Hilfeleistung ihren Sitz hat. Er fragt, ob der Bürgermeister das Gesundheitsamt beauftragen wolle, eine Hebamme mit einem zu vereinbarenden Existenzminimum sofort für die genannten Bezirksteile zu bestellen und ob er in Falle einer dringenden Berufung eines Arztes oder einer Hebamme in diese verlassene Gegend die Erlaubnis geben würde, die Fahrmittel einer städtischen Sanitätsstation in Anspruch zu nehmen.

Der Bürgermeister erwidert, dass bisher Klagen aus der Bevölkerung des Bezirksteiles Freudenau über das Fehlen einer Hebamme nicht bekannt geworden seien, er werde aber das städtische Gesundheitsamt beauftragen, Vorschläge zur Beseitigung dieses Uebelstandes zu erstatten. Die Beistellung von Fahrmitteln sei bei der derzeitigen Knappheit der Betriebsmittel der Sanitätsstationen nicht möglich, doch werde er auch diesbezüglich eine Regelung dieser Frage durch das städt. Gesundheitsamt veranlassen.

G.R. Kunschak (Christlsoz.) stellt folgende Anfrage: In der letzten Sitzung des Gemeinderates hat der Herr Bürgermeister in Beantwortung einer Anfrage des Gemeinderates Dr. Danneberg Erklärungen über die Stellungnahme zur Frage der Staatsverfassung abgegeben. Er hat hierbei ausgesagt, die Majorität des Gemeinderates werde entschieden den Versuch bekämpfen, eine Länderkammer zu errichten; hinsichtlich der Stellung der Stadt Wien zum Lande Niederösterreich nahm er insofern Stellung, als er die Erreichung der vollen Autonomie für die Gemeinde Wien als Postulat hinstellte. Es muß mit Bedauern konstatiert werden, daß der Herr Bürgermeister durch diese Äusserungen in so wichtigen Fragen Erklärungen abgegeben hat, ohne daß vorher dem Gemeinderat als solchen Gelegenheit gegeben worden wäre, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Es muß insbesondere auch vom Standpunkte der Minderheit aus verlangt werden, daß der Gemeinderat selbst sich über die grundlegenden Fragen der künftigen Stellung der Stadt Wien äussere. Ich erlaube mir daher die Anfrage zu stellen: Ist der Herr Bürgermeister geneigt, ehestens eine Verhandlung im Gemeinde-

rate darüber zu ermöglichen, wie sich die Gemeinde Wien zur künftigen Verfassung der Republik Oesterreich und der Eingliederung der Gemeinde Wien in den Staat stelle?

Bgm. Reumann: In der Beantwortung der Anfrage des GR. Dr. Danneberg habe ich ausdrücklich hervorgehoben, welche Stellung die gegenwärtige Majorität in einzelnen Fragen der Verfassungsänderung einnehmen wird. Dazu habe ich ein Recht und dieses Recht lasse ich mir auch nicht nehmen. Diese

GR. Grünbeck (chr.-soz.) beantragt die Anschaffung zweier neuer Glocken für die Hornalser Pfarrkirche statt der während des Krieges zur Einschmelzung gebrachten Glocken.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten. VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

GR. David (Soz.-Dem.) berichtet über die Erweiterung der Höchstgrenze für Darlehen der gewerblichen Kriegskredithilfe. Er bezeichnet die Gewährung der Erweiterung als eine dringende Notwendigkeit im Interesse des Klein-gewerbes und bezeichnet den bisher gewährten Höchstbetrag von 4000 K als unter den gegenwärtigen Verhältnissen als zu gering und beantragt die Hinaufsetzung des Betrag auf das Höchstmass von 10.000 Kronen.

GR. Kunschak (Christlsoz.) spricht sich für die Annahme des Antrages aus und bezeichnet den bisher gewährten Betrag von höchst<sup>stens</sup> 4000 K als bei den obwaltenden Verhältnissen weder sachlich noch in dem Werte der Valuta begründet. Die Zustimmung in Antrage des Referenten könne umso leichter gegeben werden, als sich entgegen den düsteren Prophezeiungen das Ergebnis dieser Kriegskreditaktion besonders günstig gestaltet hat. Bisher wurden in 1413 Fällen Darlehen ausgegeben, wovon in 1373 Fällen die Verpflichtungen termingemäss und ohne Anstand eingehalten wurden. Nur in 40 Fällen sind Rückstände in den Zahlungsverpflichtungen eingetreten, und es wird Sache der Erhebungen sein, festzustellen, ob in diesen Fällen blos Wille oder die augenblickliche Unmöglichkeit der Erfüllung bestanden hat. Jedenfalls ist das Ergebnis ein Ehrenzeichen für die aufrechte bürgerliche Gesinnung, von der der Gewerbebestand noch erfüllt und beherrscht wird, wenn man bedenkt, dass auch die Moral dieser Leute, die Kredite bekommen haben, nicht freigeblieben sein kann von den zerstörenden Einwirkungen des Krieges. Es wäre nur zu wünschen, dass die günstigen Erfahrungen, die mit der Kreditaktion beim Gewerbebestand gemacht worden sind, <sup>auch</sup> auf allen anderen Gebieten der Hilfsaktionen zu verzeichnen wären.

VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

GR. Hernstein (Soz.-Dem.): Es ist sehr zu begrüssen, dass die Kriegskredithilfe für Gewerbetreibende von 4000 auf 10.000 Kronen hinaufgesetzt wird. Wenn man die Preise für Werkzeuge, u. s. w. in Betracht zieht, so muss man sagen, dass heute ein Kapital zur Aufrichtung eines Gewerbes notwendig ist, dass früher zur Fortführung einer Fabrik erforderlich war. Es wird sich auch die Notwendigkeit herausstellen, dass bei Erschöpfung des 20 Millionenfonds derselbe wieder gespeist wird. Wenn wieder normale Zeiten eintreten, muss die produktive Kraft des Gewerbebestandes wieder aufgerichtet werden. Ausserdem ist in Betracht zu ziehen, dass noch viele Heimkehrer zurückkommen werden und dass Gewerbetreibende ihr Geschäft noch nicht eröffnen konnten, weil sie keine Betriebsstätte finden konnten. Es gibt Tausende von Geschäftlokalen, die aus den wichtigsten Gründen gesperrt sind. In Ottakring ist eine Fabrik weinal, die ein halbes hundert von Werkstätten mit leeren Flaschen angefüllt hat. Ich richte an den Bürgermeister den Appell, eine Nachtragsverordnung zur Verordnung der Landesregierung über die An-forderung von Wohnungen zu erwirken, damit auch eine Anforderung von Betriebsstätten möglich ist. Es ist ferner notwendig, dass diejenigen, die die Kriegskredithilfe in Anspruch nehmen, dieselbe auch wirklich bekommen. Mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der Körperschaften, die darüber zu entscheiden haben, ist das nicht immer möglich, weil vielfach nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorgegangen wird. Der Redner führt hierfür 4 Beispiele an und fährt fort: Der Verband der sozialdemokratischen Gewerbetrei-

benden hat getrachtet in den Bezirksausschüssen eine Vertretung zu bekommen, wurde aber mit der Motivierung abgewiesen, dass derzeit keine Notwendigkeit besteht, diese Bezirksausschüsse zu vergrössern. Ich richte an den Bürgermeister den Appell, dass er von seinen Rückberufungs- und Ernennungsrecht Gebrauch macht und Mitglieder in die Kommissionen entsendet, die den Willen der Majorität des Gemeinderates dort vertreten. Die Christlichsozialen werden sich damit befreunden müssen, dass ein grosser Teil des Gewerbebestandes sozialdemokratische sind und wieder nur durch Sozialdemokraten vertreten sein wollen. Schliesslich wird es angezeigt sein, dass die Gemeinde ein Kreditinstitut schafft, das - angelehnt an die Zentralsparkasse der Gemeinde - allen ohne Unterschied der Partei Kredithilfe gewährt. Ich bitte den Antrag des Referenten anzunehmen und hoffe, dass die sozialdemokratische Majorität des Gemeinderates in der nächsten Zeit Gelegenheit haben wird zu beweisen, dass die Behauptung der Christlichsozialen die Sozialdemokratische Partei sei gewerbefeindlich gesinnt, nicht wahr ist, und dass alle jene, die zu den arbeitenden Menschen gehören, die Wahrung ihrer Interessen in der sozialdemokratischen Partei finden.

GR. Kunschak (Christlsoz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners, dass in der Landeskommission und den einzelnen Bezirksausschüssen bei der Zuteilung von Krediten parteiisch vorgegangen wurde. Von den erwähnten vier Fällen sei nur einer bekannt, und gerade dieser sei von ihm sofort in Ordnung gebracht worden. In diesem Falle hat der Bezirksausschuss und die Genossenschaft den Antrag gestellt, das Ansuchen abzulehnen. In diesem Sinne hat die Landeskommission entschieden. Da der Abgewiesene die Nichtgewährung des Kredites auf seine sozialdemokratische Gesinnung zurückführte, seine Abgelegenheit nochmals untersucht worden und ihm sodann sowohl Bezirksausschuss und Genossenschaft ihr ablehnendes Gutachten aufrecht erhielten, von der Landeskommission der Kredit gewährt worden. Von anderen Fällen, bei denen parteimässig vorgegangen worden wäre, sei dem Redner überhaupt nichts bekannt. Die vom Vorredner angeführten Fälle fielen wohl noch in die Zeit seiner Präsidentschaft. Damals seien aber auch schon sozialdemokratische Mitglieder in der Landeskommission gesessen und alle Beschlüsse seien einstimmig gefällt worden.

GR. David (Soz.-Dem.) bemerkt in seinem Schlussworte, es sei tatsächlich richtig, dass die Beschlüsse in der Landeskommission unter Beteiligung der Sozialdemokraten stets einstimmig gefasst worden seien. Die Landeskommission solle aber doch auch einzelnen Gewerbegenossenschaften entgegenkommen und es solle diesen, sowie den Sozialdemokratischen Gewerbetreibenden eine gewisse Vertretung eingeräumt werden. Wenn den Kleingewerben soweit es eben möglich sei, ihn überhaupt noch zu helfen, Rettung gebracht werden soll, dann müsse dies von links wie von rechts geschehen.

Der Antrag des Referenten wird hierauf einstimmig angenommen.

GR. Hackl (Soz.-Dem.) beantragt den Ankauf von Zirk von der Fernbörsezentrale für Zwecke des Bräuhauses der Stadt Wien mit einem Postenver-nisse von 430.012 K zur nachträglichen Genehmigung. (Angenommen)

Nach einem Antrage des GR. Polzda (Soz.-Dem.) wird eine Haftungserklärung an das Staatsamt für Finanzen betreffend den Zolkkredit für die Lagerhäuser der Stadt Wien genehmigt.

Ueber Vorschlag des GR. Schorach (Soz.-Dem.) wird für den Betrieb der Fähranlage und Eisermengung im Schlachthof St. Marx für 1918/19 ein Zuschusskredit von 125.000 K, zur Beschaffung von Hohlrosten und Planrosten für die Heizanlage im Neuen Rathaus für 1919/20 ein solcher von 105.000 K und für den Ankauf von Drahtseilbahnen für die Ippthaler Steinkohlen-Werke aus der Sachdenobilisierung ein Betrag von 603.000 K bewilligt. Weiter wird nach einem Antrage des gleichen Referenten der Ankauf von 12 Karrosserien für die Kraftwagenunternehmung von der oesterr. Motoren-Omnibus-Gesellschaft in Tauschwege gegen die Bestandteile eines englischen Daimler-Chassis und gegen eine Aufzahlung von 275.000 K beschlossen.

Nach einem Berichte des GR. Siegl (Soz.-Dem.) wird ein zweiter Zuschusskredit von K 4834.- für die Auflassung der ehemaligen Grünbergwasserleitung im XII. Bezirk bewilligt.

StR. Siegl (Soz.-Dem.) beantragt, zur Erweiterung des Ottakringer-Friedhofes die technischen Herstellungen mit dem Kostenerfordernisse von K 86.750.- zu genehmigen und für die nichtbedeckten Kosten von K 26.750.- einen ersten Zuschusskredit zu bewilligen.

GR. Schütz (Soz.-Dem.) betont, daß das Proletariat, der überwiegende Teil der Bevölkerung von Ottakring unter den Kriegsverhältnissen besonders gelitten hat und daher der Tod dort reiche Ernte hält. Dazu kommt noch, daß sich zwei große Spitäler im Bezirke befinden. Der Platzmangel am Ottakringer-Friedhof ist ein derartiger, daß man angrenzende Grundstücke bereits belegen musste. Die Bezirksvertretung Ottakring hat sich mit dieser Frage wiederholt eingehend beschäftigt. Redner stellt den Antrag: Um die Platzfrage des Ottakringer-Friedhofes einer geordneten Lösung zuzuführen, wird der Stadtrat aufgefordert, mit der Bezirksvertretung Ottakring in Verhandlung zu treten und über das Ergebnis derselben dem Gemeinderate Bericht zu erstatten. Redner bittet den Antrag anzunehmen, da wenn auch Wien in der Frage der Feuerbestattung eines Sinnes wäre, es doch Jahre dauern würde, um sie durchzuführen. Man brauchte mindestens vier Krematorien, darf aber nicht vergessen, ob es möglich ist, die notwendigen Rohmaterialien zu beschaffen, um nur ein Krematorium herzu-

GR. Witzmann Johann (Soz.-Dem.) spricht sich gegen die Erweiterung der bestehenden Friedhöfe aus, da dadurch die Entwicklung der Stadt verhindert werde, und meint, man solle für die Bevölkerung von Wien einige Friedhöfe errichten, die nicht so nahe an die Stadt heranreichen. Die Erweiterung der Friedhöfe bedeute bei der ungeheuren Steigerung der Grundpreise eine Vergeudung des Volkvermögens. Redner tritt für die Erhöhung der Preise für eigene Gräber. Die Feuerbestattung sei wünschenswert und da bereits in Gemeinderate ein Beschluss wegen Errichtung eines Krematoriums gefasst worden sei, möchte Redner sich die Anfrage erlauben, wie weit in dieser Hinsicht die Vorarbeiten gediehen seien und ob auch in Wien eine fakultative Feuerbestattung errichtet werde.

GR. Prohaska (Deutschnational) meint, dass mit den Ausbauen der Friedhöfe endlich ein Ende gemacht werden müsse, da ein armer Staat wie Oesterreich die Gründe für andere Zwecke notwendiger brauche. Er beantragt, unverzüglich die notwendigen Vorarbeiten zur Errichtung eines Krematoriums in Angriff zu nehmen.

Der Referent weist in seinen Schlussworte darauf hin, dass manche Bezirke Wiens in der Friedhoffrage verwöhnt seien, da sie noch aus alten Zeiten her ihren Friedhof besitzen. Diese müßten sich eben mit der Zeit auch daran gewöhnen, dass sie nicht ihren eigenen Friedhof werden haben können. Die beantragte Erweiterung des Ottakringer Friedhofes sei nicht genügend, doch wurde mit der Bezirksvertretung dieselbe beschlossen. Was die Frage der Errichtung des Krematoriums anlangt, so hat sich bereits ein Komitee gebildet, das sich mit dieser Frage beschäftigt und es sei diese Frage auch

von der rechten Seite des Saales als ein Kampfmittel bezeichnet worden.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen, die Anträge Schütz und Prohaska genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

GR. Siegl (Soz.-Dem.) legt den Baulinienplan für die südwestlich der Wien-Pottendorferbahn gelegenen an die Gemeinde Inzersdorf angrenzenden Gebietsteile des X. und XII. Bezirkes vor.

GR. Dr. Glasauer (chr.-soz.) bemerkt, es erregt Befremden, dass bei dieser Gelegenheit die bezüglichen Gebiete nicht der Gartenbesiedelung zugänglich gemacht wurden, was umso naheliegender gewesen wäre, da gegenwärtig an eine Verbauung der Gründe nicht zu denken sei. Gerade in Heidling und in umliegenden Bezirken seien viele Ansuchen von Leuten, die Schrebergärten wollen, aus Mangel an Gründen unberücksichtigt geblieben. Auch die Art und Weise wie die Lobau für derartige Zwecke in Anspruch genommen werde, erregt das Missfallen der gesamten Fachleute. Redner weist darauf hin, dass auch das Gebiet zwischen Mauer und Speising, wo ein Teil des Biergartens ganz abgeholt worden sei, Gartensiedelungszwecken zuzuführen wäre und betont, dass dies rasch geschehen müsse, denn sonst sei wieder ein wertvolles Jahr verloren. Er stellt den Antrag, dass die für Wohnbauten bestimmten Baublöcke auf eine begrenzte Zahl von Jahren den Schrebergartenvereinen zu Zwecken der Gartensiedelung zur Verfügung zu stellen sei.

GR. Siegl erwidert in seinen Schlussworte, dass es gar nichts nütze, wenn die Gemeinde Wien den Wunsch ausspreche, dass diese Flächen den Schrebergärtnern zugeführt werde, wenn die Besitzer dieser Gründe dieselben den Schrebergärtnern nicht zur Verfügung stelle. Die Gemeinde Wien habe soweit sie über Grund und Boden verfüge, den Schrebergärtnern Land zur Verfügung gestellt und sei bestrebt, durch eine Revision der Pachtverträge noch mehr Boden bereit zu stellen. Die Frage der Gartensiedelung sei übrigens jetzt sehr schwer zu lösen, weil selbst ein kleines Haus ungeheure Kosten verursacht. Redner empfiehlt schliesslich die Stadtratsanträge und auch den Antrag Dr. Glasauer zur Annahme.

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen, der Antrag Dr. Glasauer wird genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

GR. Siegl (Soz.-Dem.) berichtet über die Erhöhung der Heizgebühren der Hausbesorger in den städtischen Amtshäusern. Die betreffenden Stadtratsbeschlüsse werden angenommen.

Nach Berichten des StR. Siegl werden Zuschusskredite bewilligt, und zwar von 132.900 K für Einsammlung und Abfuhr des Hauskehrichtes, von 346.590 K für die Räumung der Hauptkanäle und von 550.000 K für die Erhaltung und den Betrieb der Hauptsammelkanäle.

Nach einem Berichte des GR. Richter (Soz.-Dem.) wird ein Zuschusskredit von 31.000 K anlässlich der Erhöhung der Reinigungs-Pauschalien der Hausaufseher in den städtischen Amtshäusern genehmigt.

GR. Breitner (Soz.-Dem.) berichtet über die Ergänzung des Pauschalgesetzes betreffend die Lustbarkeitsabgabe. Er weist darauf hin, dass das bestehende System der Pauschalierung keine Gleichmässigkeit ergebe. In vielen Nachtlokalen werde eine Musiktaxe von zirka 40 Hellern eingehoben, wovon die Gemeinde nur 4 Heller pro Gast erhält. Da solche Lokale einen kleinen Fassungsräum haben, so erhalte die Gemeinde bei einem Umsatze von die in einer Nacht dort gemacht werden, vielen zehntausend Kronen nur einige Kronen. Dies sei eine Umgehung der wirklichen Absicht des Gemeinderates. Dem solle nun ein Riegel vorgeschoben werden, und es soll nun entweder die Pauschalierung oder die Abgabe entsprechend geregelt werden. Der Verein der Etablissementbesitzer sei auch nicht abgeneigt, eine Einigung in diesem Falle herbeizuführen. Bis aber die Einigung erzielt sei, müssen die beantragten Vorkehrungen getroffen werden.

GR. Angeli (chr.-soz.) bringt den Wunsch vor, dass die Landsmannschaften bei ihren Wohltätigkeitsfesten nicht so hart mitgenommen werden, wie es jetzt vielfach geschieht, man wolle darauf Rücksicht nehmen, dass diese Landsmannschaften sich die Aufgabe gestellt haben, für ihre Armen zu sorgen, die sonst der Gemeinde Wien zur Last fallen.

Der Referent weist in seinem Schlussworte darauf hin, dass auf diese Abgabe von der Gemeinde nicht verzichtet werden dürfe, da sie durch ein Landesgesetz festgelegt ist, dass es aber möglich sein werde, bei einer in Aussicht genommenen Novellierung des Gesetzes auch auf die Wohltätigkeitsveranstaltungen Rücksicht zu nehmen.

Bgm. Reumann übernimmt den Vorsitz.  
VB. Emmerling beantragt den Verkauf von zirka 4 Waggonen alter unbrauchbarer Strassenbahnwaggons. (Angenommen).

VB. Emmerling beantragt die Ueberlassung von Galkuchen und Feinleder an die land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft m.b.H., und zwar in einer Menge von je 9 Waggonen zum Preise von K 2.40 bzw. K 1.60 pro kg. Er ersucht die in Hinblick auf die Futtermittelnot der genannten Gesellschaft bereits erfolgte Uebergabe dieser Mengen zu genehmigen.

GR. Kunischak (chr.-soz.) erklärt: Der Gemeinderat wird hier wieder veranlasst post festum einen Beschluss zu fassen. In den Referate wird wenigstens eingestanden, dass der Verkauf schon perfektioniert worden ist, zum Unterschiede von jener berühmten Stöckegeschichte, wo man uns überhaupt nicht in Kenntnis gesetzt hat, dass das Geschäft schon durchgeführt war. Ich möchte den Herrn Bürgermeister erinnern, dass er auf eine Interpellation in dieser Angelegenheit hin versprochen hat, dass diese Sache den Gemeinderat noch einmal beschäftigen werde. Es ist seither schon geraume Zeit verfloßen und ich möchte nicht haben, dass diese Angelegenheit nicht in Vergessenheit gerät. In sachlicher Weise möchte ich noch bemerken, dass der Verkaufspreis von K 2.40 für das kg Galkuchen in gar keinen Verhältnis zum Marktpreise steht. Galkuchen wird derzeit um K 5.- das kg verkauft, bessere Qualitäten notieren mit einem Betrage von K 6.- und K 6.50. Hier wird dem Gemeinderate zugemutet, dass er 9 Waggon das kg um nur K 2.40 verkaufen soll, was für die Gemeinde einen Ausfall gegenüber dem billigsten Marktpreise von rund einer Viertelmillion bedeutet. (Hört-Hörtrufe bei den Christlichsozialen!) Ein solcher Vorgang erscheint kaufmännisch nicht zulässig und es ist auch zu beachten, dass man dadurch eine Bilanzverschlechterung der betreffenden Gesellschaft ermöglicht, denn diese wird dadurch in die Lage kommen, ihre Bilanz zu färben und besser zu gestalten. Redner bittet den Referenten mitzuteilen, wonit er diesen weit unter den üblichen Marktpreis stehenden Verkaufspreis rechtfertige.

VB. Emmerling teilt in seinen Schlussworte mit, dass in der Sache selbst umfangreiche Erhebungen gepflogen werden mussten, weshalb die Vorlage erst jetzt dem Gemeinderate unterbreitet werden konnte. Bei einem Preise von K 2.40 für das kg sei für die Gemeinde Wien schon ein reichlicher Gewinn erzielt worden und es müsse auch bedacht werden, dass die Gesellschaft für ausschliesslichen Belieferung der Gemeinde Wien verpflichtet hat die Gemeinde Wien habe grosse Lagerbestände an diesen Futtermitteln für ihr eigenes Vieh, sodass mit Rücksicht auf den bereits erhaltenen Gewinn ein höherer Preis gar nicht gerechtfertigt wäre, denn die Gemeinde wird es sich nicht zur Aufgabe stellen, Waren anzukaufen und dann zu einem höheren Preise wieder abzugeben.

Nach einem Berichte des VB. Emmerling wird der Künstlervereinigung „Kunstgemeinschaft“ für ihre gegenwärtige Herbstausstellung ein Ehrenpreis der Stadt Wien im Betrage von 500 K bewilligt.

Nach einem Berichte des Gemeinderates Breitner wird der Ortsgruppe Rannersdorf des Vereines „Kinderfreunde“ eine Weihnachtssubvention von 5000 K nachträglich bewilligt.

Bgm. Reumann: Wir setzen nun die Verhandlung über den Stand der Wohnungsaufnahme fort. Der Referent Dr. Scheu ist durch eine Sitzung am Erscheinen verhindert. Der Gemeinderat wird nichts dagegen haben, wenn Herr Gemeinderat Bermann seine Stelle als Referent einnimmt.

4

In Fortsetzung der Debatte gibt GR. Dr. Flauchkes (jud.-nat.) namens seiner Partei die Erklärung ab, dass die Wohnungsaufnahme sich in durchaus klagloser Weise abgewickelt und zu grösseren Anfechtungen der Wohnungskommissionen und des Publikums nicht geführt hat. Gleichzeitig müssen wir aber sagen, dass die Aufarbeitung des Materiales seitens der einzelnen Wohnungs-Kommissionen nicht in der gleichen klaglosen Weise vor sich geht. Die Frage der Untervermietung muss von den Wohnungskommissären ganz genau geprüft werden, denn in zahlreichen Fällen sind diejenigen, die Untervermietungen vornehmen, nicht jene Woherer und Ausbeuter, auf welche die Kundmachung abzielt. Insbesondere können Wohnungen, in denen der Untervermieter mitwohnt, nicht angefordert werden. Solche Fälle sind sehr zahlreich und einzelne Wohnungsenate müssen angewiesen werden, insbesondere darauf zu achten, dass Schikane der vorgesetzten Stellen, aber insbesondere des wohnenden Publikums vermieden werden. Der grösste Wert ist darauf zu legen, die einzelnen Senate zu einer einheitlichen Praxis anzuregen. Die einzelnen Wohnungsenate entscheiden ganz kontrovers. Es wäre sehr wichtig, wenn die Wohnungskommissäre des 9. und 16. Bezirkes vor einem gewissen Ueber-eifer gewarnt werden. Nach meinen Erhebungen sind gerade diejenigen Dinge, welche ich anlässlich der Wohnungsdebatte angeführt habe, namentlich die Räumung der militärischen Stellen bisher nicht durchgeführt worden. Die hier öffentlich genannten Aemter sind noch immer an Ort und Stelle, wo sie gewesen sind, die betreffenden Zentralen haben noch immer ihre Lokalitäten in Besitz. Es sollte darauf gedrängt werden, dass die Stadt Wien in der grossen Wohnungsnot nicht eine so lächerliche Figur macht, dass ein Kommissionsleiter sagt: Ja gegen das liquid-Kriegsministerium können wir nichts ausrichten. Ich bitte den Gemeinderat, die wohlgemeinten Anregungen im öffentlichen Interesse zur Kenntnis zu nehmen, und bitte den Bürgermeister und den Direktor des Wohnungsamtes, diese Anregungen an die einzelnen Senate und Wohnungskommissäre weiter zu geben. Im Uebrigen kann man nur sagen, dass im Wohnungsamt mit der allergrössten Mühe und Sorgfalt gearbeitet wird, und die Herren eingreifen, wo sie nur können, um die Not zu lindern.

GR. Kunschak (chr.-soz.): Es wurde von berufenen Vertretern die juristische Seite der Wohnungsaufnahme beleuchtet und deren Berechtigung stark in Zweifel gezogen. Es ist aber auch die Durchführung dieser Wohnungsaufnahme hinsichtlich ihrer Notwendigkeit zu bestreiten. Es ist darauf verwiesen worden dass in kurzer Zeit die Volkszählung stattfindet und dabei auch wieder eine Wohnungsaufnahme und eigentlich noch mit grösserer Genauigkeit vorgenommen wird. Ich glaube recht informiert zu sein, dass sich die Gemeinde Wien auch in dieser Richtung nicht im unklaren befunden habe. In diesen Falle hätten wir uns nicht nur den grossen Aufwand der Arbeitsleistung nicht nur die grosse Aufregung der Bevölkerung ersparen können, sondern auch die bedeutenden Summen. Denn es wäre in diesen Falle die Wohnungsaufnahme durch die Organe der Staatsverwaltung und natürlich auf ihre Kosten durchgeführt worden. Hat es die Gemeinde wirklich so dick, dass sie auf dorartige Ersparungen verzichten kann? Die Durchführung der Wohnungsaufnahme gibt nach mehreren Richtungen hin berechtigten Anlass zu Beschwerden. Es ist Tatsache, dass nicht nur häuserweise die Aufnahme erfolgte, ohne Berücksichtigung der dem Kommissionen gegebenen Instruktionen, sondern dass sogar Häuserblocks zusammengelegt wurden und in Wohnraume eines Hausmeisters wurden pauschaliter die Agenden erledigt. Es hat aber auch andere Fälle gegeben, wo die Verhältnisse viel klarer und durchsichtiger waren, wo sich die Kommission einer Tätigkeit befliessen hat, die man förmlich mit dem Häusesuchen vergleichen kann. Wo sie mehr als parteiisch war. Es ist auf die Praxis im IX. Bezirk verwiesen und festgestellt worden, dass sie keine einwandfreie war. Ja, dass man sie als skandalös bezeichnen kann.

Zumindest war sie losgelöst von aller Objektivität und Sachlichkeit.

Im 9. Bezirk haben wir eine stadtbekannt Persönlichkeit, das ist der Herr Direktor Kranz. Dieser hat eine Behandlung erfahren, über die man sich nicht nur im 9. Bezirk, sondern auch ausserhalb desselben sehr wundert.

Herr Direktor Kranz Besitz teilt sich in 2 Teile, in jenen Teil seiner Palais, die ihm zum Privatgebrauche dienen und anderseits in die Büros des berüchtigten Spirituskartells. Direktor Kranz hat sich nach dem Muster vieler seiner Standesgenossen (Rufe bei den Christl.-Sozialen Stammesgenossen) ein Rezept zurechtgelegt, dass seine Wirkung bisher nie versagt hat. Wir wissen z.B., dass der Herr von Reizes um von seiner Requisition seines Palais verschont zu bleiben, einfach einem Teile der englischen Mission Unterkunft gewährt hat und an seinem Hause prangt jetzt die englische Flagge und es ist exterritorial geworden. Ein anderer wiederum gewährt den Franzosen, ein dritter den Italienern Gastfreundschaft und sie sind alle verschont von den Verpflichtungen, denen sich sonst ein Bürger nicht entziehen kann. Der Herr Kranz ist demokratischer veranlagt. Er hat zwar in seiner Affäre mit dem Bierkandal das nicht bewiesen, aber er scheint seit der Zeit der leidenschaftlichen Angriffe des sozialdemokratischen Organes demokratische Formen angenommen zu haben. Er hat sich nicht unter eine ausländische Flagge geflüchtet, sondern hat einfach den Arbeiterrat des 9. Bezirkes zu sich genommen und an dem Palais Kranz prangt jetzt keine ausländische Flagge, wohl aber die des Bezirksarbeiterrates vom 9. Bezirk. Ich muss sagen, der Bezirksarbeiterrat residiert sehr nobel. In den Klubsesseln, in denen sich früher die wucherischen Ausbeuter des Spirituskartells behaglich gestreckt haben, machen es sich jetzt die Herren Arbeiterräte bequem. Ob nun das der Grund ist, dass man im Palais Kranz keine Möglichkeit gefunden hat, Räume anzufordern und obdachlosen und bedürftigen Leuten Unterstand zu schaffen, weiss ich nicht, ich konstatiere nur die Tatsache. Derselbe Arbeiterrat aber, der im 9. Bezirk eine so milde Auffassung hinsichtlich des Wohnungsbedürfnisses eines Finanzkrösus an den Tag gelegt hat, ist in anderen Dingen sehr rigoros vorgegangen und darin liegt eben der Skandal. Wir haben im 9. Bezirk eine Heilanstalt, in der die Vibro-Inhalation praktiziert wird. Ich weiss, dass diese nicht den Beifall der künftigen Aerzte findet, ich weiss aber auch, dass dort glänzende Erfolge durch die Vibro-Inhalation erzielt worden sind und diese Methode erfreut sich auch der Unterstützung des sozialdemokratischen Landesreferenten von Niederösterreich. Der Arbeiterrat findet aber, dass diese Anstalt etwas Überflüssiges ist, und erklärt, die Räume dieser Anstalt für anforderbar. (Lebhafte Hört-Hört-Rufe bei den Chr.-Soz.) So gemütlich kann die Sache denn doch nicht gemacht werden, das ist etwas zu gemütlich, auch in einer Republik.

GR. Zimmerl (Chr.-Soz.) Dafür hat der Kranz sein Palais.

GR. Kunschak: Ich habe das Wohnungsamt von dieser Massnahme in Kenntnis gesetzt und Herr Direktor Sagmeister hat mir die Einleitung einer abwehrende Massnahme bestätigt und ich hoffe auch, dass dieses Institut für Vibro-Inhalation im Besitze seiner Räume bleiben wird. Ich hielt es für notwendig, dies hier vorzubringen, um zu zeigen, dass nicht, wie der Herr Referent es dargestellt hat, alles so glatt vor sich gegangen ist, sondern dass es an Uebergriffen nicht gefehlt hat. Die Aktion ist zum Abschlusse gebracht und wir sagen, vom Standpunkte unserer Stellungnahme für die öffentlichen Interessen Gott sei Dank, dass diese Aktion abgeschlossen ist, und wir hoffen, dass es zu einer ähnlichen Aktion nicht mehr kommen wird. Wir haben von dem einen Fall genug, er hat gezeigt, dass jede Abweichung vom Wege des Gesetzes und der Ordnung von Schaden ist, auch für jene, welche glauben, aus dieser Abweichung für sich irgendwelche Vorteile herauszuschlagen zu können. (Lebhafte Beifall bei den Christl.-Soz.)

GR. Erntner (Deutschnational) betont, dass er schon beim Referate über die Wohnungsbegehungen gegen die Zusammensetzung der Kommissionen Stellung genommen habe und dass seine Partei den schärfsten Protest dagegen durch Verlassen des Saales erhoben hat. In dem nun zu bewilligenden Nachtrag kredit ist nun der grösste Teil des Detrages wieder für die Arbeiterräte bestimmt, und nur zu einem kleinen Teil für das statistische Arbeiten. Er beantragt, über den Zuschusskredit getrennt abzustimmen.

GR. Bermann führt in seinen Schlussworte aus, dass die Reden der Debatte festgestellt haben, dass alle seinerzeit an die Wohnungsaufnahmen geknüpften Einwendungen eigentlich ihre Voraussetzung verloren haben. Es muss die Erklärung abgegeben werden, dass das Mass von Klagen, wie es vorausgesehen war, nicht ungetroffen ist. Was die von GR. Kunschak erwähnten zwei Fälle anlangt, so werden beide überprüft werden. Die Reden in der Debatte haben sich auch hauptsächlich mit der Frage der gesetzlichen Berechtigung und der Zusammensetzung der Wohnungsbegehungskommissionen befasst. Was die gesetzliche Grundlage der Begehung anlangt, so muss darauf verwiesen werden, dass diese in einer Volksanweisung der Landesregierung festgelegt ist und dass es in einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes ebenfalls ausgesprochen wird. Ausserordentliche Meinen verlangen eben ausserordentliche Massnahmen und Vorkehrungen. Und wenn selbst die juristischen Bedenken, die in der Debatte angeführt wurden, Berechtigung hätten, so ist die Gemeinde Wien nicht dazu berufen, die Massnahmen der Regierung auf gesetzliche Grundlage zu prüfen. Jene, die heute die Verfassungsmässigkeit ungesetzlich nennen, haben durch eine ganze Reihe von Jahren alle Verletzungen gutgeheissen und haben mit allen Beifall allen Gesetzesverletzungen durch Hochenburger und Stürgich zugestimmt.

GR. Rummelhardt (chr.-soz.): Das ist ein Blödsinn und eine Beleidigung.

Bgm. Reumann: Herr GR. Rummelhardt ich rufe Sie zur Ordnung.

GR. Rummelhardt (chr.-soz.): Rufen Sie auch den Referenten wegen der Beleidigung der Minderheit zur Ordnung.

GR. Bermann (fortfahrend): Den Herren hat die Art der Zusammensetzung der Wohnungskommissionen nicht gefallen, weil in die Wohnungskommissionen auch Arbeiterräte als Mitglieder aufgenommen wurden. § 17 der Landesregierungsverordnung ermächtigt den Bürgermeister zur Zusammensetzung von Kommissionen. Hier steht durchaus nicht, in welcher Art die Zusammensetzung vorgenommen werden soll. Die Wohnungsnot habe zumindest in der letzten Zeit zumeist die arbeitenden Schichten der Bevölkerung gefühlt. Sie müssen begreifen, dass die Arbeiterschaft alle möglichen und tauglichen Mittel zur Anwendung bringen wollte, um die Vertreter der Arbeiterschaft nach aussen hin, zu denen die grosse Masse der Arbeiterschaft das grösste Vertrauen hat, zu dieser Aktion heranzuziehen. Das waren und sind die Arbeiterräte. (Zwischenrufe). Aus den Reihen dieser Vertrauensmänner der Arbeiterschaft wurden die Kommissionen gewählt. Regen Sie sich über die Arbeiterräte nicht auf.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.): Die Schieberräte regen sich auf. (Stürmischer Widerspruch seitens der Christlichsozialen).

GR. Bermann (Soz.-Dem.): Die Arbeiterräte haben genug zu tun und das müssen wir bewundern. Es ist nicht recht von jener Zahl von Schiebern und Schleichhändlern, die sich gedeckt glauben unter der Firma „Bürger- und Ständerat“..... (stürmische Ohrufe bei den Christlichsozialen und lauter Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Rummelhardt (chr.-soz.): Das ist eine Verleumdung!

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.): Der aufgeregte Schieber- und Ständerat! (An-dauernde stürmische Zwischenrufe bei den Christlichsozialen).

5  
GR. Bergmann: Ich sagte schon, ich meine nicht Sie und nicht die andern <sup>die sich</sup> aber es sind auch Schleifer- und Schleichhändler/unter der Firma Bürger- und Ständerat zu decken suchen, und die ständig die Arbeiterräte provozieren (Zwischenrufe) Wir haben den Vorwurf gehört, dass die Feststellung der leeren Wohnungen in Wien auch hätte erfolgen können, wenn nicht ein solcher Apparat in Bewegung gesetzt worden wäre. GR. Kunschak hat gemeint, wir hätten uns auf die Volkszählung verlassen können. Wenn die grosse Zahl von Wohnungs- und Obdachlosen erst hätte warten sollen, bis die Volkszählung durchgeführt ist, wären sie noch heute ohne Wohnung. Wenn Sie hervorheben, dass eine Zahl von 3950 anforderbaren Wohnungen und 1199 Einzelräumen festgestellt ist, den gegenüber nur 1192 rechtskräftige Anforderungen bestehen, so muss ich darauf verweisen, dass wir noch ein Reservoir von 2758 Wohnungen und 701 Einzelräumen besitzen, die deswegen noch nicht als rechtskräftig anforderbar bezeichnet werden können, weil gegen jede Anforderung das Recht des Einspruches gegeben ist.

+ + +  
Zur Interpellation Kunschak auf Bogen 2, mittlere Spalte, 2. Absatz: so Beantwortung hindert keinesfalls, den Wunsch einer Verhandlung über die Verfassungsfrage und ich werde diesen Teil der Verhandlungsfrage als Antrag auffassen, um ihn der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuführen.

+ + +  
Wiener Kinder ins Ausland: Heute vormittags hat ein Zug Wien verlassen der 600 Kinder nach Schweden bringt. Abends ist ein Zug mit 482 Kindern nach Holland abgegangen. Die Zahl der Kinder, die bisher ins Ausland geschickt wurden, ist hiemit auf mehr als 23.000 Kinder gestiegen.

+ + +  
Gemeinderat Plaschkes hat darüber Klage geführt, dass einige Kommissäre zu wenig loyal vorgingen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass das Gesetz der Gemeinde Recht gibt, Wohnungen anzufordern, wenn sie zur Gänze untervermietet sind. Sie müssen einsehen, dass sich diese Ausgaben rentieren, weil wir eine Reihe von Neubauten dadurch ersparen. Nach einer Berechnung unseres Finanzreferenten ersparen wir nicht weniger als 6 Millionen Kronen dadurch. Die Zuweisung der Wohnungen wird von Kommissionen, die sich aus den Vertretern der Kommissionen der Bezirke zusammensetzen ganz objektiv vorgenommen und sie werden kaum einen Fall nachweisen können, dass Protektion geübt wird. Tatsache ist, dass vorläufig alle bisher Obdachlos Gewesenen zu Wohnungen gekommen sind, und für die nicht unbeträchtliche Zahl von jenen Parteien, die nicht obdachlos im engeren Sinne, aber gezwungen sind, sich bei Verwandten einzuquartieren, müssen wir auch sorgen. Für die Zuweisungen hat sich das Wohnungsamt ein Regulativ zurecht gelegt. Wir müssen alle Mittel in Anwendung bringen, dieser Not zu steuern und wenn es gelungen ist, die allerschlimmsten Not zu lindern, so können wir uns dieses Erfolge freuen. Es war eine gewaltige und schwere Aufgabe. Wenn wir Sozialdemokraten nicht durch eine so harte jahrelange Schule gegangen wären, da uns retlose Pflichterfüllung zur Lebenspflicht gemacht hat, müssten wir als Tragik empfinden, dass wir die Gemeinde Wien vertreten müssen, zu einer Zeit da die Not am höchsten getiegen ist. Wir fühlen uns in diesem Augenblicke in der Rolle des Arztes, der jene Wunden heilt, die andere geschlagen haben.

GR. Schleifer (Soz.-Dem.) berichtet gegenüber den Ausführungen des GR. Kunschak tatsächlich, dass der Arbeiterrat des IX. Bezirkes nicht hinter den Kulissen Abmachungen mit Dr. Franz getroffen habe, sondern Büroräumlichkeiten gebräut und diese im Palais Franz beschlagnahmt und für sich in Anspruch genommen haben. In ubrigen habe der Referent erklärt, dass in dieser Angelegenheit eine Untersuchung eingeleitet worden würde. (Rufe bei den Christlichsozialen: Wom denn dann eine Untersuchung!)

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.) berichtet, gegenüber den Ausführungen des Referenten-Stellvertreters, dass sich seine seinerzeitigen Ausführungen nicht im Gegensatz befanden zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom gleichen Tage. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes habe sich nicht bezogen auf das Wohnungsbeschäftigungerecht, sondern auf die Wohnungsanforderungen und hinsichtlich dieser habe Redner gleichfalls den Stand-

punkt vertreten, dass diese Massnahme gesetzlich gestützt sei.

GR. Vaugoin (chr.-soz.) berichtet tatsächlich, dass die Berichtigung des GR. Schleifer keine Berichtigung gewesen sei und der Geschäftsordnung nicht entsprechen habe. Der Referent habe sich erlaubt eine grosse Körperschaft zu beleidigen, indem er erklärt habe, der Bürger- und Ständerat sei eine Gesellschaft von Schleichern und Ausbeutern. Er berichtige tatsächlich, dass dies eine unerhörte Verleumdung sei. (Lebhafte Zwischenrufe bei der Mehrheit und Minderheit.)

Bei der hierauf vom Bgn. Reumann geleiteten Abstimmung wird der Antrag Erntner auf getrennte Abstimmung abgelehnt, und die Referentenanträge werden in ihrer Gänze angenommen.

Vize-Bgn. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

Frau GR. Amalie Seidel beantragt die Bewilligung eines Stadtbeitrages von 50.000 K an das Rote Kreuz zur Errichtung eines Lazarettstalles für die aus Russland heimkehrenden Kriegsgefangenen.

GR. Dr. Schwarz-Hiller verweist auf seine bereits vor längerer Zeit gestellte Frage, wann die Gemeinde Wien endlich einmal in der Staatskommission für Kriegsgefangene und Internierte vertreten sein werde. Diese Vertretung sei schon mit Rücksicht auf die geradezu aussichtslose Lage unserer Kriegsgefangenen im Osten von höchster Wichtigkeit.

Bgn. Reumann führt aus, dass sich die Gemeinde immer um das Los der Kriegsgefangenen bemüht habe. Obgleich die Kriegsgefangenenfürsorgekommission besteht, hat sich die Gemeinde an die interalliierte Kommission gewendet, damit die Kriegsgefangenen zurückbefördert werden. In dieser Sache wurde in einem einzigen Falle ein Erfolg erzielt, insofern als der Rest der in England zurückgehaltenen Gefangenen noch vor Inkrafttreten des Friedensvertrages zurückbefördert worden ist. Vertreter der Gemeinde wurden auch zum Empfange der Kriegsgefangenen entsendet, hauptsächlich um eine Orientierung über das Schicksal der Kriegsgefangenen zu bekommen. Das war fast immer ausgeschlossen, weil die Kriegsgefangenen so rasch als möglich nach Hause geeilt sind. Wenn ausgesprochen wurde, dass die Gemeinde Wien selbst teilnehmen wolle an der Staatskommission für Kriegsgefangene, so muss bemerkt werden, dass diesem Verlangen bisher nicht Rechnung getragen wurde. Der Staatskommission können allerdings in der Frage der Internierten und Kriegsgefangenen keine Vorwürfe gemacht werden, da sie alles mögliche getan hat; die Fürsorge der Kommission zielt auch dahin ab, dass eine gewisse Fürsorge für die Zukunft der Kriegsgefangenen getroffen wird. Eine solche Fürsorge dürfte aber im gegenwärtigen Augenblicke ein Ding der Unmöglichkeit sein. Die Fürsorge erstreckt sich nicht nur auf die Kriegsgefangenen, sondern auf alle Heimkehrer. Durch den Staat können nicht jene Riesensummen aufgebracht werden, welche notwendig wären, um allen durch den Krieg in Mitleidenschaft Gezogenen ausgiebig zu helfen. Ich bitte den Herrn Dr. Schwarz-Hiller zur Kenntnis zu nehmen, dass ich auch in dieser Beziehung mich noch speziell informieren werde, ob in einer solchen Richtung eine solche Fürsorge getroffen werden kann, dass auch eine Existenzmöglichkeit für diejenigen, welche aus der Kriegsgefangenschaft heimkehren, in der Tat gegeben ist. Ich fürchte sehr, dass diese Möglichkeit nicht vorhanden ist. Aber ich werde noch einmal in der Richtung eine entsprechende Intervention veranlassen. (Lauter Beifall links)

GR. Amalie Seidel (Soz.-Dem.) betont in ihren Schlussworten, dass es, wenn die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen aus Russland nur eine Frage der Geldmittel wäre, kein Hindernis geben dürfte, um die Kriegsgefangenen von den Qualen der Gefangenschaft zu erlösen. Aber ein auch noch so hoher Betrag setze uns nicht in den Stand die Schwierigkeiten zu überwinden, die der Heimkehr der Gefangenen noch im Wege stehen. Wir können nur unseren heissesten Wunsche Ausdruck geben, dass wir sie bald in unserer Heimat begrüessen können. Heute können wir nichts anderes tun, als einen bescheidenen Betrag zur Verheimekehrenden führung zu stellen, damit wir die Kriegsgefangenen auf Wiener Boden willkommen heissen und ihnen über die ersten Stunden und Tage hinweghelfen.

Der Antrag wird dahin einstimmig angenommen.

Frau GR. Seidel (Soz.-Dem.) beantragt dem Verein Settlement für 1919 eine Subvention von 10.000 K zu bewilligen.

GR. Körber (chr.-soz.) schliesst sich diesem Antrage an und verweist auf das Greisenasyl der Barmherzigen Schwestern in Währing, das durch den Krieg ebenfalls unterstützungsbedürftig geworden sei; er beantrage diesem Asyl ebenfalls 10.000 K zu wifmen-

Die Referentin erwidert, dass gegen den Antrag als solchen nichts einzuwenden sei, dass aber der Verein erst um eine Subvention ansuchen müsse.

Der Referentenantrag wird dahin angenommen. Der Antrag Körber der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Nach einem Berichte des GR. Speiser (Soz.-Dem.) wird der jährliche festgesetzte Aufwandsbeitrag der Wr. Bezirksschulinspektoren mit Wirksamkeit vom Schuljahr 1919/20 an von 12 auf 1500 Kronen jährlich erhöht. Die vom laufenden Schuljahre an bestellten Bezirksschulinspektoren erhalten die Netzkarte für die Strassenbahnen vom 1. Jänner 1920 an und für die Zeit bis dahin an Stelle der Netzkarte eine Entschädigung von je 300 K.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 14. Jänner 1920, Nr. 16.

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Sonntag werden in den Bezirken XIII bis XVIII 1/2 kg holländische Kartoffeln pro Kopf, zum Preise von K 5.10 per kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „K“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Die Vergebung der Einzelgräber auf den Friedhöfen. Der Stadtrat hat einem Antrage des StR. Dr. Grün zugestimmt, der beinhaltet, daß die Vergebung von eigenen und Einzelgräbern bei Lebzeiten bis auf weiteres für alle Wiener Gemeindefriedhöfe untersagt wird. Diese Sperre der Vergebung wird nur kurze Zeit dauern.

## 2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 14. Jänner 1920, Nr. 17.

Die Betriebskosten des Arbeitslosenamtes. Ueber Antrag des StR. Breitner hat der Stadtrat beschlossen, vom Staate den Rückersatz jener Kosten zu verlangen, die der Gemeinde aus dem Betrieb des Arbeitslosenamtes erwachsen. Diese belaufen sich jährlich auf ungefähr 1.2 Millionen Kronen.

Grundankauf in Steinklamm. Im Stadtrate berichtete StR. Dr. Grün (Soz. Dem.) über den Zukauf von Grundstücken in Steinklamm. Es sind dies im ganzen 15 Joch, die 30.000 K kosten und für die Oekonomie in Steinklamm Verwendung finden sollen. Zu dem Referate sprachen die Stadträte Vaugoin und Breitner, worauf der Referentenantrag aufgenommen wurde.

Die Zufuhr von Benzin. StR. Breitner berichtete im Stadtrate über die teilweise Ueberlassung von Zisternenwagen für die Zufuhr von Benzin für den Gebrauch des städtischen Omnibusbetriebes. 10 Zisternenwagen sollen von der Firma Schicht und 40 von den ungarischen Staatsbahnen gegen Entschädigungen ausgeliehen werden. Dem Referentenantrag wurde zugestimmt.

Wiener Kinder ins Ausland. VB. Winter berichtete in der heutigen Stadtrats-sitzung über die seit dem 10. Jänner ins Ausland abgegangenen Transporte mit Wiener Kindern. Am 10. Jänner ging ein Zug mit 600 Kindern nach Triest ab, ein anderer mit 900 Kindern nach Mailand. Am 11. Jänner fuhren 600 Kinder in die Schweiz, weitere 600 Kinder nach Deutschland. Am 13. Jänner ging ein Zug mit 600 Kindern nach Schweden, ein Zug mit 482 Kindern nach Holland ab. Heute verließ ein Zug mit 608 Kindern, deren Bestimmungsorte in der Schweiz liegen, Wien. Insgesamt gingen somit in diesen Tagen 4390 Kinder in das Ausland ab.

Die Kohlsituation. Wie bereits an gestrigen Tage mitgeteilt wurde, hat sich in den letzten Tagen die Kohlenbelieferung der städtischen Elektrizitätswerke derart verschlechtert, dass der Kohlenvorrat vorgestern auf 135 Waggons ge-



# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 15. Jänner 1920, Nr. 18.

**Kartoffelabgabe.** Freitag bis Montag werden in den Bezirken 19 bis 21 holländische Kartoffeln, und zwar 1/2 kg pro Kopf zum Preise von K 5.10 für das kg gegen Abtrennung des Abschnittes „K“ der Kartoffelkarte abgegeben. An den gleichen Tagen werden auch in den Bezirken 1 bis 3 1 kg holländische Kartoffeln zum Preise von K 5.10 gegen Abtrennung der Buchstaben „L“ und „M“ der Kartoffelkarte abgegeben.

**Erweiterung des Ueberlandkraftwerkes in Ebenfurth.** VB. Emmerling berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über die Erweiterung des Ueberlandkraftwerkes in Ebenfurth durch eine neue Kesselanlage. Die Kosten belaufen sich auf 15.7 Millionen Kronen. Nachdem StR. Schmid (chr. soa.) den Referentenantrag befürwortet hatte, wurde derselbe angenommen.

**Absage der Gemeinderatssitzung.** Die morgige Sitzung des Gemeinderates wurde gleich wie die vormittägige Sitzung des Stadtrates abgesagt.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 15. Jänner 1920, Nr. 19.

**Vergebung der Sortierung des Hauskehrrichtes.** StR. Siegel berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates über die neue Vergebung der Sortierung des Hauskehrrichtes. Für die Sortierung waren bisher 3 Kontrahenten bestellt gewesen, die auf Grund einer Offertverhandlung eine Pachtsumme von 47.000 K zu entrichten hatten. Bei Beginn des Krieges hat man den 3 Kontrahenten die Zahlung dieser Pachtsumme erlassen und zwar bis zum 13. Juni 1916. Von da an hat man von zwei Kontrahenten je ein Drittel des ursprünglichen Betrages verlangt, von dem einen nur ein Sechstel. Nun hat man eine neuerliche Offertverhandlung ausgeschrieben und das Ergebnis derselben ist, dass die neuen Pachtverträge eine Summe von 90.240 Kronen ergeben. Man hat also während zweier Jahre den Kontrahenten mehrere Zehntausende Kronen geschenkt. Jetzt wurde die Sortierung 9 Kontrahenten übertragen. Der Antrag des Referenten wurde angenommen.

**Die Kohlennot.** In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete Bgm. Reumann über die neuerlich eingetretene Kohlennot. Die Kohlenversorgung Wiens hat einen derartig geringen Umfang angenommen, dass sich katastrophale Erscheinungen herausgebildet haben. Die katastrophalen Erscheinungen zeigen sich vor allem in der völligen Aufzehrung unserer Vorräte und es sind daher tief einschneidende Massnahmen unumgänglich notwendig. Ich habe gestern in einer Unterredung mit dem Abgesandten des Staatsamtes für Handel erklärt, dass die zu erlassenden Massnahmen nicht mehr als Verfügungen des Stadtrates oder des Gemeinderates angesehen werden dürfen, sondern, dass sie im Wege einer Verordnung hinausgehen werden müssen. Die jetzigen tiefbedauerlichen Zustände sind hervorgerufen worden durch ganz kolossale Lohnbewegungen einerseits und andererseits durch politische Ursachen. Die oberschlesischen Zufuhren werden unterbunden durch Eisenbahnstreiks und jene Bewegung, welche sich gegen das Betriebsrätegesetz richtet. Dadurch sind ausgedehnte Streiks eingetreten. Was den Eisenbahnstreik anbelangt, so ist es so weit gekommen, dass selbst leerlaufende Waggonen den Gruben nicht mehr zugehoben werden können, wodurch eine Verladung ganz unmöglich geworden ist. Was Mährisch-Ostau anbelangt, so wissen die Herren, dass dort ein Streik ausgebrochen ist. In den Zeitungen hat es gestern geheissen, dass der Streik bereits

beigelegt sei und heute der Betrieb voll aufgenommen werden würde. Die bisher eingelaufenen Nachrichten deuten jedoch darauf hin, dass die Arbeit in Mährisch-Ostauer Gebiete heute <sup>nicht</sup> wieder aufgenommen werden wird, sondern es scheint im Gegenteil, dass die Streikbewegung einen wellenartigen Charakter angenommen hat, der sich wahrscheinlich darin ausdrücken wird, dass den einen Tag gearbeitet und den andern Tag nicht gearbeitet wird. Keinesfalls ist aber in Mährisch-Ostauergebiet die völlige Rückkehr zur Arbeit zu verzeichnen. Es wird wahrscheinlich noch einige Tage dauern, bis wieder Beruhigung eingetreten sein wird. Dann braucht es natürlich tagelang bis die ordnungsmässige Verladung der Kohle in die Wago geleitet sein wird. Was die polnischen Zuschübe anbelangt, so sind sie eingestellt worden durch eine Reihe von Umständen, welche noch nicht gänzlich aufgeklärt sind. Was die Situation noch weiter ungemein verschärft, ist die Qualität der Kohle. Es gibt heute kein Sortieren der Kohle mehr, wodurch der Ausstoss des toten Gesteines möglich sein würde. Alles was heute gefördert wird, wird als Kohle betrachtet. Dadurch ist die Kohle natürlich in ihrer Qualität sehr reduziert und eine Tonne Kohle der heutigen Zuschübe hat einen bedeutend geringeren Kalorienwert als die Kohle früherer Zeiten. Die Verordnung, welche vom Staatsamte für Handel und Verkehr etc. wahrscheinlich noch heute erlassen werden wird, beinhaltet folgende Massnahmen:

- 1.) Der Betrieb der städtischen Strassenbahnen wird für den Personenverkehr eingestellt
  - 2.) Die Entnahme von Gas und elektrischer Energie für Kraftzwecke wird untersagt. Ausgenommen sind nur die Approvisionierungsbetriebe.
  - 3.) Ladengeschäfte, Verkaufslöke und Magazine dürfen nach 3 Uhr nachmittags nicht beleuchtet werden, auch nicht mit Ersatzbeleuchtung. Nur beim Handel mit notwendigen Lebensmitteln dürfen die Betriebsräume bis 7 Uhr abends beleuchtet werden.
  - 4.) In Kanzleien und Kontoren einschliesslich jener in öffentlichen Aemtern und Anstalten darf mit Gas und Elektrizität nach 3 Uhr nachmittags nicht mehr beleuchtet werden.
  - 5.) Konzert- und Vortragssäle aller Art, Theater, Lichtspielhäuser, Varietes und ähnliche Vergnügungslöke werden geschlossen.
  - 6.) Die Verwendung von Personenaufzügen ist untersagt.
  - 7.) Ausser den normalen Straffolgen gelten die des § 16 der Vollzugsanweisung der n. ö. Landesregierung von 9. Oktober 1919.
  - 8.) Die Verordnung tritt sofort in Kraft.
- Aus der Fassung dieser Verordnung spricht der <sup>ganze</sup> Ernst der Situation.

Direktor Menzel der an den Verhandlungen in Prag teilgenommen hat, erstattete über das Ergebnis dieser Verhandlungen folgenden Bericht: Nach dem Uebereinkommen, das mit der tschechoslovakischen Regierung bis Ende 1919 beschlossen war, sollten fördertäglich 903 Waggon zu 10 Tonnen geliefert werden. Von dieser Menge wurden nur 529 Waggon geliefert. Gleich in der ersten gemeinsamen grossen Sitzung der österreichischen und tschechischen Vertreter erklärte der Leiter des tschechischen Kohlenwirtschaftsamtes, dass die tschechische Regierung mit Rücksicht auf die eigene unzureichende Kohlenversorgung und ihre sonstigen Vertragsverpflichtungen ganz ausser Stande seien, mehr als bisher zu liefern. Die ziffermässige Postsetzung der zu liefernden Menge wäre aus einem noch zu bestimmenden Durchschnitt der Lieferungen des Vorjahres zu ermitteln. Gleichzeitig wurden noch zu bestimmende Kompensationen verlangt, von deren Erfüllung die Kohlenlieferung abhängig gemacht werden wird. Diese Forderungen beziehen sich in der Hauptsache auf Verkehrsfragen, in welchen sich die tschechische Regierung einen besonderen Einfluss gewahrt wissen will. Der Hinweis des Leiters des österreichischen Kohlenamtes auf die im Friedensvertrage von St. Germain der Tschechoslovakei auferlegte Verpflichtung, Oesterreich im Verhältnisse <sup>des</sup> Jahres 1913 und der derzeitigen Förderung mit Kohle zu versorgen, wurde von den tschechischen Vertretern damit beantwortet, dass bei der heutigen Lage der Kohlenversorgung der Tschechoslovakei eine Verpflichtung, Oesterreich Kohle zu liefern, nicht bestahe. Der Vertreter des österreichischen Staatsamtes für Aussenverhältnisse erklärte, diese Ansicht durchaus nicht teilen zu können, Er sei geneigt in Hinblick auf die angebotenen ganz unzureichenden Kohlenmengen, mit denen Oesterreich nicht in entferntesten die

Belangen finden könnte, die Mitglieder des österreichischen Kabinetts in Kenntnis zu setzen und zu diesem Zwecke um Abbruch der Verhandlung zu ersuchen. Die tschechischen Vertreter erklärten sich damit einverstanden.

Das war die Lage wie sie sich gleich am Beginn der Verhandlungen ergab. Nach einigen Tagen, und zwar am 13. d.M. wurde tschechoslovakischerseits in einer gemeinsamen unter den Vorsitz der beiden Kabinettschefs abgehaltenen Sitzung Anbot gestellt, nachdem Oesterreich in 500 Waggon für <sup>forttäglich</sup> erhalten soll, 100 Waggon Steinkohle und 300 Waggon Braunkohle sein werden.

Direktor Menzel bemerkte hierzu, dass mit dieser Menge, die im Vertrage Oesterreich zugesichert wird, keinesfalls das Auslangen gefunden werden kann und dass besonders durch die Machtbefugnisse der Verkehrs- und Kohlenkommission das Verfügungsrecht des österreichischen Kohlenamtes über die Kohlenlieferungen vollständig aufgehoben würde. Die Wiener Gaswerke, die in dem tschechischen Anbote mit den 120 Waggon Steinkohle aus dem Ostau-Karvi-Revier bedacht sind, werden zwar um 10 Waggon fördertäglich mehr erhalten, doch werden sie noch immer ein tägliches Defizit von 30 Waggon Kohle aufweisen, die solange es noch möglich ist, aus dem derzeitigen Vorrat von 800 Waggon gedeckt werden können oder auf eine andere Weise beschafft werden müssen.

Da am 14. d.M. die Verkehrs- und Kohlenkommission zusammengetreten ist, an der über Verlangen auch die Gemeinde Wien teilnehmen soll, ist Magistratsrat Dr. Fastenbauer als Vertreter der Gemeinde Wien noch in Prag geblieben. Der heutige Bericht wird wahrscheinlich noch mehrere Ergänzungen erfahren.

Direktor Karel erklärte, dass der Vorrat der städtischen Elektrizitätswerke mit dem gestrigen Tage auf 105 Waggon gesunken ist, da gestern das Kohlenamt mitgeteilt hat, dass jede Zuweisung von Kohle an die Elektrizitätswerke mangels jeglicher verfügbarer Vorräte unmöglich sei, sei nichts anderes möglich gewesen, als sofort die strengsten Sparmassnahmen, von denen ab schwerste die Einstellung des Strassenbahnbetriebes empfunden werden wird, zu erlassen. Direktor Karel fügte noch hinzu <sup>mangels</sup> dass infolge jeglicher Kohlenzuweisung durch den Staat der Bedarf der Gemeinde Wien an elektrischen Strom nurmehr durch die Förderung des Zillingdorfer-Bergwerkes gedeckt werden könne, welches derzeit 115 Waggon erzeuge. Die Tatsache, dass der Strombedarf Wiens nur durch ein Ueberlandkraftwerk gedeckt werden könne, gebe zu schweren Bedenken Anlass, weil jede Störung in der Fernleitung das Ausbleiben der Stromlieferung bedinge. Solche Störungen seien anlässlich der gegenwärtigen Witterungsverhältnisse sehr leicht zu gewärtigen, habe ja sogar der gestrige Orkan bereits solche ernstliche Störungen verursacht.

Direktor Spängler berechnet den finanziellen Ausfall für die Strassenbahnen im Falle einer Einstellung auf täglich ungefähr 1 Million Kronen. Nach dem Kollektivvertrage sei er berechtigt, das Personal jetzt zu beurlauben, was wahrscheinlich auch geschehen werde. <sup>Folge</sup> Es wird die notwendige <sup>Folge</sup> dass die Linie nach Enzersdorf eingestellt werden wird und dass von Seite des Staatsamtes auch die Linien von Mauer nach Mödling und von Wien nach Baden und Pressburg werden eingestellt werden. Ob letzteres bestimmt durchgeführt werde, wisse er nicht, da andererseits Herren von Verkehrsamt erklärt hätten, dass im Falle der Einstellung des Strassenbahnbetriebes eine Herdichtung des Lokalverkehrs auf den Eisenbahnen Platz greifen werde. Mit Rücksicht <sup>darauf</sup> wird der Stadtrat heute sich darüber schlüssig werden müssen, ob es dann nicht doch notwendig sein werde, dass wenigstens ein teilweiser Verkehr auf der Strassenbahn durchgeführt werde.

In der Debatte ergriff zunächst StR. Vaugoin (chr. soz.) das Wort, der darauf hinwies, dass nach den heute gehörten Berichten, die Lage allerdings als trostlos bezeichnet werden müsste. Dennoch müsse er sein Erstaunen darüber ausdrücken, dass man so weitgehende Massnahmen erlassen wolle. Die einschneidendste davon sei zweifellos die vollständige Einstellung der Strassenbahn. Damit könne er sich absolut nicht einverstanden erklären, und bitte den Stadtrat einen Beschluss in der Richtung zu fassen, dass zumindest ein Früh- und Abendverkehr aufrecht erhalten bleibe. Die 14 Waggon, die für diesen Verkehr gebraucht werden, würden schon noch aufgebracht werden können. Ganz unmöglich sei es, einer Verdichtung des Lokalverkehrs zuzustimmen. Es gehe nicht an, dass man den Arbeitern den Strassenbahnverkehr nehme und den Hamstererzügen verleihe. Was das Verbot der Ersatzbeleuchtung anbelangt, so könne er sich auch damit nicht einverstanden erklären. Es erscheine ihm nicht begreiflich, warum man die Ersatzbeleuchtung allgemein verbiete.

StR. Seidel (Soz. Dem.) erklärte sich mit dem Antrage des StR. Vaugoin einverstanden, da die völlige Ausschaltung des Strassenbahnbetriebes untunlich erscheine. Ein gedrosselter Verkehr sei jedenfalls besser als gar keiner. Rednerin vermisse in der Verordnung insbesondere eine Bestimmung bezüglich der Gastwirtschaften und Kaffeehäuser. Wenn die Strassenbahn eingestellt werden muss, wenn die Industrien abgeschaltet werden müssen, so sei dies eine Katastrophe sowohl für die Unternehmer als für die Arbeiter und es sei begreiflich, dass sich insbesondere der letzteren eine Erbitterung bemächte. Wenn nun die Kaffeehäuser und Gastwirtschaften offen bleiben können, während andererseits alles übrige gesperrt werden müsse, so wirke eine solche Erscheinung auf die Arbeiter nur zweifellos aufreizend, insbesondere wenn man erwäge, dass heute schon fast jedes 3. Kaffeehaus ein Tingeltangel sei. Das werden die Arbeiter nicht verstehen, dass sie nicht arbeiten können und dass sich andererseits Leute in den Kaffeehäusern bis in die späten Nachtstunden hinein vergnügen können. Rednerin plädiert dafür, dass man den Gast- und Kaffeehäusern auch das Offenhalten mit Ersatzbeleuchtung nicht gestatten solle. Es treffe zweifellos auch diese Betriebe die 8 Uhr Sperre schwer, aber es lasse sich eben unter den heutigen Verhältnissen nichts anderes machen.

StR. Dr. Kienböck (chr. soz.) legte Wert darauf, dass man ganz besonders aus dem Bericht des Gaswerksdirektors Manzel Gewicht lege, weil daraus hervorgehe, dass das Gas für die Zukunft ausserordentlich schlecht daran sei. In dieser Beziehung müssten eine Reihe von Vorsorgen getroffen werden. Redner nimmt sodann Stellung, dass die Kanzleien nur bis 3 Uhr beleuchtet werden dürfen und auch keine Ersatzbeleuchtung gestattet werde. Das sei ungereimt. Redner beantragt weiters, dass man in all den Belangen, mit denen man nicht einverstanden sei, konkrete Vorschläge an das Staatsamt machen soll, so insbesondere im Bezug auf den Strassenbahnverkehr, der wenigstens in den Frühstunden aufrecht erhalten werden müsse.

StR. Schorsch (Soz. Dem.) betonte, dass die völlige Ausschaltung der Industrien eine Katastrophe bedeute. Wir befänden uns mitten in einer Teuerungswelle und überall seien Lohnbewegungen in Gange. Dazu komme noch, dass man in letzterer Zeit die Bemerkung machen müsse, dass lediglich wegen des Mangels an Kohle etc. die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag zunehme. Schon jetzt würden seitens der Arbeiter darüber Klagen geführt, dass sie mit Rücksicht auf die Teuerungswelle mit den bisherigen Bezügen für Auskommen nicht auskommen können. Was soll nun dann geschehen, wenn die Betriebe stillgelegt werden müssen. Das müsse nach Redners Meinung unbedingt hintangehalten werden, weil sonst die Zahl der Arbeitslosen ins Ungemeine gehen würde. Redner ist deshalb der Ansicht, dass man bei den Staatsämtern unbedingt darauf dringen müsse, dass die Arbeitszeit in den Industriebetrieben nur reduziert zu werden brauche, damit die Unternehmer in der Lage seien, ein gewisses Plus, das die Arbeiter für die reduzierte Arbeit verlangen aus eigener Tasche darauf zuzahlen. Redner tritt weiters dafür ein, dass die Strassenbahn wenigstens in den Frühstunden verkehren müsse, denn ein vollständiges Einstellen derselben bedeute gleichfalls eine Katastrophe für die Arbeiterwohlfahrt. Durch den Krieg seien die Arbeiter oft gezwungen in entlegenen gelegenen Arbeitsstätten Arbeit zu suchen und zu finden und man könne den Arbeitern nicht zumuten, um diese Arbeitsstätten zu erreichen einen oft stundenlangen Weg vorher zurückzulegen. Um einen reduzierten industriellen Betrieb aufrecht zu erhalten, wäre es vielleicht angebracht, wenn auch die Betriebe in der Provinz mit reduzierter Arbeitszeit arbeiten würden, wodurch die dort in Erzeugung gebrauchte

Kohle Wien zufließen könne.

StR. Haider (chr. soz.) sagte, es müsse alles getan werden, damit die Kanzleien wenigstens bis 6 Uhr beleuchtet werden dürfen, damit eine vorzeitige Schliessung der Bürostunden hintangehalten werde. Weiters stimme er mit Frau StR. Seidel überein, dass es nicht angehe, den Eisenbahnverkehr zu verdichten und den Strassenbahnverkehr gänzlich einzustellen. Endlich nahm er noch gegen die Bemerkung des Direktor Spängler Stellung, dass den Strassenbahnern jetzt ein Urlaub erteilt werde. Von einem Urlaub in der gegenwärtigen Jahreszeit hätten die Strassenbahner gar nichts. Er bitte deshalb den Direktor von dieser Massnahme abzusehen.

StR. Iser (Soz. Dem.) betonte, dass das Kohlenkomitee in der letzten Zeit ununterbrochen gearbeitet habe. Der Vorwurf, der seitens der Minorität erhoben werde, dass es zu dieser Frage nicht Stellung genommen habe, sei daher unberechtigt. Die Kohlen- und Strassenbahnfrage beschäftigte das Komitee schon seit Wochen, ja Monaten. Allerdings, wenn eine Frage, wie die gegenwärtige, momentan auftauche, das heisst, wenn nämlich plötzlich keine Kohle mehr geliefert werde, so nütze natürlich selbst das schönste Komitee nichts, weil es eben momentan nicht einberufen werden könne. Recht eigentümlich sei es, dass StR. Vaugoin heute für die Einstellung der Hamstererzüge gesprochen habe. Als seine Partei seinerzeit dasselbe verlangt habe, sei gerade die Minorität dagegen gewesen. Redner stellte zum Schlusse den Antrag, es möge sich ein stadträtliches Komitee noch heute zu den Staatsämtern begeben und dort erwirken, dass die Strassenbahn erst dann eingestellt werden müsse, wenn auch der Eisenbahnverkehr nicht mehr nötig erscheine. Ansonsten solle aber auch unbedingt der Frühverkehr auf der Strassenbahn aufrecht erhalten werden.

StR. Schmid (chr. soz.) sagte, es solle alles aufgewendet werden, damit der Strassenbahnverkehr bis wenigstens 9 Uhr vormittags aufrecht erhalten bleibe. Desweiteren stimmte er den Ausführungen der Frau StR. Seidel bezüglich Licht der Gast- und Kaffeehäuser zu. Das Offenhalten der Kaffeehäuser nach 8 und 9 Uhr abends und die lärmenden Unterhaltungen, die dort stattfinden, seien zweifellos in den heutigen Verhältnissen aufreissend. Schliesslich gab er die Anregung die Förderung in Zillingdorf und Neufeld nach Möglichkeit zu erhöhen. Vielleicht könnten hierzu Arbeitslose oder Volkswehr herangezogen werden. Auch solle man nicht ausser Aug lassen, dass die Torfstecherei mehr als bisher zur Versorgung der Stadt Wien mit Brennmaterial herangezogen werden.

StR. Josef Müller (chr. soz.) trat dafür ein, dass die elektrische Bahn Wien-Pressburg nicht eingestellt werde, weil für die Approvisionierung Wiens unbedingt notwendig sei.

Direktor Karel teilte zur Aufklärung mit, dass nicht Lebensmittelzüge sondern nur Personenzüge eingestellt werden.

StR. Körber (chr. soz.) ist dafür, dass die Vergnügungslokale und die Tingeltangel, etc. gesperrt werden, wogegen er jedoch sein müsse, sei, dass man auch die bürgerlichen Gastwirtschaften in ihren Erwerbe einschränke. Damit könne er sich absolut nicht einverstanden erklären.

Eine dänische Weihnachtsjaune Heute Nachmittags fand im Festsaal des Rathauses eine Kinderweihnachtsjaune statt, zu welcher von dänischer Seite die Gaben und Mittel aufgebracht wurden. Der Redakteur der Berlinerische Tidende Herr Faber hat in seinem Briefe einen warmen Aufruf an die Wiener Kinder erlassen und das schöne Ergebnis war, dass heute erstmalig 1400 Kinder je ein Paket mit 4 Kilo vollwertiger Lebensmittel und eine Jaune unter dem noch stehenden Weihnachtsbaum bestehend aus Schokolade und Kuchen erhalten konnten. Der Delegierte des Dänischen roten Kreuzes Oberstlt. Rook und Frau hatte in Verbindung mit dem Dänischen Gesandten Levehen und der Dänischen Kolonie in Wien das Kinderfest arrangiert. Er betonte in seiner Begrüßungsansprache, dass der Saal zwar wegen der Kohlennot trotz der Kinder nicht geheizt werden konnte, dass ihnen aber die Feier wenigstens auf kurze Zeit den Jammer vergessen machen werde. Vicebgm. Winter dankte Namens des Bürgermeisters dem wohlwollen Dänischen für die edle Hilfe in schwerer Zeit. Mit einem Spiel aus Andersen Märchen und der dänischen Hymne schloss die kleine Feier.

Fortsetzung der Kohlendebatte.

StR. Riber (chr. soz.) nahm gegen das Verbot der Erleuchtung Stellung. Dieses Verbot sei Unsinn und werde auch weitgehend nicht respektiert werden. Denn derjenige, der genug Karbid habe, werde trotz Verbotes solange seine Lokale beleuchten als es ihm passe. Redner wünschte, dass die Wiener sozialdemokratische Partei auf die Arbeiter in den Kohlengruben einen Einfluss ausüben möge, damit die immer wiederkehrenden Streiks, welche auch eine schwere Schädigung des Proletariates mit sich bringen, hintangehalten werden. Nach dem StR. Vaugoin (chr. soz.) noch gesprochen hatte, erklärt StR. Täubler (Soz. Dem.), daß ebenso wie die Christlichsozialen von den Sozialdemokraten eine Einflusnahme auf die Arbeiter ~~xxx~~ verlangen, die Sozialdemokraten fordern könnten, daß auf die Katholiken in den betreffenden Ländern durch die Christlichsozialen ein Einfluß ausgeübt werde. Tatsächlich sei der Streik in Mährisch-Osterau wegen des Mangels an Lebensmitteln angebrochen und diese Lebensmittel können die Wiener Sozialdemokraten für die Arbeiter in Mährisch-Osterau nicht herschaffen. Redner macht u. a. aufmerksam, dass es ein weiterer schwerer Schlag für die Bevölkerung wäre, wenn die Zeitungen eingestellt werden müßten, weil die Zeitungsanschriften über die Ausgabe von Lebensmitteln heute für die Approvisionierung der Stadt eine Notwendigkeit sind. Heute müssen die Leute schon

stundenlang stehen, um Lebensmittel kaufen zu können und es wäre unerträglich, wenn sie sich jetzt vielleicht auch noch bei den Antehäusern zu Tausenden anstellen müßten, um zu erfahren, wann und wo Kartoffel, Mehl oder andere Lebensmittel ansgesgeben werden.

Bgm. Reumann bemerkt in seinen Schlußworten, daß die Mitteilung des Direktor Spöngler über die Aufrechterhaltung eines Früh- und Abendverkehrs der Strassenbahn bis jetzt nicht bestätigt werden konnte und daß es angesichts des vollständigen Fehlens an Kohlen auch ~~xxx~~ <sup>schwer</sup> ~~xxx~~ <sup>erschwer</sup> erscheine, einen solchen Teilverkehr beizubehalten. Der Bürgermeister teilte mit, daß er das Kohlenkomitee, von dem in der Debatte gesprochen wurde, im Rathause in Permanenz tagen werde, damit es in der nächsten Zeit zu allen Fragen, die an die Gemeindeverwaltung in der Angelegenheit der Kohlenversorgung herangetragen werden, unverzüglich Stellung nehmen könne.

Bei der Abstimmung wurden die Berichte zur Kenntnis genommen und die Anträge des StR. Iser angenommen, die besagen, daß 1.) ein stadtträtlisches Komitee sich noch im Laufe des heutigen Tages in das Staatsamt für Handel und Gewerbe begibt, um wenigstens die Aufrechterhaltung des Verkehrs der Strassenbahn in den Früh- und Abendstunden zu erreichen, 2.) daß eine gänzliche Einstellung des Straßenbahnverkehrs erst dann erfolgt, wenn wirklich auch alle Lokalbahnstrecken eingestellt werden sind und 3.) daß die Gemeinde Wien voller Einblick in die Anbringung und Verteilung der Kohlenvorräte gegeben werde und Vertreter des Stadtrates in Einkunft vor Herausgabe solcher Verordnungen Gelegenheit geboten werde, das Stellung zu nehmen.

In das Komitee wurden gewählt die Stadträte Iser, Schorsch, Kokrdá, Vaugoin, Körber und Täubler.

Die Stadtratsabordnung im Staatsamt Unter Führung des Bürgermeisters Reumann begibt sich heute um 1/2 5 Uhr nachmittag die vom Stadtrat gewählte Abordnung in das Staatsamt für Handel und Industrie und stellt dem Staatssekretär Gardik und dem Oberbaurat Philip die verhängnisvolle Lage dar, in welche die Bevölkerung Wiens durch die vollständige Einstellung des Straßenbahnverkehrs gerät. Der Bürgermeister verweist darauf, dass es bei der ungeheuren räumlichen Ausdehnung Tausenden von Arbeitern kaum möglich sein werde, in ihre Betriebsstätten zu gelangen. Noch fürchterlicher wird die Lage, wenn schlechter Wetter eintritt. Es wäre auch kein Auskunftsmitel, wenn in den Morgenstunden ein beschränkter Verkehr auf der Stadtbahn eingeführt würde. Wenn hierzu Kohle vorhanden wäre, so würde diese viel besser verwendet und ihre Wirkkraft viel mehr ausgenutzt.

wenn sie für die Strassenbahn verwendet würde. Es müßte alles aufgewendet werden, wenn es nur irgend möglich ist, doch einen beschränkten Straßenbahnverkehr am Morgen und Abend zu sichern. In demselben Sinne sprachen die Stadträte Iser, Schorsch und Vaugoin. Oberbaurat Philip legte dar, dass die Kohlenvorräte derart erschöpft sind und die Zufuhr vollständig stockt, dass auch für den Straßenbahnverkehr leider Kohle nicht zu finden sei. Auch die Stadtbahn kann keinen Notverkehr einrichten, vielmehr wird aller Wahrscheinlichkeit schon in der allernächsten Zeit der Personenverkehr der Bahnen eingestellt werden müssen. Es ist leider auch nicht zu hoffen, dass sich die Lage rasch bessern werde. Der Osterräher Streik ist noch nicht beendet. Das Staatsamt wird natürlich alle Anstrengungen machen, sobald als möglich wenigstens einen beschränkten Straßenbahnverkehr zu ermöglichen. Vielleicht gelingt dies im Laufe der nächsten Woche. Das sind natürlich nur Hoffnungen und der Ausdruck der Bestrebungen des Staatsamtes, aber vorläufig besteht hierfür noch gar keine Sicherheit. Denn Kohle läuft nicht ein; im Gegenteil er wird teilweise auch schon der Güterverkehr bedroht. So kommt die Südbahn einen mit Eoke beladenen Zug der Alpen Monatgesellschaft nicht befördern, obgleich das Ausbleiben der Eoke den Betrieb des Hochofens aufs Äußerste gefährdet. Die neuen Bestimmungen der Sparrvorschriften müssen in vollem Umfang und auf das strengste durchgeführt werden, um dadurch doch wenigstens dem Lebensmittelbetriebe die Weiterführung und der Stadt die notdürftigste Beleuchtung zu sichern. Angesichts dieser Tatsachen blieb auch der Abordnung des Stadtrates nichts anderes übrig, als diese Frostlosigkeit der Lage zur Kenntnis zu nehmen.

Für die Angestellten der Gemeinde Mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen mit den im Kollektivvertrag stehenden Angestellten der Gas- und Elektrizitätswerke nicht so rasch zum Abschluß zu bringensind, beantragte Bgm. Reumann im Stadtrate, diesen Angestellten der Gaswerke, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen einen noch in dieser Woche auszuzahlenden Vorschuß von 100 K für jeden Angestellten zu bewilligen.

Bezüglich der der Dienstordnung unterstehenden Angestellten der Gemeinde hat die bei der letzten Bezugsregulierung im Dezember bewilligte gleitende Zulage noch nicht zur Auszahlung gekommen. Sie wird nämlich nach den Preissteigerungen bei den rationierten Kartoffeln, Mehl, Brot, etc. und Zucker im Nachhinein bemessen. Die Angestellten müssen also diese Preis-

steigerungen vorläufig aus eigenen tragen. Dies bedingt eine übermäßige Belastung der einzelnen Haushalte. Bgm. Reumann be-richtete, daß er daher an die Staatsregierung das Brauchen ge-richtet habe, die zwischenamtliche Stelle für die Bezugsregu-lierung ungekürzt einzuberufen, um dieser Sachlage Rechnung zu tra-gen ~~xxx~~ und daß er dort, falls eine Änderung der diesbezüg-lichen gesetzlichen Bestimmungen nicht mit der erforderlichen Beschleunigung durchführbar wäre, die schnellste Auszahlung eines Vor-schusses auf die gleitende Zulage beantragen werde. Dem Antrage und dem Berichte des Bürgermeisters wurde zugestimmt.

Wien, 16. Jänner 1920. - Abendausgabe.

---

Die Kohlenkatastrophe. Die Kohleneinläufe bei den städt. Elektrizitätswerken sind nach wie vor ganz ungenügend. Heute 50 Waggons eingelangt. Da der Vorrat heute morgens nur 40 Waggons betragen hat sind die Verhältnisse nach wie vor Trostlos und wird deshalb mit grösster Beschleunigung die Abschaltung Betriebe fortgesetzt werden. Jrgend eine Hoffnung auf baldige Besserung der Verhältnisse besteht nicht und es muss damit gerechnet werden, dass die die Bevölkerung so hatr treffender Massnahmen, insbesondere die Einstellung der Strassenbahn und der Stromlieferung an die industriellen und gewerblichen Bet noch längere Zeit werden aufrecherhalten werden müssen.

---

Wien, 16. Jänner 1920. - Abendausgabe.

---

Die Kohlenkatastrophe. Die Kohleneinfälle bei den städt. Elektrizitätswerken sind nach wie vor ganz ungenügend. Heute sind 50 Waggons eingelangt. Da der Vorrat heute morgens nur 40 Waggons betragen hat sind die Verhältnisse nach wie vor trostlos und wird deshalb mit größter Beschleunigung die Abschaltung der Betriebe fortgesetzt werden. Jrgend eine Hoffnung auf baldige Besserung der Verhältnisse besteht nicht und es muss damit gerechnet werden, dass die die Bevölkerung so sehr treffenden Massnahmen, insbesondere die Einstellung der Strassenbahn und der Stromlieferung an die industriellen und gewerblichen Betriebe noch längere Zeit werden aufrechterhalten werden müssen.

---

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 16. Jänner 1920, Nr. 20.

Das niederländische Hilfskomitee für Wiener Kinder teilt mit, dass laut eingelangter telegrafischer Meldung der am 8. ds. von Wien abgerollte Kinderzug glücklich in Holland eingetroffen ist. Weiter wird bekanntgegeben, dass das genannte Komitee auf lange Zeit hinaus mit Begleitpersonal genügend versehen ist und keine neuen Anmeldungen mehr entgegen genommen werden können.

Entfallender Empfang. Montag entfällt der Empfang bei Bgm. Reumann wegen dessen dienstlicher Verhinderung.

Von der Norweger-Aktion. Die ärztliche Untersuchung der für die Norweger-Aktion schon mit Einladungen verständigten Kinder findet Montag den 19. zwischen 8 und 1 Uhr vormittags für Mädchen und von 2 bis 5 Uhr nachmittags für Knaben im Jugendante, II., Augarten-Hauptgebäude, IV. Stiege, Parterre statt.

Deutsche Liebesgabenverteilung. Im II. Bezirk werden durch das Frauenhilfskomitee an die mit Familien-Fürsorgebüchlein mit den Anfangsbuchstaben A bis I am Montag, K bis R am Mittwoch und S bis Z am Freitag von 3 bis 5 Uhr nachmittags gegen Vorweisung des Einkaufsscheines, Meldezettels, Familien-Fürsorgeblattes und Nachweis der deutschösterreichischen Staatsbürgerschaft im Amtshause Garnelitergasse 9, Deutsche Liebesgaben ausgegeben werden.

Der Wohnungsmarkt im Dezember. Die Anzahl der als vermietbar angemeldeten unmobilierten Wohnungen betrug im genannten Monate 133, wovon ein grosser Teil infolge baulicher Mängel oder aus sanitäts-polizeilichen Rücksichten nicht bewohnbar ist. Von den 130 leerstehenden Wohnungen entfallen auf Kleinwohnungen 95, auf kleinere Mittelwohnungen 14, auf grössere Mittelwohnungen 14 und auf grosse Wohnungen 7. Der Stand der vermietbaren mobilierten Wohnungen betrug 126. Die Anzahl der vermietbaren Geschäftslokale ist auf 704 zurückgegangen. Die Nachfragen von Wohnungssuchenden im Wohnungsnachweis haben gegenüber dem Vormonate eine Steigerung erfahren. In der Gesamtlage des Wohnungsmarktes kam das Ergebnis der Wohnungsaufnahme und der hieran sich knüpfenden Anforderungen bereits stärker zur Geltung. Es ist in dem Berichtsmonate gelungen eine grössere Anzahl besonders ungünstiger Notunterkünfte, so alle von Eisenbahnern bewohnten Eisenbahnwaggons, durch Zuweisung von Wohnungen entbehrlich zu machen. Noch immer aber ist die Nachfrage nach Wohnung äusserst dringend und kann, da ein privates Wohnungsangebot völlig fehlt, nur zum geringsten Teile befriedigt werden.

Pensionierungen. Der Stadtrat hat den Ansuchen um Versetzung in den dauernden Ruhestand des Obermagistratsrates Dr. Otto Nagel, Vorstand der Magistratsabteilung XVI und des Obermagistratsrates Dr. Gustav Ehrenberg, Vorstand des Bezirkswirtschaftsamtes VI Folge gegeben.

Weinpreiserhöhung in Rathauskeller. Der Stadtrat hat die Preise für die Weine im Rathauskeller, für Weisswein (bisher K 18.-) mit K 24.- pro Liter, und K 28.- (bisher 22 K), für Rotwein mit K 22.- (bisher K 18.-) pro Liter festgesetzt. Auch die Preise der Flaschenweine wurden erhöht. Die Erhöhung tritt mit 17. ds. in Kraft.

Das Ergebnis der Stromabschaltungen. Die Direktion des städtischen Elektrizitätswerkes teilt mit: Die von den städtischen Elektrizitätswerken vorgenommenen Abschaltungen und die Einstellung des Strassenbahnverkehrs haben bewirkt, dass die Belastung der Kraftwerke, die sonst um 9 Uhr vormittag 50.000 KW betrug, auf 28.200 KW, um 11 Uhr vormittags auf 24.600 KW herabgesunken ist. Die Betriebsinhaber scheinen sich um die erschienene Vollzugsanweisung nicht viel zu kümmern, denn sonst müsste die Belastung eine weit geringere sein. Dieses Verhalten ist geeignet, eine schwere Katastrophe heraufzubeschwören, weil die Werke genötigt werden könnten, die Abschaltungen kabelweise solange fortzusetzen, bis das Gleichgewicht zwischen Dampferzeugung und Elektrizitätskonsum erzielt ist. Dadurch würden viele Approvisionierungsbetriebe zum Stillstand kommen und die Lichtanlagen in den bezüglichen Wohnungen und Geschäften nicht funktionieren. Die Direktion wird deshalb mit der grössten Strenge gegen alle diejenigen vorgehen, welche die Vollzugsanweisung nicht beachten.

Samstag den 17. Jänner 1920. Abendausgabe.

Die Kohlesituation. Die Direktion des städtischen Elektrizitätswerkes teilt mit: Der Kohleneinlauf der städt. Elektrizitätswerke am heutigen Tage betrug 40 Wagons, die Situation ist demnach unverändert schlecht, deshalb ist auch an die Wiedereröffnung des Strassenbahnbetriebes oder die Wiedereinschaltung der Betriebe vorläufig nicht zu denken.

Die Mailänder Hilfsaktion für die Wiener Kinder. Bürgermeister Caldara von Mailand, der sich mit mehreren Herren und Damen aus Mailand und Turin in Wien befindet, um wieder einige Hundert unterernährter Wiener Kinder zur Erholung und Kräftigung in Italien abzuholen, hat heute abends die Vertreter der Wiener Presse zu sich geladen, um ihnen über die Hilfsaktion ~~xxxxxx~~ Mailands für die Wiener Kinder eine Aufklärung zu geben. Zum Empfang der Pressevertreter hatten sich eingefunden: der Mailänder Gemeinderat Fiamberti, die Ärzte Dr. Grassi und Dr. Ferrari und der Sekretär des Bürgermeisters von Mailand Dr. Fabozzi; aus Turin waren anwesend: ~~xxx~~ Professor Cravera, die Kommissäre Moletto, Vesco, Colombicci und aus Triest Herr Chiussi. Bürgermeister Caldara hielt folgende Ansprache: (Rede liegt bei). ~~xxx~~ Vizebürgermeister Winter sprach im Namen der Stadt Wien den Herren aus Mailand den herzlichsten Dank für ihre aufopfernde Hilfsbereitschaft zum Wohle der Kinder aus und gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass in dem Hilfswerke Mailands eine Brücke gebaut werden solle zwischen Italien und Deutschösterreich, eine Brücke, die darin zu erblicken ist, dass es den Wiener Kindern möglich wird, auch in Italien die deutsche Sprache zu sprechen und unterrichtet in deutscher Sprache zu genießen, damit verhütet wird, dass die Kinder mit ihrer körperlichen Rettung nicht den Verlust der Schulbildung bezahlen müssen. Aus den Kindern sollen aber auch Männer und Frauen gemacht werden, die Duldsamkeit üben und es werde vielleicht die Zeit kommen, da auch die italienischen Kinder sehen werden, dass die Väter der Wiener Kinder, den italienischen Vätern nicht nur mit dem Schwert begegnen, sondern dass sie auch gute Menschen ~~xxx~~ sind. Die Worte des Bürgermeisters von Mailand, dass er an den Kindern als Vater handeln wolle, sollen als bare ~~xxxxxx~~ Münze genommen werden und der Hoffnung soll Ausdruck verliehen werden, dass auch Wien einmal in so schöner Weise an den Kindern Italiens handeln könne, wie es jetzt Mailand tut. An den Empfang schloss sich eine Besichtigung eines von Mailand ausgerüsteten Zuges, der bereit steht um 900 Wiener Kinder nach Italien zu bringen. Die Einrichtung des Zuges zeigt von der Umsicht und Aufopferung, mit der die Mailänder Stadtverwaltung für die Wiener Kinder sorgt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 17. Jänner 1920, Nr. 21c

### Oelabgabe

Vom 18. bis 24. Jänner werden bei den städtischen Margarine- (Butter) Abgabestellen 12 dkg Oel zum Preise von K 12.24 pro Person gegen Abtrennung des Abschnittes „R“ Nr. 175 und der beiden Abschnitte Nr. 175 für nichtrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit 1/16 Mehlbezugskarten erhalten die Fettquote gegen Abtrennung der gleichen Fettkartenabschnitte bei der Verschleißstelle ihrer Konsumentenorganisation.

**Mindestbemitteltenfürsorge.** In der 129. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch 1/8 kg Bohnen pro Person des Haushaltes zum Preise von K 2.- gegen Abtrennung des mit dem Buchstaben „H“ bezeichneten Abschnittes in den Geschäften und Ständen der Großschlächtereien an folgenden Tagen: Mittwoch, den 21. Jänner A - F, Freitag, den 23. Jänner G - K, Montag, den 26. Jänner L - R und Mittwoch, den 28. Jänner S - Z. Außerdem wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine stattfinden, die in den Ständen: XXI. Bezirk, Stadlfrau und magistratisches Bezirksamt für den XXI. Bezirk rayoniert sind. Abgetrennt wird der durch die Nummer „1“ gekennzeichnete Wochenabschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von K 1.- abgegeben werden. Die Abgabetermine sind dieselben wie für Bohnen. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Ausspeisestellen wird für jede Person 1/8 kg Kartoffel-Trockenprodukte, und zwar an die ersteren zum Preise von K 14.- per kg, an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

## 2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Samstag, den 17. Jänner 1920, Nr. 22.

**Aus dem Rathause.** Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Mittwoch, Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen. Der Gemeinderat hält am Freitag, diesmal wieder um 4 Uhr eine Sitzung ab.

**Ertrag einer Wohltätigkeitsvorstellung.** Herr Böhm, Mitglied des Stadttheaters erschien heute bei Bgm. Reumann und überbrachte ihm eine Spende von 20.000 Kronen für die hungernden Kinder Wiens, als Ertrag einer Wohltätigkeitsvorstellung, welche der Direktor der vereinigten Deutschen Theaters in Brünn, Dr. Rudolf Beer, veranstaltet hatte.

**Todesfall.** Am 16. Jänner 1920, den 21. Gedächtnistage des Ablebens des Direktors der Mädchen-Volksschule, I., Bartensteingasse 7, Franz Wöber, ist im 75. Lebensjahre dessen Witwe Frau Leopoldine Wöber, geb. Rotter, städtische Volksschullehrerin i. P., in XIII., Geylinggasse 5 wohnhaft gewesen, gestorben. Das Leichenbegängnis erfolgt am Dienstag, den 20. d. M. um 3 Uhr ab Leichenhalle des Zentralfriedhofes (II. Tor).

**Saalsperre im Ingenieur- und Architektenverein.** Der Österr. Ingenieur- und Architektenverein teilt mit, dass wegen Kohlenmangel und Verkehrssperre alle Versammlungen, Sitzungen, Konzerte und Vorlesungen bis auf Weiteres unterbleiben.

Geehrte Redaktion! Um freundl. Aufnahme vorstehender Notiz ersucht. Höfl.

Stadthanddirektor Dr. Goldemund.

**„Zewiverba“.** Ab Mittwoch, den 21. Jänner, 3/8 kg Mehl, 12 dkg Oel, 1/2 kg Kartoffel auf dem Buchstaben „L“. Am 21. wird die Filiale II, Kleine Sperrgasse 6a eröffnet. Kunden, die ab nächster Woche dort einkaufend wünschen, wollen sich noch im Laufe dieser Woche in der Filiale, in der die bis jetzt eingekauft haben, unrayonieren lassen. Auf die Dauer der Verkehrseinstellung werden die Verkaufsstunden in sämtlichen Filialen von 8 Uhr bis 3 Uhr ohne Unterbrechung festgesetzt.

**Der Betrieb der Dampfstrassenbahnen.** Mit Rücksicht auf die Einstellung des Personenverkehrs auf sämtlichen Bahnen wird der Verkehr der städtischen Dampfstrassenbahnen in derselben Weise betrieben, wie in der Weihnachtswoche. Die Abfahrtszeit der Züge ist in den Stationen zu ersuchen.

**Zur Kohlsituation.** Die ständig fortgesetzten Abschaltungen von Betrieben haben bewirkt, dass die Belastung der verschiedenen Kraftwerke, welche gestern um 11 Uhr vormittags noch 24.000 KW betrug, am heutigen Tage zur gleichen Stunde auf 17.000 KW gesunken ist. Auch der heutige Kohleneinlauf ist unbefriedigend, er beträgt bis jetzt nur 51 Waggons.

**Das niederländische Hilfskomitee** teilt mit, dass der am Dienstag abgegangene Kinderzug laut telegrafischer Mitteilung glücklich in Holland eingetroffen ist.

**Die Milchversorgung.** Wie bekannt, sind die Milchzufuhren, die in der Woche vor der Verkehrssperre, das ist vor dem 20. Dezember rund 66.000 Liter betragen, in der Zeit der Verkehrssperre nahezu auf 86.000 Liter täglich gestiegen. Bei dieser Sachlage konnte wohl keinem Zweifel mehr unterliegen, dass das in der Zeit des freien Verkehrs dem allgemeinen Konsum entzogene Milchquantum von Schleichhandel absorbiert wird. Diese Tatsache war wohl der beste Beweis, wie richtig es war, das Verbot des Rucksackverkehrs zu erlassen. Was aber noch besonders für die Richtigkeit dieser Massregel spricht, ist die Belieferung der beiden grössten Wiener Molkereibetriebe in der Zeit der Reisesperre. Während bei der Wiener Molkerei, die vom Grassgrundbesitzer beliefert wird, das Milchquantum sich nicht wesentlich änderte, es betrug am 18. Dezember 7468 Liter und am 1. Jänner 7291 Liter - ist die Milchlieferung bei der niederösterreichischen Molkerei, die von kleinen Mann beliefert wird, der wieder ein Hauptangriffsobjekt des Schleichhandels bildet, von 13.590 Liter am 18. Dezember auf 17.715 Liter am 1. Jänner gestiegen. Daraus folgt wohl, dass eben nur der kleine Landwirt nicht aber der Grossgrundbesitzer von Schleichhändler aufgesucht wird und daher nur der erstere in der Lage ist, bei Ausschaltung des Schleichhandels mehr Milch nach Wien zu liefern. Es war schon zu erwarten, dass die Wiederaufnahme des Reiseverkehrs auch wieder eine Senkung der Milchlieferung im Gefolge haben wird. Dies ist nun tatsächlich eingetreten, und zwar trotz des Umstandes, dass der Personenverkehr derzeit wesentlich eingeschränkt und enorm verteuert ist. Das Bahnmilchquantum, das in der verkehrslosen Woche 564.083 Liter betrug, ist in der ersten Woche nach Wiederaufnahme des Verkehrs auf 535.549 Liter gesunken, das ist um 28.53% Liter. Damit erscheint die Beweiskette für die Richtigkeit des Vorangeführten geschlossen.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

---

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 19. Jänner 1920, Nr. 23.

---

Obernagistratsrat Dr. Nagel. Der Vorstand der Magistrats-Abteilung XVI, Obermagistratsrat Dr. Otto Nagel wurde bekanntlich über sein Ansuchen vom Stadtrate in den bleibenden Ruhestand versetzt. Aus diesem Anlass haben sich die Beamten der Abteilung unter Führung des Magistrats-Sekretärs Dr. Köpf und die Vorstände der Konskriptionsamtsabteilungen mit ihrem Direktor Franz Mayer an der Spitze von dem scheidenden Abteilungs-Vorstande mit warmen Worten des Dankes verabschiedet. Obermagistratsrat Dr. Nagel stand seit dem Jahre 1891 im Dienste der Gemeinde, war im Bezirksschulrate und den Bezirksämtern Wieden, Margarten und Neubau teils als Subalter-Beamter, teils in leitender Stelle tätig. Seit 1. Jänner 1915 war er Vorstand der Magistratsabteilung XVI für Militär- und Bevölkerungswesen.

Städtische Volksbibliothek in der Villa Wertheimstein. Infolge der Beleuchtungseinschränkung wird die städtische Volksbibliothek in der Villa Wertheimstein von Montag, den 19. ds. an statt in den Abendstunden von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags geöffnet sein. Die Ausleihbeschränkungen werden gleichzeitig aufgehoben. Die jährliche Lesgebühr wurde vom Stadtrat auf K 2.- erhöht; auch die übrigen Gebühren (für Erinnerungen, Mahnungen, usw.) mussten erhöht werden.

Gemeinderat Hötzel †. Sonntag früh ist im Spital der Gemeinde in Lainz GR. Franz Hötzel gestorben. Hötzel, der ein Alter von 56 Jahren erreichte, vertrat den III. Wahlkörper des XVI. Bezirkes im Gemeinderate seit dem Jahre 1908. Im Mai 1918 wurde Hötzel in den Stadtrat berufen. Bei den allgemeinen Wahlen im Mai 1919 errang Hötzel ebenfalls ein Gemeinderatsmandat. Das Leichenbegängnis findet am Mittwoch statt.

Wien, 19. Jänner 1920. - Abendausgabe.

Die Kohlen-situation. Am Sonntag erhielten die Elektrizitätswerke 44 Waggons, ein Einlauf, der ganz ungenügend ist. Der durch die Einstellung des Strassenbahnverkehrs und durch die scharfen Massnahmen, die den Verbrauch der Industrie, des Handels und des Gewerbes wesentlich beschränken, hergedrückte Bedarf konnte zur Not aus dem Ebenfurter Kraftwerke gedeckt werden.

Die Abschaltung der motorischen Betriebe und die Einstellung der Strassenbahn muss deshalb bis auf weiteres aufrechterhalten werden.

Der Bürgermeister hat im Interesse des öffentlichen Sanitätsdienstes verfügt, dass bei den Haltestellen der Kraftstehwagen jene Aerzte, welche sich als solche legitimieren, der Vortritt vor allen anderen Passagieren gewährt wird. Das Publikum wird gleichzeitig ersucht die Durchführung dieser Verfügung aus Eigenem im Hinblick auf die der ärztlichen Hilfe bedürftigen Kranken zu unterstützen.

Eine Spende der Methodistenbischofe. Die Methodistenbischofe haben bei ihrem Scheiden von Wien dem Bürgermeister die Mitteilung gemacht, dass sie eine Liebesgebenspende von 500.000 Kronen für Wiener Kinder ohne Unterschied der Konfession und der Partei gewidmet haben. Diese Spende wird durch Superintendenten Dr. Melle bald überwiesen werden.

Deutsche Liebesgabe. Das Frauenhilfskomitee des 2. Bezirkes teilt mit, dass die Ausgabe von Liebesgaben für die Bevölkerung des 2. Bezirkes Mittwoch nicht stattfindet. Der nächste Ausgabetag wird gegen Ende der Woche bekanntgegeben werden.

Die Spende einer n.ö. Gemeinde. Die Gemeinde Staudorf, Post Harrasse im Marchfeld hat für unterernährte Kinder der Volksschule in der Thalgaasse 2,89 kg Mehl, 183 kg Kartoffel, etwa 50 kg Brot und beiläufig 50 l Milch gespendet und diese Spende selbst zugeführt. Es konnten mit Hilfe dieser Spende 86 Kinder der Schule beteiligt werden. Die Gemeinde Staudorf umfasst nur 42 Nummern, ist also keine grosse Gemeinde und ist Beispiel daher umso anerkannter.

Wiener Rathauskorrespondenz.

Wien, Dienstag, den 20. Jänner 1919. Abendausgabe.

---

Die Lage der städtischen Elektrizitätswerke. Am Montag sind in den Elektrizitätswerken 40 Waggon Kohle eingelangt. Davon konnten infolge der grossen Einschränkungen rund die Hälfte auf Vorrat gelegt werden. Die eingelangten Einläufe hätten aber, wenn die Einschränkungen nicht bestanden hätten, zur Aufrechterhaltung des Betriebes bei weitem nicht hingereicht, da hierzu täglich rund 100 Waggon erforderlich sind. - Infolge Zusammentreffens mehrerer Einläufe aus Polen betrug der heutige Kohleneingang bei den städtischen Elektrizitätswerken 145 Waggon. Damit dürften aber die Einläufe aus Polen für einige Tage wieder eine Unterbrechung erfahren, so dass für die nächsten Tage wieder mit geringeren Einläufen gerechnet werden muss. Von einer Besserung in der Kohlesituation kann daher nicht gesprochen werden.

---

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 20. Jänner 1920, Nr. 24.

Abgabe von höheren Mietzinsen. Das Gesetz betreffend die Einführung einer Abgabe von höheren Mietzinsen im Gebiete der Stadt Wien ist am 10. Jänner 1920 kundgemacht worden. Diese Abgabe ist erstmalig am 1. Februar 1920 (auch dann, wenn an diesem Tage kein Zins zu zahlen ist, wie z.B. in der Regel im I. Wr. Gemeindebezirke) von den Mietern zu entrichten. Die Hauseigentümer sind verpflichtet, diese Abgabe zugleich mit den Mietzinsen einzuheben und zugleich mit der Hauszinssteuer an die städtische Steuerabteilung abzuführen. Die Hauseigentümer haben ferner bis längstens 15. Februar 1920 bei der zuständigen städtischen Steuerabteilung eine Mietzinsabgabe-Erklärung (Fassion) in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Die hierzu erforderlichen Formulare sind den Hauseigentümern in den letzten Tagen bereits zugestellt worden. Ein allfälliger Mehrbedarf kann bei den städtischen Steuerabteilungen von Beginn nächster Woche ab gegen Zahlung von 20 h per Stück gedeckt werden. Die Abgabe beträgt bei einem Jahresmietzinse oder auf das Jahr umgerechneten Mietzins von

	900 K	bis	1200 K	5 Prozent
mehr als	1200 "	"	1500 "	10 "
" "	1500 "	"	2000 "	15 "
" "	2000 "	"	3000 "	20 "
" "	3000 "	"	5000 "	25 "
" "	5000 "	"	10.000 "	30 "
" "	10.000 "	"	15.000 "	35 "
" "	15.000 "	"	20.000 "	40 "
" "	20.000 "	"	30.000 "	45 "
über	30.000 "		.....	50 "

dieses Mietzinses.

Bei der Auswahl des Abgabesatzes werden mehrere Mietobjekte desselben Inhabers, die sich in gleichen Hause befinden und in unmittelbarem räumlichen Zusammenhange stehen, als ein Mietobjekt gerechnet. Der Hauseigentümer hat für die zeitgerechte Einhebung und Abfuhr der Abgabe zu sorgen und hat der Gemeinde jeden Schaden zu ersetzen, den sie aus der Nichterfüllung der ihm in diesem Gesetze auferlegten Verpflichtungen erleidet. Es wird also von den Mietparteien gleichzeitig mit den Mietzinse auch die Abgabe einzufordern haben. Wird im Februar kein Zins bezahlt, so hat er nur die Abgabe einzufordern. Bezüglich der sonstigen Bestimmungen wird auf die „ Belehrung " auf der letzten Seite der Mietzinsabgabenerklärung aufmerksam gemacht.

Rückkehr von Wiener Kindern aus der Schweiz. Die Kinder, welche am 19. November in die Schweiz (Zürich) gefahren sind, kamen am Freitag, den 23. um 2 Uhr nachmittags am Wiener Westbahnhof an. Die Eltern wollen sich in der Ankunftshalle versammeln. Es wird dringend ersucht, keine Kinder mitzunehmen.

Für die Wiener Kinder. Die Stadtverordneten Versammlung in Bonn hat 15.000 Mark zur Linderung der Not der Wiener Kinder gespendet.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen  
Wien, I. Neues Rathaus.

Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 21. Jänner 1920, Nr. 25.

**Kartoffelabgabe.** Donnerstag bis Sonntag werden im 4. und 5. Bezirke holländische Kartoffel zum Preise von K 5.10 per kg, und zwar 1 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „L“ und „M“ der Kartoffelkarte abgegeben.

**Die Volkszählung.** StR. **Erwin Speiser** (Soz. Dem.) berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates über die ausserordentliche Volkszählung, welcher mit dem Stichtage des 21. Jänner 1920 durchgeführt wird. Darnach werden bei dieser Volkszählung im ganzen in Wien 115 Beamte, 54 Hilfskräfte und 22 Diener beschäftigt werden. Die Kosten dafür werden sich auf 135.000 K stellen. Bei der letzten Volkszählung waren 763 Beamte und Hilfskräfte und ausserdem durch 3 Tage für die Vornahme der allgemeinen Revisionen 3000 Lehrer beschäftigt. Damals betragen die Kosten 307.000 K. Die Referentenanträge wurden angenommen.

**Vom Kraftstellwagenbetrieb.** In der heutigen Stadtratsitzung brachte **VB. Emmerling** einen Bericht des städtischen Kraftstellwagenunternehmens über die Wirkung der Tarifierhöhung auf die Einnahmen im Dezember 1919 zur Kenntnis. Darnach wurden im Monate November 441.418 Fahrkarten verkauft und hierfür 520.379 K. eingenommen. Im Dezember betrug die Zahl der verkauften Karten 464.137 und wurden hierfür 896.744 K. eingenommen. Trotz der Tarifierhöhung, welche mit 1. Dezember in Kraft getreten ist, ist also die Zahl der verkauften Fahrkarten um 22.719 oder um 5.1% gestiegen. Die Einnahmen sind um 72.32% gestiegen.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 21. Jänner 1920, Nr. 26.

**Wiederaufnahme des Strassenbahnverkehrs.** Donnerstag, den 22. wird der Strassenbahnverkehr in der Zeit von  $\frac{1}{2}$  12 bis  $\frac{1}{2}$  7 Uhr abends wieder aufgenommen. Die ersten Wagen werden um  $\frac{1}{2}$  12 Uhr vom Ring nach den Außenstationen und die letzten Wagen um  $\frac{1}{2}$  7 Uhr abends vom Ring abgefertigt werden.

**Gesundheitliche Jugendfürsorge.** Unter dem Vorsitz des Bgm. Reumann fand gestern im Rathause eine Besprechung von Persönlichkeiten und von Vertretern der Körperschaften statt, die sich mit Fragen der gesundheitlichen Jugendpflege und Fürsorge befassen. Der Bürgermeister führte in seiner Begrüssungsansprache aus, dass auf dem Gebiete der Jugendpflege und Jugendfürsorge in Wien, sowohl auf Privatinitiative hin als von öffentlichen Faktoren bereits vieles geleistet worden ist. Doch dränge die Not der Zeit dazu, alle diese Einrichtungen mit einander in Zusammenhang zu bringen, um in gemeinsamer planmässiger Arbeit bei möglicher Ausnützung der Hilfsmittel und Arbeitskräfte zweckmässig und rasch Hilfe bringen zu können. Es soll keine neue Einrichtung ins Leben gerufen werden, nur das bereits Bestehende zu gemeinsamer, planmässiger Arbeit auf der Plattform des städtischen Gesundheitsamtes verbunden werden, keine der bestehenden Einrichtungen soll in ihrer Selbständigkeit irgendwie beschränkt, sondern ihre Tätigkeit im gegenseitigen Einvernehmen ausgestaltet und vertieft werden. Das Bedürfnis nach einer solchen Zusammenfassung hat sich gerade in jüngster Zeit bei den grosszügigen Hilfswerken des Auslandes als besonders dringend erwiesen.

Oberstadtphysikus Dr. Böhm weist sodann an der Hand statistischen Materials die Gefahren auf, die der Volksgesundheit drohen. Es sind dies einerseits der Bevölkerungsverlust, welcher sich aus der Abnahme der Geburtenzahl und der Zunahme der Sterblichkeit ergibt, andererseits die gegenwärtigen und zukünftigen Folgen der Unterernährung. Was die Abnahme der Geburtenzahl anbelangt, so trat diese bereits vor dem Kriege in Erscheinung, hat jedoch erst durch den Krieg bedrohliche Formen angenommen. Bis zum Jahre 1900 stieg die Geburtenzahl in Wien stetig an. Von Jahre 1900 an ist eine allmähliche Abnahme festzustellen; die Zahl der Geburten fiel von 52.415 im Jahre 1901 auf 36.378 im Jahre 1914 und von da ab in jähen Abstürze auf 29.257 im Jahre 1915 und erreichte im Jahre 1918 den Tiefstand von 19.257. Im Jahre 1919 ist eine leichte Zunahme auf 24.247 festzustellen. Diese Zunahme erklärt sich zum Teile ungezwungen mit der Rückkehr der Kriegsteilnehmer im Oktober 1918. Tatsächlich trat auch 9 Monate später, im August 1919 eine Steigerung der Lebendgeburten von 1742 im Juli auf 2504 im August ein, während im August der zwei Vorjahre nur 1505 und 1590 Lebensgeburten zu verzeichnen waren.

Die Abnahme der Geburten beginnt sich bereits in der Abnahme der Schulkinder praktisch fühlbar zu machen. Die Zahl der Kinder in den 1. Volksschulklassen betrug am 1. Oktober 1910 noch 36.000, im Jahre 1919 nur mehr 25.469. Es lässt sich unter Berücksichtigung der Sterblichkeit im vorschulpflichtigen Alter sowie der Erfahrungsquote für die Ab- und Zuwanderung leicht berechnen, dass im Jahre 1920 aus mehr 23.000, im Jahre 1921 nur 20.000, 1922 nur 18.000, 1923...15.000 und im Jahre 1924 nur mehr 13.000 Kinder in die 1. Volksschulklasse eintreten werden, demnach nicht viel mehr als  $\frac{1}{3}$  der im Jahre 1910 aufgenommenen Kinder. Während im Oktober 1910 die Gesamtzahl der Schulkinder in den Volks- und Bürger Schulen Wiens 242.386 betrug, besuchen im laufenden Jahre nur 195.748 Kinder diese Schulen und werden im Jahre 1924 voraussichtlich nur mehr 146.000 Kinder in den Schulen Wiens zu finden sein.

Die sich aus den Absinken der Geburten für die Zukunft unseres Volkes ergebenden Besorgnisse werden noch verstärkt durch die Zunahme der Sterblichkeit. In der Vorkriegszeit hat die Sterblichkeit in Wien konstant abgenommen; fiel von 36,2 auf 1000 Einwohner im Jahre 1901 auf 15,3 pro Mille im Jahre 1913. Während der Kriegsjahre hat die Sterblichkeit rasch zugenommen. Die Gesamtzahl der Todesfälle stieg von 32.314 im Jahre 1913 auf 51.497 im Jahre 1918. Im Jahre 1919 ist ein stärkerer Abfall der Sterblichkeit zu konstatieren; auf 40.859, der hauptsächlich auf das Fehlen der Grippe im Jahre 1919 zurückzuführen ist, welche im Jahre 1918 rund 6000 Todesfälle verursachte.

Die Abnahme der Geburten in Zusammenhalte mit der Sterblichkeitszunahme ergibt ein besorgniserregendes Defizit. Im Jahre 1918 betrug dasselbe 32.000, im Jahre 1919 rund 17.000 Personen. Dabei dürfen wir uns nicht etwa damit trösten, dass dies eine allgemeine Kriegsfolge sei, welche auch in anderen Städten in Erscheinung tritt. Wenn wir einige Grossstädte Deutschlands zum Vergleich heranziehen, welche der Krieg gewiss auch hart mitgenommen hat, so sehen wir, dass in den letzten 10 Wochen dort ein nachhafter Geburtenüberschuss besteht, während in Wien in der gleichen Zeit 6430 Todesfälle und 5588 Lebensgeburten gezählt wurden, demnach ein nachhafter Defizit sich ergibt.

Vor wenigen Tagen war in den Zeitungen eine Zusammenstellung über das Ergebnis einer durch die Aerzte an den Schulkindern für Zwecke der amerikanischen Kinder-Hilfsaktion vorgenommenen Untersuchung zu lesen, welche ergab, dass von 186.000 durchmusterten Kindern 96.000 sehr unterernährt, 63.000 unterernährt, 19.000 milder unterernährt und nur 6732 nicht unterernährt waren. Ich will nur auf eine Folge dieser Unterernährung aufmerksam machen, welche in den kommenden Jahren droht. Wenn wir die Sterblichkeitsstatistik im Kindesalter durchgehen, so finden wir, dass die Sterblichkeit in 1. Lebensjahre der geringeren Geburtenzahl entsprechend absolut abgenommen aber auch relativ sich in den letzten 10 Jahren gebessert hat. Im Jahre 1919 sind von 1000 Lebensgebornen 149 gegen 165 im Jahre 1910 während des ersten Lebensjahres gestorben. Die Sterblichkeit bei Kindern im 2. bis 5. Lebensjahre hat in den letzten 10 Jahren eine geringe Zunahme von 22 pro mille auf 27 pro mille erfahren, bei den Kindern 6. bis 10. Jahre bedeutend stärker von 4 auf 6 pro Mille zugenommen und bei den Kindern

im 11. bis 15. Lebensjahre sich geradezu verdoppelt, von 2 pro mille auf 4 pro mille. Wenn wir nachforschen, welche Todesursachen diese Steigerung verursacht haben, so finden wir, dass daran ganz überwiegend die Tuberkulose beteiligt ist. Die unterernährten Kinder werden eben in späteren Lebensjahren von der Tuberkulose hinweggerafft. Es muss eindringlichst der Befürchtung Ausdruck gegeben werden, dass, falls nicht rasch und ausgiebig Hilfe kommt, in wenigen Jahren tausende unserer unterernährten Kinder dieser Seuche zum Opfer fallen werden.

Der Vertreter des Volksgesundheitsamtes Sektionschef Dr. Kaup wies darauf hin, dass die Not der Kinder in Wien in den letzten Wochen und Monaten so gross geworden ist, dass besondere organisatorische Massnahmen auf dem Gebiete der Jugendfürsorge notwendig erscheinen. Zu Beginn des Krieges war es möglich durch gute Massnahmen die Säuglingssterblichkeit auf fast 0% herabzudrücken, während des Krieges ist die Säuglingssterblichkeit auf 15% gestiegen und beträgt jetzt um 4% mehr als auf den flachen Lande. Das ist auf die Vernachlässigung der Säuglingsfürsorge zurückzuführen. Die im nachschulpflichtigen Alter ist eine Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit zu verzeichnen. Es ist daher notwendig alle Fürsorgemassnahmen auf dem Gebiete der Jugendpflege auf eine breitere Basis zu stellen und die Kinderfürsorge auszugestalten. Für die schulpflichtige Jugend muss der ärztliche Untersuchungsdienst erweitert werden. Die internationalen Hilfsaktionen seien bereits auch zu Werke, die Lücke, die in der Fürsorge für die Jugend liegt, auszufüllen und die Altersgrenze bis zum 18. Lebensjahre auszudehnen. Die grosszügigen Hilfsaktionen des Auslandes nötigen und verpflichten zum Ausbau der Jugendfürsorgetätigkeit.

Der Chefarzt des städtischen Jugendamtes Dr. Pörner schilderte den Werdegang und den gegenwärtigen Stand der gesundheitlichen Jugendfürsorge in Wien und begründet seinen Vorschlag zur einer inhaltlichen und territorialen Gliederung des Hauptausschusses und seiner Arbeitsgebiete.

VB. Winter betont, dass die erste Aufgabe des Ausschusses die ist, die bereits tuberkulös Verwundeten der Heilung zuzuführen. Das sei eine Arbeit, deren Notwendigkeit uns aber täglich von neuem die Erkenntnis ermittelt, dass wir zugrunde gehen müssen, wenn die Heilungsarbeit anwachsen lassen. Der Ausschuss müsse daher die Vorbeugungsarbeit in grössten Stile vorbereiten. Da müssen Worte des wärmsten Dankes an die ausländischen Missionen gerichtet werden, die sich eine Vorbeugungsarbeit zum Ziel gesetzt haben, die augenblicklich die wichtigste sein muss, nämlich die, unsere Kinder ins Ausland zu bringen. Dadurch werde Vorbeugungsarbeit in weitesten Masse geleistet, denn die Kinder, die ins Ausland kommen, können als gerettet angesehen werden. Als gefährdet müssen die in Wien zurückbleibenden Kinder erscheinen und für diese müsse Vorbeugungsarbeit in grössten Stile geleistet werden. Zu diesem Zweck ist in erster Linie nötig, dass wir uns der Mittel, die uns das Ausland in den Liebesgaben zur Verfügung stellt, richtig bedienen. Wenn der Hauptausschuss diese Aufgabe erfüllt, wird er seine Pflicht richtig erfasst haben.

Bgm. Reumann ersuchte schliesslich die <sup>anwesenden</sup> Vertreter der Körperschaften innerhalb dreier Tage ihre Delegierten in den Arbeitsausschuss dem städtischen Gesundheitsamte bekanntzugeben, damit die Arbeiten sofort in Angriff genommen werden.

Der Abbau der Sparmaßnahmen. Obermagistratsrat Müller berichtet in der heutigen Stadtratssitzung über die Verhandlungen, welche im Staatsamte für öffentliche Arbeiten über die Aufhebung der Kohlensparmaßnahmen gepflogen wurden. Betreffend die Aufhebung der Verkehrssperre der <sup>Strassenbahn</sup> wurde beschlossen, einen teilweisen Verkehr in der Zeit von  $\frac{1}{2}$  12 Uhr mittags bis  $\frac{1}{2}$  7 Uhr abends anzunehmen, doch sei bis jetzt die Zustimmung der Landesregierung, welche den teilweisen Verkehr in den Vormittagsstunden befürworte, nicht zu erreichen gewesen. Zu diesem Zwecke wurde nach einer längeren Wechselrede, an welcher sich StR. Vaugoin (chr. soz.), Bgm. Reumann, StR. Müller (chr. soz.), Kienböck (chr. soz.), Dr. Alma Seitz (chr. soz.), Amalie Seidel (Soz. Dem.), Täubler (Soz. Dem.), Körber (chr. soz.), Haider (chr. soz.), Schorsch (Soz. Dem.) beteiligten, beschlossen, eine Abordnung des Stadtrates an <sup>den</sup> Landeshauptmann Sever zu senden, damit dieser der Einführung des Nachmittagsverkehrs auf der Strassenbahn, welcher bedeutend weniger Kohle erfordert als der Vormittagsverkehr, kein Hindernis in den Weg lege. Gleichzeitig beschloss der Stadtrat auf Antrag des StR. Müller (chr. soz.) mit Rücksicht darauf, daß die Spielerlaubnis für Theater und Kinos zu einer Zeit, da die Industrie noch feiern müsse, einen überaus schlechten <sup>moralischen</sup> Eindruck in der Bevölkerung machen müsse, die Spielerlaubnis für die Theater und Kinos erst vom Samstag an zu gewähren.

Die Abordnung wurde von Landeshauptmann Sever und Landeshauptmann-Stellvertreter Steiner empfangen. Beide betonten, dass es das wichtigste wäre, die Industrie wieder einzuschalten und den Arbeitern am Morgen die Fahrt auf der Strassenbahn zu ermöglichen. Nach den Darlegungen des stadträtlichen Komitees dass die Lage die Einschaltung der Industrie derzeit unmöglich mache und auch ein Frühverkehr auf der Strassenbahn nicht tunlich erscheine, da dieser das Anheizen neuer Kessel in den Elektrizitätswerken erfordern würde, stimmten die beiden den diesbezüglichen Beschlüssen zu. Auch dem Stadtratsantrage, die Spielerlaubnis für Theater, etc. erst vom Samstag an zu gewähren, fand die Zustimmung der Landesregierung.

Katastrophale Lage der städtischen Gaswerke. Bgm. Reumann teilte in der heutigen Stadtratssitzung mit, dass die städtischen Gaswerke sich infolge des Streikes im Ostrau-Karviner Gebiete in einer geradezu trostlosen Lage befinden. Wenn es nicht gelingt in den nächsten Tagen die vertragsmäßig festgesetzten Kohlenmengen zu erhalten, müsse mit der Abschaltung der Haushalte begonnen werden. Es werde noch ein anderer Weg versucht, um die Gefahr für das Gaswerk zu beseitigen. Es dürften noch im Laufe dieser Woche Verhandlungen wegen Bezug oberschlesischer Kohle um Umtausch in Ostrauer Kohle stattfinden, die direkt geführt werden.

Die Wohnungsanforderungen vom 29. Dezember bis 31. Jänner. In dieser Zeit wurden in Wiener Gemeindegebiet 374 Wohnungen und 53 Einzelwohnräume angefordert. Diese Wohnungen bestanden aus 374 Zimmern, 240 Kabinetten, 353 Küchen, 187 Vorzimmern, 90 Dienerräumen und 80 Bädern. Die Rechtskraft des Anforderungsbescheides tritt in genanntem Zeitraum bei 203 Wohnungen und 89 Einzelwohnräumen ein. Darunter befinden sich 2 Spielerwohnungen im 2. und 6. Bezirk, 28 einzelne Zimmer in drei Hotels und 11 kleine Mittelwohnungen in einem öffentlichen Hause im 7. Bezirk. Die rechtskräftig angeforderten Wohnungen umfassen 385 Zimmer, 148 Kabinette, 204 Küchen, 83 Vorzimmer, 43 Dienerräume und 29 Bäder.

Deutsche Liebesgaben. Die Verteilung der deutschen Liebesgaben durch die Frauenhilfsaktion findet in 7. Bezirke am Freitag und Samstag von 2 bis 4 Uhr nachmittags im Amtshause Herrmannsgasse 22/24 statt. Mitzubringen sind die Fürsorgeblätter. Pensionisten und Personen ohne Fürsorgeblatt können Montag, den 26. von 2 bis 4 Uhr unter Beibringung des Einkaufscheines, Meldezettels, Taufschein der Kinder ihre Ansprüche geltend machen.

Eine grosse Gartenanlage in Floridsdorf. In der heutigen Stadtratssitzung berichtete StR. Speiser (Soz. Dem.) über die Wiederherstellung des Floridsdorfer Aparkes, der bekanntlich in den letzten Novembertagen abgeholzt wurde. Nach seinem Bericht sollen die Wiederherstellungsarbeiten so rasch als möglich in Angriff genommen werden. Das Ausmass des neuen Parkes soll 26 Hektar betragen so dass die neue Anlage eine bedeutend grössere Ausdehnung als die alte erhalten wird. Wegen der Erwerbung von Pachtgründen soll mit dem Stifte Klosterneuburg ein Pachtvertrag geschlossen werden. In der neuen Anlage sollen auch Spielwiesen errichtet, später soll auch ein Teich angelegt werden. Die Kosten sollen auf mehrere Jahre verteilt werden, je nach dem die Anlage über das bisherige Ausmass des Parkes vorwärts schreitet. Die vorläufigen Kosten belaufen sich für das laufende Verwaltungsjahr auf 500.000 K. Zu dem Referate sprachen StR. Vaugoin (Chr. Soz.), StR. Hackl (Soz. Dem.), der betonte, dass der in Aussicht genommene Pachtzins hoch sei, und StR. Körber (chr. soz.). Die Referentenanträge wurden angenommen.

Wütender Hund. Bezugnehmend auf die Nachricht von dem Herumirren eines wütenden Hundes im Ottakringerwalde, von welchen mehrere Holzsammler gebissen wurden, wird mitgeteilt, dass die Sektion und auch die histologische Untersuchung des Tieres die Diagnose Wut ergaben. Mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit dieser Tiersäuche werden die gebissenen Personen nochmals aufgefordert, sich zwecks Einleitung der Schutzimpfung bei ihren zuständigen Polizeikommissariat zu melden. Gleichzeitig ergoht die Aufforderung an alle jene Personen, welche den Eigentümer des wütenden Hundes anzugeben vermögen, sowie an alle jene, die gesehen haben, dass von diesem auch Tiere gebissen wurden, bezügliche Mitteilungen an die Veterinärabteilung des XVI. Bezirkes, Richard-Wagnerplatz 11 gelangen zu lassen.

W i e n e r R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

Wien, Mittwoch, den 21. Jänner 1.20. Abendausgabe.

Deutsche Liebesgaben im 2. Bezirk: Die Ausgabe deutscher Liebesgaben (schwarzes Mehl, Haferflocken oder Hülsenfrüchte und grobes Gerstl) im zweiten Bezirk findet für die Buchstaben A bis L, die bei der letzten Ausgabe nicht beteiligt wurden, Freitag, den 23. ds. von 3 bis 5 Uhr nachmittags beim Frauenhilfskomitee, Karmelitergasse 9, statt. Mitzubringen ist das Fürsorgeblatt und der Nachweis der deutschösterreichischen Staatsbürgerschaft.

Das Leichenbegängnis des Gemeinderates Hötzel. Heute nachmittag fand unter zahlreicher Beteiligung der Bewohner des 16. Bezirkes das Leichenbegängnis des am Sonntag verstorbenen ehemaligen Stadtrates und Gemeinderates Hötzel statt. Die erste Einsegnung nahm Dechant Rössler im Trauerhause vor, worauf sich der lange Leichenzug zur Familienkirche in Bewegung setzte. Diesen eröffnete ein Kranzwagen mit zahlreichen Blumen Spenden, eine Abteilung der freiwilligen Feuerwehr Ottakring unter Führung des Verbandskommandanten Kantner und die Ottakringer Liedertafel. Zu beiden Seiten des Sarges schritten Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr Neulerchenfeld mit dem Hauptmann Motwotny. Unter den Trauergästen bemerkte man Vizebürgermeister Hoss, der in Vertretung des Bürgermeisters erschienen war, ferner Unterstaatssekretär Resch, Nationalrat Kunschak, Landeshauptmann Sever mit Landesrat Volkert, die Landesabgeordneten Heigl, Krikawa und Rain, die Stadträte David, Breuer, Dr. Kienböck, Kokrda, Rudolf Müller und Siegel, die Gemeinderäte Ellend, Koppensteiner, Pauli, Unter Müller, Jung, Karner, Panosch und Wicke, die Gemeinderätinnen Strobl und Walter, die gewesenen Mandatäre Baza, Hermann, Heffenmayer, Karl Lindner, Andreas Mayer, Schimek und Schraff und Genossenschaftsvorsteher Rupp, Bezirksvorsteher Pollitzer mit seinem Stellvertreter Weingärtner, sowie zahlreiche Bezirks- und Armenräte. Nach der kirchlichen Zeremonie sang die Ottakringer Liedertafel Reisingers „Wanderers Nachtlied“ und VB. Hoss ehrte den Verbliebenen in einem warmen Nachrufe als Vertreter des Gewerbe- und Arbeiterstandes im Wiener Gemeinderate. Auf dem Ottakringer Friedhofe nahm Dechant Rössler die neuerliche Einsegnung vor und die Liedertafel sang Strochs „Letzte Treue“. Als der Trauerzug vor dem Depot der freiwilligen Feuerwehr Ottakring vorbeisog, war die diensthabende Mannschaft zur Ehrenbezeugung angetreten.

WIENER R A T R A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Wien, 22. Jänner 1920. - Abendausgabe.

---

Von den Strassenbahnen. Im Bahnhofs der städtischen Strassenbahnen Meidling Koppreitergasse kam es heute zu einer Betriebs-einstellung, die für kurze Zeit auch auf einen zweiten Bahnhof übergriff. Im erstgenannten Bahnhof ist das Personal, wie die Vertrauensmänner bei den Verhandlungen angab, schon längere Zeit darüber erbittert, dass ein Bediensteter die einheitlichen Organisationsbestrebungen systematisch zu durchkreuzen versucht und Schwierigkeiten schafft, die auf den Betrieb ungünstig zurückwirken müssen. Schliesslich kam es zu Streitigkeiten, welche zu einer Disciplinarverhandlung führen werden. In einer Betriebsversammlung wurde einhellig ausgesprochen, dass es sich um eine reine Angelegenheit des Betriebes und keineswegs um eine Einschränkung der politischen Freiheit handle. Als heute Mittags der in Betracht kommende Bedienstete auffahren sollte kam es zur Betriebs-einstellung. Nach längeren Verhandlungen beim Bürgerm. Reumann wurde der Betrieb auf der Linie 8, die hauptsächlich betroffen war und auf den anderen betroffenen Linien wieder aufgenommen.



Deutsche Liebesgaben im 2. Bezirk.

\*\*\*\*\*

Die Verteilung der Deutschen Liebesgaben im 2. Bz. ~~das~~ nur  
am Freitag den 23 d.M. von 3-5 h. nachm. Personen mit dem  
Namensbuchstaben A.-F im Gemeindeamte beteiligt werden.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mische.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 22. Jänner 1920, Nr. 27.

### Holländische Liebesgaben.

Die Provinciale Commissie uit de Vellingen in Nord-Holland hat der Gemeinde Wien 25 Waggons diverser Gemüse gespendet. Davon sind bereits 17 Waggons in Wien eingelangt, von denen 9 Waggons der Vienna public feeding, Ges.m.b.H. zur Verteilung an die öffentlichen Speisestellen und 8 Waggons dem Zentralverbande der Gemeinschafts- und Kriegsküchen für Wien und Niederösterreich zur Verfügung gestellt wurden.

## 2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 22. Jänner 1920, Nr. 28.

Ausserordentliche Volkszählung. Wahrung des Familiengeheimnisses. Anlässlich der bevorstehenden Volkszählung haben die Hauseigentümer oder deren Stellvertreter am 30. Jänner 1920 jeden Wohnungsinhaber einen Wohnungsbogen und die erforderliche Zahl von Zählblättern für jeden zu zählenden Wohnungsinhaber auszufüllen. Die Wohnungsinhaber haben die Zählblätter und den Wohnungsbogen auszufüllen und den Wohnungsbogen mit den Zählblättern spätestens am 3. Februar dem Hauseigentümer (oder Stellvertreter) zu übergeben. Jene Parteien (Wohnungsinhaber) aber, die auf besondere Wahrung der Geheimnisse ihres Privat- und Familienlebens Wert legen, können die nach dem Stande vom 31. Jänner 1920, 12 Uhr nachts, ausgefüllten Zählblätter mit den ausgefüllten Wohnungsbogen statt dem Hauseigentümer unmittelbar bei der Konskriptionsabteilung des magistratischen Bezirksamtes ihres Wohn-(Zähl-)bezirkes, und zwar in der Zeit vom 1. bis einschliesslich 3. Februar 1920 abgeben. Hierüber wird eine amtliche Empfangsbestätigung ausgefertigt werden, die von der Wohnpartei dem Hauseigentümer an Stelle des Wohnungsbogens und der Zählblätter, spätestens am 3. Februar zu übergeben ist. Der Hauseigentümer hat solche Empfangsbestätigungen statt der Wohnungsbogen und Zählblätter dem von ihm auszufüllenden Hausbogen anzuschliessen.

Obermagistrat Dr. Ehrenberg. Dieser Tage vereinigte sich die Beamtenschaft der Stelle 6 des Bezirkswirtschaftsamtes zu einer kleinen Feier, um sich von ihrem gewesenen Vorstand Obermagistratsrat Dr. Ehrenberg anlässlich seines Uebertrittes in den dauernden Ruhestand zu verabschieden und ihm ihren herzlichsten Dank für sein Wohlwollen auszusprechen. Obermagistratsrat Dr. Ehrenberg dankte nach einem kurzen Rückblick über die Tätigkeit der nunmehr aufgelassenen Amtsstelle allen für ihre hingebungsvolle Mitarbeit und nahm von jedem Einzelnen mit den besten Wünschen für ihre Zukunft tiefbewegt Abschied.

Der Zentralfriedhof in Jahre 1919. Im Zentralfriedhofe wurden im genannten Jahre 22.401 Leichen beigesetzt. In den von der Gemeinde gewidmeten Ehrengräbern wurden im genannten Jahre Oberbaurat Hellmer, Schriftsteller Peter Altenberg, Hoffrat Schauta und akademischer Maler Jofler beerdigt. In der Kriegergrabstätte wurden in Offiziersgräbern 32, in Mannschaftsgräbern 885 Leichen beerdigt; seit Kriegsbeginn wurden insgesamt 14.458 Offiziere und Mannschaftpersonen beerdigt. In der Grabstätte für Kriegsgefangene wurden im Jahre 1919 34, seit Kriegsbeginn insgesamt 1745 Kriegsgefangene beerdigt.

Stadtrat Dr. Fritz Winter +. StR. Dr. Fritz Winter ist heute Früh infolge eines Schlaganfalles plötzlich gestorben. Dr. Winter war im Jahre 1876 geboren und war schon während seiner Universitätszeit Leiter der sozialisti-

schen Studentenbewegung. Er betätigte sich als Lehrer und Vortragender in den Arbeitervereinen. Als Rechtsanwalt leitete er die juristische Sprechstunde der Arbeiterzeitung. Er gehörte auch als stellvertretendes Mitglied dem Verfassungsgerichtshofe an. Dr. Winter wurde im Mai 1919 von Favoriten in den Gemeinderat gewählt und von der sozialdemokratischen Partei in den Stadtrat entsendet. Die Nachricht von dem Tode Dr. Winters kommt uns überraschend, als er an der gestrigen Stadtratsitzung noch teilgenommen hat.

Die Preiserhöhung in den Gemeinschaftsküchen. Die Einkaufsstelle der Gemeinschafts- und Kriegsküchen für Wien und Niederösterreich, welche zirka 400 Küchen mit 250.000 Teilnehmern, in Wien 180.000, in Niederösterreich 70.000 versorgt, hat sich unter dem Zwange der Verhältnisse zu einer Preiserhöhung entschliessen müssen, sodass nunmehr die Mahlzeiten, welche von Jahre 1918 bis Ende 1919 noch 2 bis 5 Kronen kosteten, jetzt auf 8 bis 10 Kronen zu stehen kommen. Zur Nachweise der unumgänglichen Notwendigkeit dieser Erhöhung hat die Einkaufsstelle in den einzelnen Küchen Plakate aufhängen lassen, in welchen die Steigerung der erforderlichen Lebensmittel von Juli 1919 bis Jänner 1920 in tabellarischer Uebersicht vor Augen führen. Darnach betragen die Preiserhöhung bei Margarine 335 %, bei Speck 183 %, bei Mehl 107 %, bei Zucker 200 %, bei Haferreis 900 %, bei Rollgerste ebenfalls 900 %, bei Bohnen 127 %, bei Marmelade 266 %, bei Kartoffel 400 % und bei Eier 206 %, wazu zu bemerken ist, dass diese Preissteigerungen sich nur auf die offizielle Belieferungspreise beziehen und selbstverständlich keine Schleichhandelspreise darstellen.

Einlagenbewegung im Monate Dezember 1919.  
Wiener Kommunal-Sparkasse in Döbling. Gesamteinlagenstand am Ende des Monats K 19.929.907. Eingezahlt wurden von 687 Parteien K 1.349.098, zusammen K 21.279.0006. Rückgezahlt wurden an 370 Parteien 2.580.598 K. Gesamteinlagenstand am Ende des Monats K 18.698.408, kapitalisierte Zinsen K 302.120 auf 14.033 Konten, zusammen K 19.000.528. Abfall K 1.231.499. Stand der Einlagen im Scheckverkehr (inobigen Einlagenstand enthalten) K 1.307.000, Stand der ausstehenden Hypothekendarlehen K 12.493.003, Stand der Darlehen auf Wertpapiere K 54.061, Stand der Wertpapiere (Nominale) K 9.013.050.

Aufhebung der Saalsperre im Ingenieur- und Architektenverein. Von Samstag, dem 24. ds.M. angefangen werden im österr. Ingenieur- und Architektenverein die Veranstaltungen und Versammlungen wieder aufgenommen. An diesem Tage nachmittags 5 Uhr versammelt sich der Verein zu einer Plenarsitzung, in der Herr Ingenieur Karl Tindl, Konstrukteur der technischen Hochschule, einen Vortrag halten wird über „Die Fortschritte im Flugzeugbau während des Weltkrieges“.

Sehr geehrte Redaktion! Sie verbinden mich zu besonderen Danke durch Aufnahme vorstehender Notiz im Morgenblatte. Mit vorzügl. Hochachtung

Stadtbaudirektor Dr. Goldemann.

Präsident des Ingenieur- und Architektenvereines.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.  
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 23. Jänner 1920, Nr. 29.

Rekonstruktionsarbeiten am Schlosse in Spitz an der Donau. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Siegel (Soz. Dem.) über Konstruktionsarbeiten, die im Schlosse in Spitz an der Donau vorzunehmen sind. Darnach ist der Dachstuhl dieses Schlosses infolge stümperhafter Arbeiten, die an demselben im Verlaufe der letzten 2 Dekaden vorgenommen wurden, derart baufällig geworden, daß Einsturzgefahr droht. Dagegen seien die Räume im Schlosse verhältnismäßig gut gehalten. Es müsse deshalb auch wieder der Dachstuhl rekonstruiert werden, welche Arbeiten <sup>einen grösseren</sup> Betrag beanspruchen werden. Ferner teilte der Referent mit, daß auch die Ruine Hinterhaus so baufällig geworden ist, daß Einsturzgefahr drohe. Es werde deshalb auch hier bald Rekonstruktionsarbeiten vorgenommen werden müssen, worüber dem Stadtrat übrigen noch eine eigene Vorlage zugehen werde. Nachdem StR. Schmid (chr. soz.) sich den Referentenanträgen angeschlossen hatte, wurden dieselben zum Beschlusse erhoben.

Schwedische Liebesgaben für die Angehörigen von Kriegsgefangenen. Das schwedische Rote Kreuz bringt für die Angehörigen von Kriegsgefangenen Liebesgaben zur Verteilung. Die Verteilung erfolgt für die Namen mit den Anfangsbuchstaben H - Z Samstag, den 24., O - S Montag, den 25. und für die restlichen Buchstaben Dienstag, den 27. Die Buchstaben, die heute nicht bestellt wurden, können an einem der genannten Tage die Liebesgaben begeben. Für die Bezirke 1 bis 9 und 20 werden die Liebesgaben in der Großmarkthalle, für die Bezirke 10 und 11 in der Bezirksvorstehung des 10. Bezirkes, für die Bezirke 12 und 13 in der Bezirksvorstehung des 12. Bezirkes, für die Bezirke 14 und 15 in der Schule Dackergasse 16, für die Bezirke 16 und 17 in der Armenvorstehung des 16. Bezirkes, für die Bezirke 18 und 19 in der Bezirksvorstehung des 18. Bezirkes und für den 21. Bezirk in der Bezirksvorstehung dieses Bezirkes in der Zeit von 8 bis 4 Uhr verteilt werden. Vorzuweisen sind die Bestätigung der Kriegsgefangenschaft, der Einkaufscheine, das Familien-Fürsorgeblatt und der Nachweis der Zuständigkeit.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 23. Jänner 1920, Nr. 30.

Der alte antliche Einkaufschein. Der Magistrat gibt bekannt, dass die im September zur Ausgabe gelangten antlichen Einkaufscheine nicht wie die Zuckerabschnitte lauten, mit Ende Jänner ablaufen, sondern bis auf Weiteres in Verwendung bleiben. Die Ausgabe neuer Einkaufscheine wird seinerzeit verlautbart werden.

Milchkarten für Kinder. Am 1. Februar treten neue Milchkarten für Kinder bis zu vollendetem 1. Lebensjahre und von vollendetem 1. bis zum vollendetem 2. Lebensjahre in Kraft. Die Karten können von den Bezugsberechtigten Haushalten vom 26. Jänner anfangen in den Brotkommissionen gegen Vorweisung der bisherigen Kindermilchkarte und eines Dokumentes des Haushaltungsvorstandes (Taufschein, Geburtschein, Trauungsschein, Heiratschein, Gewerbeschein, Arbeitsbuch, Dienstbuch, antliche Lexikation u.dgl.) behoben werden.

Der Kollektivvertrag der Brauhausarbeiter. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Hackl (Soz. Dem.) über den Kollektivvertrag, der in der gleichen Weise zwischen dem Schuttsverband der Brauereien und den Brauereiarbeitern nun auch zwischen der Gemeinde Wien und den Zentralverbänden der Lebens- und Genussmittelarbeiter Oesterreichs abgeschlossen werden soll. Darnach beziffern sich die wöchentlichen Löhnerhöhungen bei den Arbeitern auf 100 K bei den Hilfsarbeitern auf 70 K und bei den weiblichen Arbeitern auf 50 K.

StR. Dr. Kienböck (chr. soz.) beanstandete, dass in den abzuschliessenden Verträge, und zwar in § 7 gesagt werde, dass in Zukunft nur Mitglieder des Zentralverbandes der Lebens- und Genussmittel Arbeiter Oesterreichs in städtischen Brauhaus aufgenommen werden dürfen. Dasselbe Bestimmung sei zweifellos gegen das Koalitionsrecht und er müsse sich dagegen auf das entscheidende aussprechen.

StR. Pühler (Soz. Dem.) betonte, dass bei einem Verträge zweierlei Gesichtspunkte hauptsächlich massgebend seien. Der eine Gesichtspunkt sei die Wahrung des Kollektivrechtes und der andere beinhalte die sowohl im Interesse des Arbeiters als auch des Unternehmers gelegene Forderung, dass Ruhe und Ordnung im Betriebe herrsche. Es sei begreiflich, dass die Ruhe und Ordnung in einem Betriebe <sup>am liebsten</sup> dadurch aufrecht erhalten werden könne, wenn man nur solche Arbeiter einstelle, die den anderen Arbeitern genehm sind. Es ist dies sozusagen das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter, das von Unternehmer respektiert werden müsse. Wenn ein neuer Arbeiter aufgenommen werden soll, mit dem die anderen Arbeiter nicht arbeiten wollen, so müsse eben in einem solchen Falle dem Standpunkte der Arbeiter, denen ja die Arbeitsgemeinschaft mit dem neuen Arbeiter obliege, Rechnung getragen werden, und zwar aus dem Grunde, weil man im gegenteiligen Falle ja das Koalitionsrecht der in Betriebe schon tätigen Arbeiter einschränken würde. Also gerade der von Herrn Dr. Kienböck vertretene Standpunkt <sup>würde eine</sup> Einschränkung der Koalitionsfreiheit bedeuten. Es existiert eben nicht nur ein Recht der Minderheit sondern auch ein Recht der Mehrheit. Aus diesen Gründen hält Redner es für zweckmässig, wenn diese <sup>die nicht von der Gemeinde abhängt, sondern von den Arbeitern selbst verlangt wird.</sup> Bestimmung <sup>im Verträge</sup> bestehen bleibt, denn sie beinhaltet nur eine Respektierung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter.

StR. Vaugoin (chr. soz.) sagte, dass der § 7 des Vertrages im Widerspruche mit der allgemeinen Dienstordnung stehe, ~~Mitgliedern nach welcher~~ nach welcher es jedem Angestellten der Gemeinde freigestellt ist, sich einer beliebigen Vereinigung anzuschliessen. Der § 7 breche mit diesem Grundsatz und es werde einer einzelnen Organisation anheingegen, welche Arbeiter in Zukunft im Brauhaus tätig sein dürfen und welche nicht. Zu dem sei der Zentralverband der Lebens- und Genussmittelarbeiter Oesterreich eine ausgesprochen sozialdemokratische Gewerkschaft. Durch diesen Paragraph geschehe eine Durchbrechung des Prinzipes, dass jeder Arbeiter das Recht der freien Arbeitswahl haben müsse.

StR. Rudolf Müller (Soz. Dem.) wies darauf hin, dass schon das Betriebsrätegesetz vorschreibe, dass die Betriebsräte über die Aufnahme und Entlassung der Arbeiter <sup>im vorliegenden Falle</sup> mitentscheiden dürfen. Es liege <sup>gewiss</sup> nur im Interesse des Betriebes, wenn man dem Verlangen der Arbeiter, dass nur solche Arbeiter aufgenommen werden dürfen, welche den Verbänden der Lebens- und Genussmittelarbeiter Oesterreichs angehören, stattgebe. Wenn behauptet worden sei, dass die Gewerkschaft der Genussmittelarbeiter ausschliesslich sozialdemokratisch sei, so ist das nicht richtig. Es werde bei der Aufnahme von Mitgliedern nicht gefragt, ob das betreffende Mitglied ein geehrter Sozialdemokrat ist oder nicht. Bei den Gewerkschaften könne nur die wirtschaftliche Lage des Arbeiters in Betracht. Im übrigen sei der § 7 nichts neues, da er auch in alten Verträge bereits enthalten gewesen sei.

StR. Haider (chr. soz.) wunderte sich darüber, dass es heute in der Zeit der allgemeinen Freiheit und speziell in der Koalitionsfreiheit der Arbeiter <sup>nicht</sup> keinen solcher Paragraphen noch gibt. Es werde zwar behauptet, dass die Beibehaltung dieses Paragraphen im Interesse einer ~~bestimmten~~ <sup>gute</sup> Arbeitsabwicklung

liege. Er stehe jedoch auf dem Standpunkte, dass auch dann, wenn die Arbeiterorganisationen in einem Betriebe verschiedenartige seien, einer gedeihlichen Betriebsabwicklung nichts im Wege liegen dürfe. Der § 7 stehe in direktem Gegensatz zum demokratischen Prinzip. Er sei ein Hohn auf das Koalitionsrecht der Arbeiter.

StR. Sirotek (Tscheche) begriff es, dass bei den Arbeitern das Bestreben vorwaltend, womöglich einer politischen Parteirichtung anzugehören. Aber in diesem Falle glaube er, dass man doch zu weit gegangen sei. In einer Republik solle man unbedingt die Koalitionsfreiheit wahren und der heute eingeschlagene Weg führe nicht zu diesem Ziele. Er sei deshalb dafür, dass dieser Paragraph einfach weggelassen werde.

StR. Dr. Kienböck (chr. soz.) bemerkte, es handle sich in diesem Falle um eine prinzipielle Sache. Es gebe Dinge, wo man sich ruhig majorisieren lassen könne, es gebe aber auch Dinge wo dies nicht geschehen dürfe. Das letztere sei im vorliegenden Falle der Fall. Wenn die Minorität in dieser Sache majorisiert werde, so müsse sie dies als einen Chasusbelli auffassen.

StR. Josef Müller (chr. soz.) bezeichnete es als überaus gefährlich, wenn man einer Organisation mit Gewalt Leute zuführen wolle. Es habe sich dies gestern bei der Strassenbahn gezeigt, wo ein Bediensteter namens Karasek seine Gesinnung ~~ausdrückte~~ <sup>absolut</sup> nicht preisgeben wollte. Auch im vorliegenden Falle dürfe daher die Bestimmung, dass nur Arbeiter einer gewissen Parteirichtung aufgenommen werden dürfen, nicht bestehen bleiben. Jede Partei, welche es wirklich ehrlich mit den Arbeitern meine, müsse einen solchen Paragraphen wie den Paragraph 7 des vorliegenden Vertrages streichen.

StR. Dr. Alma Seitz (chr. soz.) wies darauf hin, dass ~~in~~ <sup>den</sup> vorliegenden Verträge die Koalitionsvereinbarungen verletzt ~~würden~~ <sup>würden</sup> und es wäre zu bedauern, wenn diese Verletzung gerade durch die Gemeinde Wien bezangen würde. Auch das Betriebsrätegesetz stehe im Gegensatz zu diesem Verträge und wenn dieser Vertrag abgeschlossen würde, wäre er ungültig weil er gesetzwidrige Bestimmungen enthält. In seinem Schlussworte erklärte StR. Hackl, dass er beantrage, an Stelle des § 7 in der neuen Fassung möge der § 7 des Uebereinkommens in der alten Fassung treten, welcher lautet: Wenn Mangel an Arbeit Ausstellungen vorgenommen werden müssen, so werden diese in <sup>wegen</sup> Einvernehmen mit den Vertrauensmännern seitens der technischen Leitung vorgenommen. Bei Aufnahme von Arbeitskräften werden nur organisierte Arbeiter oder nur solche aufgenommen, welche sich zum Beitritt zu einer Organisation bereit erklären, welche gewillt ist, dieses Uebereinkommen einzuhalten. Dem Verträge in dieser Fassung wurde einhellig zugestimmt.

Vorschuss auf die gleitende Zulage der städtischen Angestellten. Ueber Antrag des StR. Speiser (Soz. Dem.) fasst der Stadtrat in der heutigen Sitzung folgenden Beschluss: Den für die gleitende Zulage in Betracht kommenden städtischen Angestellten ist noch in diesem Monate ein Vorschuss auf diese Zulage auszuzahlen, welcher für den Angestellten und für jedes für die Zulage in Betracht kommendes Familienmitglied in Wien mit 100 K für Angestellte außerhalb Wien 90 bzw. 80 K zu betragen hat.

#### WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. Jänner 1920.

Vor Beginn der Sitzung wurde auf dem Platze des verstorbenen Stadtrates Dr. Fritz Winter ein Lorbeerkranz mit roten Schleifen niedergelegt, welche die Aufschrift tragen: „Fluh der Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat“.

Hgn. Rennmann eröffnet die Sitzung mit nachstehendem Nachruf:

Der Gemeinderat hat in der letzten Woche einen zweifachen schweren Verlust erlitten. GR. Franz Hötzel ist am 18. Jänner l. J. im städtischen Krankenhause seinen Leiden erlegen, und am gestrigen Tage ist StR. Dr. Fritz Winter plötzlich an den Folgen eines Schlaganfalles gestorben.

Franz Hötzel im Jahre 1864 in Wien geboren, hatte sich dem Drechslergewerbe zugewendet und wurde ein eifriger Vertreter des Gewerbestandes. Der 3. Wahlkörper des XVI. Bezirkes entsandte ihn im Jahre 1908 in den Gemeinderat; im Jahre 1914 wurde er von diesem Wahlkörper wiedergewählt; als Nachfolger des StR. Gräf wurde er im Jahre 1917 in den Stadtrat entsendet und wirkte daselbst bis zur Neuwahl des Gemeinderates. Im neuen Gemeinderate vertrat er ebenfalls den XVI. Wiener Gemeindebezirk. GR. Hötzel hat sich seit Beginn seiner öffentlichen Tätigkeit mit grossen Eifer und dankenswerthem Opfermut der Aufgabe gewidmet, die er mit seinem Mandate übernommen hatte. Im Gemeinderate und Stadtrate hat er insbesondere die Interessen des Gewerbestandes nachdrücklich vertreten und war wegen seines offenen Auftretens und seines geraden Charakters bei allen Parteien geschätzt und geachtet.

Dr. Fritz Winter war im Jahre 1876 in Wien geboren, widmete sich dem Rechtsstudium und etablierte sich als Rechtsanwalt in 10. Wiener Gemeindebezirk. Seit Jahren brachte er den öffentlichen Angelegenheiten, insbesondere der Wiener Gemeindeverwaltung das regste Interesse entgegen, bis er durch seine im Mai des vorigen Jahres erfolgte Wahl in den Gemeinderat Gelegenheit fand, in dieser Körperschaft und zugleich in Stadtrate, in den er gewählt worden war, zu wirken. Sogleich hatte Dr. Winter im Gemeinderate und im Stadtrate, wo ihm ein Grossteil der Rechtsangelegenheiten übertragen worden war, eine umfassende Tätigkeit entfaltet und widmete sich insbesondere erfolgreich der mühevollen Arbeit in den gemeinderätlichen Ausschüssen. So war er Mitglied des Ausschusses zur Beratung des Entwurfes einer neuen Bauordnung, des Komitees zur Verberatung eines neuen Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des häuslichen Dienstpersonales, der Kommission zur Beratung über die Anlegung des Geschworenen-Urliste des Ausschusses zur Vorbereitung von Vorschlägen wegen der Reform des Heirats- und Staatsbürgerrechtes, des Komitees zur Beratung des Entwurfes eines Krankenanstaltengesetzes und der Kommission zur Entscheidung von Beschwerden gegen die Bemessung der Wertzuwachsabgabe. Hingebungsvoll widmete er sich allen diesen Aufgaben und zu früh ist er dem so arbeitsfrohen Leben entrissen worden. Wir werden den beiden verbliebenen Kollegen stets ein ehrendes Andenken wahren.

Der Bürgermeister verliest nachstehende Zusage: Durch Ueberbürdung und neu hinzukommende Arbeiten in der Gewerkschaftskommission ist es mir nicht mehr möglich, mein Gemeinderatmandat weiter auszuüben. Ich habe auch in meinem Bezirke die Gründe, die mich zur Niederlegung des Mandates zwingen vorgelegt und es wurde mir nach eingehender Beratung die Zustimmung erteilt. Ich bitte Sie, verehrter Herr Bürgermeister, meine Mandataniederlegung zur Kenntnis zu nehmen und weitem zu veranlassen.

Anna Bonchak, Gemeinderätin.

Hgn. Rennmann macht folgende Mitteilung:

Oberst Rohny, Präsident des Schweizer Roter Kreuzes, dem der Gemeinderat ebenso wie dessen Gattin im Vorjahre für ihre Verdienste auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge die eiserne Salvatormedaille verliehen hat, hat in einem längeren Schreiben im eigenen Namen sowie namens seiner Gattin für diese Auszeichnung des tiefgefühlten Dank übermittelt.

Züfolge Mitteilung des Generalkonsulates in Hamburg vom 6. Jänner hat sich die sozialdemokratische Handlungsgesellschaft „Produktion“ bereit erklärt, 100 Wiener Kinder durch 4 Wochen in ihren Kinderheime in Haffkrug an der Ostsee kostenlos zu verpflegen und dann durch 6 bis 8 Wochen in privater Einzelpflege unterzubringen.

Der österreichische Hilfsverein in Leipzig beabsichtigt, 200 wehrpflichtige Wiener Kinder für 3 Monate in Leipziger Familien kostenlos unterzubringen. Ungefähr 100 Familien in Ueberlohn haben sich bereit erklärt, Wiener Kinder aufzunehmen.

In Bad Kreuznach sind 72 Familien bereit, Kinder Wiens in Pflege zu nehmen. Zufolge Mitteilung des österreichischen Konsulates in Breslau beabsichtigt der Holzgrosshändler Alois Landerer dortselbst gemeinschaftlich mit mehreren Freunden auf eigene Kosten je 20 bis 25 Kinder aus Wien in Karlsruhe in Oberschlesien durch je 2 Monate zu verpflegen und zu versorgen.

Die „Göttinger Zeitung“ hat seit den vorigen Monate für die Wiener Notleidenden eine Sammlung von Geld und Lebensmitteln in die Wege geleitet.

Weiters wurden von der Baronin Rothschild im Auftrage des österr. ung. Hilfskomitees in London für Kinderhilfe 500 englische Pfund übergeben.

Werner haben gespendet: Die Kommission für das europäische Methodisten-Hilfswerk als Liebesgabe für die Versorgung hungernder und leidender Kinder 500.000 K,

der Direktor der vereinigten deutschen Theater in Brunn Dr. Beer den Ertrag einer für die hungernden Kinder Wiens veranstalteten Wohltätigkeitsvorstellung 20.000 K,

die Stadtverordnetenversammlung in Bonn für in höchster Not befindliche Bevölkerung der Stadt Wien 15.000 Mark,

der Fussballklub Nordstern in Basel und zwar zur Hälfte für notleidende Wiener Kinder als Sammelergebnis 14.285 K,

die Vereinigung zur Veranstaltung eines Kriegshilfsbazars in St. Louis 13.970 K,

der Ost. Verein in Berlin für die Hungernden 10.955 Mark,

Hugo Hechter in Washington für notleidenden Wiener Kinder 10.526 Mark, ein unbekannter Wohltäter unter dem Namen „Wilhelm“, wie in den früheren Jahren zur Anschaffung von Schuhen für bedürftige Kinder der Knabenvolksschule 10, Thavonatgasse 3000 K, für arme Kinder der Bürgerschule für Knaben 10, Quellenstrasse 3000 K, der Volksschule für Knaben 10, Quellenstrasse 4000 K und der Volksschule für Knaben 10 Fuchsbaumgasse 4000 K,

der „Steglitzer Anzeiger“ als Ergebnis einer Sammlung für das notleidende Wien 6137 K und über 2000 Lebensmittelpakete,

die Firma Röwde u. Comp. in Christiania zur Abhilfe der Not 5000 K, und Bekleidungsgegenstände im Werte von ungefähr 3 bis 4000 norwegischen K, Stadthauptkasse Berlin-Schöneberg für hungernde Kinder Wiens 2624 K, die Gesellschaft Oecher Penn in Aachen als Ertragnis des Sylvesterebendes zu Gunsten der notleidenden Kinder Wiens 3311 Mark,

Legat des verstorbenen Fräulein Amalie Westmann für d. Armen 3000 K, die Gemeinde Sommerrain als Ergebnis einer Sammlung für die Ausspeisung Wiener Kinder 1500 K,

Die Gemeinde Bascharage (Luxemburg) für den Lebensmittelbedarf der Gemeinde Wien 1000 französische Franken,

Berhuis in Wroclingen zur Unterstützung armer notleidender Wiener Kinder 1000 K,  
die Redaktion des „Neuen Wre Tagblattes“ für die notleidende Bevölkerung Wiens 1000 K,  
Pflastermeister Karl Ficcardi für die Armen des 14. und 15. Bez. 1000 K,  
die amerikanische Kinderhilfsaktion für die Bürgerschule für Knaben 10, Quellenstrasse 1000 K,  
die Stammgäste des Gasthauses zum roten Ochsen in Basel zur Hälfte für notleidende Wiener Kinder 793 K,  
die Gesangsvereine „Fichte-Georgia“, Berliner Schubertchor, Berliner Liederfreunde, Männerchor Moabit und Vereinigte Quartettsänger als Sammelergebnis am zweiten Weihnachtsfeiertage für die hungernden Wiener Kinder 778 Mark,  
der Verein der Rohproduktenhändler Deutschlands für die notleidende Wiener Bevölkerung 500 Mark,  
Luise Holzinger, Schülerin der 3. Klasse in Fürth, für die am meisten Hungernden und Frierenden ihre Ersparnisse in der Höhe von 500 K,  
Bürgermeister D. Talbot in Aachen durch die Aachener Bank für Handel und Gewerbe zu Gunsten der armen Kinder Wiens 500 K,  
als Legat der verstorbenen Frau Johanna Schleidt für die Armen des XVII. Bezirkes 500 K,  
die „Internationale Kapellmeistervereinigung“ in Breslau für arme Kinder 450 K,  
Heinrich Richter in Augsburg als Ergebnis einer Sammlung zur Linderung der Not armer Wiener Kinder 412 K,  
Die Kinder der Volksschule in Zeutehn des Heimertag einer öffentlichen Weihnachtsfeier für die notleidenden Kinder Wiens 300 Mark,  
Fritz Wagner namens der Zimmerstutzengesellschaft „Falk“ in Burghausen in Oberbayern als Sammlungsergebnis bei der Sylvesterfeier zu Gunsten der notleidenden Kinder Wiens 200 K,  
Hans Hillebroth in Hamburg für die notleidenden Kinder Wiens 200 K,  
Ernst Gerlich, Kolonialwarenhändler in Kattowitz für die notleidende Bevölkerung Wiens 200 K,  
Herr Klöwe als Ergebnis einer Sammlung unter den Anwesenden der Garnisonsverwaltung in Stendal für die Notleidenden Oesterreichs 112 Mark,  
Ernst Sohn in Aachen zu Gunsten der Notleidenden Wiens 100 K,  
die Firma Job Gouda in Eijmuiden (Holland) 28 Tonnen Vollhähne,  
Leopold Neumann, Präsident des österreichischen Hilfsvereines in Chicago, als Sammlung dieses Vereines 50 Kisten Milch, 5 Kisten Speck und 12 Fässer gesalzenes Fleisch-  
Stadtrat Kaufbeuren eine grössere Sendung Liebesgaben (Dauerwurst, Mehl, Käse),  
Herr Schmid in Indianapolis eine Kiste mit Lebensmitteln,  
die Loge Nr. 29 vom Orden der Sternmänner in Mankato für 5 bedürftige Kriegswitwen mit zahlreichen Kindern 5 Pakete Lebensmittel,  
Frau Reimann in Hannover eine Lebensmittelpaket,  
der Direktor des neuen Operettentheaters in Bonn am Rhein den Reingewinn einer zu Gunsten der hungernden Kinder Wiens veranstalteten Vorstellung 1000 Mk,  
als Ergebnis einer anlässlich der Sylvesterfeier im Brüsseler Volkshause für die armen Kinder Wiens veranstalteten Sammlung 58 belgische Francs.  
Frau GR. Gabriele Walter verliest den Einlauf:

GR. Waldsam (Chr. Soc.) fragt, ob der Bürgermeister den Magistrat beauftragen wolle, die Konfektionierung der Armentkohle so zu organisieren, dass sie für den Geschäftsmann nicht umständlich und zeitraubend ist und ob er dafür sorgen wolle, dass den Armen die Anweisungen für den unentgeltlichen Bezug von Kohle von den Kohlenhändlern unbedingt eingeholt werden.

Egm. Reumann: Der Magistrat berichtet hierüber: Die Bezahlung der Armentkohle wurde heuer so geregelt, dass die Anweisungen durch die Kohlenhändler bei der Genossenschaft der nichtprotokollierenden Händler mit Brennmaterialien allwohentlich einmal zur Einlösung gebracht werden können. Die Genossenschaft wird zu diesem Zwecke über jeweilige Anforderung mit Geldmitteln im Rahmen des von Gemeinderat hierfür genehmigten Kredites versehen. Die Genossenschaft hat ihre Mitglieder von diesem Vorgang durch ihre Fachzeitschrift in Kenntnis gesetzt. Vertreter des Magistrates hat am 15. ds. bei der Genossenschaft persönlich vorgesprochen, um zu bewirken, dass die Mitglieder die Anweisungen auf Armentkohle unbedingt zur Einlösung bringen, vorausgesetzt, dass der Grund der Einlösung nicht in dem Mangel an Kohle liegt. Die Nichtbefolgung der erlassenen Verfügung dürfte auf die verspätete Zustellung des Fachorgans an einzelne Mitglieder zurückzuführen sein. Eine Aenderung der geltenden Vorschriften erweist sich daher als unnötig.

GR. Erntner (Deutschnational) interpellierte wegen der Dauer der Gemeinderatsitzungen über den Betriebsabschluss der Strassenbahn hinaus.

Egm. Reumann: Ich nehme ohnehin nach aller Tunlichkeit darauf Rücksicht, dass die Gemeinderatsitzungen zu einer Zeit geschlossen werden, zu welcher die Benützung der Strassenbahn bei normalem Schlusse des Verkehrs noch möglich ist. Aus diesem Grunde setze ich bei einem voraussichtlich grösseren Umfang der Tagesordnung auch den Beginn der Sitzungen zu einer früheren Stunde an. Im übrigen hätte es genügt, wenn sich der Antragsteller in der vorliegenden Sache mündlich an mich gewendet hätte.

GR. Waldsam (Chr. Soc.) interpellierte wegen der Mangelstände auf dem städtischen Kohlenlagerplatz in der Gasse in XV. Bezirk und fragt, was der Bürgermeister zu deren Beseitigung zu tun gedanke, ob/ob/ eines Auftrags geben wolle, dass jede Bevornzung von Kohlenführern gegenüber den Konsumenten, die gezwungen sind, sich an ihr bischen Kohle anzustellen, ausgeschlossen erscheint und ob er verfügen wolle, dass auf dem Kohlenlagerplatz nur 2 Tore passierbar sind und dass das 3. Tor abgesperrt wird.

Egm. Reumann: Der Magistrat berichtet: Bereits Anfang Oktober v. J. wurde an die Organe des städtischen Kohlenverkaufs das Verbot erlassen, an die sogenannten Kohlenführer Kohle abzugeben. Dieses Verbot wurde aufrecht erhalten, trotzdem die Kohlenführer sich mit allen Mitteln zu wehren suchten, die von ihnen bisher versorgten Kunden aufhetzten und demnach mit ihren Kunden scharenweise im Arzte erschienen und hierbei zur Durchsetzung ihrer Forderungen invalide und Kranke als Vorwand benützten. Den Platzorganen wurde lediglich gestattet, höchstens drei Anweisungen auf einmal einzulösen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass die Kohlenführer sich Strohmänner bedienen, um eine grössere Anzahl von Anweisungen zu erhalten. GR. Waldsam wird ersucht, sich mit dem Leiter des Bezirkswirtschaftsamtes Stelle 5 ins Einvernehmen zu setzen.

GR. Gabriele Walter (Chr. Soc.) fragt ob der Bürgermeister, dahin wirken wolle, dass die Erhebungen des Bedarfes an Handarbeitsmaterial für die Mädchenschulen endlich abgeschlossen werden und das Nötige zur Beistellung des erforderlichen Handarbeitsmaterials schnelligst veranlasst werde.

Egm. Reumann: Auf Grund des von den Schulleitungen bekanntgegebenen Bedarfes musste eine Zusammenstellung des Gesamtbedarfes verfasst werden, was längere Zeit in Anspruch nahm. Nach Vollendung desselben wurde vom Magistrat am 21. ds. das städtische Wirtschaftsamt, das mit der Abwicklung der durch den Ankauf von Sachgütern aus der Demobilisierung für die Gemeinde entstandenen Geschäfte beauftragt ist, wegen Zuweisung der erforderlichen Materialien an diesen Sachgüter ersucht und auf die besondere Dringlichkeit der Angelegenheit aufmerksam gemacht. Ich werde das letztere Amt beauftragen die Angelegenheit schnelligst zu erledigen.

GR. Marie Walsch (Chr. Soc.) interpellierte wegen der Ansetzung eines Nachtragstermins zur Behebung von Familienfürsorgeblättern.

Egm. Reumann: Der in der Anfrage angeführten Gründe wurde bereits vor Einbringen der Interpellation Rechnung getragen. Im Einvernehmen mit dem Komitee der internationalen Hilfsaktionen hat das Bezirkswirtschaftsamt verfügt, dass bei den Brotkommissionen auch weiter, von Montag, den 26. angefangen, Familien-Fürsorgeblätter ausgestellt werden.

GR. Dr. Odenthal (Chr. Soc.) weist in einer Anfrage darauf hin, dass ein Antrag der Bezirksvertretung Währing, betreffend die Kleingartenbewegung in Verlust geraten sei. Es werde behauptet, dass der Antrag von Währing abgesendet worden, doch beim Magistrat Wien nicht eingelangt sei.

Egm. Reumann: In der Kürze der zur Verfügung gestandenen Zeit konnte nur festgestellt werden, dass das in Betracht kommende Geschäftsstück weder in dem Eingangsbuche des Präsidialbüros noch in jenem des Landwirtschaftsamtes verzeichnet ist, darnach zu schliessen, ist das Geschäftsstück in keines der beiden Ämter gelangt. Ich habe dem Auftrag erteilt, nach dem Verbleib des Aktes zu forschen und mir zu berichten. Im übrigen hätte es für die Angelegenheit wohl einen kürzeren Weg als den einer Anfrage in dem Gemeinderate gegeben. Ich hätte während dieser Zeit schon Gelegenheit gehabt, die Sache feststellen zu lassen.

GR. Feldmann (National Dem.) weist in einer Anfrage auf die ungleichmässige Belieferung bzw. Bevorzugung einer Konsumentenkreise bei der Ausgabe von Zucker hin und betont, dass entgegen den Verlautbarungen, dass die 2. Hälfte November-Zucker infolge der schleppenden Einläufe noch nicht ausgegeben werden kann, Organisationen von Staatskäufern, insbesondere solche der Eisenbahnen bereits im vorigen Monat den ganzen November-Zucker und auch schon den Dezember Zucker zugewiesen erhielten. Nach einer Mitteilung des Staatssekretärs für Volksernährung sollen die bisher nicht eingelösten Zuckerarten mit einem bestimmten Zeitpunkt verfallen erklärt und nicht mehr eingelöst werden und soll sich von diesem Zeitpunkt an der Zuckerpreis um 50 K pro kg bewegen. Durch ein solches Vorgehen würden jene Bevölkerungskreise, welche den November und Dezember-Zucker noch nicht erhalten haben, gegenüber jenen bevorzugt belieferten Organisationen, die bereits den Zucker für die Monate November, Dezember und zum Teil auch Jänner erhalten haben, geschädigt werden. Da diese Angelegenheit auch einen grossen Teil der Wiener Bevölkerung trifft, wird gefragt, ob der Bürgermeister beim Staatssekretär dahin vorstellig werden solle, dass auch die übrige Bevölkerung Wiens den ihr noch zukommenden Zucker zu den jetzt festgesetzten Preis erhält und dass die vorbenannten bevorzugten Organisationen jetzt umso lange keinen Zucker zugewiesen erhalten, bis ein völliger Ausgleich stattgefunden hat, so dass die Leiden, die uns durch die Verhältnisse aufgezungen werden in der Bevölkerung wenigstens gleichmässig verteilt werden.

Egm. Reumann: Es ist richtig, dass die Eisenbahnen und andere Organisationen bereits den Dezemberzucker erhalten haben, wahrscheinlich auch die Jännerquote. Ebenso ist die Provinz zum Teil mit Zucker wesentlich besser beliefert, als die Stadt Wien. Bei den verschiedenen Besprechungen mit den Vertretern des Ernährungsamtes bzw. mit der Zuckerstelle wurde sowohl seitens der Gemeinde als auch der Wiener Kaufmannschaft über diese bevorzugten Belieferungen bisher vergeblich Klage geführt. Ich werde beim Staatsamt für Volksernährung diesbezüglich vorstellig werden.

GR. Schleifer (Soz. Dem.) widerlegt in einer Anfrage, die von GR. Kunschak in der letzten Sitzung gegen den Arbeiterrat des IX. Bezirkes in Zusammenhang mit der Wohnungsaufnahme im Palais Kranz gemachten Vorwürfe und fragt, ob der Bürgermeister die Anschuldigungen des GR. Kunschak durch amtliche Organe raschestens untersuchen lassen und sodann dem Gemeinderate das Resultat dieser Untersuchung bekanntgeben lassen wolle.

Außerdem bezüglich der gegen den Bezirksarbeiterrat Alsergrund vorgebrachten Vorwürfe des GR. Kunschak bezüglich der angeblichen Beschlagnahme des Heilanstittes für Vibroinhalation fragt GR. Schleifer (Soz. Dem.), ob der Bürger-

meister auch in diesem Falle die Anschuldigungen des GR. Kunschak untersuchen lassen und das Resultat der Untersuchung dem Gemeinderate bekanntgeben wolle.

Egm. Reumann: In Beantwortung der beiden Anfragen bringe ich nachfolgenden Bericht des Wohnungsamtes zur Kenntnis:

Unter Bezugnahme auf die in der letzten Gemeinderatsitzung von GR. Kunschak (Chr. Soc.) gegen die Wohnungskommission im IX. Bezirk wegen bevorzugter Behandlung des Palais des Dr. Kranz erhobenen Vorwürfe bringt Egm. Reumann nachstehenden Bericht des Wohnungsamtes zur Kenntnis: In gedachten Palais wurde am 29. Juli 1919, also eine geraume Zeit vor der Durchführung der Wohnungsaufnahme, vom Wohnungskommissär für den IX. Bezirk ein Lokalausweisein abgehalten, als dessen Ergebnis östliche Räumlichkeiten des Parterres und des I. Stockes der Gebäude als überzählige Wohnungsbestandteile angefordert wurden. Gegen diese Anforderung hat Dr. Kranz den Einspruch erhoben und ein Schreiben des Delegaten des Ministeriums des Aeusseren des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen vorgelegt, aus dem hervorgeht, dass die angeforderten Räumlichkeiten für Amtszwecke des gedachten ausländischen Funktionärs in Aussicht genommen wurden und dass der Hauseigentümer ihn auch diesbezüglich bereits vor Monaten ein Optionsrecht eingeräumt hat. Mit Rücksicht darauf wurde eine am 17. Oktober v. J. stattgehabte Verhandlung des Mietesamtes zwecks definitiver Aeusserung des S.H.S. - Delegierten, sowie zwecks Einholung eingehender Gutachten über die Möglichkeit der eventuellen Adaptierung des Gebäudes für normale Wohnzwecke vertagt. Hervorgehoben muss werden, dass es sich um Räumlichkeiten handelt, die zu den eigentlichen Wohnräumen des Dr. Kranz gehören; ausser diesen Räumlichkeiten befinden sich im II. Stock Büroräume der d. S. Presshefe- und Spirituszentrale. Von diesen letzteren Räumlichkeiten hat Dr. Kranz an den Arbeiterrat 5 Zimmer im Monat Oktober, also nach der Anforderung seiner Wohnräume um einen Anerkennungszins vermietet. Durch diese Vermietung wurden jedoch keinerlei Wohnräume dem Wohnzwecke entzogen, denn es handelt sich um Bürolokalitäten der Presshefe- und Spirituszentrale, die in ihren Betrieben eingeschränkt wurde, es hat aber auch durch diese Vermietung keinerlei Beeinträchtigung der oben angeführten Anforderung stattgefunden. Bei der allgemeinen Wohnungsaufnahme wurden am 3. Dezember v. J. im Palais Kranz 3 Aufnahmeblätter ausgefertigt, welche überprüft wurden und deren Inhalt mit dem vorstehenden Sachverhalt übereinstimmt. Es liegt daher kein Anlass zu einer weiteren Verfügung vor.

In Zusammenhang mit der Frage des Palais Kranz hat GR. Kunschak die angeblich ungünstige Behandlung des Heilanstittes für Vibro-Inhalation, IX., Peregringasse 2 besprochen. In der Angelegenheit dieses Institutes haben auch VB. Winter und Abgeordneter und GR. Dr. Dannenberg Auskünfte vom Wohnungsamt eingeholt. Es konnte auf alle diese Anfragen festgestellt werden, dass es sich hinsichtlich einer allfälligen Anforderbarkeit der Räume dieses Institutes höchstens um eine Meinung von Mitgliedern der Besichtigungs-Kommission gehandelt haben kann, dass aber nach Feststellung des Wohnungskommissärs für den IX. Bezirk eine Anforderung der fraglichen Lokale nicht erfolgt ist und auch nicht beabsichtigt war. Es ist daher auch in dieser Sache nichts weiteres zu verfügen. Der Bürgermeister fügt hinzu: Der vorstehende Bericht zeigt also dass die Angelegenheit hier vollständig unrichtig dargestellt wurde.

GR. Huber (Chr. Soc.) interpellierte wegen der Gemüseversorgung Wiens und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass der Pferdedünger von den städtischen Fuhrwerksbetrieben den Gemüsegärtnern überlassen wird, dass zur Heizung der Warmhäuser das nötige Brennmaterial zu Verfügung gestellt wird, dass das zur Deckung der Warm- und Frühbeete nötige Holz von dem aus der Sachdemobilisierung angekauften Material abgegeben wird, dass allen Berufsgärtnern die zur Versorgung Wiens unbedingt nötigen Gründe in Pachte weiter belassen werden, dass den Gemüsegärtnern von der Sachdemobilisierungskommission die Pferde belassen werden oder ihnen das Vorverkaufsrecht zugestanden wird und ob der Bürgermeister beim Staatsamt für Finanzen vorstellig werden wolle, um eine rasche Erledigung der eingebrachten Reklame über ungerechtfertigte Steuervorschreibungen zu betreiben.

Bgn. Reumann: Die in der Anfrage gestellten Anträge fallen in den Wirkungskreis verschiedener städtischer Aemter. Die Förderung des gärtnerischen Gemüsebaues ist eine äusserst wichtige und gründliche Angelegenheit, die für die Approvisionierung Wiens von grosser Bedeutung ist. Ich werde den Magistrat beauftragen die Anträge eingehend zu prüfen und ihre weitere Durchführung, soweit sie in den Wirkungskreis der Gemeinde fallen, mit aller Beschleunigung in die Wege leiten.

GR. Reutter (Chr.-Soz.) weist in einer Interpellation darauf hin, dass nach Übergabe der Kriegsküchenaktion ein Dr. Geist die Preise für die Mahlzeiten in den Kriegsküchen um mehr als das Doppelte erhöht wurden und dass die öffentlichen unentgeltliche Ausspeisung eingestellt worden sein soll. Es wird gefragt, ob es richtig ist, dass eine unentgeltliche Ausspeisung nicht mehr stattfindet wenn ja, aus welchen Gründen diese eingestellt wurde, wie gegenwärtig der Stand der Kriegsküchen ist und zu welchen Preisen die Mahlzeiten verabreicht werden und wer gegenwärtig der verantwortliche Leiter der Kriegsküchen ist, nachdem Dr. Geist bereits Wien verlassen hat.

Bgn. Reumann: Die unentgeltliche Ausspeisung ist nicht eingestellt, es nehmen an derselben derzeit rund 51.000 Personen teil. Davon werden rund 8000 Personen auf Grund der ausgestellten Gutscheine täglich unentgeltlich ausgespeist, während die restlichen Personen einen Regiebeitrag von 30 h zu zahlen haben. Die Einführung dieses Beitrages hatte zur Folge, dass die unentgeltliche Ausspeisung von rund 100.000 auf 51.000 zurückgegangen ist. Die 7 Kriegsküchen des Kuratoriums zur Speisung dürftiger Kinder und 9 andere Küchen werden nach wie vor von der Fürsorgezentrale verwaltet, ihre Belieferung wurde jedoch der Vienna public Feeding übertragen. Alle anderen Kriegsküchen sind in den Betrieb der genannten Gesellschaft übergegangen, die durchschnittlich 45.000 Personen täglich ein Mittagessen um 3 K verabfolgen. Verantwortlich für den Küchenbetrieb sind die Geschäftsführer, deren Gebahrung vom Aufsichtsrat überprüft wird, indem die Gemeinde durch den StR. Kokora und dem GR. Dr. Fehmel vertreten ist.

GR. Zimmerl (Chr.-Soz.) fragt, ob den Bürgermeister bekannt ist, dass während der Zeit, da die Strassenbahn nicht verkehren konnte und in der Wirtschaft jeden Einzelnen tief einschneidende Sparmassnahmenverfügungen getroffen wurden, in den Kanzleien der Bezirksarbeiterräte in Neubau und Mariahilf die behördlichen Sparmassnahmen, wozu ab 3 Uhr Büroräume nicht mehr beleuchtet werden dürfen, nicht beobachtet wurden, ob er geneigt ist, kompetenden Orten dahin zu wirken, dass die Sparmassnahmen, falls sie sich wieder als notwendig erweisen sollten, ausnahmslos von jedermann zu beobachten sind, sodass auch die Bezirks- und Kreisarbeiterräte in dieser Beziehung keine Ausnahme bilden und ob der Bürgermeister den Elektrizitätswerken einen Auftrag dahin erteilen wolle, dass, falls die Bezirks- und Kreisarbeiterräte, bzw. ihre Kanzleien in Zukunft die behördlichen Vorschriften nicht beachten, diese von Strombezugs ausschalten.

Bgn. Reumann: Mir sind die von Anfragestelle angeführten Verfälle nicht bekannt. Im übrigen sind die Sparmassnahmen selbstverständlich von allen einzuhalten, für die sie gelten. Einer besonderen Veranlassung meinerseits bedarf es hierbei nicht. Es bedarf auch keines eigenen Auftrages an die Elektrizitätswerke in Sinne der Anfrage, da diese Direktion auf Grund der behördlichen Verordnung schon selbst weiss, was sie bei Überschreitung des zulässigen Strombezuges zu tun und wann sie mit der Einstellung der Stromlieferung vorzugehen hat.

GR. Untermüller (Chr.-Soz.) interpelliert wegen der Nichtbeachtung der Sparmassnahmen durch den Bezirksarbeiterrat Mariahilf und fragt, ob dem Bürgermeister die Nichtbeachtung der behördlichen Vorschriften durch den Arbeiterrat bekannt sei und was er zu tun gedenkt, um den behördlichen Anordnungen allen gegenüber Geltung zu verschaffen.

Bgn. Reumann: Diese Anfrage ist bereits durch meine Ausführungen auf die gleiche Anfrage des GR. Zimmerl beantwortet. Debrigens werde ich beide Anfragen dem städtischen Elektrizitätswerke zu weisen, damit das Entsprechende veranlasst wird.

GR. Untermüller (Chr.-Soz.) weist in einer Anfrage auf den finanziellen Nachteil der Besitzer der Zeit- und Streckenkarten durch die Voreinstellung der Strassenbahn hin und fragt, wie es die Gemeindeverwaltung rechtfertigen kann, dass keinerlei Vorkehrungen für die Zeitlicher BetriebsEinstellung getroffen waren und was der Bürgermeister zu tun gedenkt, um die Besitzer von Zeit- und Streckenkarten schadlos zu halten.

Bgn. Reumann: Ich habe bereits im Herbst des Vorjahres nachgewiesen, dass sich bei BetriebsEinstellungen der Strassenbahn ein entsprechender Ersatzverkehr nicht einrichten lässt. Die massgebenden Verhältnisse haben sich seither nicht geändert, weshalb auch diesmal ein Ersatzverkehr nicht ins Auge gefasst werden konnte. Den zweiten Punkt der Anfrage betreffend werde ich der Direktion der Strassenbahnen anweisen, geltend gemachte Ersatzansprüche in befriedigender Weise zu realisieren. Es ist ganz natürlich, dass wenn die Verhältnisse dieselben bleiben sollten, die Strassenbahn keine Strecken- und Monatskarten mehr ausgeben wird können. Was den Ersatzverkehr anlangt, so ist darüber auch im „Abend“ geschrieben worden, die Einrichtung eines solchen Ersatzverkehrs würde die Einstellung entsprechend instandgehaltener Automobile erfordern, wozu aber die Gemeinde weder die notwendigen Garagen, noch Arbeitskräfte, noch Werkstatteinrichtungen besitzt. Auch der Stand der Besatzversorgung ist ein sehr schlechter, und es ist auch fast unmöglich Benzin zu verschaffen.

GR. Doppler (Christlsoz.) urgiert seinen Antrag bezüglich der unentgeltlichen Beförderung der Finanzwachorgane in Uniform auf der Strassenbahn und fragt, was hinsichtlich dieses Antrages bisher veranlasst worden ist und ob der Bürgermeister diesen Antrag mit Rücksicht auf seine Dringlichkeit der ehesten Beschlussfassung zuführen wolle.

Bgn. Reumann: Der Antrag wurde am 9. Oktober der Strassenbahndirektion zur Behandlung zugewiesen. Noch im demselben Monate hat sich der Stadtrat mit der Frage befasst und beschlossen, diese Preisfreiheit nicht zu gewähren. Von diesem Beschlusse wurden der Antragsteller am 24. Oktober verständigt. In der Gemeinderatssitzung vom 9. ds. hat übrigens GR. Waldman eine mit der vorliegenden Interpellation gegenständlich gleiche Anfrage gestellt, in deren Verfolg von der Strassenbahndirektion vor einigen Tagen im Hinblick auf den Stadtratsbeschluss im ablehnenden Sinne berichtet wurde. Die Beschlussfassung des Stadtrates steht noch aus.

GR. Fischer (Soz.-Dem.) sagt in einer Anfrage, dass die den Wiener Hausbesitzern zugebilligte Remuneration bis zum 31. Oktober 1919 hätte angewiesen werden sollen. Der grösste Teil der Wiener Hausbesitzer sei noch immer nicht in Besitze des ihnen zugestandenen Betrages gelangt. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, seinen Einfluss auf die beteiligten Faktoren auszuüben, dass den benötigten Gemeinderatsbeschlüssen von Mai 1919 Rechnung getragen werde.

Bgn. Reumann: Die Anfrage wurde knapp vor Beginn der Sitzung eingebracht und wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) stellt folgenden Antrag: Zeitungsnachrichten zufolge hat der Staatssekretär für Finanzen erklärt, dass beabsichtigt wird, den Staatsbediensteten in dem in naher Aussicht stehenden Pensionsgesetz die gleitende Zulage nach demselben Gesichtspunkte wie den aktiven Staatsbediensteten zu gewähren. Hiemit ist die Möglichkeit gegeben, die gleiche von der Gemeinde Wien schon seit längerer Zeit geplante Massnahme für die Pensionisten der Gemeinde und die Witwen und Waisen nach Gemeindebediensteten durchzuführen. Ich stelle daher den Antrag: Den im Ruhestand befindlichen Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen, sowie den Witwen und solchen Angestellten wird die gleitende Zulage inselben Ausmaße

und nach dem gleichen Gesichtspunkte wie den aktiven Angestellten der Gemeinde ausserkannt.

GR. Schmitzer (Chr.-Soz.) stellt den Antrag, im Interesse der notleidenden Bevölkerung die Fürsorgeblätterspendung zu verlängern, resp. zu verlängern, damit auch die Zusätzlichen der Aktion teilhaftig werden können.

GR. Walter (Chr.-Soz.) beantragt: Die Schaffner der Strassenbahn sich anzuweisen, abgebrauchte Kassenscheine der Gemeinde Wien bei der Zahlung des Fahrgeldes von den Fahrgästen anzunehmen.

GR. Walter (Chr.-Soz.) stellt den Antrag: Alle mit der Nahrungsfrage beschäftigten Aemter müssen für eine gleichmässige Verteilung aller Lebensmittel auf Qualität und Quantität Sorge tragen. Eine strenge Kontrolle ist zur Verhütung von Missbräuchen durchzuführen.

GR. Dr. Odehnal (Chr.-Soz.) beantwortet: Die Gemeinde ist bereit, städtische ihr gehörigen geeigneten Grundflächen insbesondere die durch Abholzung des Wiener Waldes freierwerdenden Gründe gegen einen angemessenen Pachtzins für Schrebergärten und Gartensiedlungszwecke auf die Dauer der Not oder auch in persönlichen Erbbaurecht für 10 Jahre zu verpachten. Zugleich erklärt sich die Gemeinde bereit auch Privatgründe als Generalpächterin in Pacht zu nehmen und sie den Schrebergärtnern und Gartensiedlern unter gleichen Bedingungen in unübertragbaren Subpacht zu überlassen. Der Grundpachtzins wird für das erste Jahr mit 10 h per Quadratmeter, sodann nach dem durchschnittlichen Wiener Marktpreis der Kartoffel in Verhältnis 1:0.10 bestimmt, so dass wenn z.B. ein Kilogramm Kartoffel 2 K kostet, per Quadratmeter 20 h Pachtzins zu entrichten sind.

GR. Feldmann (Nat.-Dem.) beantragt, die Gemeinde möge jene Vorkehrungen treffen, die auf eine planmässige Rodung des abgeholzten Wiener Waldes abzielen und das so gewonnene Ackerland den Schrebergartenorganisationen für beschleunigte Verwertung zur Verfügung stellen. In formeller Beziehung wird die Einsetzung eines gemeinderätlichen Ausschusses verlangt, der diese Frage unter Zuziehung von städtischen Fachreferenten und Abgesandten der Schrebergartenorganisationen gesonderten Beratungen zu unterziehen hätten.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsässigen Behandlung zugewiesen. Es wird hierauf nur Erledigung der Tagesordnung geschrieben.

Nach einem Berichte des GR. Bratnar (Soz.-Dem.) wird ein Zuschusskredit von 20.000 K für die Erhaltung der Grundmarkthalle und der Fleischmarkthalle in der Invalidenstrasse genehmigt.

Nach einem weiteren Antrage des StR. Bratnar wird die Schulgeldminderung der Gemeinde Wien für die Proplektre an der Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst für das Schuljahr 1919/20 auf rund 16.000 K erhöht.

Nach einem Berichte des GR. Bratnar wird der erfolgte Ankauf von 423 Vollgummirifen im Gesamtkostenbetrage von 1.672.888 K von der Autoreifen-Einfuhr-Gesellschaft für die städtischen Lastkraftwagen genehmigt.

Nach einem weiteren Berichte des GR. Bratnar wird der Direktion der Kraftwagenunternehmung zum Einkauf von Benzin ein über den bereits bewilligten Betriebsvorschuss von 4 Millionen hinausgehender weiterer Betriebsvorschuss in Betrage von 2.250.000 K nachträglich bewilligt.

Schliesslich wird nach einem Berichte des GR. Bratnar eine Regelung der Kessellegungsgebühren der städtischen Heizarbeiter beschlossen und zur Deckung des dadurch entstehenden Mehrerfordernisses von 22.260 K ein Zuschusskredit bewilligt.

Nach einem Berichte des Vize-Bgn. Reumann erklärt sich die Gemeinde Wien bereit, zur Förderung der baldigen Fertigstellung und Aufstellung des Johann Strauss-Denkmalen ausser der bereits im Jahre 1916 flüssig gemachten Subvention neuerlich einen Beitrag bis zum Höchstbetrage von 35.000 K unter der Voraussetzung zu gewähren, dass das Staatsamt für Inneren und Unterricht einen gleich hohen Betrag bewilligt, und die Arbeiter so beschleunigt werden, dass die Aufstellung des Denkmalen möglichst noch im Jahre 1920 erfolgen kann.

VB. Emmerling beantragt den vorbereiteten Ausschuss für die Aktion zur Unterbringung bedürftiger Hörer der technischen Hochschule in der Schweiz zur Sicherstellung der Verpflegung auf der Reise und zur Beteiligung der Teilnehmer einen Betrag von 5000 K zu bewilligen. Es sollen 150 Hörer der technischen Hochschule in die Schweiz gehen, um dort einen Erholungsurlaub zu verbringen. Dem Antrage wird zugestimmt.

Nach einem Berichte des VB. Emmerling wird dem Ansuchen des elektrotechnischen Vereines eine Subvention von 2000 K bewilligt.

Das abgeänderte Projekt für den Ausbau der Kesselanlage in Ebenfurth wird nach einem Berichte des VB. Emmerling mit einem Gesamtbetrage von rund 14 Millionen K genehmigt.

VB. Emmerling berichtet über die Abänderung der Mitgliederzahl einiger gemeinderätlicher Ausschüsse, da in einzelnen Ausschüssen die Minoritätsparteien nicht ihrer Stärke entsprechend vertreten sind. Seinen Berichte zufolge wird die Mitgliederzahl von 5 auf 6 erhöht, und die Zahl der Mitglieder der Kommission zur Ueberwachung des Steinbruchbetriebes am Exelberg von 5 auf 3 herabgesetzt.

GR. Dr. Grün (Soz.Dem.) berichtet über den Ankauf von Gekonomiegründen für die Lungenheilstätte Steinklamm um 30.000 K. Sein Antrag wird genehmigt.

Nach einem Berichte des GR. Iser (Soz.Dem.) wird für die Instandsetzung der Maschinen der Kühlanlage in der Großmarkthalle ein Betrag von 200.000 K genehmigt.

Nach einem Berichte des GR. Hackl (Soz.Dem.) wird dem Ansuchen der Gemeinde Hadersdorf-Weidlingau um Ueberlassung von Grundflächen zum Kartoffelanbau für das Jahr 1920 unter den üblichen Bedingungen stattgegeben.

Nach einem weiteren Berichte des GR. Hackl (Soz.Dem.) wird zu den Kosten für das im städtischen Gartenbetriebe benötigte Fuhrwerk ein Zuschuss, Kredit von 143.500 K bewilligt.

Ueber Antrag des GR. Schorach (Soz.Dem.) wird an die Arbeiterschaft des Ueberlandkraftwerkes Ebenfurth, deren Dienstverhältnis durch Kollektivvertrag geregelt ist, eine einmalige Zuwendung bewilligt, welche für Familienkhalter 500 K, für die übrigen Bediensteten 340 K und für die Jugendlichen 170 K beträgt.

VB. Heas übernimmt den Vorsitz.

Ueber Antrag des GR. Siegel (Soz.Dem.) wird für die Herstellungen

von Spielplätzen und Gartenanlagen beim Kindergartengebäude X., Lainbckergasse ein Zuschusskredit von 25.200 K genehmigt.

Nach einem Antrage des GR. Siegel (Soz.Dem.) werden für die Inneneinrichtung der Kaffeeküche im Strassenbahnhof „Vorgarten“ die Kosten von 40.000 K bewilligt.

Der Kollektivvertrag mit den Steinarbeitern in Oberösterreich wird nach einem weiteren Antrage des GR. Siegel (Soz.Dem.) ebenfalls genehmigt.

GR. Siegel (Soz.Dem.) berichtet über Änderungen der die technischen Verwaltung betreffenden Ansätze des Hauptvoranschlages. Es sollen bei 17 Posten, die verschiedene Bauten betreffen und für die ein Betrag von 63.052.450 K genehmigt war, ein richtiggestellter Betrag von 43.517.350 K genehmigt werden, da sich unter den derzeitigen Verhältnissen die Unmöglichkeit herausstellt, die in diesen Posten aufgeführten Bauten in dem veranschlagten Umfange auszuführen.

GR. Wawerka (Chr.Soz.): Ich erinnere Sie daran, welchen Kravall sie in der Minorität gemacht haben, wenn bei einem Schulbau 20.000 K erspart wurden. Durch den ganzen sozialdemokratischen Blätterwald von der Arbeiterzeitung angefangen bis zum letzten Wochenblatt, ist ein Geschrei losgegangen, über die Schulfeindlichkeit der Christlichsozialen, die 20.000 K bei einem Schulbau ersparen und Bildungszwecken entziehen. Heute kommen sie als Majorität und legen ein Referat vor, wo sich weniger als 9.690.000 K bei den eigenen Geldern und 7.855.100 K bei den Investitionsgeldern aus dem Budget gestrichen werden, und zwar durchaus bei Posten, die lediglich Bildungs- Humanitäts- und Sanitätszwecken gewidmet sind. Wir hätten nicht geglaubt, dass in einer so kurzen Zeit eine solche Wandlung möglich ist. Bei der Schule in der Troststrasse und Malborghetgasse im X. Bezirk werden von 3 Millionen K 2 Millionen K gestrichen, so daß der Bau stark gefährdet erscheint. Diese sogenannte Reumannschule, die erste, die unter einem sozialdemokratischen Bürgermeister gebaut werden soll, hat bereits den Gemeinderat beschäftigt. Mein Kollege Biber hat bei der seinerzeitigen Erstattung des Referates zum Ausdruck gebracht, daß der Magistrat Bedenken habe, ob diese Schule notwendig ist, da die Kinderzahl zurückgeht. Es ergibt sich aber pro Schule nur ein Rückgang von 40 Schülern im X. Bezirke von Jahre 1917 auf das Jahr 1918 und ich kann mich nicht zur Ansicht bekehren lassen, daß der Bau dieser Schule nicht dringend notwendig wäre. Ich verlange, daß der Bau wenigstens soweit, als es die bereits bewilligten Mittel gestatten, heuer durchgeführt wird. Wir unterlassen es Anträge zu stellen, weil jeder Antrag vergebens wäre. Wir können uns aber nicht entschliessen für den Antrag zu stimmen und werden uns daher der Abstimmung enthalten.

GR. Radolf Müller (Soz.Dem.) wendet sich dagegen, dass bei der Post der Steinbrüche 500.000 K abgezogen werden sollen. Die Steinbrüche waren schon zur Zeit des Kaufes nicht gut, sind auch jetzt schon ziemlich aufgebraut. Es ist notwendig, die Brüche technisch auszugestalten und die Betriebsführung in eine bessere und tauglichere umzugestalten. Heute haben die Brüche noch einen Ueberschuss von 190.000 K, der aber nächstes Jahr, wenn so fort gearbeitet wird, nicht mehr da sein wird, sondern dass ein Passivum sich ergeben wird. Wenn auch jetzt die Gemeinde das Geld zur Ausgestaltung der Steinbrüche nicht hat, so müsse er aber dennoch darauf bestehen, dass die Steinbrüche ausgestellt werden.

GR. Angermayer (Christl.Soz.) spricht sich gegen die Streichung der Post für die Schule, die an Heumarkt errichtet werden soll, aus und weist darauf hin, dass der Bezirk Margareten, was die Schulen anbelangt, wohl von allen Wiener Bezirken am schlechtesten daran ist. Es sei schon soweit, dass der Schulbetrieb nur noch zur Not aufrecht erhalten werden könne. Er müsse daher gegen die Streichung dieser Post stimmen.

Der Referent St. Siegel führt in seinem Schlusswort aus: Ich möchte nur feststellen, dass das Erstaunen des GR. Wawerka über das was in diesen Referate beabsichtigt sein soll, ganz unbegründet ist, denn die Aufstellung dieser Liste ist im Einvernehmen und im Einverständnis mit den Vertrauensmännern der christlichsozialen Partei im Finanzkomitee und im Stadtrate erfolgt. Sein Erstaunen ist also vielleicht nur auf die schlechte Berichterstattung dieser Vertrauensmänner an ihre Parteigenossen zurückzuführen. Was die Sache selbst anbelangt, will ich nur sagen, dass alle Refirichtungen, als ober der eine oder andere Bau überhaupt nicht in Angriff genommen werden soll, unberechtigt sind. Die Streichungen ergeben sich automatisch daraus, dass infolge des Baustoffmangels es nicht möglich ist, die veranschlagten Summen

schon in diesem Budgetjahr zur Verauszahlung zu bringen, selbst dann nicht, wenn die Bauten auch heuer noch in Angriff genommen werden sollten. Diese Beträge werden also im heurigen Budget jedenfalls erspart und haben mit diesem Budget nichts zu tun. Wir hätten die Sache ja auch anders machen können, indem wir uns die Richtigstellung für den Rechnungsabschluss aufgespart hätten, es wäre dies aber ein Vorgang gewesen, der, wenn er auch früher geübt wurde, auf keinen Fall gut geheissen werden könnte. Wir wollen eben dem Budget jene Gestalt geben, die durch die Verhältnisse bedingt ist.

Die Anträge des Referenten werden sodann genehmigt und die Sitzung abgebrochen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mische.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 24. Jänner 1920, Nr. 31.

**Städtische Volkbäder.** Die Kohlennot in den Haushaltungen und die Unmöglichkeit die häuslichen Badeeinrichtungen zu besitzen hat eine Steigerung der Besuche der städtischen Volkbäder hervorgerufen. Die stärksten Besuchstage sind Samstag und Sonntag vormittag. Mittwoch, Donnerstag und Freitag sind schwächere Tage wo ohne Verlust an Wartezeit das Badebedürfnis raschestens und bequem befriedigt werden kann.

**Margarineabgabe.** Von 25. bis 31. Jänner werden bei den städtischen Margarine (Butter-) Abgabestellen pro Person 12 dkg Margarine zum Preise von K 9.12 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 176 und der beiden Abschnitte Nr. 176 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte mit lila Mehlbezugskarten Verbraucher/erhalten die Fettquote in Schweinefett zum Preise von K 10.08 gegen Abtrennung der gleichen Fettkartenabschnitte bei der Verschleißstelle ihrer Konsumentenorganisation.

**Kartoffelabgabe.** Sonntag bis Mittwoch werden in 6., 7., und 8. Bezirke holländische Kartoffeln zum Preise von K 5.10 per kg, und zwar 1 kg pro Kopf gegen Abtrennung der Buchstaben „L“ und „M“ der Kartoffelkarte abgegeben.

## 2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 24. Jänner 1920, Nr. 32.

**Sitzungen im Rathaus.** Der Stadtrat hält in der kommenden Woche am Mittwoch und Donnerstag vormittags Sitzungen ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen. In dieser Sitzung erfolgt auch die Wahl eines Stadtrates an Stelle des verstorbenen Dr. Fritz Winter.

**Deutsche Liebesgaben.** Nachdem bereits in dieser Woche etwa 1500 Pfründner und Pfründnerinnen im IX. Bezirke mit Liebesgaben aus Deutschland beteiligt wurden, wird durch das Frauen-Arbeits-Komitee IX in Saale der Bezirksvertretung IX., Währingerstrasse 43, II. Stock, am Dienstag, den 27. Jänner 1920 in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags die Verteilung für den IX. Bezirk bestimmten „deutschen Liebesgaben“ fortgesetzt, und zwar werden Pakete mit Dörrgemüse und Suppenmasse sowie Haferflocken oder Hafermehl oder Hülsenfrüchte oder Teigwaren ausgegeben. Beteiligt werden: Erwerbsunfähige oder erwerbslose Personen, welche in Verhältnisse zum allgemeinen Notstande besonders hilfsbedürftig sind und deren Gesamteinkommen im Monat 400 K nicht übersteigen. Vorzuweisen sind unter allen Umständen Einkaufscheine und Meldesettel, gernern ein Dokument, aus welchem das Einkommen ersichtlich ist, z.B. Pensionsdekret, Unterhaltungsbeitragszahlungsbogen, Zahlungsbogen über die Invalidenrente. Die mit der Verteilung betrauten Frauen des Bezirkes er-

warten, dass diese Liebesgaben, welche von unseren reichsdeutschen Stammesbrüdern und Schwestern, obwohl sie selbst viele Entbehrungen zu ertragen haben, gespendet wurden, auch wirklich nur von den Ärmsten beansprucht werden. In zweifelhaften Fällen wird das Frauenarbeitskomitee genaue Erhebungen pflegen.

**Dienstjubiläum.** Heute feierte der Direktionsadjunkt des Zentral-, Wahl- und Steuerkataster Ludwig Brattusiewicz sein 35 jähriges Dienstjubiläum. Er diente im Exekutionsamt und war seit der Errichtung des Zentral-, Wahl- und Steuerkatasters als eigenes Amt im Jahre 1902 in diesem als Gruppenleiter tätig.

**Teuerungszulagen für Vertragsangestellte der Gemeinde Wien-StR.** Speiser berichtete in der gestrigen Stadtratsitzung über die den Vertragsangestellten der Gemeinde Wien gewährenden Teuerungszulagen und beantragte, dass die Teuerungszulagen nach folgenden Gesichtspunkten bestimmt werden mögen.

- 1.) Vertragsangestellte, worunter auch die der Gemeindeordnung unterstehenden und die sonstigen Angestellten, <sup>gemeint sind</sup> welche nicht der Dienstordnung unterstehen und auch nicht Kollektivverträgen unterstehen, erhalten die gleiche Erhöhung der Teuerungszulage wie die übrigen Angestellten. Pensionisten des Staates, Landes oder der Gemeinde welche in Gemeindediensten stehen, erhalten aus dem Titel dieser Verwendung keine Erhöhung der Teuerungszulagen.
- 2.) Nebenberuflich Beschäftigte erhalten naturgemäß keine erhöhte Teuerungszulage, insbesondere dann nicht, wenn sie als Öffentliche Angestellte bereits eine Teuerungszulage aus Staats-, Landes- oder Gemeindemitteln erhalten.
- 3.) Angestellte im Dienstorte ausserhalb Wiens werden genau so behandelt, wie Staatsangestellte in demselben Orte.
- 4.) Die Dauer der Dienstzeit sowie das Alter des Angestellten bleiben bei der Bemessung der Teuerungszulage ausser Betracht, Angestellte, welche im Bezuge der Naturalverpflegung stehen, erhalten die Hälfte der für sie sonst in Betracht kommenden Teuerungszulage.

Diese Anträge wurden zum Beschlusse erhoben.

**Der Strassenbahnverkehr.** Wie bereits bekannt, wird am Montag der Strassenbahnverkehr von 6 Uhr früh bis  $\frac{1}{2}$  9 Uhr abends im vollen Umfang aufgenommen werden. Morgen Sonntag wird die Strassenbahn nicht verkehren. Da am Montag der Personenzugverkehr auf den Vollbahnen wieder aufgenommen, werden von diesem Tage an auch die Bahnhofrundlinien der Strassenbahn wieder verkehren.

**Entfallender Empfang.** Montag entfällt der Empfang bei Bürgermeister Reumann wegen dessen dienstlicher Verhinderung.



26. Jahrgang, Wien, Montag, den 26. Jänner 1920, Nr.33.

---

Das Niederländische Hilfskomitee für die Wiener Kinder in Wien, Augartenpalais seit mit, dass es für die nächste Zeit mit Anmeldungen von Kindern vollauf versehen ist und diese erst unterbringen und der Erledigung zuführen muss, bevor es Neuansmeldungen entgegenzunehmen wieder in der Lage ist.

---

Die Liebesgabenverteilung in VII. Bezirk ist wegen Mangel an Waren bis auf weiteres eingestellt. Die nächste Verteilung wird rechtzeitig bekanntgegeben werden und werden hierbei Personen, welche bei der letzten Abgabe mit Nummern und Zettel beteiligt wurden, in erster Linie berücksichtigt.

---

Kartoffelabgabe. Dienstag bis Freitag werden im 9. Bezirke holländische Kartoffel zum Preise von K 5.10 per kg, und zwar 1 kg pro Kopf gegen Abtrennung der Buchstaben „L“ und „H“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

---

Freie Arztstelle. In der Iau genheilstätte Steinklamm der Gemeinde Wien gelangt die Stelle eines Sekundararztes vorläufig provisorisch auf die Dauer von 2 Jahren zur Besetzung. Entsprechend belegte Gesuche sind bis spätestens Samstag, den 7. Februar im städtischen Gesundheitsamte, Neues Rathaus einzureichen, wo auch nähere Auskünfte erteilt werden.

---

Fürsorgeblätter und Liebesgabenverteilung. In der Bevölkerung ist die Meinung entstanden, dass der Besitz des Familien-Fürsorgeblattes an und für sich schon zum Bezuge der Liebesgaben berechtige. Dies ist nicht richtig, da nur die betreffende ausländische Mission, in deren Auftrag die Lebensmittel verteilt werden, oder das Frauenarbeitskomitee nach freiem Ermessen zu entscheiden hat, wer zum Bezuge einer Liebesgabe berechtigt ist. Das Familienfürsorgeblatt dient nur zum Zwecke der Evidenzhaltung.

---

W i e n e r R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

Wien, Montag, den 26 Jänner 1920.      Abendausgabe

---

Das Beichenbegängnis des Stadtrates Dr. Winter Unter ungemein zahlreicher Beteiligung fand heute nachmittag am Zentralfriedhofe das Beichenbegängnis/<sup>des</sup> an den Folgen eines Schlaganfalles s plötzlich verschiedenen Stadtrates Dr. Fritz Winter statt. Unter den Trauergästen bemerkte man Präsidenten Seitz samt Gemahlin, die Staatssekretäre Glöckel und Eldersch, Bürgermeister Reumann, die Vizebürgermeister Hammerling, Hoss und Winter, zahlreiche Stadts- und Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und Bezirkeräte, Landeshaupt- man Sever und zahlreiche Mitglieder der Nationalversammlung und des Landtages. Bgm. ~~xxxx~~ Reumann sprach am Grabe dem Dahingeshie- Worte des Dankes für seine Arbeit und Pflichttreue als Genossen und Freund im Interesse des arbeitenden Volkes und dankte ihm für seine Tätigkeit im Dienste der Gemeindeverwaltung. Chefredak- teur Austerlitz würdigte die treue Mitarbeit der Verstorbenen als juristischer Fachmann in der „Arbeiter Zeitung“ und Landes- rat Pölzer dankte im Namen der sozialdemokratischen Landespartei- vertretung und des Ortsschulrates Favoriten dem Toten für seine Wohltaten, die er dem arbeitenden Volke durch seine Ratschläge und Unterstützung angedeihen liess. Ein Vertreter des Vereines der sozialdemokratischen Rechtsanwälte ~~xxxx~~ nahm in Dankeswort- den Abschied von dem Verschiedenen. Der Arbeitersängerbund Fa- voriten sang am Grabe „Schlummere sanft“. Unter den vielen Kranz- und Blumenspenden, die dem Sarg des Verstorbenen schmück- ten, befand sich auch ein Kranz mit rot-weisser Schleie als letzter Gruss der Wiener Gemeindevertretung.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 27. Jänner 1920, Nr. 34.

Die Bodenwertabgabe. Das Gesetz, betreffend die Einführung einer Abgabe vom gemeinen Bodenwerte ist am 10. Jänner d.J. kundgemacht worden. Innerhalb 6 Wochen nach dieser Kundmachung d. i. bis längstens 21. Februar hat jeder Eigentümer eines in Wien gelegenen verbauten oder unverbauten Grundstücken eine Selbsteinschätzung (Fassion) des Bodenwertes bei der städtischen Steueramtsabteilung, in deren Sprengel das Grundstück gelegen ist, zu überreichen. Die hierzu erforderlichen Formulare werden in den nächsten Tagen den Hauseigentümern zugestellt; ein allfälliger Mehrbedarf kann bei den städtischen Steueramtsabteilungen von Beginn nächster Woche ab gegen Zahlung von 20 h per Stück gedeckt werden. Auskünfte über die Art der Ausfüllung dieser Fassionen werden für die Bezirke I-IX und XX im Rathaus (Mag. Bau-Abteilung II), für die Bezirke X-XIX und XXI in den betreffenden magistratischen Bezirksämtern (Bauamtsabteilungen) während der gewöhnlichen Amtsstunden (8-2 Uhr) erteilt. Die ausgefüllten Fassionen sind sodann bei den städtischen Steueramtsabteilungen einzureichen, worauf die Partei sofort einen vorläufigen Zahlungsauftrag auf Grund der Fassionangaben erhält. Die Abgabe beträgt 5 von Tausen des gemeinen Bodenwertes. Bis 21. Februar 1920 müssen 3 Raten, das sind  $\frac{3}{4}$  des Jahresbetrages der Abgabe gemäss der Selbsteinschätzung einbezahlt sein. Für die zu zahlende Abgabe besteht ein gesetzliches Pfandrecht an der abgabepflichtigen Liegenschaft mit den Vorzugrechten vor allen Privatpfandrechten. Bezüglich der sonstigen Bestimmungen wird auf die „ Belehrung “ auf der vorletzten Seite der Erklärung aufmerksam gemacht.

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Samstag werden in 10. Bezirke holländische Kartoffel zum Preise von K 5.10 per kg, und zwar 1-kg-pro-Kopf gegen Abtrennung der Buchstaben „J“ und „K“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Dr. Franz Sander +. Freitag Nacht ist der gewesene Arzt der Strassenbahnen Dr. Franz Sander im 76. Lebensjahre verschieden. Ueber 40 Jahre hat der Verstorbene bei der Strassenbahn unter den verschiedenen Besitzern gedient, zuerst als Krankenkassenarzt, dann als Vertrauensarzt der Direktion. Er hinterlässt eine Witwe und 3 Töchter, deren eine mit dem Notar Dr. Suchanek, die andere - selbst Künstlerin - mit dem Maler Noake verheiratet ist.

Vergabung von Zimmermannsarbeiten. Anlässlich der Herstellung der Verladerampe am Tagbau in Neufeld findet am 5. Februar um 10 Uhr vormittags in der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke, Mariannengasse 4, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung statt. Bewerber können die allgemeinen besonderen Bedingungen u.s.w. im Baubüro der Direktion von 9-1 Uhr einsehen.

Amerikas Hilfe für Oesterreich. Hierauf Schreiben des Leopold Neumann von der „ American Relief for Austro-Hungarian War Destitutes “ in Chicago entnehmen wir, dass diese Vereinigung bereits um 10,500.000 Dallar Nahrungsmittel nach Europa abgeschickt hat, und zwar am 7. November um 2500 Dollar Schmalz an die österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz in Wien und an Professor Doellinger in Budapest, am 18. Dezember und 6. Jänner um 1500 Dollar Nahrungsmittel nach Wien, am 6. Jänner um 500 Dollar Nahrungsmittel nach Innsbruck, nach Graz und um 1500 Dollar Nahrungsmittel an die Deutschen in Ungarn. Aus dem Brief ist weiter zu entnehmen, dass die Vereinigung am 18. Jänner in Chicago ein Konzert veranstaltete, von dem sie sich ein Erträgnis von 2500 Dollar verspricht, die den Notleidenden Wiens zugewendet werden sollen. Leopold Neumann, der ein Oesterreicher ist, hat im Stadtrat von Chicago das Ansuchen eingebra<sup>cht</sup>/eine Sammlung in grossen Stille für die Stadt Wien einzuleiten.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.

Wien, 1., Neues Rathaus.

Wien, Dienstag, den 27. Jänner 1920,

Abendausgabe, Nr. 35.

## Reform der Organisation der Wiener Gemeindeverwaltung,

Die heutige Obmännerkonferenz hat sich mit der Vorlage über die Änderungen des Wiener Gemeindestatutes befaßt, welche durch die geplante Reform der Organisation der Gemeindeverwaltung bedingt sind. *Referat H. O. Danenberg*

Die Reform besteht im wesentlichen in der Auflassung des Stadtrates und der Schaffung von Gemeinderatsausschüssen für die einzelnen Verwaltungsgruppen, die vom Gemeinderate aus seiner Mitte nach dem Proporz gewählt werden und deren Vorsitzende zugleich hinsichtlich des selbständigen Wirkungskreises die mit den Verwaltungsgruppen zusammenfallenden Geschäftsgruppen des Magistrates leiten. Hiedurch soll sich die Mitwirkung der gewählten Vertreter der Bevölkerung an der Verwaltung der Stadt intensiver gestalten. Während sich bisher ihre Tätigkeit in der Beratung und Beschlußfassung über die vom Magistrat, also einer rein bürokratisch organisierten Körperschaft vorgelegten Referate erschöpfte und nur der Bürgermeister und teilweise die Vizebürgermeister sich an der eigentlichen Verwaltung richtunggebend und entscheidend beteiligten, soll den Ausschüssen ein enger begrenztes Verwaltungsgebiet zur eingehenderen sachlichen Mitarbeit zugewiesen und deren Vorsitzenden als „amtsführenden Stadtverordneten“ der unmittelbare Einfluß auf dieses Verwaltungsgebiet eingeräumt werden. Hiedurch wird sich in Zukunft eine bedeutend regere Anteilnahme der Gemeinderäte an der Verwaltung ergeben. Sie werden sich für denjenigen Ausschuß melden, dessen Tätigkeitskreis ihren Neigungen und ihren Kenntnissen entspricht, und so der Gemeinde einen weit größeren Nutzen bringen können.

Andererseits sollen die beamteten Gemeindeorgane einen Einfluß gewinnen, der ihnen bisher nicht zukam. Durch obligatorische Beiziehung zu den Sitzungen der Ausschüsse werden sie die Möglichkeit erhalten, ihr sachliches Wissen und ihre langjährige Erfahrung selbst zur Geltung zu bringen.

Von diesem Zusammenarbeiten der Vertreter der Bevölkerung und der beamteten Kenner aller maßgebenden Verhältnisse ist nur Ersprießliches zu erhoffen.

Als neues Organ ist der Stadtsenat vorgesehen.

Er besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzenden und einer vom Gemeinderat zu bestimmenden Anzahl von Stadtverordneten, welche der Gemeinderat aus seiner Mitte nach dem Proporz wählt, zwei von ihnen als Vizebürgermeister. Aus der Reihe der Stadtverordneten bestimmt der Gemeinderat über Vorschlag des Stadtsenates

die Vorsitzenden der Ausschüsse, denen der Titel „amtsführender Stadtverordneter“ zukommt und welche, wie gesagt, als Ressortchefs im selbständigen Wirkungskreise die Geschäftsgruppen des Magistrates leiten.

Die Verminderung der Zahl der Vizebürgermeister von 3 auf 2 erklärt sich aus der Entlastung des Bürgermeisters durch die amtsführenden Stadtverordneten und die hiedurch geminderte Vertretungsnotwendigkeit.

Dieser Uebergang eines Teiles der bisherigen Wirksamkeit des Bürgermeisters auf die amtsführenden Stadtverordneten macht es notwendig, auch diese dem Gemeinderat verantwortlich zu machen. Versagt ihnen der Gemeinderat über Antrag des Bürgermeisters durch ausdrückliche Entschließung das Vertrauen, so gelten sie als abberufen und verlieren ihr Stadtverordnetenmandat.

Der Wirkungskreis der Ausschüsse entspricht im allgemeinen dem des bisherigen Stadtrates. Sie sind aber bei Ausgaben, die entweder gar nicht oder nicht im erforderlichen Ausmaß budgetmäßig vorgesehen sind, an die Zustimmung des Stadtsenates gebunden. Diesem obliegt außer gewissen Personalsachen insbesondere die Vorberatung der Anträge der Ausschüsse an den Gemeinderat. Hiedurch wird dem Erfordernisse der Einheitlichkeit und Zusammenfassung der Verwaltung Rechnung getragen.

Der Stadtsenat tritt an die Stelle des Stadtrates als Beschwerdeinstanz.

Der Wirkungskreis des Magistrates und der Ausschüsse wird gegenüber dem Gemeinderate insofern erweitert, als das Ausmaß der Ausgaben, zu denen sie berechtigt sind, auf das Fünffache hinaufgesetzt wird.

Die Grenze, bis zu der der Gemeinderat die Zuschläge zu den direkten Steuern und zur Verzehrungssteuer autonom festsetzen kann, wird von 30 auf 100 Prozent hinaufgesetzt.

Im übrigen wird der Wirkungskreis des Gemeinderates nur unwesentlich geändert, so soll z. B. die Bewilligung von Subventionen von nun an dem betreffenden Ausschuß zukommen, die Ausübung des Petitionsrechtes der Gemeinde dem Stadtsenat.

Der Wirkungskreis des Magistrates bleibt unverändert, nur wurde zur Wahrung des Instanzenzuges in Verwaltungsrechtssachen die neue Bestimmung aufgenommen, daß er in diesen Angelegenheiten in erster Instanz zu entscheiden hat.

Von den sonstigen Neuerungen ist noch hervorzuheben:

Das Interpellationsrecht der Gemeinderäte gegenüber dem Bürgermeister und den amtsführenden Stadtverordneten wird ausdrücklich festgesetzt; desgleichen ihr Recht die Protokolle der Ausschusssitzungen einzusehen und den Beratungen der Ausschüsse, auch wenn sie nicht Mitglieder sind, anzuwohnen.

Im Gemeinderate kann ohne Verhandlung Beschluß gefaßt werden, wenn die Anträge den Gemeinderäten zwei Tage vor der Sitzung bekannt gegeben wurden und kein Mitglied des Gemeinderates die Verhandlung verlangt.

Durch diese Bestimmung soll eine raschere Erledigung minder wichtiger oder nicht strittiger Angelegenheiten ermöglicht werden.

Als Vorsitzenden in den Sitzungen des Gemeinderates vertreten den Bürgermeister außer den Vizebürgermeistern vom Gemeinderate gewählte Vorsitzende-Stellvertreter.

Die Ausschüsse können Angelegenheiten, die zwei oder mehr von ihnen angehen, in gemeinsamen Sitzungen beraten, Unterausschüsse wählen, dem Ausschuß nicht angehörige Gemeinderäte oder fachkundige Personen beiziehen, die nicht Gemeinderäte sind, und zwar einzelne Ausschußmitglieder mit besonderen Aufgaben dauernd, jedoch jederzeit widerruflich betrauen, so insbesondere mit der Beaufsichtigung einzelner Gemeindeanstalten.

Die Beiziehung außenstehender Fachleute soll die Möglichkeit bieten, deren Kenntnisse und Erfahrungen der Gemeinde nutzbar zu machen und zwar durch unmittelbare Teilnahme an den Beratungen.

Die im bisherigen Gemeindestatut gar nicht erwähnten wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinde sollen in eine odere Mehrere Geschäftsgruppen zusammengefaßt werden, die gleichfalls unter der Leitung amtsführender Stadtverordneter stehen, denen Ausschüsse beigegeben sind.

Selbstverständlich soll den besonderen Erfordernissen dieser Wirtschaftsbetriebe hiedurch kein Abbruch geschehen, vielmehr durch entsprechende Erweiterung des Wirkungskreises der Direktionen und Ausschüsse die möglichste Loslösung von bürokratischen Formen erreicht werden.

Die sich aus den obigen Statutenänderungen ergebenden Abänderungen der Gemeindevahlordnung bilden den Anschluß der Vorlage.

Der Staatserwerb der Gemeinde Wien in der geplanten bundesstaatlichen Verfassung vermochte die Vorlage noch nicht Rechnung zu tragen. Sie konnte aber nicht bis dahin aufgeschoben werden, weil der Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Verfassung vorläufig noch unbestimmt ist und die neue Geschäftsgruppeneinteilung schon im Budget 1920/21 zum Ausdruck kommen soll.

Uebrigens bedeutet die Schaffung der gewählten Ressortchefs schon eine Annäherung an die staatliche Organisation.

Die Wirksamkeit dieser Ressortchefs musste auf den selbständigen Wirkungskreis beschränkt werden, sie wird aber, wenn die beabsichtigte Mitwirkung gewählter Volksvertreter an der politischen Verwaltung eingeführt wird, auch auf den übertragenen Wirkungskreis der Gemeinde zu erstrecken sein. In diesem Zeitpunkte wird auch die oft angeregte Erweiterung des Wirkungskreises der Bezirksvertretungen durchgeführt werden, die übrigens keiner Änderung des Gemeindestatutes, sondern nur eines Gemeinderatsbeschlusses bedarf.

Die Vorlage wird nunmehr einem vom Gemeinderate zu wählenden besonderen Ausschuß zur Beratung überwiesen.

Nach der Obmännerkonferenz brachte Magistrats-Direktor Dr. Hartl die Vorlage dem obersten Beamten der Stadt sowie den Vertretern der Angestelltenorganisationen zur Kenntnis und lud sie zur Mitarbeit bei der Reform ein.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

---

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 23. Jänner 1920, Nr. 36.

---

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Sonntag werden in den Bezirken 11, 12 und 13 holländische Kartoffel zum Preise von K 5.10 per kg, und zwar 1 kg pro Kopf gegen Abtrennung der Buchstaben „L“ und „M“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Deutsche Liebesgaben. In Währing findet die Verteilung der deutschen Liebesgaben an die Familien mit den Anfangsbuchstaben A - D Freitag, den 30. und E - H Samstag, den 31. ds. von 9 bis 4 Uhr in Antshause, Martinstrasse 100 statt. Mitzubringen ist das Familienfürsorgeblatt und der Einkaufsschein.

Wiener Rückkehr von Kindern aus der Schweiz. Die Kinder, welche mit dem 9. St. Galler-Kinderzug am 2. Dezember in die Schweiz gebracht wurden, kommen Samstag, den 30. um 2 Uhr nachmittags am Westbahnhof an. Die Eltern versammeln sich in der Ankunftshalle bei den Gruppennummern. Es wird ersucht keine Kinder mitzubringen.

Wiener Kinder in Norwegen. Ein Telegramm aus Christiania teilt mit, dass der 2. Zug mit Wiener Kindern wohl behalten in Norwegen angekommen ist.

Wiederaufnahme politisch gemassregelter Bediensteter. StR. Waigl berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über die Wiederaufnahme von politisch gemassregelten Bediensteten der städtischen Strassenbahnen und beantragte entsprechend den Beschlüssen eines für diesen Zweck eingesetzten gemeinderätlichen Komitee, dass alle jene Bediensteten, die seinerzeit lediglich aus politischen Gründen entlassen oder pensioniert worden sind, nach Massgabe der Diensttauglichkeit wieder aufgenommen werden, wenn sie sich um die Aufnahme wieder bewerben. Die Bestimmungen über die bei der Wiederaufnahme erworbenen Rechte sind so gehalten, dass diesen Bediensteten aus ihrer durch die Entlassung oder Pensionierung erfolgten Abwesenheit vom Dienste keine wie immer geartete Schädigung der Pensions- und Lohnansprüche entstehen. Nach einer kurzen Wechselrede, an der sich die <sup>christlichsozialen</sup> StR. Haider, und Vaugoin beteiligten, wurden die Anträge des Berichterstatters angenommen.

Haftpflichtversicherung für den Kindergartenbetrieb. Nach einem Referate des StR. Dr. Scheu in der heutigen Sitzung des Stadtrates wurde beschlossen, eine Haftpflichtversicherung für die aus dem Schulbetriebe in den Kindergärten sich ergebenden Unfälle abzuschliessen.

20.000 K für das notleidende Wien. Der Direktor Fr. Rudolf Beer der vereinigten deutscher Theater in Brünn hat der Gemeinde das Ergebnis einer Wohltätigkeitsvorstellung im Betrage von 20.000 K übermittelt. Bgm. Reumann hat an Direktor Beer nachstehendes Schreiben gerichtet: Bezugnehmend auf Ihre gesch. Zuschrift, mit welcher Sie mir die hoch erfreuliche Mitteilung machen von der Widmung und Uebersendung eines Betrages von 20.000 K österreichischer Währung als Erträgnis einer durch Ihre Initiative zu Gunsten der hungernden Kinder Wiens veranstalteten Wohltätigkeitsvorstellung, beehre ich mich zur freundlichen Kenntnis zu bringen, dass Ihnen und allen an diesem Hilfswerke beteiligten Mitgliedern der von Ihnen geleiteten Bühnen der Gemeinderat der Stadt Wien in öffentlicher Sitzung für diese hochherzige Spende den wärmsten Dank ausgesprochen hat.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 30. Jänner 1920, Nr. 39.

Reise des VB. Winter nach Italien. Bgm. Reumann beantragte in der gestrigen Stadtratsitzung, dass VB. Winter einer Einladung der Italiener Folge leistend sich nach Italien begeben, um die Unterbringung der Wiener Kinder zu besichtigen. Der Antrag wurde angenommen. VB. Winter wird sich in den nächsten Tagen nach Italien begeben.

Von der Strassenbahn. Die Strassenbahn wird am Sonntag einen beschränkten Verkehr aufrecht erhalten, das heisst, der Betrieb wird um  $\frac{1}{2}$  8 Uhr früh aufgenommen und mit Auslassung der bekannten Parallellinien und Kürzung der Endstrecken, wie es bereits an früheren Sonntagen der Fall war, bis  $\frac{1}{2}$  9 Uhr abends geführt werden. Montag (Feiertag) wird die Strassenbahn wie an Werktagen verkehren.

Der Strombezug für industrielle und gewerbliche Zwecke. Wie die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke mitteilt, gelten in der kommenden Woche für den Bezug von Kraftstrom für industrielle und gewerbliche Zwecke dieselben Einschränkungen wie in der vergangenen Woche, jedoch mit der Aenderung, dass entsprechend der Vereinbarung mit dem paritätischen Industriekomitee in der nächsten Woche die Entnahme von Strom den Betrieben mit ungeraden Hausnummern in der Zeit von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags, den Betrieben mit geraden Hausnummern in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags gestattet ist.

## Wiener Gemeinderat

Sitzung von 30. Jänner 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und nimmt die Angelobung der neu abgerufenen Gemeinderäte vor und war: Heinrich Perenz, (für Frau Boschek), Anton Meidl (für Dr. Winter) und Franz Ulreich (für GR. Hölzl). Hierbei verliest Schriftführer GR. Hammerschmidt die Angelobungsformel.

Bgm. Reumann macht folgende Mitteilungen:

Nach einer Zuschrift des österreichischen Generalkonsuls in Köln haben sich in Rheinlande bisher 8500 Familien zur Aufnahme von Wiener Kindern bereit erklärt. Die organisatorischen Vorarbeiten werden demnächst soweit gediehen sein, dass ein erster Transport von 500 Kindern für die Stadt Köln vom Volksgesundheitsamt in Wien angesprochen werden wird.

Wie die deutsche Heimkehrerstelle in Triest mitteilt, haben sich die Arbeiter des Lloyd Triestino (früher österreichischer Lloyd) verpflichtet, bis auf weiteres wöchentlich den Verdienst einer Stunde den in Triest zur Erholung weilenden Wiener Kindern zuzuwenden. Auch die Beamten des Unternehmens haben einen Teil ihres Monatsgehältes denselben Zwecke gewidmet.

Die Gemeinde Grafenberg hat für notleidende Kinder Wiens eine Lebensmittelsammlung eingeleitet, die ein Ergebnis von rund 700 kg erzielt hat. Gespendet haben:

Als weitere Rate der Sammlung Aachener Bürger für die notleidenden Wiener Kinder 15.983 Mark und 1000 Kronen,

die Stadtverordnetenversammlung Bonn am Rhein für die in höchster Not befindliche Bevölkerung der Stadt Wien 15.000 Mark,

die Firma Aster & Lynen, Stolberg in Rheinlande, für hungernde Wiener Kinder 10.000 Kronen,

die Firma Vontobel & Comp. in Meilen, Schweiz, für die Armen Wiens 3.785 K der anonyme Wohltäter „Wilhelm“ der städtischen Volksschule für Mädchen X, Laaerstrasse zur Anschaffung von Schuhen und Kleidern für arme Schulkinder 3000 Kronen,

der Gemeinderat von Willich bei Andernach in Rheinlande zur Linderung der in Wien herrschenden grossen Not 1000 Mark,

die Firma Albrecht & Flotow in Berlin für die notleidende Bevölkerung Wiens 1000 Kronen,

Sever Herdan aus Bukarest für notleidende Wiener Kinder 1000 Kronen,

Direktor Julius Maschek in Strassburg für die Armen der Stadt Wien 700 Mk. des Eisenbahner der Station Gern und Umgebung zur Unterstützung hilfbedürftiger Wiener Kinder 899 Lire,

Emma Bardas, Hofrätsgattin, Wien, zu Gunsten der Obdachlosen des XIII. Bezirkes 500 Kronen,

der Deutschösterreichischer Verein Elberfeld für arme Wiener Kinder 300 K, die Vereinigung der Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen von Wildenbruch und Umgebung als Ergebnis einer Sammlung zur Unterstützung notleidender Kinder der in Kriege gefallenen Kameraden 100 Mark,

G. Brinkmann, Rindon, zur Speisung und Bekleidung armer Wiener Kinder neuerlich 25 Mark,

Armenrat Siegmund Weiss in Ostrava für die Armen Wiens 5 Waggon Holzgerberlohe,

das niederländische Hilfskomitee für die Wiener Kinder in Wien zur Verteilung an die meist bedürftigsten Familien 30.000 kg Torf für Heizzwecke, der Oesterreicher-Damenverein von St. Louis für die notleidende Wiener Bevölkerung, insbesondere für Wiener Kinder 24 Pakete Lebensmittel und Seife, die von einer Sammlung per 400 Dollar angekauft wurden,

Frau Wiener-Walten, zu Gunsten der Armen des XIII. Bezirkes eine Fahre Wohnungsmöbel.

Benta Popper, J., Diberstrasse, für Fürsorgezwecke, bzw. für die Armen des XIII. Bezirkes 2000 K,

die Firma Hans Reiser in Köln-Bransfeld für die notleidenden Kinder Wiens 1000 K.

Schriftführerin GR. Bock verliest den Einlauf.

GR. Angeli (chr. sen.) weist darauf hin, dass sich Italien um das der Gemeinde gehörige Seehospiz San Pelagio, das als Heilstätte für Skrophulose und nachtsische Kinder diene, bewerben will und fragt, ob bezüglich Verhandlungen stattgefunden haben, wieweit sie gediehen sind und ob der Bürgermeister bereit ist, das Staatsamt für Ausseres aufzufordern, dasselbe wolle im Interesse Oesterreichs und im Interesse der Gemeinde Wien gegen die unrichtige Auslegung eines Paragraphen des Vertrages Protest erheben.

Bgm. Reumann: Ich kann nur erwidern, dass ich seit dem Augenblicke, als ich von den Absichten der italienischen Regierung wegen der Erwerbung San Pelagios gehört hatte, alles daran gesetzt habe, um die Anstalt für die Stadt Wien zu erhalten. Im Dezember vorigen Jahres habe ich mich an das Staatsamt für Ausseres mit der dringenden Bitte um Intervention gewendet und das Staatsamt hat durch den italienischen Gesandten in Wien die nötigen Schritte eingeleitet. Ferner habe ich mich an die Bundesleitung der österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz gewendet, die sich sowohl beim internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Genf als auch beim Vizepräsidenten Genfer Komitees direkt verwendete. Weiters habe ich das Generalpräsidium des italienischen Roten Kreuzes direkt für unseren Standpunkt zu gewinnen gesucht und über eine im Stadtrate gegebene Anregung mich durch Kardinal-Erzbischof Dr. Piffli an den Papst um Intervention bei der italienischen Regierung gewendet. Gestern habe ich die Antwort des internationalen Roten Kreuzes auf meine Schreiben

vom 31. Dezember erhalten. Dieses Schreiben gibt uns die traurige Gewissheit, dass der Besitz von San Pelagio für die Stadt Wien verloren ist. Das italienische Rote Kreuz teilt mit, dass es die Baukosten von San Pelagio um ihren gesamten Wert einlöste und die Anstalt, die während des Krieges sehr gelitten hat, auf eigene Kosten wieder in Betrieb setzte. Mit Rücksicht auf die Übernahme dieser Kosten und angesichts der Tatsache, dass die Anstalt sich gegenwärtig auf fremden Boden befindet, schlägt das italienische Rote Kreuz folgende Lösung vor: Erwerbung, Wiederinstandsetzung und Betrieb der Anstalten von San Pelagio auf Kosten des italienischen Roten Kreuzes; von den 400 Plätzen, die in der Anstalt verfügbar sind, 100 für die Kinder der Gemeinde Wien ständig zu belassen, die übrigen 300 Plätze für die Kinder von Istrien und Venetien zu reservieren; um jedoch den Wiener Kindern die anderen 300 Plätze, deren sie sich in San Pelagio erfreuten, nicht zu nehmen, diese 300 unter speziell privilegierten Bedingungen, unter denen in allen anderen Instituten, welche die Gesellschaft in den verschiedenen Gebieten Italiens verstreut hält, italienische Kinder aufgenommen und gepflegt werden, in diesen Anstalten aufzunehmen. Die Gemeinde wird nach wie vor ihr Eigentumsrecht geltend machen, wenn auch das italienische Rote Kreuz erklärt hat, dass San Pelagio bereits angekauft ist. Es ist aber mit uns kein Kaufvertrag abgeschlossen worden, der könnte höchstens mit der italienischen Regierung abgeschlossen werden sein. Nachdem aber auch der Friedensvertrag noch nicht ratifiziert ist, so kann ja auch eine Liquidierung von Liquidum nicht vorgenommen werden. Die Angelegenheit ist nach wie vor in der Schwebe, die Rechtsverhältnisse sind noch ungeklärt und es ist aber zu hoffen, dass die italienische Regierung, wenn sie in dieser Sache soviel entgegenkommt zeigt, wie sie es bei der Aufnahme der Wiener Kinder tut, zu einem freundschaftlichen Abschluss der Angelegenheit kommen wird. Ueber die weiteren Verhandlungen bezüglich San Pelagio werde ich den Gemeinderäte fallweise berichten.

GR. Klironch (tschech.) bespricht in einer längeren Anfrage die Schulverhältnisse beim Unterricht für die tschechischen Schulkinder in Wien und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, auf den Staatskanzler und Unterstaatssekretär für Unterrichtswesen einzuwirken, dass die Zentral-Schulkommission unverzüglich einberufen werde, ob er unverzüglich anordnen wolle, dass die von den Bezirkskommissionen in Aussicht genommenen und bereits leer stehenden Schulgebäude übergeben werden und ob er geneigt ist auch in den anderen Bezirken, wo die versprochenen Schulgebäude, bezw. Lokale für die tschechischen Schulen noch nicht gefunden wurden, dafür zu sorgen, dass dies raschestens geschehe.

Bgm. Reumann: Das von den Bezirkserhebungskommissionen in zusammenfassenden Beschlusprotokollen den Bezirksschulräte zu liefernden Material für die weitere Behandlung der Frage der Errichtung tschechischer Schulen und Beistellung der erforderlichen Schullokalitäten im Wiener Schulbezirke ist noch nicht aus allen Gemeindebezirken eingelangt, die bezügliche Berichterstattung wird sofort betrieben werden. Sobald das ganze Material vorliegt, will ich gerne an den Unterstaatssekretär herantreten, damit die Zentralkommission, welche die generellen weiteren Massnahmen wird festsetzen müssen, sofort zusammengesetzt und einberufen werde. Es ist sehr bedauerlich, dass solche Angelegenheiten immer ziemlich lange liegen bleiben, aber der Herr Interpellant weist sehr genau, dass wir sofort, als wir noch gar nicht verpflichtet gewesen sind, alle Vorbereitungen getroffen haben. (Zwischenruf des GR. Klironch) Sie können uns da gar keine Vorwürfe machen, wir haben in sehr entgegenkommender Weise die Angelegenheit behandelt, als wir dazu noch nicht verpflichtet waren.

GR. Inr. Prohaska (deutschnat.) führt in einer Anfrage aus, dass in der neuorganisierten amerikanischen Heerküche auf der oberen Wieden Zustände herrschen, die in grösster Widersprüche mit den Gleichheitsprinzipien einer Republik stehen, Obwohl der Arbeitstag mit 8 Stunden täglich gesetzlich festgelegt ist, werden die dort beschäftigten Frauen dazu verhalten, täglich bis zu 13 Stunden zu arbeiten, ohne für die Mehrleistung in irgend einer Form entschädigt zu werden. Der Antragsteller bemängelt des weiteren die Verpflegung des Personals u.s.w. und fragt: Ist der Herr Bürgermeister geneigt, eine strenge Untersuchung der geschickten Mangelstände einzuleiten? Wird der Herr Bürgermeister veranlassen, dass die dort abreitenden Frauen entsprechend menschlich verköstigt werden? Wird der Herr Bürgermeister unter Hinweis auf die gesetzliche Bestimmung des 33. Artikels veranlassen, dass die Mehrleistung entsprechend bezahlt wird?

Bgm. Reumann: Der Aufsichtsrat der Wiener öffentlichen Ausspeisung hat sich am 9. d. Mts. konstituiert und sofort nach Heranziehung eines hervorragenden Ernährungsphysiologen, des Univ.-Prof. Dr. Arnold Durig eine durchgreifende Aenderung und Besserung der ganzen Einrichtung und des Betriebes eingeleitet. Die Grundlage des Arbeitsverhältnisses bildet das mit der Zentralorganisation der Hotel-Gast- und Kaffeehaus-Angestellten vereinbarte Gehalts- und Arbeitsregulativ vom 1. Dezember 1919, nach welchem die 60-stündige Arbeitswoche eingeführt ist. Die Höherstunden, werden mit einem 50%ig. Zuschlage vom Taggrundlohn bezahlt. Das Personal erhält die volle Tagesverpflegung von 45 Hektolen vertragsgemäss, also äquivalent sowie die Mittagmahlzeit der Ausgespeisten umfasst. Sollte irgend ein Angestellter diese Ration nicht erhalten, so genügt eine blosser Mitteilung an den Aufsichtsrat, um den Mangel abzustellen. Sofern bisher gewisse Mangelstände bestanden haben, wird der Aufsichtsrat bestrebt sein, auf deren ehestige Abstellung zu dringen. Mit der Republik selber haben die Angestellten der Kriegsküche gar nichts zu tun; eine republikanische Sache ist das Arbeitsverhältnis nicht.

GR. Rotter (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass bei Leichenbegängnissen die Strassenbahnzüge die Kirche zu St. Laurenz am Schottenfeld langsam passieren.

Bgm. Reumann: Die Strassenbahndirektion berichtet, dass die Dienstvorschriften das Verhalten der Fahrer beim Fahren in der Nähe von Aufzügen, Leichenbegängnissen u.s.w. in Sinne der Anfrage regeln.

GR. Schrötter (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister dem Plane, auf dem Grunde in der Nähe der Wasenmeisterel und der neuen Kaserne in Kaiser-Eberdorf einen Holzplatz zu errichten entgegen treten wolle, da hiédurch viel Grundflächen für den Gendiseanbau entzogen würden.

Bgm. Reumann: Es ist mir bekannt, dass tatsächlich ein Projekt zur Errichtung eines „Holzmarktes in Wien“ auf den in Rede stehenden Gründen besteht. An der Ausführung dieses Projektes sind der Staat, das Land und die Gemeinde interessiert; die Gemeinde ist auch in vorbereitenden Arbeitskomitee vertreten. Der Magistrat hat in der Sache bereits ein Referat ausgearbeitet, das den Stadtrat demnächst beschäftigen wird. Ich werde diese Anfrage dem Stadtratsreferenten übermitteln.

GR. Dr. Danneberg (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass in Finanzausschuss der Nationalversammlung berichtet wurde, dass die liquidierenden Aemter in Wien, abgesehen von 900 Antzimmern in staatlichen Gebäuden, immer noch 8 ganze Miethäuser und ausserdem 45 Mietwohnungen besetzt haben. Er fragt, ob der Bürgermeister mit allem Nachdruck verlangen wolle, dass die Räumung der von den liquidierenden Stellen besetzten Wohnungen ehestens erfolge.

Bgm. Reumann: Der Wiener Gemeinderat hat bereits im Vorjahr den Beschluss gefasst, eine unter Mitwirkung der Bevölkerung gebildete Kommission einzusetzen, die mit besonderen Vollmachten ausgestattet, die sofortige Räumung der überzähligen Bürolokale zu bewerkstelligen hätte. Ich habe mich an den Staatssekretär für Finanzen gewendet und dargestellt, dass die Einschränkung des Bürobedarfes auch im eminenten Interesse des Staates selbst liegt, da nur auf diesem Wege ein Abbau der Aemter zu erzielen sein wird. Ein Bescheid hierüber ist mir bisher nicht zugekommen. Ich werde Anlass nehmen, um die Erledigung der Forderung der Gemeinde neuerlich zu betreiben und werde insbesondere die ehestige Räumung der von den liquidierenden Aemtern besetzten Wohnungen verlangen.

GR. Gustav Simon (Soz. Dem.) interpelliert wegen des Ankaufes des Hotel „Südbahn“ auf der Favoritenstrasse durch die Südbahn-Gesellschaft. Sicherem Vernehmen nach plant die Südbahn-Gesellschaft die Umwandlung des Hotels in Kanzleien. Es handelt sich um ein vierstöckiges Gebäude, in welchem bei entsprechender Adaptierung eine bedeutende Zahl von Obdachlosen untergebracht werden könnten. Nachdem überdies auf der Wieden die Wohnungsnot eine besondere grosse ist, fragt der Interpellant, ob der Bürgermeister geneigt ist, zu veranlassen, dass das Wohnungsamt sofort die entsprechenden Schritte einleite, wobei insbesondere die Anforderung des Hotels zu Wohnzwecken in Betracht käme.

Bgm. Reumann: Die Angelegenheit ist beim Wohnungsamt bereits anhängig. Die Südbahn-Gesellschaft behauptet, die Räumung des Hotels infolge der durch den Friedensvertrag notwendigen Umgestaltung ihrer ganzen Organisation dringendst zu benötigen. Das Wohnungsamt hat sich mit dem Staatsamte ins Einvernehmen gesetzt um die Interessen der Wohnungsfürsorge energisch zu vertreten.

GR. Dr. Ehrlich (jüd. nat.) interpelliert wegen gesetzwidrigen Vorgehens der Kommission zur Überprüfung der Berechtigung der ärztlichen Praxis, die darin besteht, dass Aerzten, die noch inner österreichische Staatsbürger sind, die Praxisberechtigung eingestellt wird und fragt, ob der Bürgermeister die Abstellung dieser Gesetzwidrigkeit veranlassen wolle.

Bgm. Reumann: Der Oberstadthypothek berichtet hierüber: Die zufolge Erlass des Staatsamtes gebildete Überprüfungskommission stellt fest, ob die Bedingungen für die Zulassung zur Ausübung der ärztlichen Praxis vorhanden sind oder nicht. Falls diese Bedingungen fehlen, gibt der Magistrat die entsprechende Verfügung an den betreffenden Arzt mit der ausdrücklichen Rechtsbelehrung, dass ein Rekursrecht an die Landesregierung offen stehe. Dem Rekurs kommt aufschiebende Wirkung zu. Es ist nicht richtig, dass nur jüdischen Aerzten die ärztliche Praxis aberkannt wurde; tatsächlich mussten auch 47 christliche Aerzte aus der Aerzterliste gestrichen werden. Uebrigens wurden die regelmässigen Sitzungen, deren Überprüfungskommission am 19. Dezember nach Aufarbeitung des vorliegenden Materials beschlossen.

GR. Karasek (chr. soz.) urgiert in einer Anfrage seinen am 9. Jänner eingebrachten Antrag auf Gewährung einmaligen Anschaffungsbeitrages von 200, 400 und 600 K für landwirtschaftliche Arbeiter.

Bgm. Reumann: Ich kann mitteilen, dass eine diesbezügliche Vorlage bereits in Ausarbeitung begriffen ist und demnächst zur Behandlung kommen wird.

GR. Richard Schmitz (chr. soz.) weist in einer Anfrage darauf hin, dass bei der öffentlichen Ausspeisungstelle III., Rasumofskygasse 24, die bisher vollkommen unparteiisch geführt wurde, von Angestellten die städtischen Ausspeisung an die Gäste sozialdemokratische Flugschriften verteilt werden.

Bgm. Reumann: Ich werde über die vorliegende Anfrage die erforderlichen Erhebungen pflegen und sodann an die Fürsorgezentrale die geeigneten Aufträge ergehen lassen.

GR. Rudolf Müller (Soz. Dem.) fragt, ob dem Bürgermeister bekannt ist, dass einzelne städtische Beamte ihre Stellung dazu benützen, um Ruhe unter den Bediensteten in Betrieb herbeizuführen und führt einen Fall aus dem Betriebsbahnhof Hernald der Strassenbahnen an.

Bgm. Reumann: Ich werde die Angelegenheit untersuchen und nach Maßgabe der Ergebnisse der Untersuchung Verfügungen treffen.

GR. Wawerka (chr. soz.) weist auf den Gemeinderatsbeschluss hin, dass jene Beamten, Lehrer und Angestellten der Gemeinde Wien, die ledig sind, aber in gemeinsamen Haushalten mit Eltern und Geschwistern leben, und zu deren Unterhalt vorwiegend beitragen, in den Bezügen den verheirateten Angestellten ohne Kinder gleichzuhalten sind, sowohl bezüglich der Teuerungszulagen und der Anschaffungsbeiträge und fragt, warum von diesem Beschluss Abstand genommen wurde und ob der Bürgermeister geneigt sei, die Anfrage als Antrag zu behandeln.

Bgm. Reumann: Mit Gemeinderatsbeschluss vom 12. Dezember wurde den städtischen Angestellten eine einmalige Zuwendung von 1000 K, den Verheirateten und diesen gleichgehaltenen eine solche von 1500 K bewilligt. Die Zuwendung wurde auf Grund der Beschlüsse des paritätischen Lohnkomitees bestimmt. Ein einseitiges Abgehen von den festgelegten Gesichtspunkten durch die Gemeinde ist unmöglich. Der in der Anfrage zitierte Gemeinderatsbeschluss bezog sich auf die seinerzeitigen Kriegszulagen und Anschaffungsbeiträge und findet auf die einmalige Zuwendung im Dezember 1919 keine Anwendung. Es wurde aber bereits im Sinne der Anregungen aus dem Kreise der Bediensteten der Magistrat beauftragt, wegen eventueller Gewährung der erhöhten Zuwendung an die mit Eltern und Geschwistern im Haushalt lebenden Angestellten sich mit dem Staatsamt für Finanzen ins Einvernehmen zu setzen. Nach dem Ergebnis wird der Magistrat die entsprechenden Anträge stellen.

GR. Dr. Fiaschkes (jüd. nat.) fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, dem Heimatsrechtsausschuss zur schleunigen Erledigung sämtlicher auf die Paragrafen 2 bis 5 des Heimatsgesetzes gestützten Gesuche zu veranlassen und ob er die magistratischen Bezirksämter befehlen wolle, dass von Bezahlung allfälliger Steuerrückstände des Einschreiters und seiner Angehörigen die Vorlage des Gesuche an den Heimatsrechtsausschuss nicht abhängig gemacht werden darf.

Bgm. Reumann: Gesuche um Aufnahme in den Wiener Heimatverband auf Grund der Ersetzung bleiben in den Bezirksämtern nur solange, bis die Erhebungen abgeschlossen sind. Bei derartigen Gesuchen werden Erhebungen über Steuerleistungen nie gepflogen. Allgemein und seit jeher üblich ist es jedoch, dass solche Erhebungen bei Gesuchen um freiwillige Aufnahme durchgeführt werden. Was die schleunige Erledigung des Heimatsrechtsansuchens im Sinne der Paragrafen 2 bis 5 anbelangt, so muß darauf verwiesen werden, dass der gemeinderätliche Ausschuss für die Verleihung des Heimats- und Bürgerrechtes erst am 27. Jänner eine Sitzung abgehalten hat und voraussichtlich auch in der kommenden Woche zu einer Sitzung einberufen werden wird. Was die Belehrung der magistratischen Bezirksämter anlangt, so können hierfür nur die Ansuchen um freiwillige Aufnahme in Betracht kommen.



GR. Tupachak (chr.-soz.) beantragt den Entwurf eines Gesetzes über die Gemeindeverwaltungsreform der Erörterung in einer öffentlichen Enquete zu unterziehen.

GR. Worall (Soz.-Dem.) beantragt die Erhöhung der Subvention der Gesellschaft Lebensmittelzentrale.

BR. Jorde (Soz.-Dem.) stellt den Antrag, der Bürgermeister möge den Bezirksschulrat bzw. die Magistratsabteilung XV beauftragen, dem Stadtrate entsprechende Anträge auf zeitgemäße Erhöhung der Schulpauschalen vorlegen.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

In Erledigung der Tagesordnung wird hierauf die Ergänzungswahl für die durch das Ableben des StR. Dr. Winter erledigten Mandate eines Mitgliedes des Stadtrates und des Disziplinarausschusses vorgenommen. Ueber Vorschlag des Bürgermeisters erfolgt mit Zustimmung des Gemeinderates die <sup>(chr.-soz.)</sup>Stimmabgabe für beide Wahlen unter einem. Als Schriftführer fungiert GR. Haber, als Skrutatoren die GR. Erntner (Deutschnat.) und Iser (Soz.-Dem.). In den Stadtrat wurde GR. Florian Hedorfer (Soz.-Dem.) mit 104 Stimmen von 145 abgegebenen Stimmen gewählt. In den Disziplinarausschuss wurde ebenfalls GR. Hedorfer mit 97 Stimmen von 141 abgegebenen Stimmen gewählt.

StR. Breitner (Soz.-Dem.) berichtet über die gesetzliche Ermächtigung zum Virement der genehmigten Kredite bei Fortführung der Donauregulierungsarbeiten und betont, daß die Donauregulierungskommission ermächtigt werden soll, die noch unverwendeten für ganz bestimmte Zwecke bewilligten Kredite und Kreditresten jener Verwendung zuzuführen, welche sich gegenwärtig als notwendig erweisen. Zu diesen Arbeiten gehört u.a. auch die Fertigstellung der Franz-Josefbrücke. Der Stadtratsantrag wird angenommen.

Nach einem Berichte des StR. Breitner (Soz.-Dem.) wird als Tag des Beglusses der Einhebung der erhöhten Abgaben von gebannten geistigen Flüssigkeiten, Bier und Wein, sowie der Gemeindeabgabe von Schaumwein, der auch als Stichtag für die Nachversteuerung zu gelten hat, der 9. Februar 1920 festgesetzt.

Nach einem Berichte des StR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) wird über Ansuchen des Wiener medizinischen Dokorenkollegiums als Kurator der Karoline Riedelschen Kinderspitalstiftung, dessen Neubau in der Sobieskygasse noch nicht fertiggestellt ist, zur Uebergabe der alten Spitalsrealität IX., Schubertgasse 33 bis 31. Dezember 1923 erstreckt.

Nach einem Berichte des StR. Siegel (Soz.-Dem.) wird die Schlußabrechnung für den Schulbau, XI., Strom- und Vorgartenstrasse, nach welcher sich die Gesamtkosten auf 1.054.335 K stellen, sich daher gegenüber dem genehmigten Kostentrage von 1.037.929 K ein Mindererfordernis von 23.594 K ergibt, zur Kenntnis genommen.

Nach einem weiteren Berichte des StR. Siegel wird die Adaptierung der Stellwagenwerkstätte in Speising, Anton Langergasse mit dem Kostenbetrage von 200.000 K genehmigt.

GR. Dr. Schen (soz.-Dem.) berichtet über die Mietung von Räumlichkeiten der Firma Julius Meinel im Hause II, Stefanaplatz 2 zu Kanzleizwecken für den Krafttollwagenbetrieb auf die Dauer von 5 Jahren mit einem jährlichen Mietzins von 25.000 K.

GR. Rötter (chr.-soz.) gibt seiner Verwunderung Ausdruck, dass man für ein so kleines Unternehmen, das inner passiv sei, auf dem teuersten Platze der Stadt Räumlichkeiten miete. Die Leitung könne auch in den ohnehin in der letzten Zeit bedeutend vergrößerten Räumlichkeiten der Strassenbahndirektion in der Favoritenstrasse geregelt werden. Die Gemeinde Wien sollte diese Räumlichkeiten nicht auch noch den Wohnungsmietern wegnehmen. Der Berichterstatter GR. Dr. Schen wendet sich gegen die Ausführungen des GR. Rötter und erklärt, dass nach dem Berichte der Direktion der städtischen Strassenbahnen der Verkehr des Krafttollwagenbetriebes durch die Unterbringung der Räumlichkeiten in der Favoritenstrasse arg beeinträchtigt ist.

Der Stadtratsantrag wird dahin angenommen.

Nach einem Berichte des StR. Speiser (Soz.-Dem.) wird beschlossen, zur Verberaterung der Vorlage über die Reform der Gemeindeverfassung ein aus 30

Mitgliedern und 15 Beiratsmännern bestehenden Ausschuss zu bilden.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) berichtet über die Kosten der ausserordentlichen Volkszählung im Betrage von 135.145 K.

GR. Dr. Schwarz-Müller (Demokrat) macht darauf aufmerksam, dass es angezeigt wäre, wenn der Bürgermeister eine Weisung betreffend die Wahrung des Familiengeheimnisses erlassen würde, da hierüber in der Bevölkerung nicht volle Klarheit herrsche.

Referent StR. Speiser stimmt den Ausführungen des Redners bei und sagt, dass der Bürgermeister nicht erzwungen werde, in Sinne des Redners Verfügungen zu treffen.

Der Referentenantrag, den angeführten Betrag zu genehmigen, wird hierauf angenommen.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) referiert über die Anrechnung der Dienstzeit der kriegsprovvisorischen Angestellten. Jenen Angestellten, die während des Krieges provisorisch, längstens aber auf Kriegsdauer aufgenommen wurden, dann aber wegen ihrer militärischen Einberufung entlassen werden mussten, und nach ihrer Rückkehr aus dem Felde wieder in den städtischen Dienst getreten sind, soll die vor ihrer Einrückung verbrachte Dienstzeit bei der Verückung und bei der Bemessung ihres Ruhegehaltes angerechnet werden.

GR. Vaugoin (chr.-soz.) Es liegt im Referate eine Härte drinnen, die wohl nicht belassen werden soll, und die den Nichteingetückten zugute kommt.

Wenn ich auch zugeben will, daß die Angestellten seinerzeit ein Revers unterschrieben haben, nach welchem sie kein Recht haben wieder aufgenommen zu werden, so kann dieser nicht geltend gemacht werden, weil er ja durch die Wiederaufnahme schon nichtig geworden ist. Im Gemeinderatsbeschluss vom 11. Juni v. J. heisst es ausdrücklich, daß nicht nur die Dienstzeit vor der Einrückung zu rechnen ist, sondern auch für die Kriegszeit. Dieser Beschluss würde schon gefasst als Sie die Mehrheit im Gemeinderat hatten. Es dreht sich hier hauptsächlich um Angestellte, die dem Kollektivvertrage unterstehen und zwar insbesondere bei der Strassenbahn. Wenn der Herr Referent gesagt hat, daß die finanzielle Belastung größer würde, so gebe ich dies zu, aber ich kann mir doch nicht vorstellen, daß der Referent und die Gemeinderatsmehrheit sich nur aus fiskalischen Gründen eine Ungerechtigkeit zu Schulden kommen ließe. Das ist doch unmöglich bei einer Partei, die sich sozial nennt.

GR. Forstner (Soz.-Dem.): Ihr habt sie gleich ganz brotlos gemacht.

GR. Vaugoin (chr.-soz.): Soll ich Ihnen die einzelnen Fälle aufzählen, wo Angestellte durch Sie brotlos geworden sind nur weil sie anderer politischer Gesinnung sind. Durch Zwischenrufe des Herrn Kollegen Forstner kann die Ungerechtigkeit Ihres Antrages nicht aus der Welt geschafft werden und ich empfehle Ihnen daher meinen Antrag anzunehmen, nach welchem dieser Antrag dahin abgeändert wird, daß/ <sup>auch</sup>denjenigen die provisorisch im Dienste gestanden sind, die Kriegsdienstzeit einfach einzurechnen ist.

VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.) Ich habe im Stadtrate nicht gegen den Antrag des Referenten gestimmt, weil der Referent sich darauf berufen hat, dass die Personalkommission sich mit seinem Antrage einverstanden erklärt hat. Nachträglich habe ich gehört, dass bei den betreffenden Bediensteten keine Einstimmigkeit in der Auffassung besteht, und nun müsse man die Sache juristisch genauer prüfen. Es ist schwer zu sagen, ob die Betroffenen nicht direkt juristisch einen Anspruch auf Einrechnung der Militärdienstzeit haben. Wir haben nach der Ausstellung des Reverses für die betreffenden Bediensteten ausnahmslos den Beschluss gefasst, dass die Militärdienstzeit nicht als Unterbrechung gilt. Ich halte es für keine loyale Auslegung den Bediensteten gegenüber, wenn man sagt, ihr seid entlassen und dann wieder aufgenommen werden. Ausserdem ist hinsichtlich einer Anzahl von städtischen Bediensteten die Militärdienstzeit angerechnet worden. Es scheint mir, eine Unbilligkeit zu sein, die Einrechnung der Militärdienstzeit zu verweigern, die auch juristisch nicht unanfechtbar wäre. Ich würde sehr empfehlen, die Angelegenheit noch einmal in Erwägung zu ziehen, ob man nicht den Bediensteten Unrecht tut, wenn

man ihnen die Konsequenzen der Beziehung versagt. Wir werden deshalb für den Zusatzantrag Vaugoin stimmen. (Beifall rechts).

StR. Speiser (Soz.-Dem.) sagt in seinem Schlussworte unter anderem:

Eine wirklich innere juristische Ueberzeugung habe ich aus den Darlegungen des Stadtrates Dr. Kienböck nicht gewinnen können. Während des Krieges wurde eine grosse Anzahl von Männern und Frauen in den Gemeindedienst aufgenommen, mit dem ausdrücklichen Bemerkens, dass sie nur auf Kriegsdauer, befristet aufgenommen und dann wieder werden entlassen werden. Diese Reverse sind ihnen von der früheren Mehrheit vorgelegt worden. Wenn die frühere Mehrheit eine solche Auslegung, wie Sie sie jetzt gehört haben, gewünscht hätte, (GR. Dr. Kienböck: Damals bestand doch der Gemeinderatsbeschluss wegen Anrechnung der Militärdienstzeit noch nicht!), so würde der Revers besser entfallen sein. In der Personalkommission haben die Bediensteten für die Auslegung, die in dem heutigen Antrage niedergelegt ist, gestimmt. (Zwischenruf des GR. Vaugoin). Es handelt sich aber gar nicht um diese Bediensteten, sondern um die Werbung einer freundlichen Stimmung von 2000 Angestellten der städt. Strassenbahn und um die Feststellung, dass wieder einmal die Herren den Interessen der Kollektivvertrügler ihre freundliche Gunst zuwenden. Dieses Spiel zwischen Kollektivvertrüglern auf der einen Seite und den in das Schema eingereihten Bediensteten machen wir immer mit. Den betreffenden Bediensteten ist bei der Einrückung zum Militär ausdrücklich mitgeteilt worden, dass sie nicht mehr Bedienstete der Stadt Wien sind. (GR. Dr. Kienböck: und nachher ist beschlossen worden, die Militärdienstzeit einzurechnen) Diese Bediensteten sind dann aus freiem Willen von der Gemeinde wiederum in den Dienst der Gemeinde Wien aufgenommen worden. Diesen Bediensteten, die doch keinerlei Anspruch darauf hätten, dass ihnen eine frühere Dienstzeit eingerechnet wird, soll nun jene Dienstzeit, die sie tatsächlich im Dienste der Gemeinde verbracht haben, angerechnet werden. Ich halte das für eine völlig rechte Lösung der Frage und muss verweisen, dass auch ~~die~~ Bedienstete der Strassenbahn sich direkt gewährt haben, dass den anderen die Dienstzeit eingerechnet wird, weil ihnen sonst die anderen vorkommen würden. Für die 42 Bediensteten soll eine ohne völlige Ueberlegung beschlossene Begünstigung in Kraft bleiben, für die anderen wird keine unsoziale Massnahme verfügt, sondern beantragt, dass ihnen ohne dass sie darauf den geringsten Anspruch hätten, die vor ihrer Einrückung zum Militär in der Gemeinde zugebrachte Dienstzeit nicht nur voll angerechnet, sondern auch die Kriegsmehrdienstzeit eingerechnet wird. Ich bitte den Antrag der Gegenseite daher abzulehnen. (Lauter Beifall links). Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen, der Zusatzantrag Vaugoin abgelehnt.

+ + +

Einlösung der 20 Hellerscheine der Gemeinde Wien. Obwohl die Frist zur Einlösung der von der Gemeinde ausgegebenen 20-Heller-Kassenscheine mit 31. Jänner ds. J. abläuft, ist erst ein geringer Teil dieser Scheine bei den städtischen Kassen zur Einlösung gebracht worden. Um der Bevölkerung die Möglichkeit zu bieten, diese Kassenscheine noch zur Einlösung bringen zu können, soll die Frist zur Einlösung der 20-Hellerscheine bis 15. Februar ds. verlängert werden. Der Stadtrat wird in seiner nächsten Sitzung darüber beschliessen. Der Bürgermeister hat an die Hauptkassa-Zentrale und sämtliche städtischen Hauptkassa-Abteilungen der Bezirke sowie an die Strassenbahn die Weisung erteilt, zwischenzeitig jedenfalls die 20-Hellerscheine anstandslos entgegenzunehmen.

Löbliche Redaktion!

Am ersten Bogen, 3. Spalte, muss die erste/Leile lauten: Nachdiesem und zweite Schreiben wäre der Besitz von San Felagio für die Stadt Wien verloren.

+ + +

GR. Speiner (Soz.-Dem.) referiert über die Dienstzeit-Anrechnung für Angestellte der Strassenbahnen, die während der Kriegsjahre Präsenzdienst geleistet haben. Der Antrag: Den bereits vor Kriegsausbruch dauernd im Dienste gestandenen Angestellten der Strassenbahn, welche während der Kriegsjahre ihrer gesetzlichen Militärdienstpflicht nachkamen, aus diesem Grunde aus dem Dienstverband der Strassenbahnen ausscheiden und welche, soweit sie nach der Demobilisierung heimkehrten, bis längstens 30. April 1919 wieder in den Dienst aufgenommen werden, wird für die Einreihung in die Lohnstufen, sowie für die Bemessung der Quartiergelder und Ruhegehälter anrechnungsbare Dienstzeit vor dem Kriege an, gerechnet, wurde angenommen.

GR. Speiner (Soz.-Dem.) berichtet über die Wiederherstellung des Floridsdorfer Auparkes und über das Anbot an das Stift Klosterneuburg wegen Pachtung des Grundes, auf dem der neue Park errichtet werden soll. Der neue Park wird grösser sein als der alte und er ist auch der einzige Erholungsort den Floridsdorf in dieser Gegend hat. Die Gründe für den Park sind zum Teil von der Donauregulierungskommission zu erwerben und zum Teil vom Stifte Klosterneuburg zu pachten.

Bezirksvorsteher Dratschneider (Floridsdorf): Wie Sie vernommen haben, ist auch die Welle der Waldverwüstung zu uns nach Floridsdorf hinübergekommen und die einzige Erholungsstätte, die wir hatten, ist ihr zum Opfer gefallen, aber nicht allein dem Flend und der Not, sondern auch dem persönlichen Egoismus einzelner Kreise der Bevölkerung. Als nun die Bevölkerung von Floridsdorf geschrien hat, welcher Schaden ihr zugefügt worden ist, wurde der Wunsch laut, die Gemeinde möge dafür sorgen, dass der Park wieder erstehen. In zwei Anträgen, von Sozialdemokratischer und christlichsozialer Seite, wurde dieser Wunsch zum Ausdruck gebracht. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, es möge eine Deputation zum Bürgermeister geführt werden, dass er so rasch als möglich an die Verwirklichung schreite. Wir haben diese Bitte dem Herrn Bürgermeister vorgebracht und ich konstatiere mit Freuden, dass diese unsere Aktion vollen Erfolg gehabt hat und dass mit diesem Antrage, der Ihnen zum Beschlusse vorliegt, diese traurige Erscheinung verschwindet. Wenn Sie diesem Antrage Ihre Zustimmung erteilen, beseitigen Sie nicht allein die Folgen dieser traurigen Erscheinung, sondern Sie schaffen dadurch wieder Ersatz, dass Sie der Bevölkerung von Floridsdorf eine Erholungsstätte bieten, die Sie für ihre Kinder, für ihre Familien braucht, um daraus neue Kräfte für ihre Arbeit zu sammeln. Gestatten Sie, dass ich bei dieser Gelegenheit dem Herrn Bürgermeister und dem Herren Referenten für die so rasche Erledigung den Dank ausspreche und nicht zuletzt auch den Grundbesitzern, die eine so rasche Erledigung ermöglicht haben. Glauben Sie nicht, dass diese Summe totes Kapital bleiben wird, in Gegenteil, durch die Errichtung dieser Erholungsstätte werden Sie die Ausgaben reichlich herbeibringen und die Bevölkerung von Floridsdorf wird immer mit Zinsen-Zinsen den aufgewendeten Betrag zurückzahlen.

VB. Hogg: Auch ich möchte meinen Bedauern Ausdruck geben, dass diese einzige Erholungsstätte den traurigen Zeitverhältnissen zum Opfer gefallen ist. Der Verlust ist uns grösser als die Verhältnisse es der Bevölkerung erschwert haben, aufs Land zu gehen. Dadurch wird die arbeitende Bevölkerung umso schwerer betroffen. Das betrübendste ist aber, dass nicht die Bevölkerung trotz der grossen Not den Anfang gemacht hat, sondern es waren

Schleichhändler und Schieber, die die Devastierung durchgeführt haben. Erst dann hat sich die Bevölkerung gemeldet, hat aber nur einen kleinen Teil noch bekommen und diejenigen, die aus egoistischen Gründen hinausgekommen sind, waren schon mit ihren Verdienste davon. Ich möchte aber bitten, dass uns wenigstens der Jedleseerpark so erhalten wird, wie er jetzt ist. Wir haben seinerzeit alles darangesetzt, um Verschönerungsvereine in Jedlese und Floridsdorf zu gründen und haben aus den Aunlagen wirklich schöne Parkanlagen geschaffen. Es freut mich, dass diese Angelegenheit so rasch behandelt wurde und ich muss den Beamten die volle Anerkennung aussprechen, dass Sie die Sache nach meinen Intentionen und meinen Programme so rasch durchgeführt haben. Ich bitte der Vorlage Ihre Zustimmung zu geben und den Referenten bitte ich auch in Zukunft den XXI. Bezirk wegen Schaffung von Anlagen in Auge zu behalten. Von meiner Partei wurde seinerzeit ein Teil auch in den Wald und Wiesengürtel einbezogen, auch ist dann die Kriegszeit dazwischen gekommen. Es wäre daher sehr wünschenswert, dass der industriellen Bevölkerung in Floridsdorf Erholungsparks geschaffen werden.

GR. Kunachak (chr.-soz.): Mit diesem Antrage hängt etwas zusammen, was uns mit tiefer Betrübnis erfüllen muss, die Tatsache, dass der Wiener Bevölkerung ihre Erholungsorte in grösster Still und Umfang jetzt niedergelegt werden. Einestheils weil die Bevölkerung durch die Not gezwungen wird Selbsthilfe zu suchen, und sich das erforderliche Brennmaterial zu beschaffen und weil diese N

weil diese Not auch gewisse zweifelhafte Elemente befähigt, Verbrechen an den Erholungsorten der Wiener Bevölkerung zu begehen. Man hat uns beruhigt, es werde diesen Dingen Einhalt geboten werden. Die benötigten Verordnungen sind ergangen, aber die Verwüstungen gehen weiter. Was das in finanzieller Beziehung zu bedeuten hat, zeigt der heute vorliegende Antrag. Ein kleiner Park, der errichtet werden soll, kostet 1 1/2 Millionen Kronen, man kann also sagen, dass der Schaden, der jetzt angerichtet überhaupt nicht mehr wird werden gut gemacht können. Der Bezirk Floridsdorf war der erste, den es gelungen ist, ein solches Referat im Gemeinderate durchzusetzen und er wird vielleicht auch der letzte sein. Denn auch die Leute in Simmering und Erdberg, in Währing und Döbling sehen die Stätten vor sich sterben, die ihnen einstmal die Möglichkeit angenehmer und gesünder Erholung gegeben haben. Diese Tatsache müsste Anlass geben, ernstlich daranzugehen, zu retten, was noch gerettet werden kann. Da sind aber Verordnungen nicht die Mittel, die zum Ziele führen. Die Verordnungen haben nur dazu geführt, dass die Zustände noch in Verschärfung erfahren haben, in-dem jetzt Uebertretungen und Beschädigungen unter dem Aufgebot von Polizei versch gehen. Es wäre besser, wenn der Aupark noch stünde, und man hätte die 1 1/2 Millionen Kronen zur Herbeischaffung des Holzes verwendet, das an den Bahnen und an der Donau zur Erbringung bereit liegt. Auch war das menschliche Gewissen immer so empfindlich, wenn es sich um Beschädigungen von Menschen gehandelt hat. Und jetzt sieht man tatenlos zu, was das beim Holzfällen geschieht. Mein seinerzeitiger Antrag auf Anforderung der Volkswahlleute zur Holzbeschaffung ist verschwunden. Da hätte die Volkswehr eine patriotische Tat tun können und ihren Willen zum Schutze und zur Unterstützung der Bevölkerung bekräftigen können.

GR. Reisemann (Soz.-Dem.): Offiziere als Streikbrecher! Der Bürgerrat kauft Holz in Schleichhandel!

GR. Kunachak (chr.-soz.): Was ich mit meinem Antrag verlangt habe ist nichts Neues, denn auch früher wurde Militär angesprochen.

GR. Reisemann (Soz.-Dem.): Die Volkswehr ist kein Militär! (Lachen bei den Christlichsozialen).

GR. Kunachak (chr.-soz.): Bei der Einleitung der Wehrreformvorlage in der Nationalversammlung hat Staatssekretär Dr. Deutsch erklärt, dass wir die künftige Wehrmacht nicht brauchen um Krieg zu führen, sondern dass die Bevölkerung hilfreich zur Seite stehen mit dem Unterschiede, dass die neue Wehrmacht vorgebildet und nicht militärisch gedrillt sein wird. Ich möchte bitten, dass der Bürgermeister den Weg zum Staatssekretär macht, und fragt, ob er die Volkswehr zum Zwecke der systematischen und geordneten Holzfällung zur Verfügung stellen wolle, was von der Volkswehr nicht umsonst verlangt werden soll. Ich habe auch keinen Anlass, mich der Danksagung an jene auszuschliessen, die sich um die Wiederrichtung des Floridsdorfer Auparkes verdient gemacht haben. Aber auch den Faktor, den die Floridsdorfer Bevölkerung dem Park bisher verdankt hat, soll der Dank nicht versagt werden und das ist die sogenannte tote Hand, das Stift Klosterneuburg. Wenn mit Recht allen gedankt wird, so soll nicht mit Unrecht dem Stift Klosterneuburg nicht gedankt werden. (Beifall bei den Christlichsozialen).



# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 31. Jänner 1920, Nr. 40.

**Fettabgabe.** Vom 1. bis 7. Februar werden bei den städtischen Schweinefett-Abgabestellen pro Person 12 dkg Schweineschmalz zum Preise von K 13.20 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 177 und der beiden Abschnitte Nr. 177 für nichtrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten die Fettquote in Margarine zum Preise von K 9.12 gegen Abtrennung der gleichen Fettkartenabschnitte bei ihrer Konsumentenorganisation. Da die restlichen Bestände zur Neige gehen und neue erst anrollen, wird sich aller Voraussicht nach die Fettabgabe der nächsten Woche um einige Tage verzögern.

**Die Zuckerzuben.** Ueber Weisung der Zuckerstelle werden die Zuckerzuben für Kranke, Kinder, schwangere Frauen und stillende Mütter ab 1. Februar bei jener Zuckerabgabestelle zu beziehen sein, bei welcher die Bezugsberechtigten mit dem normalen Verbrauchszuckerabgabebezug rayoniert sind. Alle Zuckererschleissstellen werden von der Zuckerstelle für diese Abgabe Weißzucker zugewiesen erhalten. Die bisher übliche Ausstellung von Sonderanweisungen zur Honorierung von Kranken-, Kinder- und Frauenzubenkarten durch das Bezirkswirtschaftsamt im Rathaus wird daher mit 31. Jänner eingestellt. Die Zuckerstelle wird vorläufig die Zuben nur für die Monate Dezember und Jänner, soweit sie noch nicht bezogen sind, bei den zuständigen Zuckerschleissstellen für rayonierten Zucker zur Abgabe bringen. Die Einlösung der Februarzubenkarten wird rechtzeitig von der Zuckerstelle wrlautbart werden.

**Für Mindestbemittelte.** In der 130. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch 1/8 kg Kartoffeltrockenprodukte pro Person des „Haushaltes zum Preise von K 1.80 gegen Abtrennung des mit dem Buchstaben „O“ bezeichneten Abschnittes in den Geschäften der Großschlächtereien an folgenden Tagen: Dienst, den 3. Februar für A - F, Mittwoch, den 4. Februar für G - K, Donnerstag, den 5. Februar für L - R und Freitag, den 6. Februar für S - Z. Außerdem wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine stattfinden, die in den Ständen II., Volkertplatz, Badingerstrasse und im Wert rayoniert sind. Abgetrennt wird der durch die Nummer 1 gekennzeichnete Wochenabschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von K 1.- abgegeben werden. Die Abgabeteile sind dieselben wie für Kartoffeltrockenprodukte.

An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen werden für jede Person 1/8 kg Hülsenfrüchte, und zwar an die ersteren zum Preise von K 16.- per kg, an die Letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

**Liebesgaben der holländischen Arbeiter.** Heute früh kam ein Zug mit 32 Waggon Liebesgaben in Wien an, die eine Spende des internationalen Gewerkschaftsbundes für die Arbeiter Deutschösterreichs darstellt. Der Zug war geführt von dem Vertreter des internationalen Gewerkschaftsbundes Direktor A. Content von der allgemeinen Arbeitercooperation De Dageraad aus Amsterdam und war begleitet von Redakteur Ed. Poljak des sozialdemokratischen Blattes „Het Vorkamp Volk“ und von Redakteur Emil Landri von der Zeitung „Telegraf“ und von Vorsitzenden des Bundes der öffentlichen Angestellten in Holland Sondhof. An der Landesgrenze in Passau wurde der Zug von Vertretern der Gewerkschaftskommission empfangen. An der Stadtgrenze in Eudorf begrüßte den Zug, der von einer Abteilung Roter Kreuz-Soldaten unter dem Kommando des Oberleutnants Hautmann bewacht wurde, VB. Winter, der die Vertreter der holländischen Arbeiterschaft sowie die anderen mitgekommenen Herren und Frau Content, Lehrerin der Ernährungswissenschaften, herzlich willkommen hieß. Von Eudorf wurde der Zug auf dem Nordwestbahnhof dirigiert, wo er von Vertretern der Gewerkschaftskommission unter Führung des Abgeordneten Widenhofer empfangen wurde. Der Zug brachte 10 Waggon Margarine, 20 Waggon Kartoffel, 1 Waggon Kakao, und einen Waggon Kohle. Jeder Waggon des Zuges trug ein Plakat mit der Aufschrift „Internationaler Gewerkschaftsbund, Spende für die Arbeiter Oesterreichs.“

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 31. Jänner 1920, Nr. 41.

**Sitzungen im Rathause.** Der Stadtrat hält in der kommenden Woche Mittwoch und Donnerstag vormittag Sitzungen ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag um 4 Uhr nachmittag zu einer Geschäftsitzung zusammen.

**Strassenbahnverkehr durch die Ottakringerstrasse.** Ab Dienstag werden die Züge der Linien J und J2 von der Montleartstrasse über die Ottakringerstrasse und Enekelstrasse zur Stadt geführt. Gleichzeitig wird ein Pendelverkehr zwischen der Montleartstrasse und dem Johann Nepomuk Bergerplatz eingerichtet.

**Entfallende Sprechstunde.** Wegen der Reise des VB. Winter nach Italien entfällt die Sprechstunde am Dienstag.

**Deutsche Liebesgabenverteilung im 7. Bezirk.** Die Verteilung der deutschen Liebesgaben im 7. Bezirk findet am Dienstag zwischen 3 und 5 Uhr im Amtshause Hermangasse an alle jene Personen statt, welche von der Polizei mit Zetteln und von der Frauenhilfsaktion mit Nummern beteiligt wurden. Für die anderen Bezugsberechtigten wird der Zeitpunkt der Verteilung rechtzeitig bekanntgegeben.

**Die Gesundheitsverhältnisse Wiens.** Die Gesundheitsverhältnisse der Stadt gestalteten sich im Dezember ansehnlich ungünstig. Der Krankenstand und die Sterblichkeit waren relativ hoch. Vorherrschend waren die katarrhischen Erkrankungen der Atmungsorgane, die vielfach grippeartigen Charakter hatten. Die Infektionskrankheiten haben infolge starker Abnahme der Ruhr eine Verminderung erfahren. Die herrschende Epidemie von Masern und Keuchhusten kommt ziffermäßig nicht zum Ausdruck, da diese Erkrankungen nicht der Anzeigepflicht unterliegen. In Vergleich zum Vormonate sind fast alle Gruppen der wichtigsten Todesursachen in die Höhe gegangen, besonders aber Tuberkulose und die Krankheiten bei Kreislauf- und Atmungsorganen.

**Kürzung der Petroleumquote.** Infolge vollständigen Ausbleibens der polnischen Petroleumimporte und der durch die Verkehrsverhältnisse verursachten Unmöglichkeit anderweitig Petroleum zu verschaffen, ist ab Februar eine Herabsetzung der Petroleumzuweisung notwendig geworden. Es wird daher für Wohnungen 2/8 l, für Untermieter 1/8 l, für Heimarbeiter 4/8 l, für Geschäftslokale 2/8 Liter, für Stiegen und Gänge 1/8 l Petroleum ausgegeben. Als teilweiser Ersatz für die Kürzung erfolgt ab 9. Februar eine einmalige grössere Zuweisung von Kerzen, und zwar: für die auf Petroleumheizung angewiesenen Wohnungen 5 Stück, für Untermieter 3 Stück, für Heimarbeiter 5 Stück, und für Geschäftslokale 8 Stück, á 1/32 kg. Die Ausgabe der Kerzen hat gegen Abtrennung der linken oberen Ecke der Petroleumbezugskarte für Geschäftslokale (Aufdruck „137 bis“), für die übrigen Kategorien gegen Abtrennung des Kerzenabschnittes der Petroleumbezugskarte zu geschehen. Der Verkaufspreis für 1 Liter Petroleum beträgt K 5.20 und für eine Kerze zu 1/32 kg K 1.20.

**Deutsche Liebesgabenverteilung im XIII. Bezirke.** Die Verteilung der deutschen Liebesgaben für Familien bis zu drei Kindern findet im XIII. Bezirk, Diesterweggasse 23, für die Buchstaben A - O Dienstag, den 3. und P - Z Donnerstag den 5. Februar in der Zeit von 9 bis 12 und 2 bis 6 Uhr statt. Mitzubringen sind Führerblatt, Einkaufschein, Meldozettel, Bestätigung der Staatsbürgerschaft. Samstag, den 7. erhalten Nachzügler und Pfründer die Liebesgaben. Pfründer haben das Pfründerbuch mitzubringen.

**„Zewerba“.** Ab Mittwoch 3/8 kg Mehl, 12 dkg Margarine, sonst die laufenden Artikel Margarine erst ab Donnerstag. Alle bei uns rayonierten Kunden werden dringendst ersucht, unsere Verbandszeitung von 1. Februar d.J. im eigenen Interesse zu lesen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, 2. Februar 1920. - Nachmittagsausgabe.

---

Einstweilige Einstellung der Kinderzüge nach Holland und Süd-  
deutschland. Das Verkehrsamt in München teilt telegrafisch mit,  
dass die im Februar angesagten Kinderzüge Wien-Holland und Wien-  
Süddeutschland in Passau und Salzburg wegen schwieriger Betriebs-  
lage nicht übernommen werden können und daher bis auf weiteres  
unterbleiben müssen.

---

Zur Volkszählung. Es wird neuerlich darauf aufmerksam gemacht,  
dass zur Wahrung des Familiengeheimnisses die Wohnungsinhaber  
die ausgefüllten Zählblätter mit dem Wohnungsbogen statt dem  
Hauseigentümer direkt bei der Konskriptionsamtsabteilung des  
mag. Bezirksamtes bis einschliesslich 3. Februar abgeben können.

---